



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG



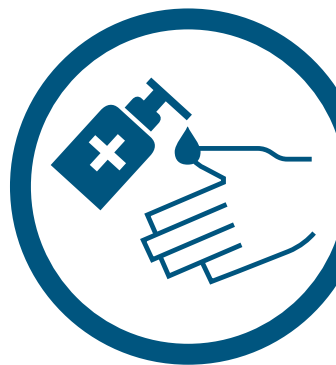
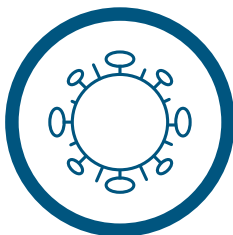
Schleswig-Holstein
Der echte Norden

CORONA-SYMPIOSIUM

Aus der Coronakrise lernen – gemeinsam besser werden

Dokumentation

19. Januar 2024, Landeshaus





Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein hat der Staat so unvermittelt, so langwierig und in solcher Tiefe und Breite in das Leben der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen wie in den zwei Jahren der Corona-Pandemie zwischen 2020 und 2022.

Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages haben in dieser Zeit die Maßnahmen der Landesregierung intensiv kontrolliert und durch Anhörungen Öffentlichkeit hergestellt. Zudem haben sie durch Gesetzesanpassungen und Haushaltsbeschlüsse die Arbeitsfähigkeit von Exekutive und Legislative sichergestellt.

Die gravierenden staatlichen Eingriffe in das Leben aller Menschen während der Corona-Pandemie erfordern eine gründliche Aufarbeitung – darüber herrschte in der schleswig-holsteinischen Politik parteiübergreifend große Einigkeit.

Deshalb haben die Landesregierung und der Schleswig-Holsteinische Landtag am 19. Januar dieses Jahres ein Symposium unter dem Titel „Aus der Corona-Krise lernen – gemeinsam besser werden“ veranstaltet.

In sechs Panels haben Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verbänden und Bürgergesellschaft über alle die Bereiche gesprochen, die von der Pandemie besonders betroffen waren. Insgesamt 400 Menschen haben miteinander diskutiert, Anregungen und Ideen gesammelt und schließlich gemeinsam Vorschläge formuliert, wie Staat und Gesellschaft noch besser auf eine eventuelle neue Krisensituation reagieren können.

Damit diese wertvollen Anregungen nicht verloren gehen, möchten wir die Diskussionen im Rahmen des Corona-Symposiums mit dieser Dokumentation vollumfänglich der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kristina Herbst', with a stylized flourish at the end.

Kristina Herbst

Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages



Die Corona-Pandemie war eine beispiellose Herausforderung, die unsere Gesellschaft auf eine harte Probe gestellt hat. Wir alle sind in dieser Zeit mit bis dato nicht gekannten Einschränkungen unserer Grundrechte konfrontiert gewesen. Viele Menschen mussten schmerzliche Verluste ertragen. Als Landesregierung hatten wir Entscheidungen von enormer Tragweite zu verantworten. Es ist daher wichtig, die Erfahrungen aus dieser schwierigen Zeit gemeinsam aufzuarbeiten und daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Das Symposium „Aus der Corona-Krise lernen – gemeinsam besser werden“ hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Der enorme Zuspruch zu dieser Veranstaltung hat gezeigt, dass es einen großen Bedarf gibt, diese Krise umfassend zu reflektieren. Wir haben zusammen mit Expertinnen und Experten auf diesem Symposium zentrale Fragen diskutiert: Was hat gut funktioniert? Was hätten wir besser machen können? Dabei war es mir wichtig, nicht nur die Fehler offen zu benennen, sondern auch die positiven Erkenntnisse hervorzuheben, die wir aus dieser Zeit mitnehmen können.

Besonders beeindruckt hat mich damals die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssektors und die rasante Entwicklung von Impfstoffen, die der Pandemie ihren größten Schrecken genommen haben. Ebenso hat sich gezeigt, dass Solidarität und Zusammenhalt in Schleswig-Holstein stark ausgeprägt sind. Viele Menschen haben sich gegenseitig auf unterschiedlichste Weise unterstützt und die allermeisten Bürgerinnen und Bürger haben sich an die geltenden Regeln gehalten und damit entscheidend zur Eindämmung der Pandemie beigetragen.

Ich danke allen, die sich an diesem wichtigen Symposium beteiligt haben und hoffe, dass die in dieser Dokumentation festgehaltenen Erkenntnisse dabei helfen werden, uns auf zukünftige Herausforderungen dieser Art gut vorzubereiten.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Günther' followed by a stylized flourish.

Daniel Günther

Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein

Inhaltsverzeichnis

I. Eröffnung	10
1. Begrüßung	10
2. Videoeinspieler	12
3. Begrüßung durch Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben	13
4. Vorstellung der Moderatoren und des Fokus der Panels	20
Panel 1 – Gesundheit und medizinische Forschung	20
Panel 2 – Bildung und Hochschule	22
Panel 3 – Gesellschaftliches Leben, Kultur und Sport	23
Panel 4 – Kita und Pflege	25
Panel 5 – Staat und Recht	27
Panel 6 – Wirtschaft	28
II. Dokumentation der Panels	29
1. Panel – Gesundheit und medizinische Forschung	29
a. Impulsvortrag durch Dr. Jan Rupp, Professor, Virologe und Direktor der Klinik für Infektiologie und Mikrobiologie am UKSH	30
b. Impulsvortrag durch Dr. Helmut Fickenscher, Professor, Virologe und Chefarzt des Kieler Campus des UKSH	37
c. Erstes Podiumsgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Stationär-, Akut- und Rehabilitationsversorgung sowie aus den Bereichen der ambulanten Versorgung und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes	43
c. Zweites Podiumsgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Unterstützungsinstitutionen der Versorgungssysteme	56
d. Vortrag von Dr. Thomas Bahmer, Professor und Facharzt für Innere Medizin und Pneumologie, am UKSH	68
e. Beitrag aus dem Publikum	72

2. Panel – Bildung und Hochschule	74
3. Panel – Kultur und Sport	86
a. Vorstellungsrunde und Momentaufnahmen aus der Pandemie	87
b. Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen auf Kultur und Sport	93
c. Finanzielle Hilfen	95
d. Bedeutung des Ehrenamtes	99
e. Situation des Schwimmunterrichts	102
f. Erwartungshaltung der Menschen und gesellschaftliche Stimmung	104
g. Gesellschaftliche Bedeutung von Kultur und Sport	106
h. Abschlussstatements	113
4. Panel – Pflege und Kita	117
a. Teilpanel Pflege	117
aa. Kurzimpuls von Dr. Katrin Balzer, Professorin und Leiterin der Sektion für Forschung und Lehre in der Pflege an der Universität zu Lübeck	118
bb. Podiumsgespräch	119
b. Teilpanel Kita	129
aa. Impulsvortrag von Dr. Bernhard Kalicki, Professor für frühkindliche Bildung und Leiter der Abteilung Kinder und Kinderbetreuung am Deutschen Jugendinstitut	129
bb. Podiumsgespräch	135
5. Panel – Staat und Recht	146
a. Impulsvortrag durch Dr. Florian Becker, Professor für Öffentliches Recht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	147
b. Podiumsgespräch	155
c. Diskussionsrunde	161

6. Panel – Wirtschaft	165
a. Professionelles Handeln angesichts der Pandemie	166
b. Rückblickend aus Herausforderungen lernen	167
c. Wortbeiträge aus dem Publikum	170
d. Reflexion über Förderprogramme	173
e. Fazit: Gestärkt aus der Krise hervorgehen	179
III. Abschlusspodium	182
1. Berichte aus den Panels	182
2. Vortrag Professor Dr. Ulrich Reinhardt „German Mut statt German Angst“	193
3. Abschlussworte und Dank durch Ministerpräsident Daniel Günther	202

Beginn: 12:14 Uhr

I. Eröffnung

Moderation: Susanne Kluge-Paustian,
Journalistin, Moderatorin und Fernsehautorin

1. Begrüßung

Moderatorin Kluge-Paustian begrüßt im Namen des Landtags und der Landesregierung die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem Symposium „Aus der Coronakrise lernen – gemeinsam besser werden“. Sie bringt die Erwartung zum Ausdruck, dass der heutige Tag mit dem Symposium ein sehr bereichernder Tag für alle Teilnehmenden und auch die Zuschauerinnen und Zuschauer über den Video-Livestream auf YouTube werde.

Ganz viele Inspirationen und Anregungen aus unterschiedlichen Perspektiven und Sichtweisen werde man in den sechs verschiedenen Panels kennenlernen. Dazu zähle zum einen das Gesundheitswesen, weiter gehe es über Forschung, Bildung, Kultur und Sport bis hin zu Kita, Recht und Wirtschaft.

In den Panels seien erstklassige Expertinnen und Experten vertreten. Aber heute gehe es in erster Linie nicht um diese Expertinnen und Experten, sondern um diejenigen, die in der Pandemie die Hauptherausforderungen gestemmt hätten. Dazu zählten unter anderem die Mütter und Väter von Schülern, die Pflegekräfte in den Kliniken, das medizinische Personal, Menschen aus der Wirtschaft, die Lehrerinnen und Leh-

rer, Kunstschaffende sowie andere Menschen, die die Veranstaltung heute mit ihrem Blickwinkel bereichern sollten: Was haben diese Menschen aus ihrer Sicht zu sagen? Was können sie an wertvollem Input geben, der für die Zukunft für alle bereichernd sein kann?

In dem heutigen Gottesdienst, mit dem der Tag begonnen habe, und der aus ihrer Sicht sehr berührend gewesen sei, sei von der „Grundwährung Gemeinschaft“ gesprochen worden. Von dieser Gemeinschaft, quasi der Gemeinschaft aus den Vertreterinnen und Vertretern der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, könne auch in dieser Veranstaltung gesprochen werden. Das sei sozusagen die Basis.

Im Mittelpunkt der heutigen Veranstaltung stünden die Fragen: Wie kann man den Menschen danken und ihnen gegenüber Wertschätzung ausdrücken? Was hat der oder die andere zu sagen? Dabei liege der Fokus darauf, dass man es vor allem gemeinsam geschafft habe, durch diese schwere Zeit der Pandemie zu kommen. Sie meint, klasse wäre es doch, wenn daraus Lehren gezogen, aus den Fehlern gelernt und darauf aufbauend eine Neujustierung stattfinden könne. Ziel sei es, über den Austausch heute miteinander festzuhalten, was gut gelaufen sei. Dabei dürfe aber auch die Kritik nicht zu kurz kommen, die Ehrlichkeit sei wichtig. Es müsse trotzdem auch Zeit genug dafür bleiben, um den Blick nach vorn zu richten, um auf den Erfahrungen aufbauend für zukünftige Krisen gewappnet zu sein. Vor dem Hintergrund freue sie sich sehr auf den Input von allen Teilnehmenden an den einzelnen Panels.

Moderatorin Kluge-Paustian weist darauf hin, dass die gesamte Veranstaltung, auch die einzelnen Panels, auf YouTube als Videomitschnitt live und auch im Nachgang zu der Veranstaltung verfolgt werden könnten. Das eigentliche Symposium werde jetzt mit einem Rückblick auf die Zeit vor etwa vier Jahren, in der die ersten Infektionen aufgetaucht seien, beginnen.

Sie persönlich könne sich noch sehr genau daran erinnern, wie hilflos man in der ersten Zeit auf die Entwicklung geschaut habe. Keiner habe gewusst, mit was man es zu tun habe. Dann sei der erste Lockdown gekommen, und alle seien der Auffassung gewesen, die Situation werde nicht lange andauern. Sie selbst habe noch sehr starke Erinnerungen an diese Anfangszeit, denn diese sei zusammengefallen mit der stationären Aufnahme ihres demenzkranken Vaters in eine Pflegeeinrichtung. Auf der einen Seite sei das ein Segen für die Familie gewesen, auf der anderen Seite aber auch eine sehr schmerzhaft Erfahrung vor dem Hintergrund der Coronapandemie.

Sicher habe jede und jeder seine eigenen Erinnerungen an diese Zeit, die sich eingeebnet hätten. Vielleicht gebe es nicht nur eine, sondern ganz viele solcher Erinnerungen. Der folgende Film versuche, diese Zeit noch einmal vor Augen zu führen und in die Jahre zurückzusetzen, von dem der eine oder andere vielleicht auch schon etwas vergessen habe.

2. Videoeinspieler

Im Rahmen der Veranstaltung wurde an dieser Stelle ein kurzer Video-Rückblick auf die Pandemie vorgeführt, der aufgrund lizenzrechtlicher Vorgaben nur im Rahmen des Symposiums gezeigt werden durfte.

Der Video-Rückblick zeigte Sequenzen aus dem Schleswig-Holstein Magazin des NDR über den Inzidenz-Verlauf und die Auswirkungen auf die verschiedenen Lebensbereiche in Schleswig-Holstein: Leere Regale in Supermärkten, angeordnetes Tragen von Mund-Nasen-Schutz, Tourismusverbot, Einschränkungen in Gastronomie und Einzelhandel, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, in Kindertagesstätten und Schulen sowie in Sport und Kultur.

Moderatorin Kluge-Paustian formuliert im Anschluss an den Videoeinspieler als Frage, die man heute gemeinsam beleuchten wolle: „Welche Folgen hat die Coronapandemie für uns alle im Land, für unser Leben, für unsere Familien, für uns selbst, für unsere Freunde und auch unsere Arbeit wirklich gehabt?“ – Das werde man heute noch einmal gemeinsam beleuchten.

Anfang 2023 sei die Coronapandemie durch die Bundesregierung für beendet erklärt worden, ein Monat später habe auch die WHO den internationalen Corona-Gesundheitsnotstand aufgehoben. Als Medizinjournalistin formuliere sie es einmal so: Man sei jetzt mittendrin in der Verdauungsphase. In der gehe es darum, die guten Nährstoffe aus dem Verdauungsprozess in den Stoffwechsel zu überführen, sie für alle zu nutzen, für jede einzelne Zelle, um Nutzen, neue Freude und Tatkraft sowie Entschlossenheit daraus zu generieren. Man werde also heute schauen, was die Folgen der Coronapandemie gebracht hätten, was man daraus lernen könne und wie man darauf aufbauend für die Zukunft gewappnet sein könne.

3. Begrüßung durch Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben

Vizepräsidentin Eka von Kalben: Sehr geehrte Frau Ministerin von der Decken, sehr geehrte Abgeordnete und Mitglieder der Landesregierung, verehrte Repräsentantinnen und Repräsentanten unseres Gesundheitswesens, der Kommunen, der Bundeswehr, Herr Oberst Schneider, der Kirchen und Religionsgemeinschaften, der Verbände, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Kultur-, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen sowie der Justiz! – An dieser Aufzählung sieht man schon, wie breit diese Veranstaltung ausgestaltet ist, denn diese Aufzählung nimmt allein zwei Seiten in meinem Redemanuskript ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Haus und im digitalen Raum! Im Namen des Schleswig-holsteinischen Landtages und der Landesregierung begrüße ich Sie herzlich zu dieser Veranstaltung, wie sie dieses Haus noch nicht gesehen hat.

Dass heute die Flaggen über dem Landeshaus auf Halbmast wehen, hat allerdings einen anderen Grund. In diesen Minuten beginnt die Trauerfeier für den verstorbenen Ehrenbürger des Landes Schleswig-Holstein, Professor Günther Fielmann. Landtagspräsidentin Kristina Herbst und Ministerpräsident Daniel Günther nehmen an dieser teil und können deshalb leider nicht zu Beginn dieses Symposiums anwesend sein. Sie werden später noch dazu stoßen.

Meine Damen und Herren, über zwei Jahre lang hat die Coronapandemie in unser aller tägliches Leben eingegriffen. Das haben wir eben noch einmal in sehr bewegenden Bildern gesehen. Ich glaube, der eine oder andere hat bei manchen Bildern auch geschmunzelt. Aber man merkt doch, wie weit das schon wieder aus unserem Bewusstsein hinaus ist. Ohne Übertreibung darf man hinzufügen: Die Pandemie hat das Leben dominiert. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein musste die staatliche Gewalt so unvermittelt, so langwierig und in solcher Tiefe und Breite in das Leben der Bürgerinnen und Bürger eingreifen.

Meine Damen und Herren, inzwischen ist Corona für die meisten von uns zu einer Infektionskrankheit neben anderen geworden. In diesem Sinne ist die Normalität in unser Leben zurückgekehrt. Doch noch immer sind die Folgen der Pandemie in unserer Mitte präsent. Ohne Anspruch auf Ausschließlichkeit nenne ich die Trauer um verstorbene Angehörige, der in der Pandemie nicht angemessen Raum gegeben werden konnte. Ich nenne die gesundheitlichen Langzeitfolgen sowohl im physischen als auch im psychischen Bereich. Dazu gehört auch die bis heute andauernde Verbitterung über als unangemessen wahrgenommene staatliche Maßnahmen. Außerdem beschäftigen uns weiter die Lernrückstände bei jungen Menschen, seien sie schulischer oder vor allem auch sozialer

Natur – diese unvollständige Aufzählung führt uns vor Augen, wie massiv die Pandemie in unser Leben eingedrungen war. Ich nehme an, jede und jeder von Ihnen würde hier noch andere Punkte mit aufzählen. Vielleicht finden wir dafür in den Panels Raum.

Meine Damen und Herren, die Ausnahmesituation, durch die wir alle gegangen sind, erfordert eine besondere Form des Gedenkens und der Aufarbeitung. Darüber waren sich Landesregierung und Landtag schon lange einig. Wir haben das gerade in dem Einspielerfilm gesehen: schon vor einem Jahr. Heute, mit einigem Abstand zu den Ereignissen, ist der richtige Zeitpunkt gekommen. Jetzt ist die Zeit für einen gemeinsamen Tag der Besinnung und der Reflexion. Der heutige Vormittag war ganz besonders dem Andenken an die Opfer der Pandemie gewidmet. Wir haben einen wirklich bewegenden Gottesdienst erlebt – da darf ich wohl für alle sprechen, die in der Pauluskirche dabei waren. In unser aller Namen möchte ich Bischöfin Steen und Erzbischof Heße sowie allen anderen Gestaltenden sehr herzlich danken.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie an der Stelle, sich im Gedenken an die Opfer der Pandemie zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

– Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, in den folgenden Stunden wollen wir aus der Vergangenheit lernen und den Blick nach vorne richten. „Aus der Coronakrise lernen – gemeinsam besser werden“, diesen Titel haben wir für unser heutiges Symposium ausgewählt. Dabei haben wir uns ganz bewusst für die Vokabel „besser werden“ entschieden: Ganz schlecht ist unser Land nicht durch die Pandemie gekommen. Wir dürfen mit aller Bescheidenheit sagen: im bundesweiten Vergleich sogar recht gut. Deshalb möchte ich noch einmal sehr herzlich den Expertinnen und Experten, die

heute hier zum Teil anwesend sind, danken, die sowohl die Regierung, aber auch uns hier im Landtag in langen und ausführlichen Anhörungen immer wieder zur Seite gestanden haben. Ich glaube, das war eine großartige Leistung und ein großer Vorteil, dass wir in Schleswig-Holstein auf so breites Expert_innenwissen zurückgreifen konnten – herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, wir wissen auch, es sind Entscheidungen getroffen worden, die mit dem Wissen von heute anders ausgefallen wären. Wir haben damals nach bestem Wissen und auf der Basis von Recht und Gesetz Maßnahmen beschlossen, die für die Betroffenen sehr gravierende Konsequenzen nach sich gezogen haben. Als jemand, die unmittelbar an diesen Entscheidungen beteiligt war, kann ich Ihnen sagen, dass es sich niemand leichtgemacht hat.

Es gab wirklich viele Abende, fast jeden Abend, mit sehr langen Sitzungen – Heiner Garg kann das ganz besonders aus eigener Erfahrung bestätigen – in denen um kleinste Entscheidungen gerungen wurde: Tattoo-Studio auf, Nagelstudio zu, was macht Sinn, was ist zumutbar, und was schützt die Bevölkerung, was – das war auch eine wichtige Frage – schützt das Gesundheitssystem vor der Überforderung?

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass die Menschen in vielen Berufen, aber ganz besonders in den Krankenhäusern, die direkten Kontakt mit der Coronapandemie hatten, Großartiges geleistet haben.

(Beifall)

Und ja, die Folgen waren oft gravierend. Man denke etwa an die sehr lange Isolierung von Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen. Diese brachte zwar Schutz vor dem Virus, aber um einen sehr hohen

Preis. Weil hier manchmal so der Eindruck entsteht – heute im Gottesdienst sprach mich zum Beispiel jemand an und meinte, wir seien hier ja in einem Tunnel gewesen – sage ich: Nein, das waren wir nicht. Auch wir hatten Kinder zu Hause, wir als Politikerinnen und Politiker. Auch wir hatten ältere Menschen in den Familien, die ebenfalls in dieser Situation waren. Das heißt jede und jeder hat natürlich selber Dinge erlebt, die einem zugemutet wurden.

Ich denke auch an die lange Zeit des Onlineunterrichts an den Schulen. Hier ist zwar mit großem Einsatz technisch vieles möglich gemacht worden. Dabei ist aber deutlich geworden, was noch weiter erforderlich ist und dass Schule weit mehr ist als ein Lernort. Auch heute wurde wieder darauf hingewiesen, was alles nicht gelernt werden konnte. Das zeigt der Pisa-Vergleich. Aber was wirklich erschüttert, besonders erschüttert – das haben wir hier in den Anhörungen schon gehört – ist, dass in der Zeit der Pandemie die Suizidrate von Grundschulkindern – man muss sich das vorstellen: Grundschulkind, die sich das Leben nehmen! – extrem gestiegen ist. Das sind die Dinge, die wirklich wehgetan haben – noch viel, viel mehr als Pisa-Ergebnisse, die vielleicht nicht erreicht wurden.

Es war also ein Spagat: die Sorge um das Wüten der Pandemie und die unmittelbare Belastung der Menschen, die in den Krankenhäusern arbeiten, gleichzeitig die beschriebenen Folgen der Schließungen.

Meine Damen und Herren, wir sehen schon an diesen Beispielen: Wir haben noch Potenzial zum besser werden. Ich bin dankbar und ein wenig überwältigt, dass Sie heute alle gekommen sind, damit wir gemeinsam Bilanz ziehen und für die Zukunft lernen können. Zugleich geht mein Dank an alle Mitwirkenden der Panels. Sie lassen uns heute an den Erfahrungen teilhaben, die sie während der Pandemie gewonnen haben. Sie waren damals in den unterschiedlichsten Funktionen tätig. Mit vielen

von ihnen standen wir in Kontakt. Oft hatten Sie die schwierigsten Aufgaben und Pflichten zu erfüllen. Wer wäre also geeigneter als Sie, um uns zu erklären, wo wir noch besser werden können? – Vielen Dank für die Mühe, die Sie auf sich nehmen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, unsere Panels bilden sechs Bereiche ab, die von der Pandemie besonders betroffen waren: Sie werden im Einzelnen gleich noch vorgestellt. Wir wollen in diesen Feldern Antworten darauf finden, welche Maßnahmen sich bewährt haben und welche nicht, ob die Kommunikation von staatlicher Seite ausreichend war, um die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen – das ging ja manchmal Holterdiepolter und das war nicht so, um die Menschen zu quälen, sondern weil es entweder neues Expertinnen- und Expertenwissen gab, sich die Virusvariante geändert hatte oder ein Urteil dazu geführt hatte, dass etwas geändert werden musste. In der Regel war es nicht so, dass das Ziel war, die Bürgerinnen und Bürger möglichst schlecht mitzunehmen, sondern man musste einfach diesen Spagat hinbekommen. Wir wollen auch Antworten darauf finden, ob Lehren für andere Ausnahmesituationen gezogen werden können und welche Spätfolgen noch zu bewältigen sind, zum Beispiel von den Menschen, die noch an Long Covid leiden. Wir wissen, dass in einer global vernetzten Welt Pandemien entstehen und wir uns darauf vorbereiten müssen. Eine ähnliche Situation sollte uns nicht wieder überraschen.

Als Parlamentarierin sehe ich besonders interessiert auf das Panel Staat und Recht, hier wird es auch um die Rolle unseres Landesparlaments während der Pandemie gehen. Der Landtag hatte bekanntlich die Strategie verfolgt, im Kampf gegen die Pandemie die Regelungsinhalte sehr stark der Exekutive zu überlassen. Damit einher ging aber eine kon-

tinuierliche parlamentarische Kontrolle, und es war in der Zeit auch so, dass sich die Opposition – Serpil Midyatli ist ja hier – sehr stark mit eingebracht und eine sehr, sehr staatstragende und verantwortungsvolle Rolle ausgefüllt hat. Auch dafür gilt der Dank des ganzen Hauses.

(Beifall)

Wir haben hier im Land fraktionsübergreifende Anhörungen durchgeführt, um uns als Parlament ein Bild zu machen. Aufgrund der Geschwindigkeit, in der sich die Erkenntnisse und das Virus selbst veränderten, gab es oft Zeitdruck, schnell zu reagieren, neue Verordnungen zu erlassen und das Handeln zu verändern. Sowohl im Land als auch bei den berühmten berichtigten Ministerpräsidentenkonferenzen – ein Format, das vorher eigentlich niemand richtig wahrgenommen hat –

(Heiterkeit)

konnte das Parlament bedingt Einfluss nehmen.

Meine Damen und Herren, ich habe es eingangs erwähnt, eine Veranstaltung wie diese hat das Landeshaus noch nicht gesehen. Damit verbunden war auch eine umfangreiche Vorbereitung.

Die Planung, Konzeption und Organisation der heutigen Veranstaltung – und das neben dem administrativen Alltagsgeschäft, was im Moment auch herausfordernd ist – waren eine anspruchsvolle Aufgabe. Erlauben Sie mir deshalb, dass ich bereits allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Landesregierung und Landtag ganz herzlich danke. Sie haben einen großartigen Einsatz gezeigt!

(Beifall)

Für uns, die wir hier versammelt sind, geht es jetzt mit der Arbeit in den einzelnen Panels weiter. Uns allen wünsche ich gute Diskussionen und dass wir heute alle etwas dazu lernen – zum Wohle des Landes Schleswig-Holstein und seiner Menschen. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

4. Vorstellung der Moderatoren und des Fokus der Panels

Moderatorin Kluge-Paustian bittet die Moderatorinnen und Moderatoren der sechs Panels kurz einen persönlichen Eindruck oder eine Erinnerung an die Pandemie zu nennen und den Fokus der verschiedenen Panels vorzustellen.

Panel 1 – Gesundheit und medizinische Forschung

Moderation: Angelika Bähre,
*Leiterin Abteilung V, Gesundheitsvorsorge im Ministerium für
Justiz und Gesundheit*

Moderation: Dr. Heiner Garg,
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags und Gesundheitsminister a. D.

Zunächst berichtet **Frau Bähre**, sie habe sich im damaligen Gesundheitsministerium zur Pandemiezeit wie in einer Blase gefühlt. Immer wieder hätten die Kolleginnen und Kollegen dort sehr schnelle, aber trotzdem maßvolle und gut abgewogene Entscheidungen treffen und auf viele Einzelfälle reagieren müssen, die man vorher gar nicht habe überblicken können. Dennoch habe sie sich in dieser Zeit nirgendwo so sicher gefühlt vor einer Ansteckung wie im Ministerium: ein riesiges Haus und trotzdem nur einige wenige Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

Herr Dr. Garg, schildert als eindrückliche Erinnerung an die Pandemie, vielen im Haus und auch ihm sei damals zum ersten Mal deutlich geworden, dass der Zuschnitt des damaligen Ministeriums mit der

Zuständigkeit unter anderem für Gesundheit, Kita, Arbeitsschutz und Soziales, der breiteste in der gesamten Bundesrepublik gewesen sei. Die Pandemie habe deshalb die Kolleginnen und Kollegen in seinem Haus in ihren vielen Zuständigkeiten vor sehr große Herausforderungen gestellt. Sie hätten in dieser Zeit Übermenschliches geleistet. Von einer Ministeriumspitze könne man erwarten, dass sie 24 Stunden im Dienst sei; aber in der Pandemiezeit habe dies auch für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums gegolten. Diese hätten unzählige, zum Teil zig hunderte Überstunden angehäuft. Trotzdem habe sich niemand beschwert oder versucht, Urlaub zu nehmen, sondern diese Menschen hätten im besten Sinne des Wortes „dem Land gedient“ und mit ihrem überaus großen Einsatz dazu beigetragen, dass Schleswig-Holstein so gut durch die Pandemie gekommen sei. Das habe ihn persönlich extrem berührt.

Außerdem habe sich bei ihm der 26. Dezember 2020 und die damit verbundene Hoffnung eingebrannt, der Tag, an dem die ersten Impfstoffdosen ausgeliefert worden seien. Bereits ab dem 27. Dezember 2020 seien dann die ersten Menschen in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein geimpft worden. Das Gesundheitsministerium habe vor der großen Herausforderung gestanden, die 6.800 zur Verfügung gestellten Impfdosen über 100.000 priorisierten Menschen in Schleswig-Holstein zuzuordnen. Auch das sei eine enorme Herausforderung gewesen.

Als Hauptaufgabe des Panels Gesundheit und medizinische Forschung sieht **Frau Bähre** zum einen, allen Menschen, die in dieser schwierigen Zeit an der Basis gearbeitet hätten, noch einmal eine angemessene Wertschätzung zukommen zu lassen. Aber natürlich habe man bei den Gästen für das Podium eine Auswahl treffen müssen und werde nicht alle Bereiche abdecken können. Zum anderen müssen es in dem Panel natür-

lich auch darum gehen, darüber zu beraten, wie man noch besser werden könne, also wo noch optimiert werden müsse.

(Beifall)

Panel 2 – Bildung und Hochschule

Moderation: Armin Himmelrath,

Bildungs- und Wissenschaftsjournalist und Redakteur beim Spiegel

Im Fokus des Panel 2 stünden – so **Herr Himmelrath** einleitend – die zwei Systeme Schule und Hochschule, die in der Pandemie unterschiedliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätten. So sei im Bereich Schule während der Pandemie bereits sehr ausführlich über die Maßnahmen diskutiert und berichtet worden. Dagegen hätten die Hochschulen relativ früh ein Signal gegeben: Uns geht es gut, wir bekommen das mit der digitalen Lehre ganz gut hin! Daraufhin sei dieses System während der Pandemie sozusagen unter dem Radar gelaufen. Im Rahmen des Panels werde man versuchen, die Entwicklung in diesen beiden Feldern nachzuzeichnen und darzustellen, was gut geklappt habe und was man aus der Pandemie lernen könne. Die Pandemie habe ja als eine Art Verstärker für die Probleme, die bereits vorher bestanden und auch bekannt gewesen seien, gewirkt. Das gelte auch für die Institutionen. Wenn diese bereits vorher eigenständig und verantwortungsvoll unterwegs gewesen seien, seien sie relativ gut durch diese Zeit gekommen. Vor dem Hintergrund müsse man auch darauf schauen, was man an strategischen Ideen aus dieser Pandemie mitnehmen könne.

Bei ihm persönlich, so Moderator Himmelrath weiter, habe sich besonders der 16. März 2020 eingebrannt, der Tag, an dem die Schulen bundesweit zugemacht worden seien. In dem Moment habe man wie unter einem Brennglas sehen können, welche Schulen sozusagen ins totale Chaos stürzten und in welchen Schulen selbständig Ideen entwickelt worden seien, wie man mit der neuen Situation umgehen könne. So habe er eine Schule aus Schleswig-Holstein in Erinnerung, mit dessen Leitung er damals auch telefoniert habe. Sie habe selbständig über das Wochenende Mikro-Vorlesungen organisiert, um ihren Lehrkräften ein Basiswissen über Videokonferenzen beizubringen. Kolleginnen und Kollegen, die sich technisch besser auskannten, hätten ihren anderen Kolleginnen und Kollegen in anderthalb Stunden die Basics für Videokonferenzen beigebracht, sodass diese am Montag hätten bereits damit beginnen können, ihren Unterricht in Form von Videokonferenzen abzuhalten. Das sei ein Beispiel dafür, was in dieser Zeit auch Mut gemacht habe.

(Beifall)

Panel 3 – Gesellschaftliches Leben, Kultur und Sport

Moderation: Benedikt Stubendorff,

TV-Radio Online

Herr Stubendorff beginnt mit zwei für ihn besonders einprägsamen Erlebnissen aus der Coronazeit. Bei einem Einkauf in der Zeit des Lockdowns in einem Supermarkt sei ihm aufgefallen, dass die Menschen durch die Gänge geschlichen seien: Maske auf, keiner habe sich angeschaut. Er sei sich vorgekommen wie in einer Geisterstadt. An der Kasse

habe er dann zu der Kassiererin durch die Maske gesagt: „Danke, dass Sie diesen Job hier für uns machen!“ – Daraufhin habe ihn die Kassiererin mit ihren Augen über die Maske hinweg regelrecht angestrahlt. Da sei ihm zum ersten Mal bewusstgeworden, wie man allein mit den Augen reden und Emotionen ausdrücken könne. Das habe ihn durch die Pandemie begleitet.

Als zweite Erinnerung an die Pandemie schildert er, dass er im Lockdown entschieden habe, trotz Verbots auf dem Land zwischen den Feldern – weitab von anderen Menschen – laufen zu gehen, und das sei einfach großartig gewesen.

(Heiterkeit)

Das Panel Kultur und Sport werde sich mit dem beschäftigen, was im Laufe der Pandemie an Bedeutung gewonnen habe. Früher sei das eher nebenher gelaufen. Sport machte man zum Feierabend, ins Konzert ging man vielleicht am Wochenende oder auch gar nicht. Dann sei die Pandemie gekommen, und man habe festgestellt, als man nichts mehr davon durfte, dass das fehlt. Sport und Kultur hätten also durch die Pandemie einen enormen Bedeutungszuwachs in der Wahrnehmung der Menschen bekommen. Er sei sehr gespannt darauf, was die Gäste erzählten, wie sie das wahrnahmen und was das letztendlich mit der Gesellschaft in Schleswig-Holstein gemacht habe.

(Beifall)

Panel 4 – Kita und Pflege

Moderation: Melanie Sonneborn,
Geschäftsführerin der mehrwerte GmbH

Moderation: Lisa Buddemeier,
Beraterin für Organisations-, Entwicklungs- und Gemeinwohlökonomie

Frau Sonneborn erinnert sich an die Projektleitung ihrer Firma, die in der Coronazeit für die Auszahlung der Überbrückungshilfe zuständig gewesen sei, und die damit verbundene Komplexität in den Absprachen mit dem Wirtschaftsministerium und der Investitionsbank. So etwas habe sie vorher und auch nachher nie wieder erlebt. Berührt habe sie in diesem Zusammenhang vor allen Dingen die Begeisterung und das Engagement von vielen Menschen, die zum Teil freiwillig die Anträge abgearbeitet hätten. Auch wenn nicht alles perfekt gelaufen sei – das sei bei dieser Komplexität und dem Zeitdruck auch völlig nachvollziehbar – sei ihr dieses Engagement und diese Einstellung, jeder habe sich auf den anderen verlassen können, positiv in Erinnerung geblieben. Deshalb versuche sie jetzt, dieses Gefühl in so manche Organisation, die sie als Beraterin begleite, weiterzutragen.

Als zweites habe sich ihr ein Bild für das gute Miteinander unter den Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheitsämtern, die in dieser Zeit Unfassbares zu leisten gehabt hätten, eingeprägt. Darauf hätten die Kolleginnen und Kollegen eine Kollegin in ihre Mitte genommen, um ihr zu signalisieren: Wir können Dir die Arbeit nicht abnehmen, aber wir sind Dir nah! – Wenn sie davon erzähle, müsse sie immer noch aufpassen, dass ihre Stimme nicht breche.

Frau Buddemeier berichtet über das Wechselbad der Gefühle, das sie in der Coronazeit geprägt habe. Auf der einen Seite seien ihr als Selbständige von einem Tag auf den anderen alle Aufträge weggebrochen. Das sei natürlich sehr schmerzlich gewesen. Auf der anderen Seite habe sie gemerkt, wie toll manche Kunden seien. So sei sie von ihnen teilweise gebeten worden, trotzdem eine Rechnung zu stellen, um ihr in dieser Situation zu helfen.

Auch im Zusammenhang mit ihrer Mutterrolle – ihre Kinder seien damals im Kitaalter gewesen – habe sie diese ambivalenten Eindrücke in Erinnerung. Auf der einen Seite sei es zu Hause während der Kitaschließungen stressig gewesen. Auf der anderen Seite habe es mehr Zeit für die Familie und auch ganz viel Ruhe gegeben, die schön gewesen sei.

Die beiden Moderatorinnen des Panels Kita und Pflege kündigen an, dass im Mittelpunkt des Panels die Fragen stehen sollten: Wie können wir eine lernende Organisation werden? Was können wir besser machen, was machen wir bereits gut und können davon noch mehr machen? Dabei werde es vor allem beim Thema Pflege darum gehen, die unterschiedlichen Perspektiven von Angehörigen, den Pflegenden und den Einrichtungen zu Wort kommen zu lassen.

(Beifall)

Panel 5 – Staat und Recht

Moderation: Dr. Sven T. Siefken,
Professor am Institut für Parlamentarismusforschung und Politik an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Als Ziel des Panels Staat und Recht nennt **Herr Dr. Siefken**, die gesamte Breite der Staatlichkeit in der Pandemie abzubilden. Der Fokus werde also nicht allein auf dem Parlament liegen. Natürlich müsse geschaut werden, wie sich das Parlament geschlagen habe, wie es Einfluss genommen habe – in der Sichtbarkeit und hinter den Kulissen – aber man werde auch auf die Exekutive schauen, die an vielen Stellen das Heft des Handelns während der Pandemie in der Hand gehabt habe. Zur Exekutive gehörten neben der Landesregierung auch die kommunale Ebene. Außerdem werde es um die Überprüfung und Mitwirkung der Maßnahmen durch die Rechtsprechung gehen. Mit diesem Fokus auf alle drei Staatsgewalten werde die zur Verfügung stehende Zeit auf jeden Fall knapp werden. Als persönliches prägendes Ereignis nehme er aus der Coronazeit den Beginn seiner Forschungsarbeit mit, die sich aus der eher beiläufigen Frage in einer kurzen Zoomkonferenz mit Kolleginnen und Kollegen aus der ganzen Welt entwickelt habe: „Wer guckt eigentlich gerade darauf, was gerade mit den Parlamenten geschieht?“ Daraufhin habe er ein kleines Projekt dazu begonnen – zunächst angelegt auf zwei Wochen – und daraus habe sich inzwischen eine große Studie entwickelt, an der sich 35 Parlamente auf der ganzen Welt beteiligten.

(Beifall)

Panel 6 – Wirtschaft

Moderation: Dr. Sebastian Wilckens,

Volkswirt und Leiter der Abteilung Wirtschaft im Wirtschaftsministerium des Landes Schleswig-Holstein

Herr Dr. Wilckens sieht als Aufgabe des Panels Wirtschaft vor allen Dingen, in die Branchen reinzuschauen, die es hart erwischt habe. Das seien vor allen Dingen die Gastronomie, der Tourismus, das Handwerk und der Einzelhandel. Von ihnen seien deshalb Vertreterinnen und Vertreter zu dem Panel eingeladen worden. Man werde sich vor allen Dingen mit zwei Themen beschäftigen, zum einen mit den Lockdowns: Wie sei das Verfahren dazu gelaufen? Was haben wir voneinander lernen können, insbesondere was die Kommunikation angeht? Zum anderen werde man sich mit den Hilfsprogrammen in der Coronazeit beschäftigen: Wie ist das Fazit zu diesen Unterstützungsmaßnahmen, was kann man daraus lernen und für die Zukunft mitnehmen?

Auch für ihn sei der März 2020 in der Coronapandemie prägend gewesen, die gefühlte Schizophrenie in dieser Zeit. Auf der einen Seite habe man den Unternehmen sagen müssen: „Am Montag ist Schluss!“ – Es sei spürbar gewesen, was das insbesondere für kleinere Unternehmen und für die Menschen bedeutet habe, diese Existenzbedrohung. Auf der anderen Seite habe man sich intensiv damit beschäftigt, wie man die Fördermittel möglichst schnell ausgezahlt bekomme. Das Gefühl, auf der einen Seite etwas lahm zu legen, auf der anderen Seite gleichzeitig zu versuchen, das zu kurieren und zu helfen – es habe gelernt werden müssen, dass das durchaus zusammenpasse.

(Beifall)

(Unterbrechung: 13:02 bis 13:15 Uhr)

II. Dokumentation der Panels

1. Panel – Gesundheit und medizinische Forschung

Moderation:

Angelika Bähre und Dr. Heiner Garg

Dr. Jan Rupp,

Professor und Facharzt für Innere Medizin/Infektiologie sowie Facharzt für Mikrobiologie, Virologie und Infektionsepidemiologie, Direktor der Klinik für Infektiologie und Mikrobiologie, am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Dr. Helmut Fickenscher,

Professor und ärztlicher Leiter Universitäres diagnostisches MVZ Kiel / Facharzt für Mikrobiologie, am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Dr. Alexandra Barth,

Landesvorsitzende der Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Schleswig-Holstein und Leiterin des Gesundheitsamtes Neumünster

Dr. Monika Schliffke,

Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung

Dr. Klaus Rabe,

Professor und Chefarzt der Pneumologie der Lungenfachklinik in Großhansdorf

Thomas Fettweiß,

Geschäftsführer der Ostseeklinik Schönberg-Holm

Dr. Thomas Bahmer,

Professor und Facharzt für Innere Medizin und Pneumologie am Universitätskrankenhaus Schleswig-Holstein

Moderatorin Bähre begrüßt alle Teilnehmenden am Panel 1 „Gesundheit und medizinische Forschung“, das von ihr gemeinsam mit Dr. Heiner Garg moderiert werde. Durch die Befragung von Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, aber auch von der Basis werde man erfahren, wie sie die Coronazeit mit Blick zurück einschätzten, was sie in der Zeit gut gefunden hätten, aber auch – darauf liege der Fokus des Symposiums –, was wie optimiert werden könne, um für zukünftige mögliche Katastrophen noch besser gerüstet zu sein.

Sie freue sich sehr darüber, dass der Plenarsaal des Landtags heute voll sei und für das Panel Gesundheit und medizinische Forschung die meisten Anmeldungen eingegangen seien. Vorab wolle sie denjenigen danken, die sich auf die Einladung hin schriftlich mit einer Stellungnahme an die Veranstalter gewandt und mit ihren Anregungen zur Ausgestaltung beigetragen hätten. Diese werde man auch in die Auswertung dieses Symposiums einfließen lassen.

Als Einstimmung in das Thema seien die beiden Chefvirologen des UKSH aus Lübeck und Kiel gebeten worden, ein paar Zahlen, Fakten und Daten zur Pandemie darzustellen. Zunächst begrüße sie dazu Herrn Professor Dr. Jan Rupp vom UKSH-Campus Lübeck.

(Beifall)

a. Impulsvortrag durch Dr. Jan Rupp, Professor, Virologe und Direktor der Klinik für Infektiologie und Mikrobiologie am UKSH

Dr. Jan Rupp: Vielen Dank für die Einführung und dafür, dass man in dieser Konstellation die Menschen zusammengebracht hat, um auch

in den Köpfen mit der Pandemie ein bisschen mehr abschließen zu können. Ich will ganz bewusst vorwegschicken, dass ich hier nicht als Experte stehe, sondern eher als jemand, der versucht, langsam seinen Frieden mit der Pandemie zu machen. Bei vielen ist die Pandemie bereits aus dem Kopf heraus, bei vielen von uns, den im Krankenhaus Tätigen, aber noch nicht.

Ich fange mit zwei oder drei Statements an. Zahlen und Fakten möchte ich nicht im Sinne harter wissenschaftlicher Fakten wie sonst bringen – ich glaube, das wird dem Charakter der Veranstaltung heute nicht gerecht –, sondern eher die Frage stellen: Was ist denn gut an Zahlen und Fakten, und was hat uns in der Pandemie an Zahlen und Fakten vielleicht eher in die Irre geleitet?

Für die Veranstaltung ist ein guter Zeitpunkt gewählt worden – Oliver Grundel ist an der Organisation beteiligt gewesen –: Es war nicht klar, ob wir so etwas machen sollten, ob das am Ende hier nicht ein Super-spreading-Event wird. Als Virologe muss ich mir so eine Frage natürlich stellen.

Es gibt einen ganz interessanten Artikel in den Lübecker Nachrichten mit dem Leiter der Notaufnahme in Lübeck, der ungefähr im Januar/Februar 2020 erschienen ist, in dem Herr Hollinde von den LN gefragt hat, wie es aussieht, ob es mit Covid Probleme gebe. Herr Wolfrum und ich standen damals da und sagten: „Es wird eine intensive Welle mit Atemwegsinfektionen geben.“ –Wenn man heute die Zeitung aufschlägt, liest man: Die Schweinegrippe H1N1 steht vor der Tür. So ungefähr haben wir uns auch damals gefühlt, weil die Daten einfach nicht mehr und nicht weniger hergegeben haben.

Worauf ich hinaus will: Was dann kam, hat uns alle überrascht – Experte hin oder her –, weil wir vielleicht ganz viele Dinge im Hinterkopf hatten, uns aber nicht bewusstgemacht haben, dass wir es mit einem Vi-

rus zu tun haben, für den einfach niemand ein trainiertes Immunsystem hat. Wir haben deshalb gedacht, wir bewegen uns zunächst wieder einmal in den bekannten Risikogruppen. Aber genau das war der erste Irrglaube. Bei den ersten Meldungen, die wir aus Norditalien und anderen Ländern zu den Risikogruppen bekommen haben – vielleicht hätten wir es auch schon früher wissen können, wenn wir aus China mehr Daten bekommen hätten –, hätten wir wissen müssen, dass es etwas ganz anderes sein muss, ohne zunächst den Erreger zu kennen. Da haben wir zum Glück Christian Drosten gehabt: Der hat eine Woche gebraucht, dann wussten wir, was es ist.

Ich erinnere in dem Zusammenhang immer gern daran, ein bisschen demütig zu sein, weil wir uns glücklich schätzen können, dass wir erst im Jahr 2020 mit diesem Erreger zu tun hatten. Viele erinnern sich noch an den Beginn von HIV. Da dauerte es vier Jahre, bis man den Erreger benennen konnte, bis man wusste, was für ein Erreger das ist, bis man Testsysteme hatte und bis man sagen konnte: Du bist negativ, und du bist positiv. – Stellen Sie sich einmal eine Pandemie in dieser Konstellation retrospektiv vor!

Es gab eine große Betroffenheit, eine große Belastung für die Krankenhäuser, aber auch viel Solidarität, vor allem mit Pflegenden und mit denen, die vor Ort des Geschehens waren.

Ich möchte aber auch ein bisschen Wasser in den Wein gießen: Nein, nicht alle Ärzte in den Krankenhäusern waren massiv belastet. Das anders darzustellen, ist nicht richtig. Wenn Sie ein Krankenhaus schließen und nur auf Patienten warten, die irgendwann kommen – die kamen mal mehr und mal weniger –, dann gibt es ganz viele, die holen sich morgens trotzdem den „Spiegel“ und warten erst einmal, dass jemand kommt. Ganz viele andere sitzen stundenlang in irgendwelchen Sitzungen und versu-

chen, alles zu machen, damit, wenn es dann so kommt, die Intensivstationen und die Normalstationen funktionieren.

Ein Punkt, den wir nie ganz aufgearbeitet haben, muss deshalb sein zu klären: Wie würde denn ein Krisenmanagement wirklich effektiv aussehen? Wer arbeitet alles mit, und wer ist halt auch da? Das gibt es in jeder Behörde. Ich möchte dazu aufrufen, so etwas auch für Krankenhäuser vorzusehen. Das ist das Genuine, was man, wenn man an die Grenzen kommt, wissen muss: Auf wen kann man da setzen?

Dann kam so eine Welle, in der die Zahlen die Wahrnehmung übernommen haben. Wir haben die Tests gehabt, wir haben viel über Masken gesprochen, auf einmal ging es um Aerosole und Partikelgrößen. Ich weiß nicht, ob es typisch deutsch ist, aber wir haben uns damit auch ein Stück weit aus dieser Emotionalität befreit, weil wir gesagt haben: Jetzt können wir das berechnen. Wir können berechnen, wann es losgeht, wie die Hospitalisierungsrate ist, wie die Sterberate ist: jeweils ein Drittel. – Damit waren wir ein Stück weit sicherer, dass wir das auch hinbekommen. Denn wir sehen Zahlen als etwas Verlässliches an.

Was wir dabei vergessen haben, ist genau diese Emotionalität vom Anfang. Das will ich sehr gern mit Ihnen besprechen: Haben wir die richtigen Entscheidungen getroffen, oder haben wir Entscheidungen zum Teil über die Köpfe anderer hinweg getroffen? Ich weiß, das ist ein ganz heikles Thema, und dafür werden anderthalb Stunden auch nicht reichen: Steht es uns zu, Leuten vorzuschreiben und zu sagen – wie es auch im Film angeklungen ist –: Drei Monate siehst du deine Angehörigen nicht! – Steht uns das zu? Das ist zwar vor allem eine juristische Frage, aber irgendwie auch eine medizinische. Wäre auch das medizinisch eine gute palliative Versorgung, wenn ein Mensch für sich entschieden hat: „Das ist ein ganz hohes Gut für mich, dass ich diese Infektion – irgendwie beglei-

tet wann auch immer – durchmache, und ich nehme die Konsequenzen für mich an!“? Ist es dann ein ethischer Weg, ihm diese Entscheidung freizustellen, und dann landet er auch nicht im Krankenhaus? – Das ist eine Frage, die wir uns so in der Akutsituation nie stellen konnten, aber die wir uns – wie ich finde – auch im Nachgang nicht gestellt haben. Wir sind jetzt immer noch an der gleichen Stelle, wo wir damals waren.

Ich mache es kurz, wie gesagt, die Zeit ist eng getaktet: Haben wir nach diesem Wechsel von der Emotionalität hin zur Zahlenarithmetik den Ausstieg gut hinbekommen? Das ist die Frage. Oder haben wir zu lange an Zahlen festgehalten und gerade vielleicht auch die jetzt schon vielfach angesprochenen Gruppen – Kinder und Jugendliche – einem zu hohen Druck ausgesetzt unter dem ewigen Zwang, die Zahlen unten zu halten, um Krankheitsfälle zu verhindern? Das ist sehr provokant und sehr zugespitzt dargestellt.

Ich möchte noch einmal sagen: In der damaligen Situation die Krankenhäuser weitgehend frei und arbeitsfähig zu halten, war ein hohes Gut. Dazu stehen wir auch nach wie vor.

Ich frage mich eher, wenn ich heute in die Notaufnahmen gucke: Was haben wir daraus wirklich gelernt? – Sie sind wieder voll, es ist wieder so, dass wir zu wenig Pflegekräfte haben. Wir haben daraus in den letzten drei oder vier Jahren zu wenig in Produktivität umsetzen können, weshalb wir jetzt handlungsfähiger wären. Das sind Dinge, die uns im Krankenhaus betreffen. Aber ich weiß, dass das intersektoral bei den Niedergelassenen und bei den Gesundheitsämtern nicht anders aussieht. Ich freue mich darauf, dazu in der nächsten Stunde etwas aus den anderen Bereichen zu hören. – Vielen Dank.

(Beifall)

Moderator Dr. Garg bedankt sich für den Vortrag und weist darauf hin, dass Herr Dr. Rupp sich zwar ganz bescheiden nicht als Experte für die Emotionalität sehen wolle. Er sei aber in der Coronazeit von Anfang an Mitglied des Expertenrats der Landesregierung gewesen. Dabei sei aufgefallen – das gelte für alle Kolleginnen und Kollegen dieses Expertenrates –, dass Herr Dr. Rupp komplett anders agiert und anders beraten habe als das Expertengremium der Bundesregierung. Er sei zwar sachlich, aber immer ruhig und gelassen geblieben. Vielleicht sei das einfach die norddeutsche Gelassenheit. Ihn interessiere, wie er es, anders als Kolleginnen und Kollegen auf der Bundesebene, geschafft habe, nicht so passiv-aggressiv eine Sprache der Angst in der Kommunikation verwandt zu haben, sondern wirklich die Menschen mitzunehmen. Das sei nämlich aus seiner Sicht ein Riesenerdienst dieses Expertinnen- und Expertenrates aus Schleswig-Holstein gewesen, dass seine Mitglieder die Dinge zwar eindrücklich geschildert, aber es immer vermieden hätten, zusätzlich noch Angst in der Bevölkerung zu schüren. – Es gehe ja darum, auch daraus zu lernen, was in Schleswig-Holstein gut gelaufen sei.

Herr Dr. Rupp fühlt sich geehrt, als typisch norddeutsch beschrieben zu werden, obwohl er aus Stuttgart komme.

(Heiterkeit)

Er habe das in den letzten 25 Jahren tatsächlich genau so gesehen und empfinde es als guten Wesenszug, nicht alles so hochzukochen. Der Gegenpol in vielen Diskussionen sei in der Pandemie Bayern gewesen. Der Expertenrat in Schleswig-Holstein habe von Anfang an nicht nur Mediziner umfasst. Er habe auch immer gesagt, dass es zu viele Virologen und zu viele Theoretiker und Theoretikerinnen im Panel der Bundesregierung gegeben habe. Das sei natürlich keine Kritik an dem Berufsstand. Aber es sei die Stärke von Schleswig-Holstein gewesen, die Diskussionskultur

und die Probleme frühzeitig in die eigenen Überlegungen mit einzubeziehen. In der Zeit sei deutlich geworden, dass Wissenschaftskommunikation ein extrem wichtiges Thema sei. Was immer in Hochschulen gemacht werde: Wenn es nicht vernünftig kommuniziert werde, dann habe die Wissenschaft ihren Auftrag einfach nur halb verstanden.

Es sei eine ganz bewusste und wichtige Lehre aus der Pandemie, die Frage zu beantworten: Wie können wir es gut übersetzen, auch gerade beim Thema Impfungen? Hier sei man nach der Pandemie wieder ein Stück zurückgefallen. Obwohl in der Zeit durch die Impfungen ein Riesenerfolg erzielt worden sei, müsse man jetzt wieder verstärkt Werbung dafür machen. Es müsse daran gearbeitet werden, die Menschen wieder für Impfungen vielleicht nicht zu begeistern, aber sie daran zu erinnern: Ihr habt doch gelernt, dass es hilft!

Dieser Kommunikationsaspekt auf Basis eines breiteren Austauschs habe die Kolleginnen und Kollegen getragen und ein bisschen sicherer in ihren Aussagen gemacht, auch wenn man abends in der Tagesschau dazu dann vielleicht konträre Meinungen gehört habe.

(Beifall)

Moderatorin Bähre bittet Herrn Dr. Fickenscher als Leiter der Landesmeldestelle und als Professor, Virologe und Chefarzt des Kieler Campus des UKSH um seinen Einführungsvortrag.

b. Impulsvortrag durch Dr. Helmut Fickenscher, Professor, Virologe und Chefarzt des Kieler Campus des UKSH

Dr. Helmut Fickenscher: Guten Tag, meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich hier sprechen darf. Ich habe schon eine prima Einführung erhalten, weshalb ich mir hier etliches Allgemeines sparen kann. Die Besonderheit bei meinem Tätigkeitsbereich außer, dass wir im Bereich des UKSH und der Medizinischen Fakultät hier in Kiel für Infektionserreger zuständig sind, ist, dass wir auch den Auftrag durch das Gesundheitsministerium haben, uns um die Landesmeldestelle zu kümmern und hier den Auftrag des Infektionsschutzgesetzes umzusetzen. Diese Arbeit war über viele Jahre relativ beschaulich, weil wir zum Glück keine gewaltigen Pandemien hatten.

Das Gesundheitssystem in Schleswig-Holstein ist aber schon an den Rand der Existenz geraten, als eine sehr übersichtliche Anzahl von EHEC-Fällen im Jahr 2011 unsere Gesundheit erschüttert hat. Die Schweinegrippe-Pandemie, die uns wahrscheinlich alle persönlich betroffen hat, hat zum Glück nicht so stark krank gemacht. Aber auch hier gab es nach initial einschränkenden Maßnahmen, dass man zum Beispiel bei heimkehrenden Schülern aus Spanien eine Kontaktpersonennachverfolgung gemacht hat, dann keine weiteren Maßnahmen, und niemand hat über Masken nachgedacht.

Die Tätigkeit der Landesmeldestelle beruht auf der umfangreichen Tätigkeit der meldenden Ärztinnen und Ärzte und auf der extrem ausführlichen Arbeit durch die Gesundheitsämter in der Recherche und Übermittlung in Ergänzung dieser Daten. Ohne die könnte eine so zentrale Landesfunktion gar nicht funktionieren.

Es hat sich vieles verändert. Ich gehe erst einmal auf die präpandemischen Bedingungen zurück: Im Jahr 2018 hatten wir eine erhebliche Grippeepidemie, wie wir sie eigentlich noch nie gesehen hatten. Trotzdem gab es in dem Jahr im ganzen Land gerade einmal 26.000 gemeldete Infektionskrankheiten, weil einfach die Unmasse von Grippeerkrankungen niemanden interessiert hat. Das ist eigentlich auch eine sehr vernünftige Sichtweise. Man braucht andere Wege, um die gesamte Epidemiologie zu erfassen. Die 26.000 Fälle haben uns trotzdem ungeheuren Stress gemacht. So etwas hatten wir noch nie gesehen. Tatsächlich war diese Grippeepidemie so drastisch, dass dadurch eine Übersterblichkeit in der Bevölkerung in Schleswig-Holstein entstanden ist, die in einer ähnlichen Dimension liegt, wie die, die in der Coronapandemie beobachtet worden ist. In Schleswig-Holstein war der Verlauf wesentlich günstiger als in den meisten anderen Bundesländern, aber dass eine dermaßen große Dimension an zusätzlichen Todesfällen im Jahr 2018 vorhanden war, hat man damals in der Öffentlichkeit überhaupt nicht wahrgenommen.

In der Frühphase der Coronapandemie lagen dann die Schwerpunkte ganz anders. Hier war die Kontaktpersonennachverfolgung plötzlich das Hauptthema, das die Gesundheitsämter beschäftigt hat, bei der das Militär und viele Abteilungen aus den Kommunen mit unterstützt haben. Das war eben wichtig, um im Rahmen der einschränkenden Maßnahmen die Infektionszahlen niedrig zu halten. Auf der Basis dieser niedrigen Infektionszahlen konnte auch die Impfung rechtzeitig fertig werden und zum Einsatz kommen. Diese Brücke hinzubekommen, war tatsächlich eine sehr wichtige Leistung, wo sehr viele unterschiedliche Rollen und Maßnahmen hineingespielt haben.

In dieser Phase war auch die genaue Kenntnis über die Infektionszahlen und über die Inzidenzen wesentlich, während man später eigentlich

nur noch riesenhafte Zahlen betrachtete – so ungefähr: Jeder ist aktuell ohnehin gefährdet und hat es vielleicht morgen. Da sind natürlich Maßnahmen dann nicht mehr relevant.

Im Jahr 2022 wurden mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins im Meldewesen erfasst. Das ist aus Sicht des Infektionsschutzgesetzes und der entsprechenden Regelungen, die überwiegend vom Bundesministerium stammten, zwingend notwendig gewesen, aber die Erfassung eines Großteils der Bevölkerung Schleswig-Holsteins im Hinblick auf eine Erkrankung, die ohnehin fast jeder bekommt, ist zu diesem Zeitpunkt nicht mehr richtig sinnvoll gewesen, da in den meisten Fällen daraus auch keine Konsequenzen mehr entstanden. – In der Zukunft wäre sinnvoll, ein Stichprobensystem zu entwickeln, sodass man in so einer Situation nicht mehr jede Person erfasst, sondern meinetwegen nur noch jede zehnte oder jede fünfzigste.

Die Pandemie ist seit mittlerweile geraumer Zeit beendet. Bei vielen Leuten hat sich das aber noch nicht herumgesprochen. Bei Erkältungen wird getestet, alle Leute haben noch irgendwelche Tests zu Hause. Egal ob sie noch haltbar sind oder nicht, ob sie überhaupt die aktuellen Virusvarianten erkennen oder nicht, es wird voller Vergnügen getestet, und dann wird dem Arbeitgeber gesagt: „Ich habe Covid.“ Dann bekommen alle Angst, und dann bleibt man lieber drei Wochen zu Hause. – Das muss sicher noch modifiziert werden. Covid, wenn man von den schweren Verläufen absieht, ist inzwischen eben unter der Rubrik normale Erkältungskrankheit zu sehen. Hier gibt es keine differenziellen Sichtweisen mehr. Die Schnellteste haben in der Phase der viel niedrigeren Inzidenz auch nicht mehr die erforderliche Zuverlässigkeit. Deshalb ist es nicht gut, sich auf diese Ergebnisse zu verlassen. Es ist auch deshalb nicht gut, wenn jetzt im breiten Maßstab überlegt wird, die Schnelltestungen für eine ganze

Reihe von Erregern auch weiter als Standardsystem vorzusehen. Da ist es sehr wichtig gegenzuhalten, und da freue ich mich, dass Schleswig-Holstein hier auch eine eindeutige Meinung hat, die in anderen Bundesländern leider so noch nicht existiert. Die Diagnostik ist derzeit nur noch bei Krankenhauspatienten und bei besonderen Risikopatienten relevant, aber für alle anderen hat es hier keine Wichtigkeit mehr.

Aktuell sind wir in der Normalität angelangt. Die Normalität wird aktuell durch die beginnende Grippeepidemie gestört. In der 50. Woche hat sie begonnen und hat sich erstaunlicherweise sehr gemächlich entwickelt. Weihnachten stört die Grippe sonst immer. Es ist ganz erstaunlich, aber offenbar sind die Leute in dieser Weihnachtszeit doch ruhiger gewesen und haben nicht ganz so viele Kontakte gehabt. Die Grippewelle hat aber jetzt begonnen und sich in der aktuellen Woche deutlich gesteigert. Wenn ich eine Verdoppelung der Fallzahlen beobachte, dann ist das tatsächlich etwas Relevantes. Insofern werden wir uns in den nächsten Wochen um die Grippe kümmern müssen. Aber SARS-CoV-2 hat sich momentan einigermaßen aus dem Geschehen verabschiedet. Da sind die Fallzahlen, die überwiegend aus Krankenhäusern stammen, deutlich rückläufig. Auch bei RSV sind die Fallzahlen derzeit rückläufig. Man kann also aktuell aufgrund der neuen Meldepflicht eine Aussage treffen, dass die Krankenhäuser derzeit nicht von RSV-erkrankten Kindern überrollt werden, während das vor einem Jahr doch eine gefühlte Epidemie war, die niemand auch nur irgendwie messen konnte. Die Vielzahl der anderen Erreger ist zurück. Die Durchfallerreger sind wieder da. Händewaschen ist offenbar nicht mehr ganz so etabliert, wie es im Rahmen der Pandemie schon einmal üblich war.

Es gibt aber auch einige unsinnige Relikte, die noch aus der Pandemie übrig geblieben sind, zum Beispiel gibt es noch die klinische Melde-

pflicht für den Covid-Verdacht. Das betrifft jeden Schnupfen. Jeder behandelnde Arzt ist derzeit eigentlich verpflichtet, dem Gesundheitsamt jeden Schnupfen zu melden. Erstaunlicherweise gibt es keine Tendenz, von dieser Regel abzurücken, obwohl die Situation wirklich eklatant ist.

Oder: Ein wunderbares Abwassermonitoring wurde entwickelt – sicher wichtig, dass man so etwas kann. Zum Beispiel gibt es weiterhin ständig eine Gefährdung, dass die Poliomyelitis womöglich wieder ausbrechen könnte, und an manchen Orten, zum Beispiel in New York, ist das auch passiert. Dafür ist die Methode gut. Aber es ist absoluter Unsinn, wenn wir jetzt europaweit wöchentlich mehrfach Messwerte akkumulieren, die keinerlei Aussagekraft mehr haben.

Wir haben in der Pandemie einiges gelernt. Als ganz wesentliches Prinzip haben wir gelernt, dass man Händewaschen vor dem Essen nicht vergessen sollte. Das hatten wir, so glaube ich, alle schon einmal als Kinder gelernt, aber längst wieder vergessen. Dann gibt es den Grundsatz, nicht krank zur Arbeit zu gehen. Auch das hatte man zum Teil vergessen. Leute mit Schnupfen, die nicht zur Arbeit gegangen sind, galten als Weicheier. Die Sichtweise ist derzeit doch deutlich anders, zum Leidwesen vieler Arbeitgeber. Hier muss auch stark differenziert werden, weil die Tendenz immer noch sehr groß ist, so lange zu Hause zu bleiben, bis das letzte Hüsterchen auch auskuriert ist. Der Grundsatz, nur so lange zu Hause zu bleiben, wie die akute Erkrankung besteht, muss noch stärker kommuniziert werden.

Der eigenverantwortliche Schutz ist möglich. Es ist mittlerweile normal, dass Personen mit Maske an Konferenzen teilnehmen, und das wird nicht mehr belächelt, anders als es vor der Pandemie der Fall war. Damit haben wir die Möglichkeit, dass Leute, die gerade eine Erkältung haben, trotzdem an einer Zusammenkunft teilnehmen und umgekehrt sich eben

auch gefährdete Personen schützen können. Das konsequenter ernst zu nehmen, ist sehr vernünftig. Das werden wir in den nächsten Wochen bei der Grippeepidemie sicher weiter nutzen können. Beim Benutzen eines vollen Zuges oder eines vollen Busses würde ich das auch sehr empfehlen. Wir müssen aber insgesamt noch einiges lernen. Da sind wir, so glaube ich, in Schleswig-Holstein gar nicht so schlecht gewesen. „Wir“ ist dabei falsch. Es waren andere Personen, die die Öffentlichkeit mit den Informationen versorgt haben. Aber dass es zu einer so starken gesellschaftlichen Spaltung, und dass es wegen relativ geringfügiger Details zu andauernden Demonstrationen kommen kann, dass hochrangige Wissenschaftler_innen plötzlich die seltsamsten kruden Ideen entwickeln, das hat man in diesem Ausmaß vorher noch nicht gesehen.

Man wird sicher daran arbeiten müssen, wie man die Kommunikation noch besser gestalten kann, obwohl das in Schleswig-Holstein nach meinem Eindruck noch vergleichsweise sehr gut funktioniert hat. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Moderatorin Bähre bedankt sich für die interessante Einstimmung in die Beratungen des Panels durch die beiden Professoren des UKSH. – In einer ersten Diskussionsrunde wolle man nun der Frage nachgehen, wie die Gesellschaft aus den medizinischen Versorgungsbereichen heraus durch die Pandemie getragen worden sei.

Sie bitte dazu die eingeladenen Vertreterinnen und Vertreter der Stationär-, Akut- und Rehabilitationsversorgung sowie aus den Bereichen der ambulanten Versorgung und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in das Rund zu kommen: Frau Dr. Alexandra Barth, die Landesvorsitzende der Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Schleswig-Holstein und Leiterin des Gesundheitsamtes Neumüns-

ter, Frau Dr. Monika Schliffke, seit 2012 Vorstandsvorsitzende der Kasernenärztlichen Vereinigung, Herrn Professor Dr. Klaus Rabe, den Chefarzt der Pneumologie der Lungenfachklinik in Großhansdorf – heute als Vertreter der Akutkliniken in Schleswig-Holstein auf dem Podium – sowie Herrn Thomas Fettweiß. Er sei Geschäftsführer der Ostseeklinik Schönberg-Holm, einer der Rehabilitationskliniken, die in der Coronazeit als eines von 15 Entlastungskrankenhäusern Patienten aufgenommen habe, die nicht maschinell beatmet werden mussten, um diese schneller aus den Akutkliniken abverlegen zu können.

c. Erstes Podiumsgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Stationär-, Akut- und Rehabilitationsversorgung sowie aus den Bereichen der ambulanten Versorgung und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

Moderatorin Bähre bittet die Podiumsmitglieder darum, ihre persönlichen oder auch beruflichen Erfahrungen, die sie in der Pandemie geprägt hätten, vorzutragen, um auf der Grundlage dann gemeinsam Optimierungspotenziale zu identifizieren und die Frage beantworten zu können: Was könnten wir noch besser machen?

Moderator Dr. Garg möchte von Frau Dr. Schliffke wissen, ob es ihr persönlich manchmal nicht extrem auf den Wecker gegangen sei, dass insbesondere am Anfang der Pandemie der Fokus auf den Krankenhäusern und Akutkrankenhäusern gelegen habe, dass also vorwiegend über Intensivbetten und über Intensivstationen geredet worden sei, obwohl doch der ambulante Bereich so viel gearbeitet und so viel zum Pandemie-

management und zur Bewältigung beigetragen habe. Ihn interessiere, wie sie damit umgegangen und es ihr gelungen sei, ihre Kolleginnen und Kollegen ständig zum Testen, zum Impfen, zum Versorgen und zur Infektionssprechstunde zu motivieren.

Frau Dr. Schliffke antwortet, das habe man erst einmal lernen müssen. Zu Beginn der Pandemie seien alle von den Bildern aus China, Bergamo und später auch aus Straßburg beeindruckt gewesen. Alle diese Bilder hätten mit Patienten in Kliniken zu tun gehabt, weil die Gesundheitssysteme in diesen Ländern auf die Kliniken ausgerichtet seien und es dort gar keine flächendeckende ambulante Versorgung gebe. Es sei auch damit zu rechnen gewesen, dass der Fokus in jedem Fall auf den Kliniken liegen werde, weil dort die Masse der Behandlungsmöglichkeiten sehr viel schneller begrenzt sei als im ambulanten Bereich. Dazu komme, dass man natürlich bei einer unbekanntem Erkrankung erst einmal lernen müsse, wer tatsächlich extrem gefährdet sei, wer ein besonderes Augenmerk benötige.

In der Anfangsphase habe das UKE in Hamburg sehr viele Obduktionen durchgeführt, durch die wichtige Erkenntnisse hätten gewonnen werden können. Irgendwann sei bekannt gewesen, dass die Krankheit bei einem schweren Verlauf ihren Schwerpunkt zwischen dem siebten und neunten Tag habe. Das sei eine wichtige Erkenntnis gewesen, aber insgesamt habe man medizinisch definitiv keine Ahnung gehabt, worum es gehe. In so einer Situation könne man nicht davon ausgehen, von Anfang an alle gleich behandeln zu können, sondern es sei klar, dass automatisch ein Fokus entstehe, der abgearbeitet werden müsse.

Moderator Dr. Garg fragt Frau Dr. Barth nach ihrem Erleben und ihren Empfindungen dazu, dass während der Pandemie zum ersten Mal der ÖGD und der KVSH eng zusammenarbeiten mussten – Stichwort: ambulantes Monitoring in Schleswig-Holstein. Da hätten von einem auf

den anderen Tag ganz viele Patientendaten übermittelt werden müssen. Sei das von Anfang an ruckelfrei gelaufen, und habe sie gesagt: „Toll, das wollten wir schon immer mal?“

Frau Dr. Barth erklärt, vor der Pandemie seien die beiden Bereiche wie Mars und Venus gewesen. Es habe wenig Berührungspunkte zwischen dem Öffentlichen Gesundheitsdienst und der KVSH gegeben. – **Frau Dr. Schliffke** wirft ein, wenn, dann seien das eher negative gewesen. – Das in der Pandemie in Schleswig-Holstein ins Leben gerufene ambulante Monitoring und die Zusammenarbeit – so **Frau Dr. Barth** – seien bundesweit wirklich einzigartig gewesen. Gemeinsam habe man auf einmal so viel gewuppt, die Menschen gut betreut und in Versorgung gebracht. Das sei eine wirklich wunderbare Zusammenarbeit gewesen.

Besonders beeindruckt habe sie die Anfangszeit der Pandemie, in der man noch nicht gewusst habe, was auf alle zukomme. Dennoch habe man vor Ort Anfang März 2020 Entscheidungen treffen müssen, die große Auswirkungen sowohl finanzieller als auch persönlicher Art auf die Menschen in ihrem Sozial- und Berufsleben gehabt hätten. Dafür seien unter Zeitdruck sehr verantwortungsvolle intensive Abwägungen notwendig gewesen.

Ihrer Erinnerung nach sei das Gesundheitsamt Neumünster, das sie leite, das erste Gesundheitsamt in ganz Deutschland gewesen, das Veranstaltungen abgesagt habe. Sie habe zu ihrem Oberbürgermeister gesagt: „Wir haben die Holstenhallen in Neumünster; ich habe gesehen, was da auf uns zukommt und was im Süden bereits los ist. Ich empfehle Ihnen, die Veranstaltungen ab sofort abzusagen!“ – Zu dem Zeitpunkt sei dazu von Landes- oder Bundesebene noch nichts zu hören gewesen. Zum Glück habe der Oberbürgermeister gesagt: „Wir machen, was Sie sagen.“ Sie habe es als verdammt hart empfunden, eine Güteabwägung auf Ba-

sis von quasi nicht vorhandenen Daten vornehmen zu müssen, um dann eine verantwortliche Entscheidung zu treffen.

Moderatorin Bähre erinnert sich an die ersten Telefonate, die sie mit Verantwortlichen aus dem Reha-Bereich geführt habe. Diese hätten ja Patientinnen und Patienten aus dem ganzen Bundesgebiet und gewusst, dann und dann werde auch noch eine Gruppe aus Bayern oder aus Baden-Württemberg anreisen. Sie hätten natürlich gefragt: „Was machen wir denn jetzt?“ – Es sei dann schnell die Entscheidung getroffen worden, die Reha zwar für die Patientinnen und Patienten aus Schleswig-Holstein geöffnet zu lassen, aber die Menschen aus anderen Bundesländern nicht mehr aufzunehmen.

Herr Fettweiß bestätigt, dass dieses Telefonat, über das Frau Bähre gerade berichtet habe, auch aus seiner Sicht ein sehr prägendes gewesen sei.

Es gebe praktisch zwei Zeitrechnungen, die Zeit mit Corona und die Zeit ohne. Die Stunde null sei 16 Uhr am Freitag, den 13. März 2020, gewesen, als per E-Mail von Herrn Dr. Garg eine Nachricht gekommen sei, in der gestanden habe: „Liebe Reha-Kliniken, heute ist Freitag, der 13. März 2020. Ihr dürft ab Montag keine Patienten mehr aufnehmen.“ – Sein Haus sei zu diesem Zeitpunkt mit etwa 320 Patienten annähernd voll gefüllt gewesen. Vier Wochen später seien es nur noch 42 Patientinnen und Patienten gewesen; auf dem großen Parkplatz habe ein einsames Auto gestanden, und man sei durch leere, verlassene, stille Flure, gegangen, in denen sonst Leben wie in der Holstenstraße geherrscht habe. Er habe gedacht: „Mein Gott, was hat etwas, was man nicht riecht, was man nicht sieht, was man nicht fühlen kann, mit uns gemacht? In welche Richtung führt das Ganze? Welche Auswirkungen kann diese Pandemie für uns als Unternehmen haben, aber auch für uns als Menschen, für unsere Mitarbeitenden, für unsere Patientinnen und Patienten, die eigentlich darauf

gehofft haben, nach langen Antragstellungen irgendwann im Jahr 2020 zu uns zur Reha kommen zu dürfen?“ Zu dem Zeitpunkt hätten die Wartezeiten etwa fünf bis sechs Monate betragen.

Natürlich sei es eine große Herausforderung gewesen, das sich langsam leerende Haus zu managen, die Mitarbeitenden zu beruhigen, all das, was dann nach und nach geballt in Form von Verordnungen auf alle zugekommen sei, umzusetzen und in eine Schutz- und Hygieneordnung innerhalb des Hauses zu übersetzen. Es sei extrem wichtig gewesen, die Menschen – die Mitarbeitenden und auch die Patienten – mitzunehmen, um Corona, ein neues Virus, mit dem es bis dahin überhaupt keine Erfahrung gegeben habe, so weit in den Griff zu bekommen, dass Schleswig-Holstein einigermaßen gut durch diese Pandemiezeiten gekommen sei. Der Start davon sei im März 2020 erfolgt. Für den Reha-Bereich könne er sagen: „Wir haben das angenommen.“ Alle Kolleginnen und Kollegen, insbesondere diejenigen, die sich als Entlastungskliniken angeboten hätten, hätten sich auf ihre Arbeit konzentriert.

Moderatorin Bähre merkt an, dass die Umstellung des Betriebs einer Rehaklinik quasi auf ein kleines Akut-Haus, insbesondere bei der Patientenbetreuung, eine große Umorganisation bedeute. Sie möchte wissen, ob Herr Dr. Rabe es als Erleichterung gesehen habe, dass es die Möglichkeit gegeben habe, bei einer Überlast auch auf andere Kliniken zuzukommen und zu wissen: Ich kann abverlegen, was ich nicht mehr bei mir verantwortungsvoll behandeln kann.

Herr Dr. Rabe merkt dazu an, dass man sich jetzt in der Rückschau daran erinnere, dass alle in der Pandemie durch sehr verschiedene Phasen gegangen seien. Auch er persönlich „könne nicht Pandemie“, das habe er nie gelernt. In der Situation, in die man sozusagen hineingeworfen worden sei, hätten alle nur Angst gehabt. So habe er die Angst gehabt, dass

er nicht bewältigen könne, was es zu bewältigen gebe. Er habe nicht geschlafen, weil ihm bewusst gewesen sei, dass da eine Situation auf ihn zukomme, in der er verantwortlich leiten, irgendwie koordinieren und bestehen müsse.

Die Herausforderung habe am Anfang vor allem darin bestanden, ganz viele ältere Menschen zu versorgen. Sein Kernerlebnis in der Pandemie seien die Bilder der Militärlastwagen in Bergamo; diese werde er nie vergessen. Er habe sich dabei an eine ähnliche Situation im Zusammenhang mit HIV 40 Jahre zuvor erinnert gefühlt. Auch damals habe man keine Ahnung gehabt, was da passiere, und auch in den Krankenhäusern sei die Versagungsangst groß gewesen. Alle hätten nur gedacht: „Wie kommen wir da gemeinsam raus?“ Für Mediziner sei es ziemlich schrecklich, als last resort keine Arzneimittel zu haben. Deutschland habe Glück gehabt, dass es so eine Plattformtechnologie an der Goldgrube 1 in Mainz gegeben habe. Es sei Uğur Şahin gewesen, der die Medizin in Deutschland relativ schnell in die Lage versetzt habe – schon innerhalb von ein paar Monaten –, etwas zu tun.

Eine der besseren Ideen der Landesregierung und des Expertenrates sei die Bildung regionaler Cluster gewesen. Dadurch hätten die Akteure schnell gelernt, dass man sich aufeinander in einer Art und Weise verlassen könne, die man vorher nicht gekannt habe. In dem Nukleus sei klar gewesen: „Okay, da gibt es rechts und links noch jemanden, der so ähnlich denkt wie wir.“ Das habe gut funktioniert.

Es habe die Hoffnung bestanden, dass es irgendwann Arzneimittel und Vakzinationen geben werde. Allerdings gebe es bekanntermaßen kaum ein emotionaleres Thema in der medizinischen Geschichte als Impfungen. Das sei seit der Erfindung der Impfungen durch Edward Jenner so gewesen. In der Pandemie habe sich leider bewahrheitet, dass die Gesellschaft seitdem relativ wenig Rationalität dazugelernt habe.

In der Rückschau – so Herr Dr. Rabe – sei er sich aber ziemlich sicher, dass man in Schleswig-Holstein mehr richtig als falsch gemacht habe, denn das Land sei relativ gut durch die Pandemie gekommen, und die Menschen hätten sich gegenseitig gestützt. Er selbst – und das sei keine Schlei-
merie – habe ein komplett anderes Verhältnis zur Landesregierung und zu politisch Verantwortlich bekommen, weil er in dieser Zeit gelernt habe: „Die arbeiten genauso hart – 24/7 – wie wir in der Klinik und wollen das Gleiche.“ Diese Lernkurve habe ihm persönlich, aber auch vielen seiner Kollegen, gutgetan.

Eines müsse aber klar sein: Nach der Pandemie sei vor der Pandemie, und man wolle in der Zukunft nicht noch einmal davon so überrascht werden und das Gefühl haben, allein zu sein. Wichtig sei deshalb, dass für solche Fälle geklärt werde, wen man in welcher Reihenfolge informiere, und dass es eine für diese Fälle zuständige Institution gebe, also sozusagen eingeschliffene Strukturen bestünden, auf die zurückgegriffen werden könne. – Wenn die Gesellschaft das aus der Pandemie gelernt habe, wäre er schon sehr zufrieden.

(Beifall)

Moderator Dr. Garg erinnert, dass sehr zu Beginn in einer ganz frühen Phase Antony Fauci, sozusagen der Papst, der die HIV-Pandemie begleitet habe, Donald Trump beraten und gesagt habe: „Nicht jeder soll alles tun!“ Er fragt, ob diese Form der Versorgungscluster mit ihren Kommunikationsstrukturen, die man in Schleswig-Holstein gebildet habe – die während der Pandemie Silke Seemann, auch sie sitze heute hier, für das Land orchestriert habe –, beibehalten oder auf Stand-by gehalten werden sollten, unabhängig davon, welches Virus in wieviel Jahren auch immer die Gesellschaft überraschen werde.

Herr Dr. Rabe antwortet, jede immunologische Antwort und jede gesellschaftliche Antwort benötige Memory Cells, und man sei gut beraten, diese Memory Cells jetzt schon zu etablieren. Es gebe ein kollektives Wissen, das man aus eigener Erfahrung oder theoretischen Konstrukten und Institutionalisierung sozusagen konservieren müsse.

So habe man sich beispielsweise in der akuten Phase – bundesweit – reich an auf dem Papier bestehenden Intensivbetten gerechnet, obwohl jeder halbwegs ehrliche Mensch gewusst habe, dass für manche dieser Betten schon vor der Pandemie keine Pflegekräfte zur Verfügung gestanden hätten. Trotzdem habe man gebetsmühlenartig mit Zahlen hantiert, von denen alle wussten, dass sie nicht stimmten. Dazu könne er nur sagen: „Bitte nicht mehr!“ Denn dadurch sei ganz viel Druck entstanden. Es gebe mehrere Beispiele dafür, in denen durch das reelle Abgleichen mit dem, was man im ehrlichen Umgang miteinander erreichen könnte und in ganz vielen Fällen auch erreicht habe, Lehren gezogen und diese Fehlinformationen vermieden werden könnten.

Letztendlich müsse die Frage gestellt werden: Was macht ein resilientes Gesundheitssystem aus? – Für die Kliniken könne er feststellen, diese Resilienz habe damals vor Ort nicht bestanden, und wenn er sich jetzt akut umgucke, nehme er wahr, dass die Resilienz des Systems nicht zugenommen habe. Man müsse sich fragen: Wären wir, wenn Corona morgen losgehen würde, in einer besseren Situation als vor vier Jahren? – Seine Antwort darauf wäre: „I don't think so!“

Er rufe deshalb dazu auf, in diesem Bereich für den nächsten Fall proaktiv zu planen, denn er werde kommen. Das sage nicht nur Herr Fickenscher, das sagten ganz viele Leute, die sich ihr Leben lang damit beschäftigt hätten. Er wünsche sich, dass diese Memory Cells entstehen und dass offensichtliche Missstände jetzt schon beseitigt würden. Die Resilienz der Kliniken sei dabei sehr wichtig.

(Beifall)

Moderatorin Bähre bedankt sich für das Statement und stellt daran anknüpfend fest, dass der Zeitpunkt für das Corona-Symposium genau richtig gewählt worden sei. Corona sei jetzt nur noch mit einer leichten Erkältungskrankheit vergleichbar.

Es sei wichtig, jetzt nicht in einen Erholungstiefschlaf zu fallen nach dem Motto: Vor einem Jahr konnten wir die Maßnahmen zurückfahren und haben alle gedacht und gehofft, dass uns so etwas nicht mehr trifft. Sondern es sei richtig, sich daran zu erinnern, was gut gemacht worden sei, zum Beispiel mit dem OPA, dem Operativen Ausschuss, der jeden Freitagvormittag getagt und später über Video- und Telefonkonferenzen zusammengekommen sei. Alle wesentlichen Akteure aus dem Gesundheitsbereich hätten sich in diesem Gremium ausgetauscht. Dort habe man auch seine Sorgen adressieren können.

Sie erinnere sich daran, dass in einer der Sitzungen die Gesundheitsämter vorgetragen hätten, dass die Mitarbeitenden in den Ämtern nicht mehr in der Lage seien, die Kontaktdatennachverfolgung hinzubekommen. Daraufhin habe man die große Unterstützung durch die Bundeswehr organisiert.

Dieser Ausschuss sei eine Plattform nach innen und außen gewesen. Die Kommunikation nach innen und außen habe eine sehr schlanke und niedrige Hierarchiepyramide gehabt; dafür danke sie an dieser Stelle auch noch einmal der damaligen Ministeriumshausspitze. Alle gemeinsam seien an einer Sache interessiert gewesen und hätten eng zusammengearbeitet.

Dem pflichtet **Moderator Dr. Garg** bei. Flapsig könne man sagen, der OPA sei fast wie eine Radioshow freitagsmorgens um 10 Uhr gewesen. Er erinnere sich an einen Satz von Frau Dr. Schliffke, der hängengeblieben sei. Im Anfangsstadium der Pandemie habe es ja nur PCR-Tests – sozusa-

gen nur vom Feinsten – gegeben. Frau Dr. Schliffke habe im OPA dazu gesagt: „Entschuldigen Sie mal, das ist doch eine öffentliche Aufgabe, das ist doch kein Versorgungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung!“ – Und die KVSH habe es trotzdem gemacht! Das sei ein Beispiel dafür, dass diese Form des Austausches, des sich Ehrlich-miteinander-Machens, zu guten Ergebnissen geführt habe.

Da gelte auch für das ambulante Monitoring, die Möglichkeit, infizierte Patientinnen und Patienten zu Hause zu lassen. Dafür habe das Land Pulsoximeter angeschafft, um den Sauerstoffgehalt im Blut messen und die Vitalparameter übertragen zu können. Die KVSH habe dafür Ärztinnen und Ärzte rekrutiert, auch Kolleginnen und Kollegen, die schon im Ruhestand gewesen seien. Schleswig-Holstein habe damit nicht nur etwas Einzigartiges gemacht, sondern aktiv Krankenhäuser entlastet. Dabei sei die Mitarbeit des ÖGD zwingend erforderlich gewesen, um zu wissen, um welche Menschen es gehe. Die dazugehörigen Daten hätten dann irgendwie zu Frau Dr. Schliffke beziehungsweise zu den Kolleginnen und Kollegen kommen müssen.

Er möchte von Frau Dr. Schliffke wissen, ob solche Kommunikationsstrukturen, die damals quasi aus dem Nichts aufgebaut worden seien, geholfen hätten, oder ob sie im Nachhinein sage: „Das war irgendwie nett, aber wir hätten in der Stunde dann doch lieber behandelt.“

Frau Dr. Schliffke antwortet, die Kommunikation innerhalb eines relativ überschaubaren Krisenstabes halte sie für zwingend notwendig, und dafür sei der wöchentlich zwei Stunden tagende Operative Ausschuss unter Einbeziehung der ganzen Randbereiche der gesundheitlichen Versorgung ein gutes Instrument gewesen. So ein Instrument könne vor allem auch dabei helfen, durch strukturelles und ruhiges und kompetentes Auftreten nach außen zu versuchen, denen die Ängste zu nehmen,

die die einzelnen Aufgaben durchzuführen hätten. Dabei denke sie zum Beispiel an das über Wochen fehlende Schutzmaterial für die Abstrichdienste und ihren Umgang mit schwierigen Personen.

Zur Rekrutierung für das ambulante Monitoring stehe man zwar heute noch mit den Kassen vor Gericht, aber das habe es am Ende gebracht – weil wir eben über die Krankheit viel zu wenig wussten –, die Patienten zweimal täglich zu kontaktieren und einfach zu fragen: „Wie geht es Ihnen denn? Und was gibt es heute Besonderes?“ – Darüber seien Besonderheiten sehr frühzeitig entdeckt worden. Im Nachhinein müsse man sagen, dass man in bestimmten Bereichen ganz schön militärisch vorgegangen sei, indem man gesagt habe: „Du musst das bis 10 Uhr machen, wenn nicht, bist du den Patienten los, und jemand anderes macht es!“ Dafür habe man sechs Hintergrundärzte eingesetzt.

Auch die Leitstellensituation müsse man im Nachgang zur Pandemie neu durchdenken. Damals habe es von jetzt auf gleich geheißt: „Das kann die 116 117 machen.“ Aber am zweiten Tag sei sie schon zusammengebrochen. Deshalb habe man die Telefonleitungen von 40 auf 150 und später auf 180 erweitern müssen. Dann seien am Sonntag auch noch Module kaputtgegangen. Dazu habe man die ganze negative Presse aushalten müssen.

Sie erinnere sich an das Osterfest 2020: Es habe zwei Wochen 24/7-IT-Arbeit gedauert, den Faxberg mit Meldungen in den Gesundheitsämtern in den Griff zu bekommen. Dann sei es aber so gut gelaufen, dass Schleswig-Holstein sein System sogar auf dem Europäischen Kongress als Vorzeigeprojekt vorgestellt habe.

Am Ende – so die Forderung von Frau Dr. Schliffke – müsse die Betrachtung all diese Faktoren in einen neuen Pandemieplan münden. Dazu könne die heutige Veranstaltung einen gewissen Auftakt bilden, indem

man die Faktoren zusammentragen, die als Basics in einem Pandemieplan stehen müssten, der nachher für jede Art von Pandemie benutzt werden könne. Überwiegend werde es wahrscheinlich um virale Krankheiten gehen, aber jedes Virus sei möglicherweise anders. Auf jeden Fall müsse man die Basics wie Kommunikationskanäle für intern und für die Bevölkerung sowie Gremien definieren, die sehr schnell entscheiden könnten und zu ihren Entscheidungen auch stünden, auch wenn sie dafür Schläge kassierten. Nur so könne am Ende alles strukturiert über die Bühne gehen und mit weniger Angst an die Aufgabe herangegangen werden, denn Angst sei in jedem Bereich ein Riesenhemmschuh.

Auf die Frage von Moderator Dr. Garg, ob es sie nicht tierisch nerve, nachdem ein funktionierender ÖGD als Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Pandemie erkannt worden sei und sich Bund und Länder zunächst auf einen Pakt für den ÖGD geeinigt hätten, sie sich jetzt darum zofften, wie es nach 2026 finanziell weitergehen solle, bestätigt **Frau Dr. Barth**, dass sie die Verstetigung des Pakts als *Conditio sine qua non* sehe. Es sei zwingend erforderlich, den Pakt für den ÖGD auszuweiten und zu verstetigen, denn der Öffentliche Gesundheitsdienst sei das Rückgrat eines jeden Pandemiemanagements bei Infektionskrankheiten. Man habe gesehen, dass der kaputtgesparte Öffentliche Gesundheitsdienst auch in Schleswig-Holstein einer Pandemiebewältigung nicht gewachsen gewesen sei. Jetzt habe man etwas Personal-, Ressourcen- und digitalen Aufwuchs erleben dürfen, aber nur befristet bis Ende 2026. Stand heute sei, dass zum 1. Januar 2027 unzählige Stellen im ÖGD Schleswig-Holstein wieder abgebaut werden müssten. Das entspreche nicht dem Ziel, einen handlungsfähigen Öffentlichen Gesundheitsdienst für die sicherlich kommenden zukünftigen Krisen aufzubauen und zu halten. Deshalb sei Appell: „Tun Sie etwas!“

Herr Fettweiß stellt fest, niemand habe zuvor etwas Ähnliches erlebt wie die Coronapandemie. Deswegen seien solche Eindrücke, die in der Zeit gewonnen worden seien, vorher auch unvorstellbar gewesen; heute sei man wesentlich klüger. Er könne auch bestätigen, was Herr Professor Rabe anfangs gesagt habe: In dieser Situation hätten Menschen, die man vorher nicht gekannt und von denen man sich habe nicht vorstellen können, dass sie helfen könnten, Unterstützung angeboten und geleistet. Manche hätten einfach Mut gemacht, Hinweise gegeben oder aber auch faktisch mit Rat und Tat eingegriffen. Dadurch seien in der Pandemiezeit viel neues Wissen und viele neue Netzwerkbeziehungen entstanden. Aus Seiner Sicht tue man gut daran, jetzt im Sinne von strategischen Übungen oder durch welche Instrumente auch immer, dieses Wissen und diese Netzwerke zu sichern und weiter auszubauen. Denn man wisse nicht – auch Corona sei ja unvorstellbar gewesen –, was als Nächstes komme.

Moderatorin Bähre bedankt sich bei den Teilnehmenden für die Hinweise im Rahmen der ersten Gesprächsrunde, die mitgeschrieben würden und im Nachgang zur Veranstaltung eine Basis für die Ausarbeitung des Pandemieplans bilden könnten.

(Beifall)

Den Organisatoren dieses Panels sei sehr bewusst, dass es noch sehr viel mehr Helferinnen und Helfer und Vertretungen von Institutionen aus dem Gesundheitswesen gebe, die während der Coronapandemie tatkräftig mitgewirkt hätten und heute hierher hätten eingeladen werden müssen. Leider sei das aufgrund des zeitlichen Rahmens nicht möglich gewesen; dafür bitte sie um Nachsicht.

c. Zweites Podiumsgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Unterstützungsinstitutionen der Versorgungssysteme

Moderatorin Bähre kündigt die zweite Gesprächsrunde im Rahmen des Panels mit Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen an, die die vier in der ersten Runde vertretenen Versorgungssysteme intensiv unterstützt hätten. Ohne diese Arbeiten direkt vor Ort, an der sogenannten Basis, durch diese Menschen und ihre Kolleginnen und Kollegen, die Expertinnen und Experten bei der Bewältigung von Krisen seien, gehe es nicht. Dazu zählten Dr. Ingeborg Kreuz, eine niedergelassene Ärztin aus Flensburg. Außerdem Eddy Dieckvoss vom THW, der zeitweise als Leiter des Logistikstützpunkts in Boostedt nicht nur diese logistische Meisterleistung der Verteilung von Schutzkleidung und Masken vollbracht habe, sondern der auch für die Verteilung des Impfstoffs auf die Impfzentren zuständig gewesen sei. Oberst Schneider, Kommandeur des Landeskommandos der Bundeswehr, habe mit seinen Soldatinnen und Soldaten die Kontaktpersonennachverfolgung durch die Gesundheitsämter erst möglich gemacht. Benjamin Hussong vom DRK und Herr Yonathan Arnold von den Johannitern: Ohne das DRK und die Johanniter Schleswig-Holstein hätten die Test- und Impfzentren nicht so erfolgreich ihre Arbeit machen können.

(Beifall)

Auf die Frage, wie es für sie in der Pandemie gewesen sei, erklärt **Frau Dr. Kreuz**, für sie als Hausärztin, die noch nie vorher einen Lockdown erlebt habe, sei es ehrlicherweise ganz furchtbar gewesen. Was sie in dieser Zeit besonders geprägt habe, sei das Thema Impfen, mit dem es Ende 2020 losgegangen sei. Nachdem die Hausärzte vorher mit einfachsten

Mitteln versucht hätten, ihre Patienten weiter zu versorgen, sei man ganz hoffnungsvoll mit dem Impfen in einem nahegelegenen Pflegeheim gestartet. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner hätten auch mitgemacht. Zwei oder drei Wochen später sei dann die erste Infektionswelle durch dieses Haus gegangen, bei der auf einer Station die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner verstorben sei. Dieses Erlebnis sei für sie extrem prägend gewesen.

Die Hausarztpraxen hätten in der Pandemie nie ihre Praxen zumachen können. Die Wartezimmer seien vielleicht etwas leerer gewesen, dafür hätten die Patientinnen und Patienten am Telefon Rat gesucht. Dazu sei das Monitoring gekommen: sieben Tage die Woche, auch am Wochenende, auch über Weihnachten. Es habe einfach keine Pause gegeben. Das habe alle in der Basisversorgung Tätigen sehr erschöpft und sei an ihnen nicht spurlos vorbeigegangen.

Oberst Schneider bedankt sich dafür, dass er hier in diesem Panel zu Wort komme und beispielsweise nicht im Panel Staat und Recht, zu dem er als Vertreter des Militärs auch passe. Es sei viel charmanter, als Vertreter der Streitkräfte – er sei der oberste Vertreter der Bundeswehr hier im Land – genau hier bei den Gesundheitsfachleuten sprechen zu können. Er habe zu Beginn der Pandemie vor der großen Herausforderung gestanden, sich mit Blick voraus und ohne Weisungen und Befehle aus dem Bundesverteidigungsministerium in den Gremien, Foren und im Gespräch mit den Fachleuten, die sich hier auf diese Herausforderung einstellen mussten, einzubringen. Er gehöre zu den Kampftruppen und neige hin und wieder zur Breitbeinigkeit, und sei es für ihn schon ungewöhnlich, sich mit einem Sozial- und Gesundheitsminister ins Benehmen zu setzen. – Moderator Dr. Garg merkt an, er hoffe, das sei nicht persönlich gemeint.

(Heiterkeit)

Oberst Schneider erklärt, er könne sich nur den Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen und als jemand, der als Offizier ständig Lagen beurteilen müsse, sagen: Wie das in der Pandemie organisiert und orchestriert worden sei, stehe für Schleswig-Holstein und sei sehr gut gelaufen, indem frühzeitig auch die Streitkräfte eingebunden worden seien, Entwicklungen antizipiert und dadurch die Prozesse beschleunigt worden seien. Aufseiten der Bundeswehr sei es beispielsweise über sein Oberkommando gelungen, den Antrag auf Amtshilfe ins Ministerium nach Berlin innerhalb von Stunden zu stellen und genehmigt zu bekommen, sodass die Unterstützung der Streitkräfte für das Land sehr schnell verfügbar gewesen sei.

Auch wenn sich die organisatorischen Grundlagen in der Pandemiezeit Tag für Tag verbessert hätten, habe er leider sehr vielen Anrufern bei sich im Landeskommando immer wieder Absagen erteilen müssen, was ihre Anfragen nach direkter Unterstützung anbelange – zum Beispiel hinsichtlich der Lieferung von Schutzausrüstung, die Verfügbarkeit von Truppenärzten oder des Sanitätskorps.

Eine seiner stärksten Erinnerungen sei kein schillernd-fröhliches, sondern seine Erlebnisse im Zusammenhang mit einem privaten Pflegeheim, in dem der Betreiber sozusagen die Segel gestrichen habe. Alle Mitarbeitenden und Zuständigen seien einfach abgehauen; es seien Menschen gestorben. Und so sei – sozusagen vor aller Augen – mit einem Mal dieses Heim zu einem Tatort geworden. Gemeinsam mit dem Landrat und dem Ministerium habe man dort zwar schnell Hilfe organisieren können, und diese Einsatzbereitschaft auf allen Seiten werde er positiv in Erinnerung behalten, aber auch nie vergessen, wie furchtbar das gewesen sei. So etwas dürfe nie wieder passieren.

Außerdem werde er nie vergessen – so gehe es offenbar vielen, wie die Reaktion, das Raunen verrate, dass vorhin beim Film an der Stelle durch das Publikum gegangen sei –, wie geduldig viele Schleswig-Holsteiner erduldet und mitgemacht hätten, sich in einer unglaublichen Routine immer wieder ein Stäbchen einfach so durch die Nase in den Rachenraum stoßen zu lassen. Das könne man sich inzwischen gar nicht mehr vorstellen.

Wenn er einmal sozusagen das Fernlicht anstellen dürfe – so Oberst Schneider –, wünsche er sich, dass im Rahmen der aktuell von Gesundheitsministerin Frau Dr. von der Decken in Angriff genommenen Überarbeitung der Pandemiepläne auch die frühzeitige Einbeziehung der Streitkräfte in vergleichbare Lagen vorgesehen werde. Das Landeskommmando habe Teams für alle möglichen Krisenlagen. Wichtig sei, dass die Soldaten schon sehr frühzeitig, bereits in der Planungsphase, in Krisensituationen mit beteiligt würden. So habe man die Chance, schon bevor eine aktive Einbindung der Streitkräfte beginnen solle, schon sehr früh entsprechende Absichten nach Berlin zu kommunizieren.

Abschließend lädt Oberst Schneider alle, die sich über die Fähigkeiten und Reichweiten der Streitkräfte in Schleswig-Holstein informieren wollten, herzlich ein, das Landeskommmando zu besuchen.

Moderator Dr. Garg fragt, ob Oberst Schneider erstens seinen Eindruck teile, dass die Unterstützung der Bundeswehr in der Pandemie beim Impfen, Testen, der Kontaktpersonennachverfolgung und ihrem Einsatz in den Alten- und Pflegeheimen das öffentliche Bild von Soldatinnen und Soldaten und das Ansehen der Bundeswehr in diesem Land positiv verändert habe.

Zweitens wolle er kein Wasser in den Wein gießen, wenn jetzt die weitere Unterstützung der Bundeswehr angeboten werde, aber unter dem Stichwort Resilienz des Gesundheitssystems dafür plädieren, dass

sich vor dem Hintergrund der sich dramatisch ändernden geopolitischen Lage eine Bundesregierung und auch eine Landesregierung nicht darauf verlassen dürften, dass im nächsten Notfall wieder die Bundeswehr einspringen werde, wenn man es wieder nicht geschafft habe, die Gesundheitsämter zu stärken und die Versorgungssituation in den Kliniken zu verbessern.

Oberst Schneider bestätigt, dass sich die Wahrnehmung der Streitkräfte durch die Scheinwerfer, die in dieser Pandemie auf die Bundeswehr gerichtet gewesen seien, erheblich verbessert habe. Sie hätten sowohl bei der Kontaktpersonennachverfolgung als auch bei ihrem Einsatz in den Impfbetrieben – immer in Zusammenarbeit mit den beeindruckend starken Ehrenamtsleuten, die dort eingesetzt gewesen seien – eine gute Visitenkarte hinterlassen. Das helfe auch in der jetzigen Situation, der Bedrohungslage angesichts des russischen Angriffskriegs, bei dem, was die Bundeswehr tun müsse, damit die Republik keinen Schaden nehme und wehrhaft werde. Es gehe darum, dass am Tag X einer neuen Krise entschieden werden müsse, ob die Bundeswehr in Amtshilfe tätig werden solle. Das sei in erster Linie eine politische Entscheidung. Das Kommando, das er führen dürfe, sei darauf eingestellt, und er selbst fungiere da gern als Berater und auch Sensor und Vermittler für die Landesregierung nach Berlin und umgekehrt.

Moderatorin Bähre bittet Herrn Dieckvoss als Vertreter des Technischen Hilfswerks, dass gerade in Boostedt mit dem dort schnell aufgebauten Lager Unglaubliches geleistet habe, um seine Eindrücke aus der Pandemie.

Herr Dieckvoss erinnert sich vor allem an drei Telefonate. In dem ersten Telefonat ziemlich zu Anfang der Pandemie habe es geheißen: „Du, Eddy, die ziehen da so ein Landeslager für die üblichen Coronaarti-

kel hoch. Das soll jetzt aufgebaut werden. Kannst du mitmachen?“ – „Ja, muss ich klären, wie lange geht denn das?“ – „Na so drei Wochen!“ – Der gesamte Einsatz habe dann deutlich länger als drei Wochen gedauert.

An dem Aufbau und dem Betrieb des Lagers in Boostedt seien nicht nur das THW, sondern auch das Finanzministerium, das Gesundheitsministerium und die GMSH beteiligt gewesen. Die Gebäude in Boostedt seien auf so etwas gar nicht ausgelegt gewesen, man habe vieles erst wieder in Betrieb nehmen müssen: Leitungen durchspülen, die Elektrik und die Dächer reparieren. Dazu habe man Dienstleistungen und Material über den üblichen Dienstweg beschaffen müssen: über den Landesverband in Kiel zum Gesundheitsministerium, von da über die GMSH, die vom Finanzministerium mit der Beschaffung beauftragt worden sei. Wenn es Rückfragen gegeben habe, dann den kompletten Bogen wieder zurück – auch, wenn es um Kleinigkeiten gegangen sei, beispielsweise die Beschaffung von Stretchfolie zum Verpacken von Paletten zur Landungssicherung. Zeitweise hätten viele dann von zu Hause noch Rollen mitgebracht, um die Zeit bis zur Lieferung zu überbrücken. Als Ehrenamtlicher sei man in solchen Dingen ein bisschen anders motiviert.

Irgendwann sei dann der entscheidende Anruf von der Beschafferin der GMSH direkt bei ihm – das sei bis dahin nicht üblich gewesen – gekommen, in dem sie gefragt habe: „Bis wann brauchst du das?“ – Da habe er gemerkt: „Jetzt ist der Knoten geplatzt, jetzt kann vernünftig gearbeitet werden!“ Ab da sei man nicht mehr als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter der Ministerien, vom THW oder der Fahrbereitschaft des Landes tätig gewesen, sondern: „Wir waren Boostedter, und so haben wir dann gearbeitet!“

Heute sei schon ein paar Mal von diesem Netzwerk gesprochen worden, das in dieser Zeit entstanden sei. Er habe im Lenkungsstab erlebt, als der Ukrainekrieg losging, dass man sich sofort wiedererkennt und ver-

standen habe. Vorhin in der Kirche habe er sich ein bisschen wie bei einem Klassentreffen gefühlt: Alle „Boostedter“ hätten sich in einer Ecke versammelt und direkt einen Draht zueinander gehabt, auch wenn man sich lange nicht gesehen habe. Dieses Netzwerk sei sehr wichtig und habe Bestand.

Herr Dieckvoss erinnert sich als ein zweites Schlüsselerlebnis in der Pandemie an die Vorbereitungen auf die Verteilung des Impfstoffs. Zunächst habe sich eine kleine Truppe vom THW hingesetzt und überlegt, wie man das machen könnte, die ganze Kommunikation, die Herrichtung von Räumen und Hallen, inklusive von Redundanzen für einen Stromausfall, den Ausfall von Lieferungen durch Glatteis oder aufgrund sonstiger Umstände. In fünf Einsatzmodulen habe man sich eine Woche Zeit genommen, um das Ganze zu durchdenken und zu planen. Außerdem habe man die Abläufe komplett eine Woche lang mit Datenlogger, Temperatursensoren in den Transportkisten und dem Abfahren der kompletten Strecke getestet und weiter verbessert. Am 26. Dezember 2020 – früher als zunächst angenommen – sei dann der große Tag gekommen, und er habe den Verband, der den Impfstoff gebracht habe, mit einem THW-Fahrzeug angeführt. Das sei dann neun Monate lang fortgesetzt worden.

Herr Hussong bestätigt, dass es natürlich auch für den DRK in der Pandemie völlig neue Herausforderungen gegeben habe. Weder mit Testen noch mit Impfungen habe man vorher etwas zu tun gehabt, deshalb seien dafür auch keine Strukturen vorhanden gewesen. Er erinnere sich daran, dass er in den Anfangszeiten mit einer Kollegin durchs Land gefahren sei, um sich potentielle Standorte für Testzentren anzuschauen und zu prüfen, wie sehe es dort mit Durchfahrtswegen und Parkplätzen aus, wo könne man alles aufbauen, wo bekomme man das benötigte Material dafür her, zum Beispiel Container oder eine Bedachung. Dazu hätten die

bisherigen Katastrophenschutzstrukturen des DRK nichts hergegeben, alles habe man sich erarbeiten müssen.

Für ihn seien – das sei heute schon häufig gesagt worden – die vielen tollen neuen Kontakte, die er geknüpft habe, in dieser Zeit prägend gewesen. Nirgendwo sei er auf Menschen gestoßen, die gesagt hätten: „Nein, damit habe ich nichts zu tun“, sondern die Menschen seien immer offen und bereit gewesen, Lösungen für diese für alle neuen Herausforderungen zu generieren. Deshalb schließe er sich dem Wunsch an, dass man diese Netzwerke irgendwie erhalte und die in dieser Situation gemeinsam erworbenen Fähigkeiten in die Zukunft mitnehme.

Herr Arnold schließt sich seinen zahlreichen Vorrednerinnen und Vorrednern an. Auch für ihn sei ein prägendes Ereignis der 27. Dezember 2020, die Lieferung des ersten Impfstoffes, gewesen. Gemeinsam mit dem Gesundheitsminister und dem Ministerpräsidenten und Frau Dr. Schliffke habe man sich mit Pressebegleitung getroffen, um die ersten mobilen Impfteams loszuschicken. Da sei dieser Moment gewesen: Die Pharmazie-Großhandelskisten seien angekommen, der Deckel sei angehoben worden und alle hätten die ersten Impfstoffphiole in der Größe von Fleischsalatdöschchen gesehen. Das THW habe da große Kreativität und großen Einsatz bewiesen, diese gegen Erschütterungen und Temperatur zu schützen und diese Phiole in Watte und Papierschnipsel gepackt. Alle hätten es wie flüssiges Gold und TNT in einem behandelt. Aber irgendwann seien die Teams abgerückt und die Presse zufriedengestellt gewesen, und dann sei dieses sehr befriedigende Gefühl nach der langen Vorbereitungszeit da gewesen: „Jetzt geht es los, jetzt wird hier etwas bewegt, jetzt werden Menschen geschützt!“

Zu dem, was das DRK sonst in dieser Zeit bewegt habe, führt er aus: Im Zusammenhang mit dem Betrieb und Aufbau der Impfstellen, Impf-

zentren und mobilen Einheiten seien ganz viele Fälle konstruiert und Fragestellungen am Runden Tisch gestellt und dann aufgearbeitet worden. Die Erfahrung zeige, dass man zukünftig – so toll der Austausch funktioniere, so toll die Netzwerke seien – mehr wahrnehme und einplane, dass bei den in der ausführenden Ebene und in der breiten Masse der Bevölkerung Tätigen auch Sachverstand vorhanden sei. Man müsse nicht jedes Problem theoretisch vorhersehen und für alles die richtige Lösung parat haben. So habe man festgestellt, dass die Menschen, die am Ende für die Umsetzung dieser Impf- und Testmaßnahmen zuständig gewesen seien, eine große Kreativität in der Bewältigung von Problemen bewiesen hätten. Darauf könne und müsse man sich verlassen. Die teilweise mehrfach pro Woche, teilweise spätabends, gemeinsam mit der KV und Frau Hesse durchgeführten Videokonferenzen, in denen dann die neuesten priorisierten Personengruppen oder das neueste Debakel um einen Impfstoff bewegt worden seien und dass daran anschließend versucht worden sei, alle diese Informationen an alle weiterzugeben, seien in der Rückschau schwierig gewesen. Deshalb sollte man zukünftig noch mehr überlegen: Was ist wirklich so wichtig, dass es weitergegeben werden muss?

Auf der anderen Seite sei die richtige Awareness in solchen Krisen wichtig. Alle, die an der heutigen Veranstaltung teilnahmen, hätten damals verstanden, worum es gehe und dass alle anpacken und aufhören müssten, ständig den Zuständigkeitsbereich abzustecken; alle seien durch ein Ziel geeint gewesen. Das habe bei 80 Prozent der Akteure funktioniert, aber es gebe dann immer noch 20 Prozent irgendwo an den Rändern, die so etwas nicht mitbekämen und nicht mitzögen. Daran müsse man in einer neuen Krise unbedingt arbeiten, dass diese Kleinkrämerei abgestellt werde. Es sei eine Führungsaufgabe, in die letzte Amtsstube, in das letzte Pflegeheim und überall hin zu vermitteln: „Passt auf, wir haben

jetzt ein Ziel, das sind die Leitplanken, und da müssen wir jetzt hin, deshalb können wir nicht überlegen, ob man jetzt irgendwo noch einen Preis verhandeln kann, ob man das jetzt unbedingt öffentlich, europaweit und mit richtiger Widerspruchsfrist ausschreiben muss!“

Leider habe man in der Pandemie auch über viel Klein-Klein gesprochen, obwohl jeder Tag Lockdown ein Vielfaches an Schaden im Vergleich dazu verursacht habe, was passiert wäre, wenn man eine einfache Lösung gefunden hätte, mit der die Bekämpfung der Pandemie beschleunigt worden wäre. Sein Appell an die Zukunft sei deshalb: weniger Klein-Klein-Pläne, sondern mehr Netzwerke, kluge Köpfe zusammenbringen und Leitplanken aufstellen!

(Beifall)

Moderator Dr. Garg merkt an, diesen Appell gebe er gern an den Landesrechnungshof weiter, wenn er danach frage, was Masken und Testkits gekostet hätten.

Er begrüße jetzt auch Frau Hesse, Kopf der Projektgruppe Impfen im Gesundheitsministerium während der Coronapandemie.

An Frau Dr. Kreuz stelle er die Frage, ob die Entscheidung, die bundesweit in einer Gesundheitsministerkonferenz getroffen worden sei, den Impfstoff zunächst über Impfzentren, Impfstellen und mobile Teams zu verteilen, richtig gewesen sei, oder ob man sehr viel früher hätte auf den ambulanten Bereich abstellen müssen. Die Verteilung sei in Schleswig-Holstein in dieser Form aus seiner Sicht mit mehr, in anderen Bundesländern mit weniger Erfolg erfolgt. Aber es sei ja beinahe das Tagesgeschäft von Ärztinnen und Ärzten, dass sie impften, und sie seien ja auch vor Ort überall präsent. Hätte man auf diese Strukturen früher zurückgreifen müssen? – Es sei ein Segen gewesen, dass nach weniger als elf Monaten Pandemie bereits ein Impfstoff zur Verfügung gestanden habe; das

müsse zukünftig nicht immer so sein. Er erinnere sich an die Worte von Anne Marcic, Infektionsreferentin im Gesundheitsministerium: „Neue Strukturen während einer Pandemie zu schaffen, ist immer doof, erst einmal sollten wir gucken, was wir eigentlich an bestehenden Strukturen haben.“

Frau Dr. Kreuz antwortet mit einem „klaren Jein“. Wenn es sich um einen normalen Impfstoff gehandelt hätte, mit dem man sich ausgekannt hätte, sei das für Ärztinnen und Ärzte kein Thema. Dann gehöre das Impfen auch in die Praxen. Davon habe hier aber keine Rede sein können. Keiner habe gewusst, wie sich der Impfstoff verhalte, wenn er aus der Ultrakühlung raus sei. Am Anfang hieß es, dann halte er nur noch wenige Tage und im aufgezo- genen Zustand dürfe er nicht transportiert werden. Außerdem habe man zunächst den Impfstoff noch verdünnen müssen, und das sei fehleranfällig und hätte man am Anfang – da habe es ja so einen Hype gegeben – in den Praxen nicht gewuppt bekommen. Das habe sich später alles verändert.

Dazu komme, dass die Ärzte in den Praxen keine Langeweile, sondern viele Patienten zu versorgen gehabt hätten. Auch während Corona seien nicht weniger Patienten zu versorgen gewesen, auch wenn sich vielleicht manche ein bisschen zurückgehalten und erst dann gemeldet hätten, wenn sie wirklich sehr krank gewesen seien. Dazu dann noch das Thema Impfen mit einem ungewohnten Impfstoff in einer ungewohnten Packungsgröße? – Das sei von den Ärztinnen und Ärzten nicht zu schaffen gewesen.

Allerdings hätten sich die Ärztinnen und Ärzte gewünscht, in den Praxen den Impfstoff früher zu bekommen, nämlich parallel zu den Impfzentren. Sie selbst habe ärztlicherseits das Impfzentrum in Flensburg koordiniert und könne sagen, dass das wirklich super gelaufen sei. Die Haus-

ärzte hätten sich dennoch gewünscht, den Impfstoff früher und später nicht nur in homöopathischen Dosen – und das nicht immer zuverlässig – zu bekommen, da man als Hausarzt genau wisse, wer über die offizielle Priorisierungsliste hinaus wirklich eine Impfung benötige. Für sie wäre es vielleicht auch etwas einfacher gewesen, die „Me-first“-Diskussion auszuhalten. – **Moderator Dr. Garg** merkt an, dass sich auch die Verantwortlichen auf Landesebene bei den Impfstofflieferungen mehr Verlässlichkeit gewünscht hätten. – **Frau Dr. Kreuz** erklärt, die Ärztinnen und Ärzte hätten aber mit einem Vorlauf gesagt bekommen: „Organisiert mal die Impfung, bestellt die ein“ – und dann sei nichts oder zu wenig da gewesen. Sie hoffe, so eine Situation werde nicht wieder auftreten.

Als positiven Aspekt nennt sie, dass das Thema Impfen und auch die Diskussion drum herum dazu geführt habe, dass das Thema ins Bewusstsein gekommen sei. Sie impfe viel und leidenschaftlich und habe noch nie so viele Gripeschutzimpfungen verabreicht wie seit dem Jahr 2020. Dieser Trend und das Bewusstsein, dass man damit die anderen schütze, habe sich weiter fortgesetzt. Auch andere Impfungen wie gegen Gürtelrose und so weiter würden viel positiver gesehen, gerade von der älteren, aber auch von der jüngeren Bevölkerung.

(Beifall)

Moderatorin Bähre nimmt aus den Beiträgen der Podiumsdiskussion mit, Herr Arnold wünsche sich für die Zukunft mehr Bereitschaft, auch da ansetzen zu dürfen, wo manchmal neben den festen Regeln auch einfach Kreativität gebraucht werde, und noch mehr Vertrauen in die Institutionen vor Ort zu haben, damit sie vielleicht am Abend doch dem einen oder anderen Restimpfdosen verabreichen dürften, ohne dass gleich ein großes „Du, Du, Du!“ komme.

(Beifall)

d. Vortrag von Dr. Thomas Bahmer, Professor und Facharzt für Innere Medizin und Pneumologie, am UKSH

Präsentation Anlage 1

Moderatorin Bähre begrüßt in Vertretung von Professor Dr. Heyckendorf Herrn Professor Dr. Thomas Bahmer vom UKSH, Facharzt für Innere Medizin und Pneumologie, am Campus Kiel, mit dem sich das Panel heute den gesundheitlichen Folgen der Coronapandemie und den Themen Long-Covid und Post Vac stellen wolle.

(Beifall)

Dr. Thomas Bahmer: Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, ein paar Folien vorzubereiten.

Ich bin heute vertretungsweise für Professor Heyckendorf hier, der mich vor drei Tagen anrief und mir sagte, dass er Kopfschmerzen habe, sich fiebrig fühle und irgendwie morgens angestrengt sei. Was hat er gemacht? – Er hat einen von diesen Tests herausgekratzt, von denen Herr Fickenscher berichtet hat, und da waren irgendwie zu viele Streifen drauf. Deshalb hat er mich gebeten, seine Aufgabe hier zu übernehmen.

Nun ist es so: An seiner Diagnose besteht in seinem Fall wenig Zweifel. Trotzdem erinnere ich mich, dass wir anfangs in der Pandemie über die unterschiedlichen Teststrategien viel diskutiert haben, auch darüber, wann ein Schnelltest zum Einsatz kommt, was die Güte eines Schnelltests ist, was der PCR-Test kann, wann für welche Frage was der richtige Test ist. Das sind natürlich Fragen, mit denen sich der Expertenrat beschäftigt hat.

Da quäle ich Sie einmal mit einer Abbildung und mit Bezeichnungen, die den Experten hier geläufig sind, wie Sensitivität, Spezifität, positiver und negativer Vorhersagewert. Das heißt, wie gut kann ich die Kranken mit einem Test erkennen, wie gut identifiziert ein positiver Test einen Kranken, und wie sehr liegen die Tests vielleicht daneben. Denn die Tests sind eben so, wie medizinische Tests sind, nämlich nicht hundertprozentig verlässlich. Wenn man diese Vorgaben vom PEI, die da stehen, nämlich Sensitivität 80 und Spezifität 97 Prozent, liest, graust es jeden, der mit solchen Tests etwas zu tun hat, weil das keine sehr präzisen Werte sind.

Jetzt kann man sich fragen: Wäre die Infektion von Herrn Heyckendorf vermeidbar gewesen? – Dieses Bild kennen Sie vielleicht auch alle noch. Die App hat er ziemlich sicher nicht verwendet. Wie gut er gelüftet hat, vermag ich nicht zu sagen. Ich kann aber sagen, dass das Bild, was Sie am Anfang gesehen haben, nämlich, dass er eine Maske bei der Visite getragen hat, wahrscheinlich letzte Woche nicht zugetroffen hat. Obwohl diese Masken gut verfügbar sind und wir nicht mehr diese Knappheit haben, von der wir anfangs gesprochen haben, werden sie nur noch situativ eingesetzt.

Ich erinnere mich an die Knappheit am Anfang. Ein Intensivpfleger meinte: „Wenn wir so knapp sind, ist das gar kein Problem. Ich habe zu Hause noch so eine Tauchermaske. Da machen wir mit einem 3-D-Drucker einen Adapter drauf und setzen einen Virenfilter vom Beatmungsgerät ein. Damit kommen wir zumindest über die Knappheit hinweg.“

Das ist etwas, was ich aus den Gesprächsrunden mitnehme, dass aus dieser Zeit der Pandemie nicht nur Kollateralschäden zurückgeblieben sind, sondern auch Kollateral-Benefits, weil ein großer Pragmatismus bestand und eine große Solidarität. Auch das klang schon an. Die Clusterkonferenzen wurden als sehr wichtiges Instrument wahrgenommen, in

denen die Kliniken miteinander gesprochen und Informationen geteilt haben. Es bestand eine gute Fehlerkultur, sodass man wirklich solidarisch miteinander gesprochen und sich ausgetauscht hat. Es waren auch Dinge möglich – Stichwort: Digitalisierung – die ohne diese Pandemie nicht gekommen wären, wo man sich fragen muss: warum? Ich hoffe, dass wir keine neue Pandemie brauchen, um in diesen Bereichen wieder einen solchen Boost zu bekommen.

Einen Boost hat es am Anfang der Pandemie auch für die Forschungslandschaft gegeben. Dort ist in sehr schnellem Stakkato entschieden worden, dass eine Summe von 150 Millionen Euro durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung zu Forschungen zur Coronapandemie verausgabt werden soll. Leute, die sich mit Förderstrukturen auskennen, wissen: 150 Millionen Euro gut begründet zu verteilen und daraus vernünftige Wissenschaft zu machen, ist eine große Aufgabe. Dafür hat sich neu das Netzwerk Universitätsmedizin gegründet. Da wurde sozusagen im Flug ein Flugzeug zusammengebaut, weil es dieses Netzwerk der Universitätsmedizin vorher nicht gab. Das ist ein neues Förderinstrument. Dieses Förderinstrument ist vor vier Jahren im März beziehungsweise April das erste Mal in Erscheinung getreten. Ich komme gerade dort her: Die letzten zwei Tage habe ich in Berlin auf der ersten NUM-Convention, also dem ersten Jahrestreffen dieses Netzwerks Universitätsmedizin, verbracht. Dazu kann man zumindest ein Fazit ziehen, nämlich, dass dieses Netzwerk Universitätsmedizin bleiben, dass es die Förderlandschaft verändern und dass es dadurch eine andere Kooperation geben wird.

Ein Ziel, das über Covid-19 hinaus bleiben wird, ist der Begriff Pandemic Preparedness, also das, worüber wir hier auch heute gesprochen haben. Da hinein fällt auch, dass die nächste Pandemie eventuell keine Atemwegsinfektion ist, sondern vielleicht eine durch Stechmücken über-

tragende Enzephalitis, bei der uns die Masken relativ wenig bringen und zu der der Hinweis erlaubt sein darf, dass Klimapolitik auch Gesundheitspolitik und da ein noch dickeres Brett zu bohren ist.

Ganz konkret sind wir als Schleswig-Holstein in dem Netzwerk Universitätsmedizin gut vertreten, nicht nur dadurch, dass Herr Professor Scholz im nationalen Steuerungsgremium vertreten ist, sondern auch, indem wir über die Wissenschaft vertreten sind, nämlich mit dem COVIDOM-Projekt, das mit Hilfe der Landesregierung angestoßen wurde. Ohne diese Hilfe hätten wir in diesem Förderkonsortium nicht so einen großen Erfolg erreichen können.

Es ist nämlich so, dass wir hier in Kiel im Rahmen der COVIDOM-Studie insgesamt zweieinhalbtausend Patienten, Studienteilnehmer, untersucht haben, die eine PCR-bestätigte Infektion hatten. Dadurch wollen wir das Post-Covid-Syndrom weiter aufschlüsseln. Gemeinsam mit den beiden anderen Studienstandorten Würzburg und Berlin decken wir fast die Hälfte von dem sehr großen NAPKON-Projekt ab, was eines der größten Projekte in diesem Netzwerk Universitätsmedizin war und ist. Dazu haben wir schon erste Ergebnisse publiziert und versuchen, das noch weiter aufzuschlüsseln. Wir haben einen Post-Covid-Syndrom-Score entwickelt, durch den wir jetzt nach den Prädiktoren-Gruppen unterscheiden. Auch da spielt Resilienz eine Rolle, weniger die Resilienz des Gesundheitssystems oder der Wirtschaft, sondern die Resilienz des persönlichen Erlebens, das heißt, wie widerstandsfähig fühle ich mich für äußere Veränderungen. Da gehen wir noch genauer in die Mechanismen hinein und untersuchen: Was ist tatsächlich Post-Covid und was ist – in Anführungszeichen – nur Post-Infektion? Wir gehen der Frage nach: Ist es coronaspezifisch – was wir eher nicht glauben – oder ist es infektiösallgemein – was wir eher glauben?

Es gab ein großes und sehr günstiges Zeitfenster, um eine bestätigte Kohorte aufzubauen, in dem wir Infektionszeitpunkt und Infektionsereignis dokumentiert haben und uns nicht darauf verlassen müssen, dass die Patienten zu uns kommen und sagen: „Ich hatte irgendwann einmal eine Borrelien-Infektion, und jetzt geht es mir immer noch schlecht.“ – Hier haben wir das dokumentierte Ereignis und können daran lernen.

Das ist auch das, was wir in der Zukunft weiter machen möchten und werden – mit der Unterstützung der Landesregierung – dass wir einerseits Influenza als Vergleichspopulation mit den ähnlichen Strukturen untersuchen, wie wir das jetzt auch schon gemacht haben, und dass wir andererseits ein Versorgungsangebot aufbauen möchten, das sich hier in Kiel primär an die Erwachsenen und in Lübeck an pädiatrische Patienten richtet. Da ist auch der Brückenschlag zwischen der Pädiatrie und der Erwachsenenmedizin, den wir auch schon in anderen Bereichen haben. – Das war es von meiner Seite, vielen Dank.

(Beifall)

Moderatorin Bähre bedankt sich für den Vortrag, der darauf hoffen lasse, dass die Forschung in Zukunft dafür ausreichende Informationen bieten werde, auch in der Versorgung der Long-Covid-Patienten noch mehr Hilfe anbieten zu können.

e. Beitrag aus dem Publikum

Herr Korff, Gesundheitsamt Flensburg, berichtet, dass er im Gesundheitsamt Flensburg das digitale Pandemiemanagement eingeführt und nach zwei Jahren auch wieder zurückgeführt habe, weil dessen Verbindlichkeit dann doch nicht durchgesetzt werden konnte. Er habe die ganz große Bitte an Frau Ministerin von der Decken, sich für die Etablierung ei-

nes bundeweit einheitlichen digitalen Pandemiemanagements einzusetzen. Denn wenn es zu einer neuen Pandemie käme – Tatsache sei, dass das nur eine Frage der Zeit sei – müssten die Gesundheitsämter wieder anfangen zu faxen. Der Bund und das RKI hätten gestern – einige der Anwesenden hier seien dabei gewesen – das neue System vorgestellt, das kommen solle. Auf die Frage der Gesundheitsämter, ob das verbindlich werde, habe der Bund gesagt: „Nein, das machen die Länder nicht mit.“ Frau von der Decken müsse sich unbedingt dafür einsetzen, dass Schleswig-Holstein ein bundesweit einheitliches digitales Pandemiemanagementsystem der Gesundheitsämter unterstütze: „Rufen Sie heute noch Herrn Lauterbach oder Frau Teichert an. Wenn Sie sie telefonisch nicht erreichen, schicken Sie gerne ein Fax!“

(Heiterkeit und Beifall)

Moderator Dr. Garg stellt fest, schöner hätte der Abschluss des Panels gar nicht sein können. Er schließe sich gern dem Appell an: „Frau Dr. von der Decken, rufen Sie Herrn Lauterbach an!“, und bedanke sich bei allen Teilnehmenden des Panels für den Austausch.

(Beifall)

2. Panel – Bildung und Hochschule

Moderation:

Armin Himmelrath

Alexandra Arnold,

Mutter von zwei Schülern am Gymnasium

Florian Marwitz,

Vorsitzender des AStA der Universität zu Lübeck

Calvin Hamila,

Schüler in der Q2 am Trave-Gymnasium in Lübeck und Schülersprecher während der Coronapandemie

Ilka Schack,

Leiterin der Grundschule am Störtal in Oelixdorf

Dr. Thomas Haack,

Professor für Unternehmensrecht Fachbereich Wirtschaft und Vizepräsident der Fachhochschule Westküste

Stefan Beeg,

Schulrat der Hansestadt Lübeck

Kerstin Quellmann,

Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schleswig-Holstein

Jochen Wilms,

Vorstandsvorsitzender des Landesjugendrings Schleswig-Holstein

Axel Böhm,

Schulleiter des Berufsbildungszentrums Plön

Kirsten Lemke,

Schulleiterin des Berufsbildungszentrums Schleswig

Jette Waldinger-Thiering,
*Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags und bildungspolitische
Sprecherin der Fraktion des SSW*

Amrei Härtel,
Junge Nordkirche

Johann Knigge-Blietschau,
*Landesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule/des
Gemeinschaftsschulverbands*

Silke March-Lange, 3.
Landesvorsitzende des BeratungslehrerInnenverbands Schleswig-Holstein e. V.

Tom Daubmann,
Landesschüler:innensprecher der Gymnasien

Nelly Waldeck,
*Jugend- und digitalpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag,*

Alexander Kraft,
*Leiter der Abteilung Schulgestaltung und Schulaufsicht allgemein- und
berufsbildende Schulen, Förderzentren, Qualitätssicherung im Ministerium
für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur*

Lars Kofoed-Jensen,
Direktor von Dansk Skoleforening for Sydslesvig

Moderator Himmelrath begrüßt die Teilnehmenden und eröffnet die Diskussion mit der Bitte um kurze Eingangsstatements zu den eigenen Erfahrungen in der Pandemiezeit.

Frau Arnold, Mutter eines inzwischen 19-jährigen Schülers in der Oberstufe am Thor-Heyerdahl-Gymnasium in Kiel-Mettenhof und eines autistischen Schülers am Gymnasium, legt ein Augenmerk darauf, dass es in vielen Familien in der Coronapandemie große Nöte gegeben habe,

während sie in ihrer eigenen Familie in der Zeit die Bestätigung dafür erfahren habe, dass diese schon vor der Pandemie gut aufgestellt gewesen sei. Die verschiedenen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie hätten innerhalb der Familien nicht immer einfache Diskussionsprozesse ausgelöst, die zum Teil bis heute andauerten.

Herr Marwitz, Vorsitzender des AStA der Universität zu Lübeck, hebt den Zusammenhalt zwischen Studierenden, Lehrenden und Universitätsverwaltung während der Pandemie hervor. Die Studierendenschaft sei in alle wesentlichen Entscheidungen eingebunden worden. Je länger allerdings die Phase der Online-Lehre gegangen sei, desto mehr sei das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Studierendenschaft geschwunden. Daher sei die Lehre aus der Pandemie: Präsenzlehre sei unverzichtbar, denn die Online-Lehre habe ihren Preis.

Die Pandemie sei noch nicht überstanden, nur weil kein Mensch mehr körperlich krank sei, meint **Herr Hamila**, Schüler in der Q 2 am Trave-Gymnasium in Lübeck und Schülersprecher während der Coronapandemie. Bei den meisten Schülerinnen und Schülern hinterlasse die Coronazeit eine bleibende Narbe. Seine Generation habe einen hohen Preis gezahlt und müsse diese Last noch lange mit sich herumtragen.

Frau Schack, Leiterin der Grundschule am Störtal in Oelixdorf, räumt ein, dass sie als Mutter mit ihren zwei in der Pubertät befindlichen Kindern insbesondere in Zeiten des Lockdowns Stress gehabt habe. Als Schulleiterin könne sie allerdings positiv festhalten, dass ihre Schule durch die Pandemie einen Schub sondergleichen erhalten habe. Man habe den digitalen Turbo eingelegt und Schulentwicklung innerhalb kurzer Zeit vorangetrieben, und dieser Prozess setze sich fort.

Die Notwendigkeit einer guten Kommunikation, gerade in Krisenzeiten, wird von **Herrn Dr. Haack**, Professor und Vizepräsident der

Fachhochschule Westküste, betont. Die Fachhochschule Westküste habe einen Krisenstab gebildet und alle Beteiligten bei der Beratung, Entscheidung und Umsetzung der coronabedingten Maßnahmen eingebunden sowie Studierende und Lehrende regelmäßig über die Maßnahmen informiert.

Als eine wichtige Lehre aus der Coronazeit stellt **Herr Beeg**, Schularat der Hansestadt Lübeck, den Wert heraus, die Schule besuchen, lernen und sich mit anderen Menschen austauschen zu dürfen. Das außerordentliche, teilweise selbstlose Engagement vieler Lehrkräfte und Schulleitungen in dieser Zeit nötige ihm Respekt ab. Neben der Bedeutung des Präsenzunterrichts betont er die Bedeutung der Bildungspartnerschaft mit den Eltern. – **Frau Arnold** merkt dazu an, dass alle an Schule Beteiligten in der Pandemie kaum Zeit zum Nachdenken gehabt hätten, sondern mit den Notwendigkeiten hätten umgehen müssen. Ob sich Eltern ernst genommen gefühlt hätten, hänge maßgeblich von den handelnden Personen ab. – **Herr Beeg** stellt klar, dass der Schulaufsicht der Dialog mit den Eltern wichtig sei und die Eltern eine entscheidende Rolle für den Schulerfolg ihrer Kinder spielten. In der Coronazeit habe es naturgemäß viele Konfrontationen mit der Elternschaft gegeben, die ihrerseits sehr heterogen sei und zum Teil entgegengesetzte Erwartungen habe. Die Schulleitungen hätten die Aufgabe gehabt, zeitnah Informationen zu vermitteln, die teilweise intensiv in die Persönlichkeitsrechte eingegriffen hätten, für die Maßnahmen zu werben, deren Umsetzung zu überwachen und sie pädagogisch zu begleiten. Die Herausforderungen seien an den Grundschulen besonders groß gewesen, weil Kinder und Eltern Angst gehabt hätten. – **Frau Arnold** wiederholt, dass die Situation in den Schulen unterschiedlich gewesen sei und entscheidend von den handelnden Personen abhängen. Während der Coronapandemie hätten sich die Untiefen, die es schon vorher gegeben habe, noch deutlicher aufgetan.

Frau Schack weist darauf hin, dass ihre Schule bereits vor der Pandemie Modellschule für das Lehren und Lernen mit neuen Medien gewesen und damit gut vorbereitet gewesen sei. Ihr Kollegium habe in den verschiedenen Phasen der Pandemie lösungsorientiert gearbeitet, sich immer weiter fortentwickelt und die Eltern nach ihren Bedürfnissen gefragt. Für ihre Arbeit habe die Schule einen Preis gewonnen. Im Vorfeld des zweiten Lockdowns habe man mit den Kindern in der Schule Jitsi-Konferenzen geübt, sodass danach die Videokonferenzen weitgehend gut funktioniert hätten; Kinder aus prekären Verhältnissen habe man so weit wie möglich unterstützt und in der Schule beschult. Entscheidend sei aus ihrer Sicht neben dem schulischen Lernen die Beziehungsarbeit, sodass kein Kind verloren gehe. – **Herr Beeg** weist darauf hin, dass es eine nicht unbedeutende Zahl von Eltern gebe, die sich nicht um ihre Kinder kümmern und die Digitalisierung zu Hause begleiteten oder in denen es Sprachbarrieren gebe.

Herr Marwitz hebt hervor, dass auch die Hochschulen ohne ein soziales Netz nicht funktionierten. Reine Online-Lehre ohne Veranstaltungen in Präsenz – seien es Lehrveranstaltungen, seien es Freizeitangebote – führe zu Desideraten und Vereinsamung und insbesondere für Studienanfängerinnen und Studienanfänger zu Problemen.

Herr Hamila berichtet über seine Erfahrungen in den Zeiten des Lockdowns: Videounterricht, den Schülerinnen und Schüler durchschnittlich weniger ernst nähmen als Präsenzunterricht, befördere weder die Wissensvermittlung noch das soziale Miteinander. – **Herr Dr. Haack** weist darauf hin, dass Videokonferenzen auch für Lehrende schwierig seien, weil sie die Reaktion ihres Gegenübers nicht klar erkennen könnten. Dass immer noch viele Studierende unter psychischen Belastungen litten, zeige sich insbesondere bei Prüfungen.

Frau Quellmann, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, problematisiert die schulische Ausstattung und die nach wie vor im System bestehende Belastung insbesondere des Personals, für die man Lösungen finden müsse.

Frau Schack macht darauf aufmerksam, dass viele Schulen in Schleswig-Holstein digital gut ausgestattet seien und hervorragende Arbeit leisteten und die Grundschule Op de Host im Kreis Steinburg den Deutschen Schulpreis 2023 gewonnen habe. Sie wünscht sich von den Schulen, einfach loszulegen, sich darauf zu konzentrieren, was gehe, und nicht darauf, was nicht gehe, Verantwortung nach unten abzugeben, Potenziale sich entfalten zu lassen, die Experimentierklausel mit Leben zu erfüllen und mehr Eigenverantwortung jeder einzelnen Person zuzulassen. Es seien maßgeblich die Lehrkräfte selbst, die Änderungen herbeiführen könnten.

Herr Krüger, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag, hat den Eindruck, dass die Hochschulen unterschiedlich schnell auf die Herausforderungen der Coronapandemie reagiert hätten. Dass er als Lehrer im WiPo-Unterricht die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung als Eingriff in die Persönlichkeitsrechte thematisiert habe, habe zu großen Diskussionen geführt.

Nach Einschätzung von **Herrn Dr. Haack** liegt das schnelle Reagieren der Fachhochschule Westküste auch daran, dass es sich um eine kleine Hochschule handle.

Auch **Herr Beeg** schließt sich der Auffassung an, dass die jeweilige Situation von den handelnden Personen, der Ausstattung und Lage der Schule sowie der Zusammensetzung der Elternschaft abhängt. Bei der Ausstattung der Schulen, für die die Schulträger zuständig seien, gebe es landesweit erhebliche Unterschiede.

Herr Marwitz weist erneut darauf hin, dass die Kommunikation an der Universität zu Lübeck und mit dem Krisenstab der Landesregierung gut funktioniert habe. Die psychischen Belastungen innerhalb der Studierendenschaft seien während der Coronapandemie ungemein gestiegen. Unter anderem habe sie sich Sorgen um eine funktionierende Internetverbindung oder die Kameraaufzeichnung der eigenen Wohnung gemacht. Umso dankbarer sei er dem Wissenschaftsministerium für das Entgegenkommen bei Freiversuchen und BAföG.

Frau Johns, Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, macht auf die Herausforderungen für Kinder in schwierigen Situationen durch Armut, beengte Räumlichkeiten oder fehlende digitale Geräte aufmerksam und fragt, was getan werde, um Lernrückstände aufzuholen. Vor dem Hintergrund, dass sich 60 Prozent aller Jugendlichen in der Coronakrise nicht gehört gefühlt hätten, möchte sie wissen, wie man die Kommunikation in Zukunft verbessern wolle. Sie wünscht sich, dass Schülerinnen und Schüler bei Bedarf, zum Beispiel verkehrs- oder witterungsbedingt, digital beschult werden können. – **Herr Beeg** und **Frau Schack** verweisen auf das Programm „Aufholen nach Corona“, mit dem man unter anderem Kinder mit besonderen Bedarfen fördere und Kinder aus prekären Verhältnissen in den Ganzttag mit Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung hole. Herr Schack räumt ein, dass der Aufholprozess herausfordernd sei und dauern werde. Bei der Forderung nach digitalem Unterricht mahne er eine gewisse Behutsamkeit an, um nicht einen Teil der Schülerschaft zu verlieren, der es aus verschiedenen Gründen schwer habe, zu Hause zu lernen.

Frau Arnold steht auf dem Standpunkt, dass alle Eltern in der Coronakrise – unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen – ihr Bestes gegeben hätten und an Grenzen der Belastbarkeit gestoßen seien, nicht nur

Familien in Armut, sondern zum Beispiel auch Familien mit mehreren Kindern oder mit Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

(Beifall)

Herr Dr. Haack sieht es als Gewinn, dass seine Hochschule auf Wunsch der Studierenden ohne Weiteres auf Online-Lehre umstellen könne, zum Beispiel anlässlich der aktuellen Trecker-Demonstrationen der Landwirtinnen und Landwirte. Bei Bedarf unterstütze man Studierende mit digitalen Leihgeräten oder Räumlichkeiten.

Auch **Herr Marwitz** begrüßt hybride Sitzungsformate. Für Studierende, die aus bestimmten Gründen an Präsenzvorlesungen nicht teilnehmen könnten oder wollten, sei die Online-Teilnahme ein Segen. Seit der Coronapandemie führe man an seiner Hochschule sämtliche Gremiensitzungen in hybrider Form durch.

Herr Hamila würdigt die Arbeit von Sozialpädagogen an Schulen, die vielen Jugendlichen direkt halfen oder weitere Hilfe vermittelten. Zur digitalen Entwicklung von Schulformaten berichtet er, seine Schule habe bereits vor der Coronapandemie damit angefangen, Flüchtlingsfamilien ausrangierte Computer zur Verfügung zu stellen.

Herr Wilms, Vorstandsvorsitzender des Landesjugendrings, rückt das Kindeswohl und Kindesinteresse in den Fokus. Die jungen Menschen hätten in der Pandemie zum Wohle der Gesellschaft auf ihren Lernerfolg verzichtet; jedes dritte Kind empfinde eine psychische Belastung. Umso mehr müsse es jetzt darum gehen, jungen Menschen Wertschätzung entgegenzubringen und sie auch und gerade im nonformalen Bereich zu unterstützen, also beim sozialen Miteinander und in ihren Freizeitaktivitäten, und sie nicht noch weiter unter Druck zu setzen oder gar ihre Leistungen schlechtzureden. – **Herr Beeg** erinnert an den Bildungsauftrag der Schule. Schulen hätten es zunehmend schwerer, den unterschiedlichen

Erwartungen von Eltern gerecht zu werden, die von verschiedenen Seiten an Schule zerrten. – Nach Auffassung von **Frau Arnold** liegen Druck und Erwartungen in der Angst und dem Bestreben der Eltern begründet, für die Zukunft ihrer Kinder das Beste zu wollen, also den höchstmöglichen Schulabschluss.

Frau Johns wirft ein, dass sieben Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein über keinen Hauptschulabschluss verfügten.

Herr Böhm, Schulleiter des Berufsbildungszentrums Plön, lenkt den Scheinwerfer auf die berufliche Bildung. Viele Berufsschülerinnen und Berufsschüler hätten in Zeiten des Lockdowns in den Ausbildungsbetrieben in Präsenz weitergearbeitet und gleichzeitig dem Online-Unterricht folgen müssen.

Frau Lemke, Schulleiterin des Berufsbildungszentrums Schleswig, appelliert an die Politik, für die berufsbildenden Schulen möglichst schnell den rechtlichen Rahmen zu schaffen, neues, modernes Lernen zu ermöglichen, Stichworte Digitalisierung und Künstliche Intelligenz.

Frau Waldinger-Thiering, Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion des SSW, ruft in Erinnerung, dass die Coronapandemie für alle Beteiligten eine sehr herausfordernde Zeit gewesen sei. Ihr gehe es darum herauszuarbeiten, welche Lehren man für die Bewältigung zukünftiger Krisen ziehen könne.

Herr Knoop, Schulleiter des Gymnasiums Kronwerk in Rendsburg, wünscht sich Standards für die Gestaltung des Lebensraums Schule, in dem sich alle wohlfühlen sollten, zum Beispiel für die Toiletten oder die WLAN-Ausstattung.

Frau Härtel von der Jungen Nordkirche kritisiert, dass Schülerinnen und Schüler im Lockdown teilweise monatelang kaum oder keine Rückmeldung von Lehrkräften erhalten hätten, was gerade in abiturrelevanten Fächern nicht vertretbar sei. – **Herr Knigge-Blietschau**, Landesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule/des Gemeinschaftsschulverbands, merkt an, er habe Schülerinnen und Schülern noch nie so viel Rückmeldung und noch nie so fundiert Noten gegeben wie in der Pandemiezeit. Er wünscht sich für den digitalen Unterricht mehr Verbindlichkeit und eine engmaschigere Begleitung. Immer mehr Kinder in den Jahrgängen 5 und 6 könnten nicht lesen und schreiben. Hier reiche das Programm „Aufholen nach Corona“ nicht aus, sondern man brauche flexible Lösungen, um Bildungsnachteile aufzuheben.

Frau Schack berichtet, ihre Grundschule habe in der Coronazeit regelmäßig abends digitale Dienstversammlungen abgehalten und offensiv den Kontakt mit den Eltern gesucht, um sie zu entlasten.

Dass Videounterricht nicht optimal gelaufen sei, kann man nach den Worten von **Herrn Hamila** nicht den Lehrkräften anlasten. Die Situation sei für alle radikal neu gewesen.

(Vereinzelter Beifall)

Frau March-Lange, 3. Landesvorsitzende des BeratungslehrerInnenverbands, wünscht sich, dass sich die Beteiligten auf allen Ebenen gemeinsam jetzt damit beschäftigen, wie digitaler Unterricht in Zukunft optimiert werden könne. Um den psychischen Problemen der Schülerinnen und Schüler zu begegnen, sollten Lehrkräfte, Beratungslehrkräfte, Sozialpädagogen, Schulpsychologen und andere Professionen geeignete Projekte und Konzepte entwickeln, sie umsetzen und an den Schulen angemessene Strukturen etablieren, um die Persönlichkeit und das Selbstbewusstsein der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Dafür bräuchten sie Zeit, und das koste Ressourcen.

Frau Schack weist darauf hin, welche Herausforderungen es für die Grundschullehrkräfte bedeute, mit einem Jahrgang zu arbeiten, dem das letzte Kindergartenjahr fehle. Die von der Coronapandemie betroffenen Kinder müssten durch Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Schulassistenten, „Aufholen nach Corona“ und weitere Kräfte ganz besonders gefördert werden.

Herr Daubmann, Landesschüler:innensprecher der Gymnasien, ruft dazu auf, infolge der Coronapandemie die Anforderungen der Abiturprüfung zu senken und die Zukunft des Gymnasiums zu überdenken. Auch er hält es für wichtig, dass neben dem schulischen Lernen das Soziale nicht auf der Strecke bleibe.

Frau Waldeck, jugend- und digitalpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag, appelliert an Ministerien und Schulen, Kinder und Jugendliche in Zukunft nicht nur zeitnah zu informieren, sondern sie an den Entscheidungsprozessen angemessen zu beteiligen.

Herr Beeg erwidert, dass die allermeisten Anordnungen in Pandemiezeiten keinen Ermessens- oder Diskussionsspielraum gelassen hätten. Wie in Zukunft eine bessere Rückkopplung mit der Basis gelingen könne, beschäftige ihn.

Herr Kraft, Leiter der Abteilung Schulgestaltung und Schulaufsicht allgemein- und berufsbildende Schulen, Förderzentren, Qualitätssicherung im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, weist darauf hin, dass Ministerin Prien gerade in Pandemiezeiten unzählige Gespräche mit den Vertretungen von Lehrerverbänden, Schülerinnen, Schülern und Eltern geführt habe. Man wolle den in den Schulen laufenden, breit angelegten Prozess zum Thema Schüler-Feedback mit dem Ziel weiter fördern, die Schulgemeinschaft zu stärken und gemeinsam zu guten Lösungen zu kommen.

Herr Kofoed-Jensen, Direktor von Dansk Skoleforening for Sydslesvig, appelliert, Gemeinschaft und Gemeinschaftsgefühl zu priorisieren, um menschliche und gesellschaftliche Rückstände aufzuholen und die Demokratie wieder zu festigen.

Moderator Himmelrath hält als Fazit der Diskussion fest, die Folgen der Pandemie dauerten an und seien im Bildungssystem an jeder Ecke und auf jeder Ebene zu spüren. Die gemachten Erfahrungen, die angesprochenen positiven Beispiele – zum Beispiel bei der Schulentwicklung und Digitalisierung – und die Offenheit für neue Ansätze machten Mut für die Zukunft.

Herr Beeg erklärt abschließend, man habe als Gemeinschaft gemeinsam etwas erlebt, was man in dem Umfang nie für möglich gehalten hätte. Eine solche Lage könne man nur bewältigen, wenn man als Gemeinschaft zusammenhalte, solidarisch und hilfsbereit agiere und sich respektvoll und wertschätzend gegenseitig trage.

Herr Dr. Haack hebt noch einmal den Wert von Kommunikation hervor – an der Hochschule nicht nur mit den Studierenden, sondern auch mit den Lehrenden –, sich für die Mitmenschen zu interessieren und sich ihnen zu öffnen und darüber Gemeinschaft zu bilden.

Frau Schack setzt darauf, einfach mal zu machen und gemeinsam darauf zu gucken, was gehe, und nicht darauf, was nicht gehe. Die Schulen sollten verpflichtet werden, Digitalisierung und Lernmanagementsysteme als selbstverständliches Handwerkszeug zu nutzen.

Herr Hamila ruft noch einmal ins Gedächtnis, welchen Preis man mit den Coronamaßnahmen, insbesondere den Schulschließungen, gezahlt habe. Jetzt gehe es darum, die Pandemie nach der Pandemie zu bewältigen, Grundschülerinnen und Grundschulern Lesen und Schreiben beizubringen und die Menschen wieder mental gesund zu machen.

Herr Marwitz betont, unverzichtbar seien Präsenzlehre an den Hochschulen – bei gleichzeitiger flächendeckender Einführung hybrider Angebote –, persönliche Beziehungen und Gemeinschaft sowie Unterstützung für Menschen in Armut, mit psychischen Belastungen oder anderen Ängsten und Sorgen.

Frau Arnold appelliert abschließend, mehr miteinander als übereinander zu reden und sich Zeit für den Diskurs zu nehmen, um tatsächlich aus der Pandemie zu lernen.

Moderator Himmelrath dankt allen Beteiligten für die Wortbeiträge und der Verwaltung für die Organisation der Veranstaltung.

(Beifall)

3. Panel – Kultur und Sport

Moderation: Benedikt Stubendorff

Petra Obermark,
Turn- und Sportbund Flensburg

Sigrid Dettlof,
Vorstand des Landesverbandes freie darstellende Künste Schleswig-Holstein

Alexandra Ehlers,
Präsidentin des Landesmusikrates

Guido Froese,
*Vorsitzender des Landeskulturverbandes Schleswig-Holstein e. V.
und Geschäftsführer des Nordkolleg Rendsburg*

Karsten Tiedemann,
Vorsitzender des Kreissportverbandes Pinneberg

Thomas Niggemann,
Geschäftsführer für den Bereich Breitensport im Landessportverband

Moderator Stubendorff begrüßt die Anwesenden sowie alle digital Zuschauenden. Besonders schön sei es, dass die Diskussionsteilnehmer in Präsenz und nicht digital zusammengekommen seien. So könne man miteinander statt übereinander reden, was in der Wahrnehmung vieler während der Pandemie zu kurz gekommen sei. Viele Menschen hätten sich mit Blick auf die Pandemie auch einen besseren Austausch gewünscht. Er lade daher das Publikum ein, sich zu beteiligen.

Er weist darauf hin, dass die vorgegebene Zeit knapp bemessen sei und viele Themen nur angerissen werden könnten. Daher wolle er vor allem darüber sprechen, wie sich die Pandemie auf Kultur und Sport, aber auch auf das zwischenmenschliche Leben in Schleswig-Holstein ausgewirkt habe.

Ziel sei es, aus den Erfahrungen zu lernen und zu bestimmen, wie das kulturelle und sportliche Leben weitergehen solle und was es dafür brauche. Bei allen Unterschieden zwischen Kultur und Sport wolle er zwischen den beiden Bereichen aber nicht zwangsläufig unterscheiden.

a. Vorstellungsrunde und Momentaufnahmen aus der Pandemie

Moderator Stubendorff stellt die Diskussionsteilnehmer im Folgenden zunächst einzeln vor und bittet sie, die für sie besonders schlimmen oder beeindruckenden Momente aus der Pandemie zu schildern.

Zunächst stellt er **Frau Obermark** vom Turn- und Sportbund Flensburg vor. Nachdem sie selbst als Schwimmerin auf Bundes- und Europalebene an Wettbewerben teilgenommen habe, arbeite sie jetzt als erfolgreiche Trainerin. Ihr sei es zu verdanken, dass die Flensburger Fördenixen zur Spitze des Synchronschwimmsportes gelangt seien. Sie habe zudem

einen Spendenmarathon für die Lebenshilfe organisiert, sei in der Flüchtlingshilfe aktiv und habe das Coronamodellprojekt federführend konzipiert.

Frau Obermark berichtet, in der Coronazeit hätten sie besonders Momente, in denen sie negative Botschaften zu überbringen gehabt habe, bewegt. Sie habe ihren Schwimmerinnen mitteilen müssen, dass das Training eingestellt werde, obwohl diese noch am Vortag viele Stunden in der Schwimmhalle trainiert hätten. Besonders hart sei es auch gewesen, einer Leistungsschwimmerin kurz vor den Deutschen Meisterschaften das Training absagen zu müssen. Andererseits habe sie auch positive Nachrichten verkünden dürfen, sobald Kontakteinschränkungen aufgehoben worden seien.

Darüber hinaus teile sie mit vielen die Erfahrung, von älteren Verwandten im Pflegeheim abgeschnitten zu sein. Mit ihrer Großmutter habe sie wegen deren Schwerhörigkeit nicht einmal telefonieren können.

Auf eine Nachfrage von Herrn Stubendorff erklärt Frau Obermark, trotz aller pandemiebedingter Schwierigkeiten habe sich ihr Verein immer wieder überlegt, was er im vorgegebenen Rahmen noch anbieten könne.

Als nächstes stellt Moderator Stubendorff **Frau Dettlof** vom Vorstand des Landesverbandes freie darstellende Künste Schleswig-Holstein vor. Neben ihrer Verbandsfunktion sei sie seit über vierzig Jahren Schauspielerin am Lübecker Theater Combinale. Anders als viele andere Theater habe das Theater Combinale die Pandemie überlebt.

Moderator Stubendorff erinnert daran, dass im März 2020 das Kindertheaterfestival habe stattfinden sollen und seitdem vier Jahre vergangen seien. Das sei ein Beispiel für die Auswirkungen des Lockdowns. Aus dem Vorgespräch wisse er, dass Frau Dettlof Corona trotzdem als Chance für das Theater wahrgenommen habe.

Frau Dettlof berichtet, sie habe während des ersten Lockdowns besonders bewegt, ihre Kolleginnen und Kollegen am Theater nicht mehr täglich sehen zu können. Darüber hinaus habe sie den Beginn der Pandemie als eine Zeit existenzieller Unsicherheit erlebt. So habe ihr Mann, der zu Beginn der Pandemie in Österreich im Skiurlaub gewesen sei, seinen Aufenthalt abbrechen und sich in häusliche Quarantäne begeben müssen. Schön sei gewesen, dass ihre erwachsene Tochter und deren Freund wieder bei ihr eingezogen seien. Die Familie habe in dieser Situation wenigstens zusammen sein wollen. Zudem sei sie von der Anteilnahme der Theatergäste überwältigt worden: Viele hätten angerufen, bei ihr persönlich geklingelt und durchs Fenster gefragt, ob sie etwas tun könnten.

Gut erinnere sie sich daran, wie die Lage insbesondere für die Soloselbstständigen immer schwieriger geworden sei. So hätten etwa Tänzerinnen – genau wie die Sportler – nicht mehr trainieren dürfen. Gleichzeitig habe sie überrascht, wie schnell die Förderinstrumente gewirkt hätten.

Moderator Stubendorff stellt **Frau Ehlers**, Präsidentin des Landesmusikrates, vor. Sie sei neben ihrer Tätigkeit im Landesmusikrat zudem Geschäftsführerin des Landesfrauenrates, Erste Vorsitzende des GrooveCenters, eines bunten und vielfältigen Musikvereins in Kiel, sowie Posau-nistin im Fördeblasorchester.

Aus der Pandemie erinnert sich Frau Ehlers wie Frau Obermark besonders an die Momente, in denen sie schlechte Nachrichten habe überbringen müssen. Ein solcher Moment sei die Schließung des GrooveCenters gewesen.

Ein weiteres Erlebnis sei ihr außerdem in Erinnerung geblieben: Zu einem bestimmten Zeitpunkt sei das Musizieren in Hessen wieder erlaubt gewesen, in Schleswig-Holstein aber noch nicht. Damals habe sie Schleswig-Holstein fast fluchtartig verlassen und sei nach Hessen gefah-

ren, um sich dort an einem Musikprojekt zu beteiligen. Als sie dann mit den anderen Musikern spielte, sei sie vor Rührung in Tränen ausgebrochen. Da habe sie gemerkt, wie sehr das gemeinsame Musizieren ihr gefehlt habe.

Moderator Stubendorff stellt **Herrn Froese** vor, der vor und während der gesamten Pandemie im Vorstand des Landeskulturverbandes tätig war. Er habe die pandemiebedingte Kulturhilfe in Schleswig-Holstein sehr schnell auf den Weg gebracht. Neben seiner Tätigkeit im Landeskulturverband sei Herr Froese Geschäftsführer des Nordkolleg, einer Einrichtung der Erwachsenenbildung in Rendsburg.

Herr Froese berichtet, für ihn sei besonders schmerzhaft gewesen, die im Hotel- und Küchenbereich des Nordkollegs tätigen Angestellten zu Beginn der Pandemie in Kurzarbeit schicken zu müssen, zumal die Regeln über die Höhe des Kurzarbeitergeldes zu diesem Zeitpunkt noch unklar gewesen seien. Es sei für ihn schrecklich gewesen, danach durch das völlig leere Haus des Nordkollegs zu laufen.

Als Kulturschaffender habe man sich während der Pandemie durch die zahlreichen Kontaktbeschränkungen oft kriminalisiert gefühlt. Das habe ihn daran erinnert, wie er zu Jugendzeiten zivilen Ungehorsam geübt habe.

Moderator Stubendorff stellt **Herrn Tiedemann**, den Vorsitzenden des Kreissportverbandes Pinneberg, vor. Dabei hebt er vor allem Herrn Tiedemanns über vierzigjährige Tätigkeit für den Verband hervor, aufgrund derer er von der Presse sogar schon als „Mister Kreissportverband“ bezeichnet worden sei.

Herr Tiedemann erinnert sich nach eigener Aussage noch gut an die letzten Tage vor dem Lockdown. Am Freitagabend habe die Inzidenz noch bei 50 gelegen und er habe eine Theatervorstellung besucht. Dann

habe ihn der Landrat angerufen und mitgeteilt, dass ab Samstag oder Sonntag aller Wahrscheinlichkeit nach Kontaktbeschränkungen verhängt werden müssten.

Gemeinsam mit seinem Stellvertreter Mark Müller, Eckhard Jacobs, dem Sportreferenten aus dem Innenministerium, sowie mit Thomas Niggemann und Diana Meyer vom Landessportverband habe er sich dann daran gemacht, die Inhalte der ersten Landesverordnung den Vereinen zu vermitteln. Die Nachricht von den Kontaktbeschränkungen habe bei den Verantwortlichen in den Vereinen zunächst Ungläubigkeit und Verzweiflung ausgelöst: Vereinsvorstände und Übungsleiter hätten ihn in großer Zahl angerufen, sodass der Kreissportverein gewissermaßen zu einer Zentrale des Desasters geworden sei.

Herr Tiedemann hebt hervor, in seiner Wahrnehmung hätten damals alle – unabhängig von ihrem jeweiligen beruflichen Hintergrund – Angst vor dem Unbekannten gehabt und davor, keinen Sport mehr treiben zu dürfen. Die allgemeine Stimmung zu Beginn der Pandemie habe ihn an die Situation kurz nach dem Atomunglück von Tschernobyl erinnert: Damals sei er durch ein Wohngebiet gelaufen, in dem sonst Kinder spielten; das sei völlig still gewesen.

Zudem hätten sich ihm die Anblicke leerer Sportplätze eingeprägt. Er erinnere sich daran, dass viele Menschen trotz der Kontaktbeschränkungen heimlich Sport getrieben hätten. Da sei ihm klar geworden, wie schlimm die Situation im Ganzen und wie gebeutelt die Menschen im Einzelnen seien.

Moderator Stubendorff stellt **Thomas Niggemann**, den Geschäftsführer für den Bereich Breitensport im Landessportverband, vor. In seiner Funktion nehme dieser gewissermaßen die Rolle eines Puffers zwischen Politik und Sport ein, denn Sportler – wie auch Künstler – sprächen manchmal recht deutliche Worte.

Herr Niggemann erinnert sich besonders daran, wie der Landessportverband seinen knapp hundert Verbänden und Vereinen immer wieder die neuen Landesverordnungen habe erklären müssen. Dabei hätten seine Kollegen und er sich Shitstorms anhören müssen.

Auch die Einführung der Testregeln 2 G, 2 G Plus und 3 G sei an der Basis auf Unverständnis gestoßen. Eine Übungsleiterin habe gesagt, sie wolle Menschen bewegen und nicht Kontrollen durchführen. Es sei unverständlich, dass man einigen die Teilnahme am Sportangebot verweigere, nur weil ihr Test länger zurückliege als von der Regel gefordert. Damals habe er, so Niggemann, gedacht, die Stimmung würde kippen und viele sich aus dem ehrenamtlichen Engagement zurückziehen. Diese Problematik habe auch die Landtagsvizepräsidentin in ihrem Grußwort angesprochen.

Als besonders schlimm empfinde er in der Rückschau außerdem, wie sich die Gesellschaft an ihren Kindern versündigt habe: Spiel- und Sportplätze seien geschlossen geblieben, und Kinder hätten ihre Freunde und Bezugspersonen in Kita und Schule, ja sogar in der Familie, nur mit Maske treffen dürfen. Die psychologischen Folgen dieser Entscheidungen würden noch lange anhalten, wie Fachleute bestätigten. Für seine vierjährige Enkelin habe die Pandemie die Hälfte ihres Lebens angedauert, für ihn selbst dagegen nur einen Bruchteil. – Der organisierte Sport habe, so Tiedemann abschließend, gegenüber den Kindern eine enorme Verantwortung.

Moderator Stubendorff dankt den Diskussionsteilnehmern für die Schilderung ihrer persönlichen Erfahrungen, die es den Anwesenden ermöglicht habe, das damalige Lebensgefühl wieder in Erinnerung zu rufen.

b. Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen auf Kultur und Sport

Moderator Stubenndorf rekapituliert den Beginn der Pandemie: Anfang März 2020 sei die Zahl der Coronafälle noch überschaubar gewesen. Ski-Urlauber hätten das Virus nach Deutschland gebracht. Anfang des Monats habe es den ersten deutschen Coronatoten gegeben. Daraufhin habe die Politik handeln müssen: Zunächst seien Großveranstaltungen und Gottesdienste verboten worden. Am 16. März 2020 seien dann bis auf Supermärkte alle Geschäfte sowie Schulen und Kitas geschlossen worden. Am 11. März 2020 habe sich der erste Fußballprofi infiziert, zwei Tage später habe die Norddeutsche Bundesliga ihren Spielbetrieb eingestellt.

Er betont, normalerweise verbrächten viele Menschen mit Kultur und Sport ihre Freizeit, schöpften daraus Kraft und träfen Gleichgesinnte. Vor diesem Hintergrund bittet er die Diskussionsteilnehmer, zu schildern, wie sich die Pandemie konkret auf das Kultur- und Sportangebot ausgewirkt habe.

Herr Niggemann erklärt, dem Landessportverband sei wie vielen anderen klar gewesen, dass die Mitgliederzahlen zurückgehen würden, wenn es keine Angebote gebe. Je nachdem, wie groß der Verein sei, ob er sich in der Stadt oder auf dem Land befinde und wie viele Sparten er umfasse, sei der Mitgliederschwund unterschiedlich stark ausgefallen. Im Großen und Ganzen sei der Rückgang aber nicht so beunruhigend wie befürchtet: Der organisierte Sport habe knapp über vier Prozent seiner Mitglieder verloren. Beängstigender sei, dass es in der Altersklasse null bis sechs Jahre einen Rückgang um 20 Prozent gegeben habe. Das liege daran, dass die heranwachsenden Kinder während Corona mangels Angeboten nicht neu angemeldet worden seien. Erfreulich sei, dass die Menschen in die Vereine zurückkämen und die Mitgliederzahlen wieder gut seien, umso mehr, da Sport und Bewegung für Kinder besonders wichtig seien.

Auf eine Nachfrage gibt **Herr Niggemann** einen Überblick über das Angebot der Sportvereine während der Pandemie. So sei zu manchen Zeiten Sport gar nicht erlaubt gewesen, zu anderen Zeit draußen, aber nicht drinnen, insbesondere Kontaktsport nicht. Später habe man unter gewissen Voraussetzungen wieder drinnen trainieren dürfen. Immer wieder habe es überraschende Einschränkungen gegeben, wenn an Freitagabenden und Samstagen neue Landesverordnungen veröffentlicht worden seien.

Diesen Eindruck bekräftigt **Herr Tiedemann**. Die Pinneberger Sportvereine hätten einen verhältnismäßig großen Mitgliederrückgang, nämlich um acht Prozent, zu verzeichnen gehabt, weil viele Vereine Großvereine seien. Diese hätten aber das Mittel der Digitalisierung für sich entdeckt und sich mit Videoclips und Direktübertragungen über Wasser gehalten. Ein Verein habe sogar ein ganzes Studio aufgebaut. In dieser Zeit hätten sich viele im organisierten Sport über die Vorschriften sehr geärgert.

Herr Froese merkt an, zu Beginn der Pandemie habe das Kulturministerium zunächst einmal definieren müssen, welche Tätigkeiten und Personen unter den Kulturbegriff fielen. – **Moderator Stubendorff** erinnert daran, dass Kulturveranstaltungen und -einrichtungen teils denselben Regeln wie Bordelle unterlegen hätten. – Herr Froese berichtet weiter, die musikalische Ausbildung an den Musikschulen wie auch in der Weiterbildung sei eingestellt worden, das Musizieren von Laien und Profis gleichermaßen untersagt gewesen.

Er hebt hervor, dass sein Verband den Begriff Soloselbstständiger bis zu diesem Zeitpunkt nicht gekannt habe. Auch sei unbekannt gewesen, wie viele solcher Personen es in Schleswig-Holstein gebe. Groß sei auch die Sorge um Künstlerinnen und Künstler gewesen, die keine Gehälter bezögen, sondern ihren Lebensunterhalt mit Ausstellungen oder Auftritten bestritten.

Frau Ehlers beklagt, dass Blasmusiker während der Pandemie aufgrund des Aerosolausstoßes unter Generalverdacht gestellt worden seien. – **Herr Tiedemann** ergänzt, auch der Sport sei mit Verweis auf die Aerosolbildung eingeschränkt worden.

c. Finanzielle Hilfen

Moderator Stubendorff stellt die These auf, dass Verbote erfinderisch machten. Als Beispiel dafür nennt er ein Projekt des NDR, an dem er beteiligt gewesen sei: Seine Kollegen und er hätten Künstler aufgefordert, Videos und Bilder ihrer künstlerischen Darbietungen einzusenden. Diese Aufnahmen seien dann veröffentlicht worden.

Herr Froese erinnert daran, dass es zu Beginn der Pandemie erst einmal darum gegangen sei, den Künstlern das pure Überleben zu sichern. Viele Künstler hätten ihrem Beruf aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr nachgehen können und füllten heute Supermarktregale auf.

Herr Froese berichtet weiter über die Entwicklung der #KulturhilfeSH. Zunächst habe man sich damit befassen müssen, wie viele Künstlerinnen und Künstler es überhaupt gebe. Die Künstlersozialkasse gebe eine Zahl von 6.000 Personen an; eine vollständige Datenbank gebe es aber nicht. Daher habe man sich besonders auf diejenigen Menschen konzentriert, die mit Beginn des Lockdowns kein Geld mehr erhalten hätten, sowie auf Soloselbstständige und Menschen ohne Nebeneinkünfte. Glücklicherweise sei es im kleinen Schleswig-Holstein gut gelungen, sich einen Überblick zu verschaffen.

Noch am Samstag nach dem Lockdown hätten erste Stiftungen Geld zugesagt. Die ersten 30.000 € seien im Wege einer notariell beglaubigten Verlosung in Paketen von je 250 € an Künstlerinnen und Künstler verteilt

worden. Später sei mehr Geld zu verteilen gewesen, sodass der Landeskulturverband einen siebenstelligen Haushalt gehabt habe. Dazu werde es hoffentlich nie wieder kommen.

Herr Froese erklärt, die Entwicklung der #KulturhilfeSH sei von dem Gedanken getragen worden, das Programm so einfach wie möglich zu gestalten. Insgesamt sei das Programm ein Erfolg: Schleswig-Holstein habe als eines von nur sechs Bundesländern überhaupt Künstlerhilfen gewährt. Außerdem habe das nach den anfänglichen Verlosungen eingeführte schleswig-holsteinische Stipendienmodell bundesweiten Vorbildcharakter bekommen. Gut sei auch der Kontakt zur Politik gewesen. Sein Verband habe noch am Samstag nach Beginn des Lockdowns ein Gespräch mit der Kulturministerin geführt; später habe es auch am Wochenende Kontakt mit dem Kulturministerium gegeben.

Die Pandemie beschreibt Herr Froese als eine Zeit, in der Verbände gegründet und Netzwerke geschaffen worden seien. Besonders erfreulich sei, dass bisher nicht hinreichend bekannte künstlerische Gruppen und Tätigkeiten sichtbar geworden seien.

Auf eine Frage von Moderator Stubendorff antwortet Herr Froese, letztlich sei es gleichgültig, aus welchem Topf finanzielle Unterstützung fließe. Wichtig sei die Ausgestaltung der Förderrichtlinien. Das Programm Neustart Kultur habe einige Regelungen enthalten, die man rückblickend ändern würde. Künstlerinnen und Künstler hätten insbesondere die Sorge, Geld zurückgeben zu müssen, weil die Nachweise zu kompliziert seien.

Zur staatlichen Unterstützung von Kultur und Sport in der Zeit führt **Frau Ehlers** aus, ihr Musikverein sei für viele Hilfsprogramme infrage gekommen. Geld sei dem Verein aber nicht so wichtig gewesen; lieber hätten die Menschen musizieren wollen. Eine Hauptsorge im Amateur-

musikbereich habe den hauptamtlichen Übungsleitern gegolten. Deren Einnahmen aus Konzerten seien während der Pandemie nämlich weggefallen. Unklar sei auch gewesen, ob die Vereinsmitglieder ihre Mitgliedsbeiträge zahlen würden.

Ihr Musikverein genieße den Luxus eines eigenen Hauses; trotzdem sei zu keinem Zeitpunkt klar gewesen, ob der Verein die Pandemie überleben würde. Problematisch sei in diesem Zusammenhang, dass selbst wenn der Verein Anträge gestellt hätte, nicht klar gewesen sei, ob diese bewilligt würden.

Frau Dettlof berichtet, der Deutsche Bühnenverein und der Bundesverband Freie Darstellende Künste habe schnell informiert, wie Künstlerinnen und Künstler Hilfen beantragen könnten.

Insgesamt sei die Pandemie eine Hochzeit der Verbandsarbeit gewesen: Künstlerinnen und Künstler hätten verstanden, wie wichtig Solidarität und Gemeinschaft und wie bedeutsam ehrenamtliche Mitarbeit in den Verbandsgremien sei. Es sei erstaunlich, welche positiven Ergebnisse eine solche Zusammenarbeit hervorbringen könne. Das habe der Sport schon längst verstanden.

Frau Dettlof lobt das Programm Kulturfunke* der Lübecker Possehl-Stiftung, das während der gesamten Pandemie existiert habe. In einer ersten Förderrunde habe die Stiftung 680.000 € für die Produktion, Recherche und Archivierung kultureller Projekte zur Verfügung gestellt.

Frau Dettlof mahnt, während der Coronazeit hätten sich Strukturen gebildet, die inzwischen Finanzierungsschwierigkeiten hätten. Die Kultur müsse sich jetzt im Wesentlichen wieder zuschauerbasiert finanzieren, weil Fördermittel nunmehr nur noch in geringerem Maße zur Verfügung stünden.

Moderator Stubendorff erinnert daran, dass das Land 7,5 Millionen € zur Sanierung von Sportstätten zur Verfügung gestellt habe. – **Herr Tiedemann** erklärt, diese Mittel seien an die Gemeinden und vor allem in Großsportstätten geflossen, wo sie durchaus hilfreich gewesen seien. Daneben habe es Coronahilfen für die Sportvereine gegeben. Diese aufzulegen, sei für das Land sicher nicht einfach gewesen. Den Nachweis über die Verwendung dieser Mittel zu führen, sei allerdings recht bürokratisch gewesen, weshalb zahlreiche Vereine Sorge gehabt hätten, Geld zurückzahlen zu müssen.

Insgesamt sei er dem Land Schleswig-Holstein aber dankbar, dass es diese Hilfen schon so früh – nämlich noch im Jahre 2020 – gegeben habe. Das sei wichtig gewesen, da fehlende Beiträge ein großes Loch in die Vereinshaushalte gerissen hätten. Durch die Hilfen seien viele Vereine zunächst gut durchgekommen, ohne Pleite zu gehen.

Herr Tiedemann lobt ebenfalls, dass Politik und Gesellschaft ein positiveres Verhältnis zum Sport entwickelt hätten. Viele Menschen hätten verstanden, dass ein Leben ohne Kultur und Sport unmenschlich sei. Er hoffe, dass das Bewusstsein dafür anhalte.

Moderator Stubendorff fragt die Diskussionssteilnehmer, welche Änderungen sie sich an den staatlichen Unterstützungsprogrammen rückblickend gewünscht hätten.

Frau Obermark antwortet, der Landessportverband habe die Vereine nach ihrem Eindruck gut und schnell unterstützt. Als schädlich beurteilt sie die umfangreichen Nachweispflichten und den Bürokratismus, der insbesondere für ehrenamtlich Tätige schwer zu bewältigen gewesen sei.

Besonders gesorgt habe sich ihr Verein auch um studentische Übungsleiter, die die Ehrenamtspauschale zur Bestreitung ihrer Lebenshaltungskosten benötigten. Diese habe man bestmöglich unterstützen wollen, um nach der Pandemie wieder auf sie zurückgreifen zu können.

In ihrer Wahrnehmung sei der zweite Lockdown belastender als der erste gewesen. Während sie beim ersten noch gedacht habe, dass sich die Lage nach wenigen Wochen entspannen würde, seien viele Menschen beim zweiten bereits darauf eingestellt gewesen, dass die Kontaktbeschränkungen viel länger anhalten würden.

Im Rückblick, so Frau Obermark weiter, seien die staatlichen Hilfe insbesondere für kleinere Vereine zu kompliziert zu beantragen gewesen. Eine Hauptschwierigkeit habe darin bestanden, dass finanzielle Rücklagen des Vereins auf die Höhe der staatlichen Hilfen angerechnet worden seien. So habe ihr Verein abwägen müssen, ob er Hilfen beantrage oder nicht. Auf der einen Seite habe er die Hilfen gebraucht, um das Kurzarbeitergeld seiner Mitarbeiter aufzustocken, damit diese über die Runden kämen. Auf der anderen Seite sei mit einem Antrag auf Hilfen aber die Gefahr verbunden, die Hilfen aufgrund bestehender Vereinsrücklagen zurückzahlen zu müssen. Diese Rücklagen seien jedoch für Investitionen ins Vereinsheim und die Sporthalle vorgesehen gewesen.

Die finanzielle Situation sei durch drohende Mitgliederaustritte noch verschärft worden. Zahlreiche Mitglieder hätten angekündigt, den Verein zu verlassen, falls die Kontaktbeschränkungen weiterhin anhielten.

d. Bedeutung des Ehrenamtes

Aus Sicht von **Frau Ehlers** seien viele Ehrenamtlichen während der Pandemie überfordert gewesen: Sie hätten sich plötzlich eine Übersicht über Vereinsrücklagen machen und entscheiden müssen, welche Förderprogramme für den Verein infrage kämen. Sie habe damals festgestellt, dass die Organisationsstrukturen im Sport sicherer und stärker seien als im Musik- und im Kulturbereich, wo es eine große Vielfalt an Organisationsstrukturen gebe.

Herr Niggemann erklärt, viele Vereine stellten zurzeit fest, dass nach der Pandemie die Sportler zwar zurückkämen, die Funktionsträger aber nicht im selben Umfang. Viele ehemalige Funktionsträger hätten während der Coronazeit offenbar gemerkt, dass ihre Aufgaben – wie die Organisation von Trainings und die Begleitung von Auswärtsspielen – recht anstrengend seien, und überließen diese nun anderen.

Zudem hätten während Corona laut vielen Vereinsvorsitzenden Gelegenheiten gefehlt, Mitglieder anzusprechen und zur Übernahme ehrenamtlicher Funktionen zu bewegen. Stadtteilfeste, Sportveranstaltungen, und Versammlungen hätten zwei Jahre lang nicht stattgefunden und seien durch das Mittel der Videokonferenz nicht zu ersetzen. Zurzeit fehlten besonders ehrenamtliche Übungsleiter und Menschen in der Gremienarbeit.

Herr Tiedemann bestätigt diesen Eindruck und weist darauf hin, dass der Mangel an Ehrenamtlichen ein bundesweites Phänomen sei. Ein Grund dafür sei auch, dass in den Vereinen vor allem erwachsene Frauen ab 41 fehlten, während es einen Überschuss an Kindern gebe. Der Kreissportverband Pinneberg habe unmittelbar nach Pandemieende das Programm Bewegungspass aus Baden-Württemberg übernommen, das der Kreis unterstützte. Daraufhin hätten die Vereine dem Verband zurückgemeldet, dass für die große Zahl an Kindern schlicht die personellen Kapazitäten fehlten. Der Kreis habe während der Pandemie mindestens 130 Übungsleiter mit Lizenz und viele weitere Helfer und Unterstützer verloren. Besonders Übungsleiter für Kinder fehlten, weil diese zu anderen Zeiten als die Erwachsenen unterrichtet werden müssten. Die Pandemie habe auch dazu geführt, dass viele Frauen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage ihre Tätigkeit als Übungsleiterinnen niedergelegt hätten. Über die Problematik gebe es zahlreiche Erhebungen und in den Medien sei darüber berichtet worden.

Um Abhilfe zu schaffen, könne man Mikrolizenzen einführen, über kleine Qualifizierungen für Eltern nachdenken oder Bewegungsprogramme für Kinder auflegen. Der Kreissportverband könne den Vereinen allerdings nur wenig helfen; es liege an ihnen, Menschen anzusprechen und sie zur ehrenamtlichen Mitarbeit zu bewegen. Die langen Wartelisten für Kinder seien in jedem Fall bedrückend.

Laut **Frau Obermark** lässt sich die abnehmende Zahl an Ehrenamtlichen nicht allein mit zu hohen bürokratischen Hürden erklären. Es gebe vielmehr eine grundsätzliche Problematik: Viele Menschen seien nicht mehr bereit, das erforderliche Maß an Verlässlichkeit aufzubringen. Als Übungsleiter oder Trainer müsse man jede Woche auf dem Fußballplatz oder in der Schwimmhalle sein. Viele wollten sich nicht festlegen, eine Woche Urlaub nehmen können oder auf ein besseres Angebot warten.

Herr Froese meint, um wieder mehr Ehrenamtliche für die Vereine zu gewinnen, müsse die Gesellschaft aus einer Dienstleistungs- in eine Wertschätzungshaltung kommen. Er habe Verständnis dafür, dass während einer Pandemie häufig neue Regelungen erforderlich seien. Gerade zugunsten von ehrenamtlich Aktiven müsse die Politik jedoch eine Überregulierung vermeiden. Ehrenamtliche übernähmen teils ein hohes Maß an Verantwortung, etwa für eine Musikschule oder einen Chor.

Das aktuelle Chorsterben sei leider auch auf neue bürokratische Anforderungen, wie die Einführung eines Spendenregisters, zurückzuführen. Viele ehrenamtlich Vorstände seien mit solchen Regelungen überfordert. Auch dürfe es eigentlich nicht sein, dass ein ehrenamtlicher Vorstand mit seinem Privatvermögen für den Vereinshaushalt – im Falle des Landeskulturverbandes ein immerhin sechsstelliger Betrag – hafte. Herr Froese empfiehlt, in der gegenwärtigen, vergleichsweise ruhigen Nachpandemiezeit zu überlegen, wie Ehrenamtliche in Sport und Kultur besser unterstützt werden können.

Doris Birkenbach, Vizepräsident des Landessportverbandes, meldet sich zu Wort: Nach ihrer Meinung müsse die Politik die von Sport und Kultur erbrachten Leistungen stärker anerkennen. Sie müsse mit den Akteuren ins Gespräch kommen und Sport und Kultur finanziell verlässlich unterstützen.

Die Gesellschaft habe während der Coronazeit die große Bedeutung von Sport und Kultur erkannt. Nun müsse sie diese beiden Bereiche stärker unterstützen; andernfalls könnten Kultur und Sport viele freiwillige Leistungen bald nicht mehr erbringen.

Herr Tiedemann setzt sich für mehr Pragmatismus bei Regelungen für Übungsleiter ein, um das Ehrenamt zu stärken. Dass die Minijobgrenze auf 538 € erhöht werde, sei richtig, helfe den Sportvereinen aber nicht, solange nicht auch die Übungsleiterpauschale sehr deutlich angehoben werde. Diese befinde sich seit Jahren auf dem viel zu niedrigen Niveau von 3.000 € jährlich.

Seiner Meinung nach hätten die Vereine bei der Gestaltung der Coronaverordnungen des Landes stärker gehört werden müssen. Der Kreissportverband Pinneberg habe durchschnittlich eine Woche gebraucht, um Regelungen einer neuen Landesverordnung den Mitgliedern zu erklären und umzusetzen. Oft habe man atemlos vor den neuen Verordnungen gestanden, obwohl man sich am Wochenende mit dem Innenministerium habe austauschen können.

e. Situation des Schwimmunterrichts

Erschwerend zu dieser Situation mit den fehlenden Übungsleitungen komme hinzu – so **Frau Obermark** weiter –, dass es für die vielen Kinder nicht genug Sportstätten, insbesondere für den Schwimmunterricht,

gebe. In Flensburg seien verschiedene Modelle zur Akquise von Übungsleitern, unter anderem mit Studierenden, erprobt worden. Letztlich scheiterten Vorhaben aber häufig an der fehlenden Wasserfläche. Zwei Jahrgänge hätten nicht schwimmen gelernt, und trotz Intensivkursen in den Sommerferien werde man diesen Rückstand nicht aufholen können, wenn die Sportstätten nicht nachwüchsen. Es sei besonders bedauerlich, dass einige Schwimmbäder nach der Pandemie aus wirtschaftlichen Gründen nicht wiedereröffnet worden seien. – An der Lösung dieses Problems müssten sich Gesellschaft und Politik beteiligen, das könnten die Vereine nicht alleine leisten.

Herr Tiedemann warnt, es sei lebensgefährlich, dass zwei Jahrgänge von Kindern nicht schwimmen könnten. Die Vereine hätten Wartezeiten von anderthalb Jahren für Nichtschwimmerkurse. Als man diesen Rückstand nach der Pandemie habe aufholen wollen, sei aufgrund der Energiekrise die Wassertemperatur in den Schwimmbädern dann auch noch auf 17 oder 18 Grad abgesenkt worden. Diese Entscheidung sei kurzsichtig gewesen, denn bei solchen Temperaturen sei Schwimmunterricht mit vier- bis fünfjährigen Kindern kaum zu realisieren.

Frau Obermark betont, ihr Verein versuche, Wartelisten abzuarbeiten, die Eltern müssten jedoch flexibler werden: Ihr Verein habe derzeit 450 Kinder auf der Warteliste und sei zuletzt einen ganzen Monat damit beschäftigt gewesen, drei Schwimmkurse für Kinder zu füllen. Das liege unter anderem daran, dass Eltern Terminvorschläge des Vereines zu häufig nicht möglich machten, sondern stattdessen andere Tage und Zeiten nannten, die ihnen besser passten.

f. Erwartungshaltung der Menschen und gesellschaftliche Stimmung

Moderator Stubendorff meint, die Erwartungshaltung der Menschen habe sich radikal verändert. Früher habe das Prinzip „der Verein, das sind wir“ gegolten; nun seien viele der Ansicht, der Verein müsse ihnen ein gutes Angebot machen. – Dieser Beobachtung stimmt **Herr Tiedemann** zu. Es herrsche eine Dienstleistungsmentalität. – **Frau Ehlers** führt ein weiteres Beispiel für diese Entwicklung an. Auf eine Mail, in der sie den Vereinsmitgliedern das neue Hygienekonzept bekannt machte, habe ein Mitglied gefragt, wie lange die Pandemie nach Ansicht des Vereinsvorstandes noch andauern werde. Dieses Mitglied habe offenbar versucht, seine Verantwortung abzugeben. Sie beobachte bei vielen die Tendenz, sich nicht mehr selbst um das Weltgeschehen zu kümmern und stattdessen auf Anweisungen von oben zu warten.

Inga Momsen, Erste Vorsitzendes des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler – Landesverband Schleswig-Holstein, meldet sich zu Wort: Nach ihrer Wahrnehmung hänge die Diskussion gerade in der Vergangenheit fest. Sie wolle lieber darüber sprechen, was Kunst und Sport künftig besser machen könnten, statt vergangene Fehler zu besprechen. Es befänden sich schließlich viele schlaue Köpfe im Raum, die darüber reden könnten. Ohne eine solche Debatte sei die Diskussion für sie eigentlich sinnlos. – **Moderator Stubendorff** erwidert, die Diskussion habe bereits ergeben, dass sich einige Bedingungen für das Ehrenamt ändern müssten. Außerdem habe man festgestellt, dass sich die Kommunikation der Menschen untereinander verschlechtert habe. Er bittet Frau Ehlers, darzulegen, was dagegen unternommen werden könnte.

Frau Ehlers teilt den Befund: Der gesellschaftliche Tonfall habe sich enorm verändert. Offenbar fühlten viele Menschen sich von der Politik

nicht mehr adäquat wahrgenommen. Kultur und Sport seien dafür verantwortlich, den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Beim gemeinsamen Musizieren und bei kulturellen Begegnungen könnten Menschen sich wieder mehr begegnen und den Dialog suchen. Das könne helfen, aus der Erwartungshaltung „sagt mir, was ich zu tun und zu lassen habe“ herauszukommen. Wichtig sei, Raum und Offenheit für verschiedene Positionen zu lassen. Menschen müssten gemeinsam verhandeln, wie sie als Gruppe und Gesellschaft mit Herausforderungen umgehen wollten.

Moderator Stubendorff erinnert daran, dass es im Laufe der Pandemie rund 100 Landesverordnungen gegeben haben, die teils wöchentlich erneuert worden seien. Er fragt Frau Ehlers, inwieweit die politisch Verantwortlichen bei den Entscheidungen zum Infektionsschutz das Gespräch mit den Vereinen gesucht hätten. – **Frau Ehlers** antwortet, mit ihrem Verein habe es keinerlei Gespräche gegeben. Die Verordnungen seien meist freitags oder samstags erschienen. Dann habe sie versucht, die Verordnungsinhalte so gut wie möglich für die Mitglieder herunterzubrechen. Eine politische Diskussion darüber, ob die Maßnahmen richtig oder falsch seien, habe es nicht gegeben.

Frau Dettlof erklärt, sie fühle sich von Frau Momsens Kritik durchaus angesprochen. Das Problem liege in der Zusammensetzung des Panels. Man habe sich vorgenommen, zum einen darüber zu diskutieren, wie die Gesellschaft mit Kultur und Sport versorgt worden sei und zum anderen darüber, wie es den Kulturschaffenden während der Pandemie ergangen sei. Sowohl die bildenden als auch die darstellenden Künste seien zuschauerbasierte Kunstformen, trotzdem hätten sie sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Sie selbst sei zum einen Leiterin eines Theaters und zum anderen Verbandsvertreterin und nehme auf dem Podium damit

eine Doppelrolle wahr. Frau Detloff wünscht sich, dass das Panel darüber berate, wie Corona-Förderinstrumente verstetigt und neu geschaffene Strukturen genutzt und ausgebaut werden könnten. – **Moderator Stubbendorff** erwidert, um eine solche Diskussion zu führen, brauche man sicherlich mehrere Tage. Er betrachte den Wunsch nach einer solchen Diskussion deshalb als Auftrag an die Politik, Räume dafür zu schaffen.

g. Gesellschaftliche Bedeutung von Kultur und Sport

Dr. Julia Pfannkuch, Mitglied des Sprecherinnenteams der Kulturpolitischen Gesellschaft – Landesgruppe Schleswig-Holstein, meldet sich zu Wort: Die Bedeutung von Sport und Kultur müsse stärker in der Gesellschaft verankert werden. Dass es zum Teil noch am Bewusstsein dafür fehle, habe sich auch im Eingangsstatement des Ministeriumsvertreters im Plenum gezeigt: Dieser habe unter Wirtschaft nur Wirtschaftsunternehmen verstanden und dabei die wirtschaftliche Aktivität der vielen soloselbstständigen Kreativschaffenden außer Acht gelassen. Vor diesem Hintergrund wünsche sie sich in Anlehnung an die Kampagne „Sportland SH“ eine Kampagne „Kulturland SH“.

Insbesondere die Kommunen als Gewährsträger der Infrastruktur müssten stärker in die Kulturförderung einbezogen werden. Zwar sei im Kulturpakt 2030 ein übereinstimmendes Verständnis zwischen Land und Kommunen formuliert worden; dieses spiegele sich allerdings noch nicht angemessen in den Haushaltsberatungen wider. Wenn Kommunen nicht über die erforderlichen finanziellen Mittel zur Kulturförderung verfügten, könnten viele Kunstschaffende ihrer Tätigkeit nicht mehr nachgehen.

Nach Wahrnehmung von **Frau Obermark** erkenne Politik die Bedeutung von Kultur und Sport bereits hinreichend an und unterlege das auch

mit finanzieller Förderung. Die Erhöhung der Zuwendungen sei immer wünschenswert, wichtiger sei es aber, die Anerkennung für Sport und Kultur in die Gesellschaft zu tragen. Man müsse deutlich machen, dass Sport und Kultur zahlreiche Werte vermittelten, die für andere Gesellschaftsbereiche entscheidend seien, darunter Teamfähigkeit, Organisation und Zeitmanagement. Die fehlende Anerkennung von Kultur und Sport habe sich etwa in einem an diesem Tage erschienenen Artikel im Flensburger Tageblatt gezeigt: In diesem Bericht über das Corona-Symposium hätten alle Panels Erwähnung gefunden, nur das zu Sport und Kultur nicht.

Nach Ansicht von **Moderator Stubendorff** haben viele Menschen während der Pandemie gemerkt, dass Sport und Kultur keine Nebensachen seien. Er wirft die Frage auf, ob die Akteure in Kultur und Sport möglicherweise die Chance verpasst hätten, an diese Empfindung anzuknüpfen.

Aus Sicht von **Herrn Froese** ist diese Debatte alt. Schon seit vielen Jahren sei er der Ansicht, Sport und Kultur dürften sich nicht auf ihre jeweilige Sparte reduzieren lassen, sondern müssten die Förderung ihrer Leistungen als Querschnittsaufgaben für die gesamte Gesellschaft bewerben. Die Sportvereine vermittelten demokratische Grundwerte und hielten die Gesellschaft zusammen. Sie müssten diese Aufgabe fortgesetzt und stärker wahrnehmen, da die Politik – etwa mit Blick auf die Reform des Gebäudeenergiegesetzes – dazu nicht hinreichend in der Lage sei.

Moderator Stubendorff stimmt Herrn Froese darin zu, dass die Debatte über die gesellschaftliche Bedeutung von Sport und Kultur alt sei. Ihn interessiere, welche Auswirkungen die Pandemie in diesem Zusammenhang gehabt habe.

Nach Ansicht von **Frau Dettlof** ist die Politik kein Gremium, das von allein funktioniert. Sie sei vielmehr auf Input von den Bürgerinnen und Bürgern angewiesen. Ihr Verband nehme seine Verantwortung voll und ganz wahr und sei während der Pandemie äußerst aktiv geworden. Er vernetze sich mit anderen Kulturformen, stelle gemeinsame kulturpolitische Forderungen auf und versuche, diese durchzusetzen.

Frau Dettlof räumt ein, dass sie sich über die Kombination von Sport und Kultur in einem Panel etwas gewundert habe, da die Probleme der beiden Bereiche sich teils erheblich unterscheiden. Kulturbetriebe seien wirtschaftlich arbeitende Unternehmen. Das Theater Combinale etwa spiele 70 Prozent seiner Einnahmen selbst ein, nur 30 Prozent kämen aus öffentlicher Förderung. Als diese Einnahmen während der Pandemie weggefallen sei, hätten sich neue Finanzierungsmodelle etabliert. Darüber wolle sie gerne sprechen.

Allgemein habe sie den Eindruck, dass die Kulturakteure sich deutlich konstruktiver einbrächten als einige Akteure aus dem Sport. Ihr Verband sei auf der kommunalpolitischen Ebene sehr aktiv geworden, insbesondere im Süden Schleswig-Holsteins. Sie würde es begrüßen, die dort gewonnenen Erfahrungen zu sammeln und so für andere festzuhalten. Auch eine stärkere Vernetzung von Kultur und Sport sei zu erwägen.

Thomas Behr, Geschäftsführer für den Leistungssport im Landes-sportverband Schleswig-Holstein, meldet sich zu Wort und meint, eigentlich müssten die Anwesenden sich im Nebenraum einmischen, wo es um Bildungspolitik gehe, Sport und Kultur wahrscheinlich aber nicht angesprochen würden. Er wirbt dafür, sich proaktiv in die bildungspolitischen Diskussionen einzubringen. Zurzeit werde aufgrund der PISA-Ergebnisse so getan, als könnten die Schülerinnen und Schüler kaum noch etwas, und man diskutiere über die Einführung zusätzlicher Mathematik-

und Deutschstunden. Gleichzeitig wende das deutsche Gesundheitssystem jährlich Milliarden Euro zur Behandlung adipöser Kinder auf. Kinder äßen zu viel das Falsche und bewegten sich nicht.

Um daran etwas zu ändern, seien Politik und Eltern gleichermaßen gefragt. 80 Prozent der Sportlehrer hätten keine Lehrberechtigung für Sport und unterrichteten fachfremd; der Unterricht sei deshalb vielfach mangelhaft. Statt aber zu handeln, führe die Gesellschaft Scheindiskussionen wie über die Abschaffung von Urkunden bei den Bundesjugendspielen. Er formuliere dies absichtlich polemisch, um auf die Problematik aufmerksam zu machen. Über die Bedeutung des Sportes seien sich zwar die Anwesenden einig, doch der Rest von Politik und Gesellschaft höre nicht zu.

Frau Ehlers erklärt, die Akteure in Kunst und Kultur hätten während der Pandemie gelernt, dass sie sich politisieren und stärker in Netzwerken organisieren müssten, um für die eigene Relevanz kämpfen zu können. Über die Notwendigkeit von mehr Schwimmbädern bestehe gesellschaftlicher Konsens. Ein solcher Konsens etwa über die Bedeutung von Singen und Musizieren sei noch nicht hergestellt, aber dringend notwendig. Kinder aus zwei Jahrgängen hätten keinen Erstkontakt zu Musik gehabt; da könnten auch Wartelisten keine Abhilfe schaffen. – **Frau Dettlof** widerspricht dem Eindruck, dass die Bedeutung der Kultur nicht gesellschaftlich anerkannt werde. – **Frau Ehlers** erwidert, viele erkannten die Bedeutung zwar an, kämen jedoch nicht ins Handeln.

Moderator Stubendorff warnt davor, eine Konkurrenz zwischen Kultur und Sport aufkommen zu lassen.

Frau Obermark erklärt, über die schlechte Lage des Schwimmunterrichtes werde immer wieder in den Medien berichtet; das Problem jedoch nicht gelöst. Noch immer gebe es weder genug Schwimmbäder noch ge-

nug Schwimmlehrkräfte. Als erstes fielen in der Schule stets der Sport- und der Musikunterricht aus.

Aus ihrer Sicht habe man in der Pandemie gelernt, wie wichtig pragmatisches Handeln sei. Leute hätten sich Dinge spontan überlegt und auf dem kurzen Dienstweg erledigt. So sei das Konzept für das Modellprojekt Sport innerhalb von drei Tagen entwickelt worden. Teststationen seien ohne große Probleme direkt vor den Sporthallen aufgestellt worden. Die Zahlen zeigten, dass das Projekt gut funktioniert habe und keinesfalls zum Pandemietreiber geworden sei. Insgesamt solle man den Menschen an der Basis mehr vertrauen, statt lange in Arbeitskreisen zu reden.

Das gelte für den Schwimmunterricht genauso: In Flensburg gebe es jetzt ein Projekt, das Kindern das Schwimmen bebringe und sich sogar am Schwimmunterricht in der Grundschule beteilige. Das Projekt werde, obwohl es sich beim Schwimmunterricht um eine öffentliche Aufgabe handele, aus privaten Fördertöpfen und Stiftungen bezahlt.

Bernd Lensch, Erster Vorsitzender des Sportverbandes Kiel, meldet sich zu Wort und berichtet, dass er in seiner Arbeit stark auf Ehrenamtliche angewiesen sei. Um Ehrenamtliche zu halten und neue zu gewinnen, müsse die Gesellschaft ein positiveres Bild des Ehrenamtes vermitteln, statt Übungsleiter mit Datenschutzregeln und Bürokratie zu nerven. – **Moderator Stubendorff** sagt auf Bitte von Herrn Lensch zu, diese Forderung im anschließenden Plenum vorzutragen.

Herr Lensch ergänzt, auch die Medien hätten dabei eine gesellschaftliche Pflicht zu erfüllen. Der NDR habe gut daran getan, in seinem Bericht vom 20. Dezember 2023 auf die Lage im Ehrenamt hinzuweisen. Vor jedem Wahlkampf gebe es Wahlwerbesspots für die politischen Parteien. Ähnliche Spots zur Bewerbung des Ehrenamtes seien daher ebenfalls denkbar. Er wünsche sich außerdem eine stärkere Würdigung der Ehren-

amtlichen. Seine Arbeitskollegen hätten ihn für verrückt erklärt, als er ihnen berichtete, er nehme sich Urlaub, um am Corona-Symposium teilzunehmen. – **Moderator Stubendorff** sagt zu, auch diesen Punkt aufzugreifen.

Frau Dettlof meint, die Ehrenamtlichen selbst müssten gute Werbung fürs Ehrenamt machen. Aus ihrer Sicht könnte man umso mehr erreichen, je konkreter die eigenen Forderungen seien und je genauer man wisse, wen man ansprechen müsse. Während Corona habe ihr Verband eine Erhöhung von Fördergeldern erwirken können, weil er sie habe beziffern und begründen können. Nach ihrer Erfahrung sei insbesondere die kommunale Ebene, zumindest in Lübeck, überaus aktiv gewesen.

Sie wirbt dafür, die Debatte konstruktiver zu führen. Zwar gebe es jetzt nach der Pandemie eine verständliche Verbitterung, die Kulturszene habe aber auch gelernt, dass sie Einfluss nehmen könne. Sie sei Politik und Verwaltung viel nähergekommen und habe etwa Jours fixes mit der Ministerin gehabt – das sei vorher undenkbar gewesen. Es sei sinnvoll, jetzt einen Schlussstrich unter die negativen Erfahrungen während der Pandemie zu ziehen und stattdessen politisch Verantwortliche mit klaren Forderungen zu adressieren, zum Beispiel nach mehr Schwimmhallen. Viele Dinge könnten die Sport- und Kulturvereine allerdings auch selbst umsetzen und so den Vereinsgedanken wieder großmachen. Sie sollten aufhören, immer die Politik zu beschimpfen.

Dr. Kilian Lembke, Vorsitzender des Landeskulturverbandes Schleswig-Holstein, meldet sich zu Wort und erklärt, er sei ohne große Erwartungen zum Corona-Symposium gekommen. Nun überrasche ihn, dass auf dem Podium dieselben Debatten wie vor der Pandemie geführt würden. Schon seit Jahren sprächen in Kultur und Sport alle davon, dass die Strukturen wegbrächen.

Als weitere große Herausforderung sieht Herr Dr. Lembke die Nachhaltigkeitstransformation. Insgesamt stehe man allerdings erst am Anfang der Entwicklung, die noch viel Geld kosten werde. Jetzt zu investieren, sei nicht nur eine Frage der Generationengerechtigkeit, sondern zahle sich auch, wie zahlreiche Rechnungen belegten, volkswirtschaftlich aus. Um die Mittel zur Finanzierung der Nachhaltigkeitstransformation aufzubringen, müsse man eine ernsthafte, sachliche und strukturierte Debatte über die Reform der Schuldenbremse führen, da die erforderlichen Mittel jedenfalls nicht durch Steuereinnahmen aufgebracht werden könnten. Selbst Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft habe sich für eine Reform ausgesprochen.

Vor diesem Hintergrund sei zu begrüßen, dass sich der Austausch zwischen Politik und Kultur verbessert habe. Nur so könnten auch Themen wie diese, die vermeintlich nichts mit Kultur und Sport zu tun hätten, mit den Verantwortlichen besprochen werden.

Dr. Philipp Salamon-Menger, Abteilungsleiter im Kulturministerium, meldet sich zu Wort und nimmt Bezug auf die Aussage der Vertreter der Verbände, die an der Schaffung der #KulturhilfeSH maßgeblich beteiligt gewesen seien, dass viele ehrenamtlich und hauptberuflich Aktive noch unter dem Eindruck der negativen Pandemieerfahrungen stünden. Er wolle die Kulturszene dazu aufrufen, die Chance zu nutzen, Hand in Hand mit Politik und Verwaltung zu agieren, wie es der Landeskulturverband mit dem Stipendienprogramm getan habe. Er sei davon überzeugt, dass die große Kraft der Kultur nicht nur darin bestehe, gesellschaftliche Themen zu verhandeln, sondern auch darin, wesentliche gesellschaftliche Grundwerte zu vermitteln. Als selbst ehrenamtlich Aktiver rufe er die Kulturszene dazu auf, subversiv zu sein und zu bleiben. – Diesen Appell lehnt **Frau Dettlof** ab. – Herr **Dr. Salamon-Menger** erwidert, er sei gerne bereit, darüber zu diskutieren.

h. Abschlussstatements

Frau Momsen hat den Eindruck, dass die Diskussionsteilnehmer, obwohl doch alle selbst in Vereinen aktiv, immer nur redeten, statt konkrete Handlungsvorschläge zu machen. Eigentlich hätten sich die Teilnehmer des Sport- und Kultur-Panels nach der ersten Stunde in den anderen Panels zu Wort melden müssen. Es sei ihr Wunsch, dass die Panelteilnehmer in Kontakt blieben und endlich aktiv würden.

Moderator Stubendorff bittet auch die anderen Diskussionsteilnehmer um ihre Abschlussstatements und stellt fest, dass in anderthalb Stunden zahlreiche Themen besprochen, aber dabei einige auch zu kurz gekommen seien. Er könne die Kritik nachvollziehen, dass es manchen besser gefallen würde, zu handeln, statt zu reden.

Frau Dettlof erklärt, in ihrer Funktion als Verbandsvorsitzende sei sie sehr aktiv und finde das auch sinnvoll. Sie nehme aus der Diskussion mit, dass Sport und Kultur in der Gesellschaft mehr wertgeschätzt werden müssten. Die Bedeutung dieser Bereiche liege vor allem darin, dass sie zum demokratischen Diskurs befähigten. Auf diese Weise könnten Sport und Kultur einen Beitrag dazu leisten, dass die deutsche Gesellschaft eine Demokratie bleibe.

Sie findet es außerdem wichtig, dass sich die Vereine und Verbände stärker an die Politik wenden. Während der Pandemie sei das in höherem Maß geschehen. Nun aber seien die Aktiven wieder in ihren Berufen tätig und hätten nicht mehr so viel Zeit.

Die Künstlerinnen und Künstler im Bereich des darstellenden Spiels, so Frau Dettlof abschließend, hätten eine subversive und effektive Kulturpolitik betrieben. Sie begrüße es, wenn andere sich daran orientierten und sei bereit, mit den übrigen Diskussionsteilnehmern zusammenzuarbeiten. Dazu müssten allerdings konkretere Vorschläge auf den Tisch.

Frau Obermark erklärt, sie nehme viel aus der Diskussion mit, vor allem aber, dass die Diskussionsteilnehmer alle sehr aktiv und damit die eigentlichen Vorbilder fürs Ehrenamt seien. Ihre Kreativität und Schaffenskraft sollten sie weitertragen. Wenn sich alle nach der schwierigen Pandemiezeit nicht entmutigen ließen, sondern gutgelaunt für die gute Sache voringen, sei viel gewonnen.

Sicherlich müssten die Aktiven in Kultur und Sport Berührungspunkte suchen und zusammenarbeiten, das Corona-Symposium sei aber nicht das richtige Format dafür. Trotzdem habe sie den Austausch begrüßt.

Sie hoffe sehr, dass sich Politik und Gesellschaft, wie von einigen geäußert, tatsächlich der Bedeutung von Kultur und Sport bewusst seien und dass sich viele im Nachgang die Aufzeichnung der Diskussion ansehen werden.

Nach Aussage von **Herrn Tiedemann** hat die Pandemie zu verstärkten Debatten über Sportförderung auf der kommunalen Ebene geführt. Der Kreis Pinneberg etwa habe die dortigen Sportvereine langfristig abgesichert und die Sportförderung erhöht. Auch weitere Hilfen, darunter Hygienzuschüsse, seien geflossen. Dass all diese Hilfen gezahlt worden seien, belege, dass der Kreis die Not der Sportvereine während der Pandemie erkannt habe.

Schleswig-Holstein bezeichne sich bereits als Sportland; das entsprechende Sportfördergesetz müsse jetzt mit Leben gefüllt werden. Während der Pandemie habe der organisierte Sport enger mit Behörden und der Politik zusammengearbeitet. Daher sei er zuversichtlich, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen würden.

Ein besonders wichtiger Punkt in der Diskussion sei aus seiner Sicht die veränderte Mentalität in der Gesellschaft gewesen. Es herrsche das Denken: „Ich zahle einen Beitrag, dann will ich etwas zurückhaben.“

Um dem entgegenzuwirken, müssten die Vereine erklären, wie ein Verein funktioniert: Der Verein sei nicht der Vorstand oder die Geschäftsstelle, sondern die Mitglieder.

Herr Froese stellt fest, dass die Kulturschaffenden während der Pandemie näher zusammengedrückt seien und sich zahlreiche Gruppen in neuen Vereinen organisiert hätten. Auch der Landeskulturverband habe während der Pandemie so viele Mitglieder wie noch nie zuvor gewonnen. Diese Basis müsse jetzt genutzt werden, um für die Kultur die nötige Finanzierung zu schaffen. Er wolle nicht mehr auf schlechte Zeiten zurückblicken, sondern mutig in die Zukunft gehen.

Mit Herrn Dr. Salamon-Menger wolle er weiterhin zusammenarbeiten, damit die Kultur einen Beitrag zur Förderung demokratischer Werte und zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele leisten könne. Kulturförderung sei eine Querschnittsaufgabe, weil Kulturvereine einen großen Teil der Bevölkerung repräsentierten.

Herr Niggemann sagt, nach längerem Nachdenken sei er zu dem Schluss gekommen, dass es richtig sei, Kultur und Sport zusammen zu behandeln. Es gebe zahlreiche Gemeinsamkeiten, und er habe viel von den Kulturvertretern gelernt. Dennoch seien die Strukturen im Sport oft ganz anders als in der Kultur. Die Kulturlandschaft sei von einzelnen Kulturschaffenden geprägt, während der organisierte Sport in Schleswig-Holstein rund eine Million Menschen, 80.000 Ehrenamtliche und 2.500 Vereine vertrete, von denen einige die einzige in einem Dorf verbliebene soziale Infrastruktur darstellten.

Das Ansinnen des Sportverbandes sei es, deutlich zu machen, dass organisierter Sport ein Kernbereich der Gesellschaft sei. Sportvereine sorgten nicht nur für Bewegung, sondern seien auch Sozialstationen, Lernorte für Kinder und Jugendliche und Treffpunkte für ältere Mitbür-

gerinnen und -bürger sowie Orte gelebter Demokratie. Er sei davon überzeugt, dass wo Kinder musizierten und Theater oder Kunst erlebten, ähnliche Werte vermittelt würden.

Herr Niggemann wirbt dafür, den Aufbau des Vereinssports nach der Pandemie fortzuführen und Diskussionsformate wie das Corona-Symposium zu wiederholen.

Aus Sicht von **Frau Ehlers** hat das Corona-Symposium den Ehrenamtlichen die Gelegenheit gegeben, ihrer Frustration Ausdruck zu verleihen und zu berichten, wie viel sie abgeduldet hätten. Sie hält fest, dass die in Sport und Kultur Aktiven stärker erklären sollten, welche demokratischen Werte sie vermittelten und welche sozialen Funktionen sie erfüllten.

Corona habe alle gelehrt, mit Unerwartetem umzugehen. Trotz der zu bewältigenden Schwierigkeiten existierten viele Strukturen weiter. Sie und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter setzten ihr Engagement fort und seien bereit, ihre Stärke nach außen zu tragen.

Nach Einschätzung von **Herrn Stubendorff** ist es schwierig, die Diskussion in wenige Punkte zusammenzufassen. Er wolle es dennoch versuchen, um in der sich anschließenden Plenardebatte des Symposiums aus dem Panel berichten zu können. Zunächst nehme er mit, dass es mehr Geld für Schwimmhallen und für Kulturstätten brauche. Gut sei auch gewesen, dass man überhaupt miteinander ins Gespräch gekommen sei, auch wenn sich nicht immer alle einig gewesen und alte Diskussionen teils wiederaufgekommen seien. Des Weiteren habe er verstanden, dass die gesellschaftliche Bedeutung von Kultur und Sport stärker öffentlich kommuniziert werden müsse. Wie es in den beiden Bereichen weitergehe, liege an allen Beteiligten, ausdrücklich auch an der Politik.

(Beifall)

4. Panel – Pflege und Kita

Moderatorin Sonneborn weist einleitend darauf hin, dass die gemeinsame Klammer beider anstehenden Diskussionsrunden der Teilpanels Pflege und Gesundheit das Thema Familie sei. Fürsorgende Tätigkeiten – die sogenannte Carearbeit – würden in den Familien aktuell noch immer vor allem von den Frauen übernommen. Diese seien darum im besonderen Maße von den Auswirkungen der Pandemie betroffen gewesen.

Moderatorin Buddemeier betont, dass es ein Schwerpunkt des Corona-Symposiums sei, die Betroffenen selbst zu Wort kommen zu lassen. Anwesende Expertinnen und Experten seien aber dazu aufgerufen, sich ebenfalls aus der Perspektive ihrer eigenen Betroffenheit heraus zu äußern.

a. Teilpanel Pflege

Moderation: Melanie Sonneborn

Dr. Katrin Balzer,
Professorin und Leiterin der Sektion für Forschung und Lehre in der Pflege an der Universität zu Lübeck

Eka von Kalben,
Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Eva El-Samadoni,
Stiftungsvorständin und Geschäftsführerin der Kieler Stadtkloster Pflegedienst Gemeinnützige GmbH

Dr. Anette Langner,
Vorstandssprecherin des DRK-Landesverbands Schleswig-Holstein e.V. sowie Sprecherin des Forum Pflegegesellschaft und der LAG der freien Wohlfahrtsverbände SH e.V.

Claudia Ohlsen,
*Geschäftsführerin der Landeskoordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit
Schleswig-Holstein*

Mischa Jelen,
Leiter der Wohnpflegeaufsicht der Hansestadt Lübeck

Nicole Knudsen,
*Vorstandsmitglied des Vereins „Wir pflegen in Schleswig-Holstein e.V.“ sowie
Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger*

aa. Kurzimpuls von Dr. Katrin Balzer, Professorin und Leiterin der Sektion für Forschung und Lehre in der Pflege an der Universität zu Lübeck

Frau Dr. Balzer, Professorin und Leiterin der Sektion für Forschung und Lehre in der Pflege an der Universität zu Lübeck, führt mit einem kurzen Impulsvortrag aus dem Bereich der Pflegewissenschaften in die Podiumsdiskussion ein.

Kernpunkt ihres Vortrages ist die Forderung, dass Deutschland auf eine erneute Pandemie vorbereitet sein sollte. Hierfür sei unter anderem unbedingt erforderlich, dass im Bereich der Pflegewissenschaft die Datenlage verbessert werden. Es gebe aktuell – insbesondere bezogen auf Deutschland – kaum aussagefähige Studien dazu, welche Bedingungen in der Pflege, etwa hinsichtlich der Größe und personellen Ausstattung von stationären Pflegeeinrichtungen, zu einer geringeren Mortalität von Bewohnerinnen und Bewohnern beitragen könnten. Um solche Daten zu erheben, müssten in der Pflegewissenschaft für die Datenerhebung entsprechende Strukturen aufgebaut und vorgehalten werden, in diesem Forschungsbereich müsse also strukturell sehr viel mehr investiert werden.

(Beifall)

bb. Podiumsgespräch

Frau El Samadoni, nennt als eine besondere Herausforderung in der Coronazeit, dass es für die verschiedenen professionellen Pflegeformen und Wohnformen zum Teil sehr unterschiedliche Regelungen gegeben habe. Die neuen Verordnungen seien oft Samstagabend herausgekommen, die Umsetzung habe dann bereits bis Montag erfolgen müssen. Das sei extrem schwierig gewesen und habe auch zu sehr vielen Problemen mit den Angehörigen geführt.

Außerdem habe es sehr unterschiedliche Regelungen für die verschiedenen Pflegeformen gegeben. So sei beispielsweise eine Wohngemeinschaft als eine Hausgemeinschaft gewertet worden, innerhalb der man sich auch relativ frei bewegen konnte. Dagegen seien in der stationären Pflege die Bewohnerinnen und Bewohner zum Teil sehr stark abgeschottet worden. Zusammen mit dem absoluten Besuchsverbot sei das für die Bewohnerinnen und Bewohner wirklich dramatisch gewesen. Für das betreute Wohnen hätten dagegen die ganz normalen Haushaltsregelungen gegolten, und für die Tagespflege habe es sehr unterschiedliche Vorgaben gegeben. All das habe so koordiniert werden müssen, dass alle Beteiligten und vor allen Dingen auch die Angehörigen das verstehen und nachvollziehen konnten. Deshalb seien unendlich viele Gespräche der Einrichtungsleitungen mit den Angehörigen und den Bewohnerinnen und Bewohnern erforderlich gewesen. Dazu sei noch die Herausforderung gekommen, das alles in Hygienepläne und ähnliche Regelungen umzusetzen, über Aushänge bekannt zu machen und zu kontrollieren. Innerhalb ihrer Organisation mit den zehn Einrichtungen sei eine Person nonstop damit beschäftigt gewesen, diese ganzen Regelungen zusammenzutragen und zur Umsetzung zu bringen. In der Zukunft sei in solchen Fällen definitiv eine noch bessere Zuarbeit, beispielsweise vom

Ministerium, erforderlich, obwohl diese über die Zeit der Pandemie gesehen immer besser geworden sei.

Herr Jelen, nimmt wahr, dass sich durch die Pandemie das Rollenverständnis stark verändert habe. Die Wohnpflegeaufsicht habe die Aufgabe, jede Einrichtung einmal im Jahr zu prüfen, mit der sogenannten Regelprüfung. Dieser Auftrag sei in der Pandemiezeit komplett in den Hintergrund gerückt, stattdessen habe ein neuer und ganz besonders enger Austausch mit den Einrichtungen stattgefunden. Im Vordergrund habe nicht mehr die Prüfung gestanden, sondern die Fragestellung, was man gemeinsam dafür tun könne, damit es den Bewohnerinnen und Bewohnern in dieser Zeit so gut wie irgendwie möglich ergehe. Insgesamt habe man deutlich mehr miteinander kommuniziert, so hätten die Kolleginnen und Kollegen aus seiner Behörde mindestens einmal wöchentlich mit jeder Pflegeeinrichtung telefoniert. Diese Kommunikation habe sowohl mit den Pflegekräften als auch mit den Leitungskräften vor Ort intensiv stattgefunden. Dadurch habe sich auch eine neue Beziehung aufgebaut, die deutlich mehr auf Vertrauen basiere, auf Wertschätzung für die Arbeit untereinander, auf Respekt und auf Verständnis der jeweiligen anderen Rolle. Und diese positive Entwicklung habe man auch aus der Pandemie in die pandemiefreie Zeit hinüberretten können. Dadurch hätten sich auch die Prüfungen an sich, die nach der Pandemie jetzt natürlich wieder stattfänden, verändert, ohne dass die Prüfungsinhalte darunter litten.

Frau Dr. Langner, schließt sich der Einschätzung von Frau El Samadoni an, dass die Pandemiezeit insbesondere die enorme Herausforderung mit sich gebracht habe, sehr kurzfristig Entscheidungen umzusetzen und praktikable Lösungen für zum Teil sehr komplexe Maßnahmen umzusetzen. Sie habe sich in dieser Zeit oft gewünscht, dass die Kom-

munikationswege etwas direkter laufen würden. In vielen Bereichen sei die Kommunikation leider eher eine Einbahnstraße gewesen, indem die Regelungsgeber sozusagen Vorgaben gemacht hätten, ohne die Expertise der Praktiker einzubeziehen oder ihnen die Möglichkeit zu geben, in dem Entscheidungsprozess noch gehört zu werden.

Schwierig an den Maßnahmen sei oft auch gewesen, dass sie sich in erster Linie an der stationären Krankenhausversorgung orientiert hätten. Richtig sei, dass dieser Bereich natürlich sehr direkt mit den Auswirkungen der Pandemie konfrontiert gewesen sei. Das gelte insbesondere für die Pflegekräfte in der ambulanten und stationären Pflege, die vor großen Herausforderungen gestanden und zum Teil sehr, sehr dramatische Situationen zu bewältigen gehabt hätten. Die Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen seien eine unglaubliche Herausforderung für die Pflegekräfte gewesen, da sie tagtäglich im Spagat zwischen dem Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner einerseits und den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner andererseits hätten jonglieren müssen. Insgesamt sei aus ihrer Sicht aber ein maßgebliches Learning aus dieser Pandemiebekämpfung, dass diese an manchen Stellen vielleicht zu sehr an der Gesundheitsversorgung orientiert gewesen sei.

Frau Ohlsen, schildert plastisch anhand eines konkreten Falls die besondere Situation, das Drama, der Hospiz- und Palliativversorgung während der Pandemie. Wie alle anderen auch seien die Mitarbeiter der Landeskoordinierungsstelle zunächst im März 2020 ins Homeoffice gegangen. Dort habe sie dann Anfang April einen Anruf von einer etwa 30-jährigen Frau erreicht, die hochschwanger gewesen sei und gesagt habe: „Frau Ohlsen, Sie sind meine letzte Rettung. Mein Mann liegt mit einem schwer metastisierenden Darmkrebs zehn Meter über mir in der Klinik. Ich bin gerade mit dem Ordnungsamt aus der Klinik verwiesen

worden. Ich kann einfach nicht mehr. In vier Wochen kommt unser gemeinsames Kind, und ich darf mich nicht von ihm verabschieden. Es gibt keine Schutzkleidung, es gibt keine Hygienemaßnahmen, und alles ist so restriktiv. Ich weiß einfach nicht, was ich machen soll!“ – So ein Anruf schnüre einem natürlich erst einmal die Kehle zu. In dem Moment habe auch die Landeskoordinierungsstelle dieser Frau, ihrem Mann und dieser Familie leider nicht helfen können. Aber er sei für sie Motivation gewesen, sofort mit dem Pflegereferat des Sozialministeriums und dem Sozialminister Kontakt aufzunehmen und zu sagen: „Das geht so nicht! Wir können den Infektionsschutz nicht über all das stellen, was wir als Gesellschaft gegenüber den Menschen auch an anderer Verantwortung haben!“ – Es sei dann tatsächlich sehr schnell gegangen, dass man für diesen Bereich zu anderen Regelungen gekommen sei. Das sei ein sehr positives Signal in der Pandemie gewesen.

Schon in der übernächsten Landesverordnung sei ein Passus aufgenommen worden, dass aus ethischen und moralischen Gründen Sterbegleitung möglich sein müsse. Aber man müsse sehen, dass dies nicht überall gleich gut geklappt habe. In der Landesverordnung sei auch das stationäre Hospiz mit eingebaut worden, sodass die Einrichtungen unter bestimmten Hygienevorgaben Angehörige im kleinen Rahmen hätten einlassen dürfen. Bei all dem Leid und bei all dem, was in der Pandemie nicht gut funktioniert habe, sei das ein positives Beispiel in Schleswig-Holstein gewesen. Sie wisse sehr wohl, dass dies in anderen Bundesländern nicht so gut gelaufen sei.

Ihr sei wichtig, dass man hier heute zusammensitze, um gemeinsam aus den Erfahrungen zu lernen und für die Zukunft noch bessere Konzepte aufzustellen. Wenn man sich jetzt nach der Pandemie in die Augen schaue, müsse allen klar sein, dass so etwas, dass sich Angehörige von

ihren Familienmitgliedern oder Freunden nicht verabschieden dürften, nie wieder passieren dürfe.

Frau von Kalben berichtet über ihre Erfahrungen nicht als Politikerin, sondern als Privatperson in der Pandemie. Anknüpfend an den vorhergehenden Beitrag schildert sie ihre Erlebnisse im Zusammenhang mit dem Tod ihres Lebenspartners in der Pandemiezeit. Ihr Partner sei im Krankenhaus verstorben. Als sie dort hingekommen sei, habe sie sich von ihm, obwohl er bereits auf der Intensivstation verstorben gewesen sei, nicht mehr verabschieden dürfen. Sie könne sich vorstellen, das es für Angehörige, die Sterbende nicht begleiten könnten, die noch bei Bewusstsein seien, noch schwieriger sei. Aber natürlich sei es auch wichtig, sich von bereits Verstorbenen noch einmal verabschieden zu können. Diese Situation sei nicht nur für sie, sondern vor allem auch für die Kinder ihres Partners sehr traumatisch gewesen. Dennoch sei auch in dieser Situation bei ihr durchaus der Gedanke präsent gewesen: „Natürlich, das muss jetzt so sein, denn ich möchte natürlich auch nicht, dass ich jetzt vielleicht eine COVID-Infektion auf die Intensivstation trage.“ Sie habe sich also in einem Zwiespalt befunden zu überlegen, ob diese Maßnahmen vielleicht doch alle richtig seien. In ihrem konkreten Fall sei die Landesverordnung für diese speziellen Fälle bereits gelockert gewesen, es hätten sich aber noch nicht alle Krankenhäuser dieser Lockerung angeschlossen gehabt.

Frau Knudsen, bezeichnet sich selbst als Coronawitwe, die während der Pandemie ihren Mann, den sie zuvor lange gepflegt habe, verloren habe. Ihr Mann, der körperlich und geistig schwerstbehindert gewesen sei, Pflegegrad fünf, sei zum Glück in ihren Armen gestorben. Es sei ihr allerdings nur gelungen, diese letzte schwere Zeit mit ihm zu überstehen, weil sie die letzten 14 Tage des Lebens ihres Mannes eine Palliativbegleitung zu Hause gehabt habe.

Da sie schon vor Corona als pflegende Angehörige Erfahrung in der Pflege gehabt habe, sei ihr durchaus bewusst gewesen, dass es auch vor Corona bereits einen Pflegenotstand gegeben habe. Das habe nicht nur für die stationäre und ambulante Pflege gegolten, sondern auch für die häusliche Pflege. Corona habe dann diesen Notstand wie mit einem Brennglas noch einmal sichtbarer gemacht und auch in das Bewusstsein von Politik und Gesellschaft gehoben.

Dieser bereits bestehende Pflegenotstand habe in der Coronazeit von heute auf morgen durch die häusliche Pflege aufgefangen werden müssen. Die schon vor Corona zum Teil unerträglichen Zustände in der häuslichen Pflege seien so noch einmal verschärft worden. Gut sei gewesen, dass durch die Pandemie die Pflege ins Bewusstsein gekommen sei, aber der Fokus habe hier eher auf der stationären Pflege gelegen – sie erinnere zum Beispiel an das Klatschen für die Pflegekräfte –, nicht so sehr auf der häuslichen Pflege. Sie könne feststellen, dass das inzwischen besser werde, insbesondere in Schleswig-Holstein. Heute werde der Fokus immer mehr auch auf die häusliche Pflege gerichtet.

Frau Knudsen berichtet weiter, dass sie bereits vor der Pandemie ihren Job stark reduziert gehabt habe, um ihren Mann zu pflegen. Mit Eintritt der Pandemie habe sie sich von heute auf morgen im Homeoffice wiedergefunden – mit einem schwerstpflegebedürftigen Mann – ohne Entlastung, also 24/7 an 365 Tagen im Jahr. Was das bedeute, wisse wahrscheinlich jeder. Der Wegfall der Entlastungseinrichtungen und die völlige Isolation verändere einen. Sie habe sich sozusagen selbst isoliert, denn es sei in dieser Situation völlig klar gewesen, sie dürfe sich auf gar keinen Fall anstecken, sie müsse einfach weiter funktionieren. Das habe sie als völlige Desozialisierung empfunden, denn Onlinemeetings habe man lediglich vielleicht beruflich gehabt. Im Freundeskreis habe man erst lernen

müssen, sich auch über Messenger Dienste und Telefonate enger auszutauschen. In dieser Situation sei deshalb in vielen pflegenden Haushalten eine große Einsamkeit, die für viele zum Teil bis heute anhalte, entstanden. Die Herausforderung, damit umzugehen, sei sozusagen wie auf Knopfdruck von heute auf morgen entstanden.

Moderatorin Sonneborn merkt an, ihr sei erst in Vorbereitung des heutigen Tages klargeworden, wie groß der Anteil der Menschen, die zu Hause von Angehörigen gepflegt würden, sei. Wenn man sich die Zahlen anschau, gebe es durch die Pandemie einen Rückgang der Angleichung des Anteils von Frauen und Männern bei den pflegenden Angehörigen, also sozusagen einen Rückschritt. – **Frau Knudsen** bestätigt, dass die Pflege „weiblich“ sei. In der Altersgruppe der 45- bis 60-Jährigen, also einer Altersgruppe, in der man normalerweise mitten im Erwerbsleben stehe, hätten während der Pandemie 25 Prozent der Frauen ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben oder reduziert. Kurioserweise seien diese nach der Pandemie auch nicht mehr ins Erwerbsleben zurückgekehrt. Wenn man die Situation von Pflege und Beruf hier verbessern wolle, dann sei das mit Sicherheit ein Klientel, das man sich näher anschauen müsse. Das sei aber im Rahmen der heutigen Veranstaltung nicht möglich.

Diese Personengruppe wieder in die Erwerbstätigkeit zu bringen, sei aus mehreren Gründen erstrebenswert. Zum einen könne man damit der Altersarmut entgegenwirken, zum anderen habe das aber auch andere volkswirtschaftlich positive Effekte. Bei den Männern sei die Entwicklung während der Pandemie nicht so auffällig gewesen. 15 Prozent hätten in dieser Altersgruppe ihre Berufstätigkeit aufgegeben oder reduziert. Die Männer seien aber nach der Pandemie in der Regel wieder in die Erwerbstätigkeit zurückgekehrt. Ein ähnliches Phänomen sei bei der Kita zu beobachten. Auch diese Care-Arbeit sei weiblich besetzt. Frauen blieben also

leichter in der Care-Schleife hängen: Erst pflegten sie ihre Eltern, dann ihre Schwiegereltern, dann anschließend gegebenenfalls auch noch ihren Mann und zuvor setzten sie aus, um ihre eigenen Kinder zu betreuen. Dadurch kämen sie in das Erwerbsleben nicht wieder hinein, wenn es nicht entsprechende Entlastungseinrichtungen gebe.

Ihr sei bewusst, dass es noch sehr viel dramatischere Situationen in Familien gegeben habe als in der ihren. So habe es beispielsweise Eltern gegeben, die ein schwerstbehindertes Kind zu Hause hätten pflegen und beschulen müssen, während gleichzeitig noch Geschwisterkinder von ihnen zu betreuen gewesen seien.

Zu der Frage, ob die Pflegewissenschaften ausreichend Gehör in der Gesellschaft fänden und gegebenenfalls sogar durch die Pandemie hier eine positive Entwicklung festzustellen sei, erklärt **Frau Dr. Balzer**, auf Landesebene habe es während der Pandemie die Expertenkommission gegeben, die vom Gesundheitsministerium eingerichtet worden sei, in der sich die Wissenschaftler interdisziplinär – mit der Pflegewissenschaft –, aber auch mit einigen der heute hier auf dem Podium anwesenden Vertreterinnen und Vertreter ausgetauscht hätten. Auf der Bundesebene dagegen sei die Pflegewissenschaft in den einschlägigen Expertenrunden nicht vertreten gewesen. Festzustellen sei, dass es auch bis heute auf Bundesebene keine festen Strukturen gebe, in der die Pflegewissenschaft als Disziplin verankert sei. Das gelte beispielsweise auch für die Leopoldina als Akademie der Wissenschaften. Hier bestehe also Nachholbedarf, um auf die nächsten Pandemien oder Ähnliches vorbereitet zu sein.

Als wichtigste Lehren und Wünsche an die Politik formulieren mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiums die Digitalisierung als Unterstützung der Pflege. So hebt **Frau Knudsen** besonders die digitale Selbsthilfe für pflegende Angehörige hervor. Diese sei durch die Pande-

mie etabliert worden, werde jetzt fortgeführt und müsse unbedingt verstetigt werden.

Frau Dr. Langner wünscht sich, dass die Expertise der Pflege stärker in das Krisenmanagement eingebunden werde. Einrichtungen, die im Krisenmanagement tätig seien, müssten dazu befähigt werden, ihre Kommunikation zu verbessern und die großen Themen Entbürokratisierung und Digitalisierung, die es auch in der Pflege gebe, noch stärker voranzubringen. Dies alles müsse jetzt einen Schub bekommen, und die Pflegeeinrichtungen benötigten hierbei Unterstützung, damit sie für die nächste Krise gewappnet seien.

Frau El Samadoni nennt als einen sehr wichtigen Punkt die Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern, die während der Pandemie zum Teil katastrophal gewesen sei. Manche Behörden seien komplett ins Homeoffice gegangen, und es habe niemanden interessiert, ob Bewohnerinnen und Bewohner weiterversorgt werden könnten. Auch die Vernetzung unter den Gesundheitsämtern habe nicht funktioniert. Daran müsse jetzt dringend gearbeitet werden.

Moderatorin Sonneborn hält die Kommunikation für ein sehr wichtiges Thema, unter anderem auch mit der Eingliederungshilfe, die heute auf dem Podium nicht zu Wort gekommen sei. Das sei ein großes Thema – nicht nur in der Palliativ- und Hospizversorgung. Wichtig sei, auch die Expertise der Pflegenden und all der anderen Akteure, die in diesem Bereich unterwegs seien, mit ins Boot zu holen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und sich zu respektieren.

Herr Jelen plädiert dafür, mehr darauf zu achten, Gesetze und rechtliche Vorschriften lesbar zu formulieren, damit nicht nur die großen Häuser mit entsprechenden Personalschlüsseln und Backgrounds in der Lage seien, eine Landesverordnung, Kreisverordnung oder städtische Verord-

nung so zu lesen und umzusetzen, dass es allen verständlich werde. Hilfreich könnten in diesem Zusammenhang auch Erläuterungen zu den Gesetzestexten sein. Sehr positiv sei deshalb beispielsweise gewesen, dass es aus dem Ministerium während der Pandemie immer wieder Handlungsempfehlungen gegeben habe, über die die Einrichtungen dann auch sehr gut informiert gewesen seien. Ähnliches wünsche er sich beispielsweise auch für pflegende Angehörige.

Frau von Kalben merkt an, aus ihrer Sicht sei es wichtig, die Best-Practice-Sammlungen nicht aus den Augen zu verlieren. Auf dieser Grundlage müsse jetzt eine Vorbereitung auf die nächste Krise stattfinden, damit man davon nicht wieder überrascht werde, sondern bereits Konzepte, Handlungsempfehlungen und Schutzausrüstung vorrätig habe. So habe es in der letzten Pandemie viele Ideen und praktische Beispiele dafür gegeben, wie man sich trotz Infektionsschutz habe weiter begegnen können – zum Beispiel die Plexiglaswände. Sie wünsche sich, dass man diese jetzt nicht einfach entsorge, sondern lieber aufbewahre und sich darüber Gedanken mache, wie man diese gegebenenfalls wieder zum Einsatz bringen könne.

Moderatorin Sonneborn dankt allen Beteiligten auf dem Podium für ihre Beiträge. Natürlich sei es ein Spagat, in so kurzer Zeit so viel Expertise und Wünsche zusammenzutragen.

(Beifall)

b. Teilpanel Kita

Moderation: Lisa Buddemeier

Dr. Bernhard Kalicki,
*Professor für frühkindliche Bildung und Leiter der Abteilung Kinder und
Kinderbetreuung am Deutschen Jugendinstitut*

Markus Potten,
*Geschäftsführer des Verbands Evangelischer Kindertageseinrichtungen in
Schleswig-Holstein e.V. (VEK)*

Sonja Köbke-Stürken,
Leitung der Kindertagesstätte „Lütte Lüüd“, Nindorf

Marion Muerköster,
Jugendamt Landeshauptstadt Kiel

Eka von Kalben,
*Abgeordnete für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen
Landtag*

Janine Jessen,
Co-Vorsitzende der Landeselternvertretung der KiTas in Schleswig-Holstein

aa. Impulsvortrag von Dr. Bernhard Kalicki, Professor für frühkindliche Bildung und Leiter der Abteilung Kinder und Kinderbetreuung am Deutschen Jugendinstitut

Präsentation Anlage 2

Dr. Bernhard Kalicki, Professor für frühkindliche Bildung und Leiter der Abteilung Kinder und Kinderbetreuung am Deutschen Jugendinstitut, hält einen Impulsvortrag und stellt die Erkenntnisse aus der Corona-Kita-

Studie des Deutschen Jugendinstituts gemeinsam mit dem Robert-Koch-Institut vor.

Das SGB VIII des Sozialgesetzbuches beschreibe die Funktionen der Kindertagesbetreuung mit drei Zielen (Präsentation, Seite 3): Erstens solle die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit gefördert werden. Zweitens solle die Kindertagesbetreuung die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen. Das sei der Bildungsauftrag auch mit Blick auf die Kinder, die herkunftsbedingt in ihrer eigenen Familie systematisch benachteiligt seien, weil sie in anregungsschwächeren ärmeren Haushalten aufwüchsen und es beispielsweise eine andere Familiensprache gebe. Drittens haben sie die Funktion, den Eltern dabei zu helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander zu vereinbaren. Dies sei insbesondere in Westdeutschland und mit Blick auf Gleichstellung, die Partnerschaftspartität, aber auch auf den Fachkräftebedarf eine wichtige Funktion.

Herr Dr. Kalicki wirft im Folgenden einen Blick darauf (Präsentation, Seite 4), wie frühkindliches Lernen in der frühen Phase, vor der Einschulung, unterstützt werden könne. Kindliches Lernen erfolge in Alltagswelten häufig informell, und die Lernpotenziale von Kindern seien gigantisch. Kinder müssten nicht überzeugt oder erst gewonnen werden zu lernen, sondern sie hätten intrinsisch angeboren ein hohes Interesse am Lernen und neuen Erfahrungen und wollten ins Handeln kommen. Für die Gestaltung von frühen Lernerfahrungen in der Frühpädagogik sei es wichtig, die Autonomie zur Unterstützung, also dem Kind Zutrauen und Entscheidungsfreiheit zu geben. Dafür sei die Methode des Scaffolding ein gutes Bild. So, wie eine Mauer von einem Gerüst aus gebaut werde, das dann im Nachhinein wieder abgebaut werde, wenn die Mauer stehe, solle

auch die Lernbegleitung in pädagogischen Settings so ausgestaltet sein, dass sie unterstütze, wenn die Unterstützung notwendig sei, sich danach aber wieder zurücknehme, wenn das Kind selbst ins Lernen, Spielen oder Handeln komme.

Ganz wichtig – auch mit Blick auf die Pandemie – sei die Bedeutung des Spiels. Spiel sei die Arbeit des Kindes, sei also nicht sozusagen freischwebend nur eine Überbrückung zwischen verschiedenen Aktivitäten, sondern für die Entwicklung extrem wichtig. Dabei sei insbesondere das Spiel in Peer-Interaktionen, also das Spiel mit gleichaltrigen anderen Kindern, wichtig, damit auch soziales Lernen stattfinden könne.

Schon vor der Pandemie sei das Spannungsverhältnis zwischen Betreuung und Bildung bekannt gewesen, deshalb gebe es inzwischen den Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung. Im Vordergrund stehe aber häufig, möglichst viele Plätze zu schaffen, dabei gehe es um die Quantität. Natürlich müsse es auch um die Frage der Qualität gehen, wie anregungsreich und dicht die Interaktion sei.

In der Pandemie im März/April 2020 sei dann mit dieser Studie begonnen worden, als es die erschreckende Zahl von etwa 6.000 Inzidenzfällen pro Tag gegeben habe, um zu schauen: Wie funktioniert das System der Kindertagesbetreuung in der Pandemie? Im weiteren Verlauf der Pandemie sei es zu Inzidenzen in der zweiten und dritten Welle von 28.000 und mit der Omikron-Variante sogar bis zu 300.000 Fällen pro Tag in der Spitze gekommen (Präsentation, Seite 6 f.).

Herr Dr. Kalicki stellt fest, dass die Pandemie für alle eine unvertraute Situation gewesen sei: Man kannte die Infektion nicht, man wusste nicht, wie empfänglich Kinder für die Infektion seien, und man habe auch noch nicht gewusst, welche Rolle die Kita, der Kindergarten und die Krippe als ein Ort spielten, an dem das Virus übertragen werde. Damit habe sich

in der Pandemie ein neues Spannungsverhältnis ergeben, in dem neben Betreuung und Bildung auch das Thema Gesundheitsschutz eine große Rolle gespielt habe.

In der Phase hätten insbesondere die Fragen eine Rolle gespielt: Wie viele Kinder und welche Kinder können die Kita besuchen? Wie reduzieren wir das Infektionsrisiko in dem Setting Kita? – Dazu seien schon früh Regelwerke aufgestellt worden. Das Deutsche Jugendinstitut sei von der Jugend- und Familienkonferenz des Bundes und der Länder angesprochen worden. Auch das Bundesfamilienministerium habe um Beratung gebeten. Dabei habe es natürlich engen Kontakt auch mit Virologen, Epidemiologen und Kinderärzten gegeben.

Auf der Grundlage seien Schutz- und Hygienemaßnahmen für die Coronapandemie entwickelt worden (Präsentation, Seite 9 ff.), die zum einen die Reduktion von Kontakten durch Zugangsbeschränkungen, Abstand halten und die Separierung von Gruppen im Rahmen eines pädagogischen Settings enthalten hätten. Zum anderen sei die Reduktion der Virenexposition durch regelmäßiges Lüften, das Desinfizieren von Oberflächen und das Tragen von Mund-Nasen-Schutz als Ziel verfolgt worden. Zu den Zugangsbeschränkungen habe auch im Lockdown die Notbetreuung gehört. Für das Abstandhalten habe sich in der Praxis herausgestellt, dass dies im pädagogischen Setting in der Gruppe nicht aufrechterhalten werden konnte. Deshalb sei man dann zu der Separierung der Gruppen, die sogenannte Kohortenbildung, übergegangen.

Im Verlauf der Pandemie habe sich das Virus verändert, und es seien neue Technologien auf den Markt gekommen. So seien die Möglichkeiten des Testens und des Impfens dazugekommen. Im Rahmen der Studie habe man Wochenweise in einem Register bundesweit Informationen aus teilnehmenden Kitas zum Erfolg und zur Praktikabilität dieser Hygi-

ene- und Schutzmaßnahmen vermerkt. Hierzu verweist er auf eine Übersicht zu den häufig durchgeführten Maßnahmen wie Lüften, Testungen, Desinfektionen und das Tragen der Masken außerhalb der Gruppen und den seltenen Maßnahmen wie Temperaturmessungen.

Anhand einer weiteren Grafik (Präsentation, Seite 12) stellt Herr Dr. Kalicki die Erstimpfungsquote des pädagogischen Personals in den Kitas im Jahr 2021 im Ländervergleich dar. Insgesamt könne man sagen, die Impfquote des pädagogischen Kitapersonals sei höher als die in der Normalbevölkerung gewesen. Daneben habe es stabile regionale Unterschiede gegeben, also eine niedrigere Impfquote in Ostdeutschland und im westdeutschen Vergleich in Bayern die niedrigste Impfquote. Dafür habe es in Bremen und in Schleswig-Holstein sowie Nordrhein-Westfalen durchgehend eine hohe Impfquote gegeben.

Im Rahmen der Studie habe man außerdem den Infektions- und Verdachtsfallverlauf in den Kitas genauer beobachtet. Auch hierzu habe er eine Grafik mitgebracht (Präsentation, Seite 13). Außerdem sei untersucht worden, wie die Kitas darauf reagiert hätten. Zu Beginn der Pandemie sei mit kompletten Kita-Schließungen reagiert worden, im weiteren Verlauf der Pandemie sei aber sozusagen ein Lerneffekt eingetreten, nämlich dahingehend, dass die Trennung der Gruppen es ermöglichte, den Kita-Betrieb insgesamt aufrechtzuerhalten und nur einzelne Gruppen zu schließen.

Anhand der gesammelten Daten werde sichtbar, dass die getroffenen Maßnahmen durchaus sinnvoll gewesen und auch zur Anwendung gekommen seien. Die Kita-Schließungen hätten natürlich dazu geführt, dass Kinder an Bildung und Betreuung hätten nicht teilnehmen können. Die Daten zeigten, dass von den Schließungen besonders die Kitas betroffen gewesen seien, die in sogenannten sozialen Brennpunkten lägen. Dazu zeigt Herr Dr. Kalicki Daten (Präsentation, Seite 15), aus denen der

Anteil der Woche mit mindestens einem Tag der Schließung der Einrichtung verbunden gewesen sei. Daraus sei der Trend zu erkennen: Je höher der Anteil der Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten in der Einrichtung sei, desto länger und häufiger seien Schließungen erfolgt. Das habe sozusagen zu einer doppelten Benachteiligung der Kinder aus bildungsschwächeren Familien geführt.

Herr Dr. Kalicki schließt seinen Vortrag mit einer Zusammenfassung der Erfahrungen aus der Pandemie (Präsentation, Seite 16): Die Hygiene- und Schutzmaßnahmen seien wirksam gewesen. Sichtbar geworden in der Pandemie sei auch die hohe Identifikation des Personals mit ihrem Beruf, die Bereitschaft, sich im Interesse der Kinder zu engagieren. Die Zahlen belegten, dass die Maßnahmen ihren Nutzen gehabt hätten. So habe man beispielsweise mit feineren Analysen belegen können, dass die Kitas, die die Hygiene- und Schutzmaßnahmen strikter durchgeführt hätten, in der Folgewoche ein niedrigeres Risiko an Infektionsfällen gehabt hätten. Umgekehrt habe man zeigen können, dass Lockerungen dazu geführt hätten, dass ein höheres Risiko von auftretenden Infektionen vorhanden sei.

Neben der Wirksamkeit und dem Nutzen hätten diese Maßnahmen aber auch Kosten gehabt (Präsentation, Seite 18 ff.). Das sehe man mit Blick auf die pädagogischen Beziehungen, die erfasst worden seien. Gelitten durch diese Restriktionen hätten vor allem die Interaktionsqualität zwischen Fachkraft und Kindern und die Peer-Beziehungen, das Zusammenspiel der Kinder. Am deutlichsten seien die negativen Auswirkungen bei der Zusammenarbeit der Kitas mit den Familien zutage getreten. Benachteiligte Kinder seien von all diesem besonders stark betroffen gewesen.

Insbesondere die Kitaleitungen, aber auch die Teams und die Familien seien hohen Belastungen ausgesetzt gewesen. Ähnliches sei eben be-

reits für den Pflegebereich geschildert worden. Es habe regelmäßig eine Vielzahl an neuen Anweisungen und Maßnahmen gegeben, die zum Teil widersprüchlich gewesen und kurzfristig umzusetzen gewesen seien. Gerade die Kitaleitungen hätten in der Pandemiezeit enormes geleistet.

Als Lektion aus der Pandemie nennt Herr Dr. Kalicki die Verbesserung der Resilienz des Systems der Kindertagesbetreuung. Mit Blick auf die Personalausstattung erklärt er, aktuell befinde man sich in einer schwierigen Situation mit hohem Personalmangel, und die Steuerung, das Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen Land, Jugendamt, Gesundheitssystem und Träger, sei oft schwierig. Zusätzlich gebe es noch Nachwirkungen der Pandemie. Das führe zu einem hohen Krankenstand unter den Beschäftigten.

Er wolle mit dem Fazit schließen: Die Kindertagesbetreuung sei systemrelevant; die Gesellschaft brauche dieses System. Diese Erkenntnis müsse jetzt in praktisches Handeln umgesetzt werden und die Versprechen, die Attraktivität der Arbeit zu erhöhen und die Arbeitsbelastung zu reduzieren, müssten unbedingt umgesetzt werden.

bb. Podiumsgespräch

Moderatorin Buddemeier stellt fest, wichtig sei, dass die Gesellschaft ein lernendes System werde, indem man sich wertschätzend darüber miteinander austausche, was gut und was nicht gut geklappt habe. Dazu sei die heutige Veranstaltung unter anderem da. Deshalb würden auch sämtliche Ergebnisse aus den verschiedenen Panels durch die Landtagsstenografinnen und -stenografen aufgezeichnet. Darüber hinaus seien auch Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Ministerien in den Panels anwesend und nähmen die Anregungen und Kritikpunkte direkt in ihre Häuser

mit. Sie kündigt für den Bereich Kita auch die Einbeziehung von Publikumsfragen an, bittet aber zugleich um Verständnis dafür, dass die Zeit im Rahmen der heutigen Veranstaltung leider begrenzt sei.

Herr Potten formuliert das Ziel, dass Kita-schließungen in zukünftigen Krisensituationen nicht mehr vorkommen dürften. Dazu gehöre natürlich eine gute und ausreichende Ausstattung der Einrichtungen. In der Pandemie sei deutlich geworden, dass gerade die Familien, die ohnehin schon benachteiligt seien, da die Eltern in solchen Familien oft keinem Beruf nachgingen und deshalb auch nicht zum systemrelevanten Ausnahmefall gehörten, lange Zeit vom Kitabesuch abgeschnitten, also zusätzlich benachteiligt, gewesen seien. Damit seien in dieser Zeit für die Kinder und auch die Eltern die Kontakte ausgefallen, und nun trügen viele dieser Kinder eine große Hypothek aus dieser Zeit mit sich rum. – **Frau Köbke-Stürken** schließt sich dieser Auffassung an und berichtet, dass es insbesondere auch den Erzieherinnen und Erziehern in der Kita sehr wehgetan habe, dass sie gerade den Kindern den Zutritt zur Kita haben verwehren müssen, von denen man wisse, dass sie in der Kita besser gefördert und betreut würden als zu Hause. So etwas dürfe nie wieder passieren, denn diese Kinder litten noch heute unter dieser Zeit.

Zur Einbeziehung der pädagogischen Fachkräfte in die Beratung und Umsetzung von Allgemeinverfügungen und Maßnahmen in der Pandemiezeit stellt Frau Köbke-Stürken fest, für sie als Leiterin einer Kita sei es sehr schwer gewesen, die oft sehr spät bekannt gegebenen Maßnahmen – oftmals Sonntagnachmittag oder sogar Sonntagabend – noch rechtzeitig zum folgenden Werktag umzusetzen und allen Beteiligten zuzuleiten. In der Pandemiezeit habe es sozusagen eine 24/7-Bereitschaft der Kita-Leitungen im Land gegeben. Sie hätten auch ihre persönlichen Kontaktdaten weitergeben müssen, damit sie jederzeit erreichbar gewesen seien. Dies

alles hätten die Kita-Leitungen zwar gern getan, es sei für sie aber eine immense Belastung gewesen.

Angesprochen auf das bereits erwähnte Phänomen „Corona als Brennglas“, als Verstärker für bereits bestehende strukturelle Probleme, führt **Frau Muerköster** aus, der bereits vor Corona habe bestandenem Fachkräftebedarf sei durch die Pandemie verstärkt worden, weil während der Pandemie viele Mitarbeitenden aufgrund ihrer familiären Situation oder auch aufgrund von Vorerkrankungen nicht hätten arbeiten können. Im Zusammenhang mit der Reform des Kita-Gesetzes sei vor Corona festgestellt worden, dass es 180.000 Fachkräfte zu wenig gebe. Zugrunde gelegt worden seien aber die damaligen durchschnittlichen Krankheits-tage, die bei 15 Tagen gelegen hätten. Diese lägen aktuell bei den Beschäftigten in Kindertagesstätten bei 27 – zum Vergleich: bei allen Beschäftigten bei der Stadt Kiel lägen sie aktuell bei etwa elf Tagen. Daraus ergebe sich eine riesige Diskrepanz zwischen zur Verfügung stehenden Fachkräften in der heutigen Realität und den damals auf einer anderen Grundlage festgelegten Zielen im Kitagesetz. Das müsse unbedingt beachtet werden, denn ohne ausreichende Fachkräfte gebe es keine Kita-Betreuung und auch keine Bildungsprozesse in den Kitas.

Als zweites großes Thema nennt Frau Muerköster die konzeptionellen Herausforderungen. Vor Corona habe es aus ihrer Sicht im Land einen sehr guten Stand gegeben. Schleswig-Holstein gelte im Bundesgebiet als Kinderstube der Demokratie. So habe es beispielsweise in vielen Kitas großangelegte Beteiligungsprozesse gegeben, insbesondere im kohortenfreien Betreuungsbereich, im offenen Konzept. Durch Corona habe es in diesen Kitas dann plötzlich die Aufgabe gegeben, dafür zu sorgen, dass die Kinder nur noch in festen Gruppen spielten. Dadurch sei unheimlich viel an demokratischer Entwicklung für die Kinder weggefallen. Das

müsse – auch vor dem Hintergrund des Rechtsrucks in der Gesellschaft – unbedingt verhindert und wieder rückgängig gemacht werden. Von den in Kiel bestehenden 162 Kindertagesstätten hätten 80 Prozent vor Corona mit einem offenen Konzept gearbeitet. Ihrer Kenntnis nach sei diese hohe Prozentzahl nach Corona noch nicht wiederhergestellt worden. Das liege unter anderem daran, dass es so viele Fachkräfteausfälle in den Kitas gebe, und sei sehr bedenklich.

Dazu komme das zeitgleich mit der Pandemie in Kraft getretene neue Kitagesetz, das zu einer Verunsicherung beigetragen habe. So hätten sich viele die Frage gestellt: „Bekomme ich noch ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, wenn ich jetzt einzelne Gruppen oder die komplette Kita schließe?“ – Die Ängste seien groß gewesen.

Positiv erinnert sich Frau Muerköster daran, dass bereits in die zweite Landesverordnung zur Coronapandemie-Bekämpfung aufgenommen worden sei, dass Kinder aus schwierigen Verhältnissen nicht vom Kita-besuch ausgeschlossen werden mussten. In einem Telefongespräch mit dem Ministerium habe sie diese schwierige Situation von vielen Kindern beschrieben, und darauf sei vom Land auch sofort reagiert worden. Damit sei man in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Rest Deutschlands sehr schnell gewesen.

Frau Jessen weist aus Sicht der Eltern darauf hin, dass für diese in Krisensituationen wichtig sei, dass für alle Kinder, egal ob mit oder ohne besondere Betreuungsbedarfe, sichergestellt werde, dass sie alle zumindest zeitweise betreut würden. Denn alle Kinder litten darunter, wenn sie zu Hause bleiben müssten, da soziale Kontakte wegfielen, und daraus könnten Probleme entstehen. Außerdem sei es für Eltern wichtig, dass anerkannt werde, wenn Kitas geschlossen würden und sie die Betreuung übernehmen müssten, dass das für sie eine besondere Belastung bedeu-

te, wenn sie die Betreuung ihrer Kinder und ihre Arbeit miteinander vereinbaren müssten. Die Pandemie und die Kita-Schließungen hätten also nicht nur für Kita-Leitungen und Erzieherinnen und Erzieher, sondern auch für die Eltern eine besondere Belastung dargestellt. Viele Frauen hätten während der Pandemie ihre Erwerbstätigkeit eingeschränkt oder aufgegeben und seien auch noch nicht wieder alle in die Berufstätigkeit eingestiegen. Das schädige die Wirtschaft des Landes insgesamt nachhaltig.

Frau von Kalben, berichtet aus Sicht einer Politikerin in der Pandemiezeit: Sie sei damals nicht nur als Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eng in die Abstimmung der Pandemiemaßnahmen eingebunden gewesen, sondern habe auch als kitapolitische Sprecherin ihrer Fraktion sehr engen und vielfältigen Kontakt zu Elternvertretungen, Einrichtungen, Erzieherinnen und Erziehern sowie sonstigen Betroffenen vor Ort gehabt. Die Schließung von Kitas sei ein total schwerer Schritt für Politik und Landesregierung gewesen. Aber zu diesem Zeitpunkt habe man noch sehr wenig gewusst. So sei weder bekannt gewesen, ob das Virus auch Kinder massiv angreife und wie groß das Ansteckungspotenzial über Kinder in den Kitas sei. Deshalb habe es damals auch zunächst wenig Widerspruch gegen diese Maßnahme gegeben. Im Nachhinein sei dann nachgewiesen worden, dass der Übertragungsweg von Kindern auf Erwachsene bei diesem Virus gar nicht so stark ausgeprägt gewesen sei. Aber zum Zeitpunkt der Entscheidung habe es eine komplizierte Gemengelage von unterschiedlichen Expertenmeinungen gegeben, auf dessen Grundlage die Entscheidungen hätten getroffen werden müssen.

Zu den hier bereits vorgetragenen Wünschen an die Politik erklärt sie, auch sie sei der Auffassung, dass jedes Kind eine Austauschmöglichkeit mit anderen Kindern benötige. Wenn es zu einer weiteren Pandemie komme, müsse dies bei den Entscheidungen noch stärker berücksichtigt

werden und auch nach anderen Rahmenbedingungen gesucht werden, die die Betreuung weiter ermöglichen, beispielsweise die Aufspaltung in Vormittags- und Nachmittagsgruppen oder auch die Nutzung von leerstehenden Räumen für die Kita-Betreuung, um noch mehr kleinere Gruppen bilden zu können.

Auch sie habe sich in der Pandemie bereits stark dafür engagiert, dass insbesondere Kinder, von denen bekannt sei, dass es ihnen zu Hause nicht so gut gehe oder die einen besonderen Förderbedarf hätten, gleichgestellt würden mit den Kindern von Eltern, die für die kritische Infrastruktur entscheidend gewesen seien. Fakt sei aber, kleinere Gruppen könne man nur bilden, wenn auch ausreichend Erzieherinnen und Erzieher dafür vorhanden seien. Derzeit gebe es immer noch viel zu wenig Erzieherinnen und Erzieher im Land. Vor dem Hintergrund habe man in der Pandemiepolitik dann auch Prioritäten setzen müssen, obwohl das für alle Beteiligten zum Teil sehr harte Entscheidungen gewesen seien.

Sie spreche sich dafür aus, in solchen schwierigen Situationen ein bisschen weniger „Papierkramdenken“ und mehr Mut an den Tag zu legen, einfach auch einmal neue Dinge auszuprobieren.

Birte Kruse-Gobrecht meldet sich zu Wort und berichtet, dass sie zum Zeitpunkt der Pandemie Bürgermeisterin von Bargteheide gewesen sei. Heute sei sie hier als Vorstandsmitglied des Landesfrauenrates, dem Dachverband der frauenpolitischen Organisation in Schleswig-Holstein. Sie wolle noch einmal vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen die frühe Demokratiebildung als besonders wichtigen Aspekt der frühkindlichen Bildung hervorheben. Die Demokratisierung sollte der Gesellschaft insgesamt am Herzen liegen. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund der gesamtpolitischen Lage im Land und in der Welt.

Sie verweist weiter auf eine Stellungnahme des Landesfrauenrates aus dem November 2022, in der es darum gegangen sei darzulegen, was es bedeute, geschlechtergerecht aus der Krise zu kommen. Dafür müsse bei Frauen und Männern für die gleichen Chancen, gleiche Entlohnung und gleiche Wertschätzung in verschiedenen Facetten gesorgt werden. Sie rege an, die in der Stellungnahme aufgeführten Punkte in der weiteren Diskussion und Aufarbeitung der Pandemie aufzunehmen. Denn: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“ – Das hätten bereits die Mütter des Grundgesetzes festgestellt, und das gelte auch noch heute und sei Grundlage für alles Weitere.

Zu der Frage, wie das Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteure in so einer Krisensituation noch weiter verbessert werden könne, führt **Herr Dr. Kalicki** aus, in der Pandemie sei deutlich geworden, dass für die Steuerung des Informationsflusses vor allem die kommunale Ebene wichtig sei. Man habe gesehen, dass die Systeme Gesundheitswesen, Gesundheitsdienst und Jugendamt, die beispielsweise ins Spiel kämen, wenn es einen Infektionsausbruch in einer Kita gebe, doch sehr „versäult“ seien. Beim Zusammenspiel der Ebenen Ministerium und kommunale Behörden gebe es im Kita-Bereich bereits vergleichsweise eine gute Situation, da es etablierte und geübte Strukturen und Kooperationen gebe. In der Pandemie sei für die Bundesebene deutlich geworden, als beispielsweise Verabredungen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten schon einen Tag später von den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ausgelegt und umgesetzt worden seien, dass man die Verantwortung für die Steuerung noch ernster nehmen und sich in guten Kooperationen und Verbindlichkeit noch verbessern müsse. Im Bereich der Kindertagesbetreuung gebe es dafür gute Voraussetzungen, weil man in dem System bereits auf freie Träger setze und es auch normal und erwünscht sei, dass

zwischen Kita, Eltern und Kindern intensive persönliche Kontakte gepflegt würden. Da müsse angesetzt werden. Gleichzeitig müsse geschaut werden, welche Potenziale sich durch die Pandemie ergeben hätten, zum Beispiel aus dem Digitalisierungsschub. Das könne die Chance dafür sein, neue Formen für die Krisenkommunikation zu finden.

Susanne Günther meldet sich aus dem Publikum zu Wort und stellt sich als Vertreterin des Kinderschutzbundes vor. Ihr fehle in den Diskussionen – das gelte wahrscheinlich für alle Panels – der Blick auf die Menschengruppe, die in Armut lebe, es werde eher eine Mittelstandsdiskussion geführt. Familien, die während der Coronazeit in Armut gelebt hätten, hätten sich in einem Existenzkampf befunden. Für die Kinder, die davon betroffen gewesen seien und mehr Betreuung benötigten, sei in dieser Zeit von heute auf morgen auch das regelmäßige Mittagessen weggefallen. In der Coronazeit habe man das versucht, durch die Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen etwas aufzufangen. Allerdings sei damit die Prüfung der Auswirkungen auf ihren Hartz-IV-Satz verbunden gewesen. Für die Menschen sei es aber schlicht um ihre Existenz gegangen. Positiv hervorheben wolle sie aber, dass es gelungen sei, sehr schnell eine Notbetreuung in den Kitas auf die Beine zu stellen. Die Gruppe an Kindern, die in diese Notbetreuung dann auch hätte gehen müssen, sei allerdings riesengroß.

In der Anfangszeit, bei Einführung der Maskenpflicht, habe es auch Menschen gegeben, die sich die Anschaffung einer solchen Maske hätten schlichtweg nicht leisten können. Die Maßnahmen im Rahmen der Pandemie seien deshalb aus ihrer Sicht auch ein großes Armutsthema. Als Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses wünsche sie sich für die Zukunft, dass in den nächsten Krisen die Kinder- und Jugendhilfe automatisch beteiligt werde, wenn es um Maßnahmen gehe. Das sei zu Beginn der Pandemie leider nicht der Fall gewesen.

Moderatorin Buddemeier bittet die Panel-Teilnehmerinnen und -teilnehmer um Ideen dazu, wie man die bei manchen Kindern durch die Pandemie entstandenen Defizite auffangen könne.

Frau Köbke-Stürken erklärt, am Wichtigsten sei, ausreichend Personal zur Verfügung zu haben. In ihrer Kita beispielsweise gebe es jetzt Überbelegungen. Deshalb sei es wichtig, Menschen, die sich bereit erklärten, in der Kita-Arbeit mitzuwirken, dann auch einsetzen zu können und zu dürfen. Das Aufholprogramm des Landes sei sehr gut. Allerdings müssten die Fördermaßnahmen, die man damit anstoßen wolle, auch mit ausreichend Personal hinterlegt sein. So sei es ihr beispielsweise nicht gelungen, für das für Sondermaßnahmen zur Verfügung gestellte Geld externe Anbieter oder zusätzliches Personal zu finden, um alles in die Umsetzung zu bringen. Festzustellen sei, der Förderbedarf bei den Kindern sei sehr hoch. Das gelte aus ihrer Sicht auch für viele andere Einrichtungen. Neben ausreichendem Personal müssten auch entsprechende Räumlichkeiten, in denen auch in kleinen Gruppen Kinder gefördert werden könnten, in den Kitas zur Verfügung stehen. Im Land gebe es noch viele ältere Kita-Gebäude, die für so etwas nicht ausgerichtet seien.

Für eine besonders wichtige Lehre aus der Pandemie aus Sicht der Beschäftigten im Kita-Bereich hält **Herr Potten**, dass diese mit ihren Sorgen und Nöten auch gesehen würden. Das Gefühl aus der Pandemie, dass man sich nicht richtig gesehen fühle, wirke bis heute nach und sei wahrscheinlich auch ein Grund für den hohen Krankheitsstand in diesem Bereich. Deshalb müsse man hier dringend ansetzen. Beispielsweise sei es notwendig, die Pandemiezeit aufzuarbeiten aber auch über Fortbildungen die Möglichkeit zu schaffen, die Resilienz der Beschäftigten zu stärken oder mehr in Schwung zu bringen. Dabei sei jedoch das Problem, dass aktuell Fortbildungsangebote von den Beschäftigten häufig nicht wahrgenommen würden, da ihnen vor dem Hintergrund der engen Personal-

decke bewusst sei, wenn sie die Fortbildung besuchten, dann müsse zum Beispiel eine Gruppe geschlossen werden. Bei der Zahl der Fortbildungsbesuche gebe es also durch die Coronazeit sozusagen einen Abbruch.

Außerdem müsse die Strukturqualität und vor allen Dingen die Kommunikation – ein riesiges Problem während der gesamten Pandemie – auf allen Ebenen verbessert werden. Das gelte insbesondere für die Kommunikation mit den Eltern. Ein positives Beispiel in diesem Zusammenhang sei die vor der Coronapandemie in manchen Kitas erprobte sogenannte Kita-App, über die unmittelbar mit den Eltern kommuniziert werden könne.

Für ihn sei eine weitere Lehre aus der Pandemie – da gerade in der ersten Phase der Pandemie immer gesagt worden sei, es gebe keine Blaupause, das erlebe man alles zum ersten Mal –, dass eine vernünftige Dokumentation von Ablaufplänen und Ähnlichem erstellt werde, damit man im Fall der Fälle – der hoffentlich nicht eintreten werde – auf sie zurückgreifen und sagen könne: Damals hatten wir die und die Situation, das hat gut funktioniert, das nicht und dabei müssen wir Folgendes berücksichtigen. Lasst es uns deshalb jetzt so und so machen!

Frau Oberschelp meldet sich zu Wort und stellt sich als Vertreterin der Kindertagespflegepersonen vor, die in der bisherigen Diskussion noch keine Rolle gespielt hätten. Auch für diese Personengruppe gelte, dass sie während der Pandemie sozusagen durchgearbeitet und für Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiteten, den Betrieb aufrechterhalten hätten. Dabei hätten sie sich oft alleingelassen gefühlt, weil die Kommunikation zum Teil sehr kurzfristig erfolgt sei. Natürlich sei die Pandemie für alle das erste Mal und eine riesige Herausforderung gewesen, dafür habe es viel Verständnis gegeben. Aber gerade für Kindertagespflegepersonen, die vielleicht selbst vorerkrankt gewesen seien oder auch eigene

Kinder zu betreuen gehabt hätten, sei die Situation sehr schwierig gewesen. Für sie habe es keinerlei Absicherung gegeben; das müsse in Zukunft stärker mitgedacht werden.

Frau Jessen formuliert aus Elternsicht abschließend den Wunsch: Nie wieder komplette Kita-Schließungen!

Aus Sicht der Jugendämter hält **Frau Muerköster** es für wichtig, dass das System Kita personell so aufgestellt werde, dass es in der Zukunft resilient sei. Das könne mit Quereinstiegen, beispielsweise über Helfende Hände, ermöglicht werden. Man müsse sich jetzt, wenn die Chance dazu bestehe, stärken. Außerdem sei aus ihrer Sicht in der Krise die Kommunikation das A und O. Diese sei in der Pandemie relativ gut gelungen. – Frau Köbke-Stürken schließt sich der Auffassung zur Bedeutung von Kommunikation.

Herr Potten sieht es als eine große Chance, dass jetzt über die Evaluation des neuen Kitagesetzes in Schleswig-Holstein die Möglichkeit bestehe, auch die Pandemie aufzuarbeiten und die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Es sei nun an allen Beteiligten, das auch zu tun, und die Politik habe danach die Aufgabe, das umzusetzen.

Frau von Kalben formuliert als ihren großen Wunsch, dass das, was heute hier zusammengetragen werde und was es darüber hinaus noch an Erkenntnissen und Lerneffekten aus der Pandemie gebe, in einen großen Plan X einfließe. Das könne über die Evaluation des Kitagesetzes passieren oder auch auf anderem Weg. Wichtig sei, dass man am Ende eine Art Stufenplan oder Ähnliches habe, in dem das alles festgehalten werde. Viele Dinge vergesse man im Laufe der Zeit. Vieles von dem, was damals entschieden worden sei, sei im Lichte der damaligen Situation noch nicht anders gegangen, aber das müsse beim nächsten Mal nicht wieder so sein.

Moderatorin Buddemeier bedankt sich bei allen Teilnehmenden für die lebhafteste Diskussion.

(Beifall)

5. Panel – Staat und Recht

Moderation: Dr. Sven T. Siefken

Dr. Florian Becker,
Professor für Öffentliches Recht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Lars Harms,
Vorsitzender der SSW-Fraktion des Landtages

Maren Thomsen,
Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Obergerichtes Schleswig

Christian Frank,
Leiter der Allgemeinen Abteilung im Sozialministerium und Mitglied des sogenannten „Verordnungsteams“

Marc Ziertmann,
geschäftsführendes Vorstandsmitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände

Einleitend stellt Moderator **Dr. Siefken** fest: Für „den Politikwissenschaftler“ sei die Coronapandemie ein Quasi-Experiment gewesen, das verschiedene organisierte politische Systeme auf der ganzen Welt fast zeitgleich als Herausforderung getroffen habe.

Zu Beginn der Pandemie sei vielfach der Blick auf die vermeintlich überlegenen autoritären Systeme, die mit den Herausforderungen besser umgehen könnten, verbreitet gewesen. Diese Perspektive sei verschwunden, es gehe nun darum, in Bezug auf die liberalen Demokratien divergierende Lernprozesse in Gang zu setzen: Was kann man aus der Coronakrise für den Normalzustand lernen, was für die Bewältigung der multiplen Krisen, deren Existenz zu einer Art neuem Normalzustand geworden sei? Dies betreffe, politikwissenschaftlich gesehen, die drei Dimensionen von

Politik: zum ersten die institutionelle Dimension (polity), die die rechtlich normierten, aber auch die informellen politischen Prozesse in den Blick nehmen; und zum zweiten die inhaltliche Dimension (policy), die den Blick auf die Inhalte der politischen Entscheidungen lenke. Auch die dritte, inhaltliche Dimension der Prozesse (politics) sei hiervon betroffen: Wie beispielsweise wird die Opposition eingebunden? Wie öffentlich werden die Entscheidungen getroffen? Wie ist das Verhältnis von Konflikt und Konsens? – Im internationalen Vergleich habe sich im Lauf der Coronapandemie gezeigt, dass sich die verschiedenen politischen Systeme in Bezug auf die drei Dimensionen stark unterschieden, was Konsequenzen für die Bewältigung der Krise, aber auch für das Vertrauen in das jeweilige politische System habe.

a. Impulsvortrag durch Dr. Florian Becker, Professor für Öffentliches Recht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Herr Dr. Becker leitet seinen Impulsvortrag damit ein, dass der Begriff der Krise derzeit inflationär verwendet werde. Ob ein Zustand zur Krise werde, hänge nicht zuletzt davon ab, wie er von den Betroffenen wahrgenommen und in den Medien dargestellt werde. So sei eine Grippewelle im Winter 2017/18 mit rund 25.000 Todesopfern in Deutschland allgemein nicht als Krise wahrgenommen worden. Ähnlich verhalte es sich mit ungefähr 2.700 Verkehrstoten pro Jahr. Zwar seien Krisen nicht nur soziale Konstrukte, sie müssten jedoch aus Sicht der Betroffenen in deren sozialen Rahmenbedingungen sowie in ihren räumlichen und zeitlichen Kontext eingeordnet werden. In einer jungen und weitgehend gesunden Gesellschaft mit hervorragender Krankenversorgung habe eine Corona-

pandemie qualitativ wie quantitativ völlig andere Auswirkungen als in einer überalterten Gesellschaft mit beengten Wohnverhältnissen und miserablen Gesundheitssystem. Aber auch innerhalb ein und derselben Gesellschaft entfalteten Krisen ihre Wirkung – je nach den sozialen, ökonomischen oder gesundheitlichen Umständen der Betroffenen unterschiedlich. Eine Krise vertiefe somit bestehende Ungleichheiten.

Zudem sei es unvermeidbar, dass noch während einer Krise bereits eine weitere aufkommen könne, wofür sich in letzter Zeit der Begriff der Polykrise eingebürgert habe – insbesondere um eine Ausnahme von dem Verbot der Nettoneuverschuldung zu rechtfertigen.

Krisen stellten die Organisations- und Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft ebenso wie die Fähigkeit der Gesellschaft zu Solidarität auf die Probe. Sie erforderten Entscheidungen über wesentliche, oft mit komplexen Wertungen behaftete Fragen unter Zeitdruck und dem Gefühl von Unsicherheit. Staat und Gesellschaft müssten die durch die Krise gestellten Aufgaben grundsätzlich mit den vorhandenen Ressourcen in den bestehenden Strukturen lösen, wobei es durchaus möglich sei, die Strukturen unter dem Eindruck der Krise spontan zu verändern. Dabei zeichne sich die Krisenbekämpfung durch eine arbeitsteilige Kooperation verschiedener staatlicher Ebenen – unter Einbeziehung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften – aus, wobei der Staat in vielfacher Hinsicht auf private und ehrenamtliche Handlungsbeiträge angewiesen sei. Krisenbekämpfung werde allgemein als staatliche Verpflichtung angesehen, sie gelinge aber nur als Verbundprodukt staatlicher und gesellschaftlicher Handlungsbeiträge.

Trotz dieser notwendigen Akteursvielfalt werde die Krise – mal resignierend, mal zustimmend – als „Stunde der Exekutive“ bezeichnet. Parlamentarische Schwerfälligkeit, retardierender Grundrechtsschutz,

uneinheitliche Entscheidungen der Länder – schnell sei der Vorwurf des „Flickenteppichs“ zur Hand. Das Mosaik heterogener kommunaler Selbstverwaltungskörperschaften und insbesondere von Zuständigkeit und Verfahren als ordnende Elemente des staatlichen Handelns gölten bei der Bekämpfung einer Krise ebenso oft als Störfaktoren wie die eigentlich selbstverständliche Rechtfertigungsbedürftigkeit staatlicher Eingriffe in private Freiheit.

Gleichwohl enthalte diese Aufzählung die Bauelemente des Verfassungsstaats, die eben nicht nur für den Normalfall gedacht seien. Verfassungs- und Rechtsordnung müssten sich gerade in der Krise bewähren. Stünde ihre Geltung unter dem Vorbehalt des Normalfalls, so könnten sie den Anspruch einer umfassenden Bindung staatlicher Gewalt nicht mehr einlösen. Gerade Deutschland habe in seiner Verfassungsgeschichte keine gute Erfahrung mit der Verrechtlichung von Ausnahmesituationen gemacht, in denen die Verfassungsordnung suspendiert werde, um sie letztlich wieder herstellen zu wollen.

Das Grundgesetz verdeutliche aus dieser historischen Erfahrung heraus, dass auch in der Krisensituation das Kompetenzgefüge mit dem Parlament als legitimatorischer Dreh- und Angelpunkt für schwere Grundrechtseingriffe erhalten bleiben solle und müsse. Zwar sehe das Grundgesetz keine umfassende Außerkraftsetzung von Grundrechten im Notstand vor, und die Menschenwürde aus Artikel 1 bleibe für den Staat auch in der größten vorstellbaren Krise unantastbar. Allerdings sei es möglich, in Krisensituationen Grundrechte erheblichen Einschränkungen zu unterwerfen. Da diese Einschränkungen bei entsprechenden Krisen häufig grundrechtswesentlich seien, bedürften sie somit stets einer entsprechenden gesetzlichen Ermächtigung.

Diese Notwendigkeit weise wiederum auf die unentrinnbare Verantwortung des parlamentarischen Gesetzgebers hin, vor allem für moralisch aufgeladene komplexe Entscheidungen in der Krise. In der Coronakrise seien die diskutierte Impfpflicht, die Verteilung knapper medizinischer Ressourcen, aber auch die völlige Stilllegung des öffentlichen Lebens mit den sozialen, psychologischen und ökonomischen Begleiterscheinungen entsprechende Beispiele. Auch im Normalfall müsse das Anliegen der Verfassungsordnung daher die Vorbereitung von Sonderlagen sein, mit der die institutionelle Grundentscheidung für das parlamentarische Regierungssystem unterstrichen werde. Während einer Krise könnten in grundlegenden Fragen kaum noch Weichen gestellt werden, sodass die zuständigen Gesetzgeber ebenso wie die ausführenden Behörden eine Pflicht zur Vorbereitung der Krisenabwehr treffe, um in der Krise die Rechtsstaatlichkeit zu schützen.

Krisen seien somit, so Herr Dr. Becker weiter, im Rahmen des herkömmlichen Institutionen- und Kompetenzgefüges mit den herkömmlichen Handlungsinstrumenten und unter Beachtung verfassungs- und vor allen Dingen grundrechtlicher Restriktionen zu bewältigen. Während die Restriktionen a priori festlägen, sei es erforderlich, Institutionen und Aufgabenverteilung im Vorfeld von Krisen an die Bedürfnisse für ihre Bewältigung anzupassen, sie also so gut wie möglich krisenfest zu machen.

Ein gutes Beispiel für derartige institutionelle Krisenvorbereitung sei die in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung getroffene Vorsorge für die Einrichtung eines auch in der Krise handlungsfähigen parlamentarischen Notausschusses, dessen Zusammentreten die Pflicht zur Ermöglichung einer Zuschaltung aller Abgeordneten in einer hybriden Sitzung vorgelagert sei, um auf diese Weise eine Balance zwischen Legitimation und Effektivität staatlichen Handelns zu gewährleisten.

Das Handeln des Staates bei der Krisenbekämpfung müsse effektiv und effizient sein. Dies werde durch eine gleichermaßen klare wie funktionsadäquate Zuordnung von Verantwortung für die Krisenbekämpfung an einzelne Gebietskörperschaften – Bund, Länder und Gemeinden – gewährleistet. Eine klare Zuordnung stelle zugleich die angemessene Legitimation staatlicher Maßnahmen und damit die notwendige, nachgelagerte politische Kontrolle durch Parlament und Öffentlichkeit sicher. Die Kompetenzordnung lasse somit weder eine Vermischung noch ein Verunklaren von Verantwortung zu: Alle, insbesondere alle belastenden Maßnahmen müssten einem Träger staatlicher Gewalt eindeutig zuordenbar sein.

Auf welcher staatlichen Ebene eine Aufgabe erledigt werden solle, richte sich dabei nach der Nähe der Aufgabe zum Aufgabenträger. So setze die erfolgreiche Abwehr von Gefahren ein Näheverhältnis des Handelnden zur Gefahrenquelle und zum drohenden Schaden voraus. Grundsätzlich obliege daher die operative Krisenbekämpfung zu Recht in erster Linie der kommunalen Ebene, die in diesem Zusammenhang auch eine nicht zu überschätzende kommunikative Funktion der Bevölkerung gegenüber wahrnehme. Hier realisiere sich somit die Klarheit der Aufgabenverteilung ebenso wie eine klare Legitimationsstruktur.

Anders hingegen sei die Zusammenarbeit der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundeskanzlerin während der Coronakrise zu beurteilen. Diese Kooperation habe immerhin in einem Sachbereich stattgefunden, in dem der Bund für die Gesetzgebung, die Länder aber für die Anwendung verantwortlich seien. In der öffentlichen Wahrnehmung habe dabei der Bund, insbesondere die Bundeskanzlerin, eine führende Rolle bei den Entscheidungen über die Anwendung des Gesetzes übernommen, auch wenn formal natürlich immer eher Landesregierungen selbst über ihre Maßnahmen, vor allen Dingen ihre Rechtsverordnungen, entschieden hätten.

Durch den im Gremium der Ministerpräsidentenkonferenz aufgebauten Kooperationsdruck sei der Vorteil der Dezentralität, der in der Möglichkeit des Erlassens von – den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angemessenen – Regelungen bestehe, allzu leichtfertig aufgegeben worden. Außerdem sei es den Ministerpräsidenten möglich gewesen, sich sowohl der öffentlichen als auch der parlamentarischen Kontrolle ihrer Entscheidungen unter Hinweis auf die Verabredung mit Bund und Ländern praktisch zu entziehen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet sei es somit nur konsequent gewesen, dass der Bund schlussendlich mit der „Bundesnotbremse“ sich selbst vollziehende Gesetze erlassen und die Länder somit aus ihrer eigenen Verantwortung entlassen habe. Die Kooperation von Bund und Ländern habe sich hier als Treiber einer Verantwortungsdiffusion erwiesen, die die Aufarbeitung der Krisenbekämpfung dadurch erschwere, dass die politische Verantwortung für schärfste Grundrechtseingriffe an ein verfassungsrechtlich nicht vorgesehenes und als Kollektiv nicht zur Verantwortung zu ziehendes Gremium delegiert worden sei.

Weil es sich bei der Krisenbekämpfung und bei den mit ihr einhergehenden Grundrechtseingriffen um die Ausübung staatlicher Gewalt handle, bedürfe die Krisenbekämpfung der demokratischen Legitimation. Alle Maßnahmen müssten personell, organisatorisch und sachlich-inhaltlich auf das Volk und damit das Parlament zurückzuführen sein. Zwar verfügten auch Regierung und Verwaltung über eine institutionell-funktionelle demokratische Legitimation, eine Konzentration der Handlungsbefugnisse auf die Exekutive werfe dennoch Legitimationsfragen auf. Insbesondere zu Beginn einer akuten Krisenphase seien staatliche Interventionsmaßnahmen in der Regel durch Exekutiventscheidungen unter Heranziehung von Generalklauseln geprägt, die notwendigerweise durch eine mangelnde Bestimmtheit charakterisiert seien. Später kämen oft Verordnungen der obersten Landesbehörden hinzu.

Der Bundestag habe sich in einem fortgeschrittenen Evolutionsstadium der Coronapandemie unter dem Druck einer Parlamentsanhörung allerdings um eine Präzisierung dieser Ermächtigungsgrundlagen bemüht.

Zunächst seien unter Zeitnot Verwaltungsakt, Allgemeinverfügung oder Rechtsverordnung Mittel der Wahl. Mit Fortschreiten der Krise stelle sich jedoch zunehmend die Frage, wann der parlamentarische Gesetzgeber verpflichtet sei, vor dem Hintergrund des Prinzips des Parlamentsvorbehalts krisenspezifische Gesetze zu erlassen.

Der zunächst durchaus sinnvolle und kaum vermeidbare Zugriff der Exekutive auf die Krisenbekämpfung führe auf Dauer zur Erosion der verfassungsrechtlichen parlamentarischen Verantwortung für wesentliche Entscheidungen. Es bedürfe daher eines Mechanismus zur Krisenrechtsetzung und zum Krisenvollzug, der eine stärkere, frühzeitigere Einbindung der Parlamente in die Kriseninterventionspolitik vorsehe. Insbesondere Entscheidungen, die besonders grundrechtsintensiv wirkten und darüber hinaus der Erfüllung staatlicher Schutzpflichten dienten, müssten durch das Parlament getroffen werden. Verfassungsrechtlich zwingend sei zumindest bei erheblichen Grundrechtseingriffen, dass die wesentlichen Elemente des demokratischen Parlamentarismus – das öffentliche Handeln sowie die hierdurch eröffnete Möglichkeit eines Ausgleichs widerstreitender Interessen – zur Geltung gebracht würden, um die Legitimationsleistung des parlamentarischen Gesetzes zu erhalten.

Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen stehe dem zumindest nicht im Weg: Die Landesparlamente müssten gemäß Artikel 80 Absatz 4 Grundgesetz bei wesentlichen Entscheidungen nach Vorarbeit der natürlich nach wie vor initiativberechtigten Landesregierung in den Fällen Gesetze erlassen, in denen der Bundesgesetzgeber die entsprechende Verordnungskompetenz an das Land delegiert habe.

Auch die parlamentarische Kontrolle des notwendigen Regierungshandelns von – auch sonntags ausgehandelten und montags erlassenen – Rechtsverordnungen sei aus Gründen der demokratischen Legitimation von unverzichtbarer Bedeutung. In Bezug auf Schleswig-Holstein sei somit wichtig, dass die Regierung das Parlament nach Artikel 28 Landesverfassung bereits vor dem Erlass einer Rechtsverordnung frühzeitig und vollständig unterrichtete.

Ob und in welchem Maß das Parlament jedoch in der Krise seine eigene Legitimationsleistung sowohl durch die Kontrolle von Regierung und Verwaltung als auch durch eigene Gesetzgebung zur Geltung bringe, lasse sich kaum von außen steuern und hänge maßgeblich vom Selbstverständnis und Selbstbewusstsein des Parlaments und der Parlamentarier ab. Festzustellen sei, dass sich der parlamentarische Gesetzgeber in der Coronazeit auch unter schwierigsten Bedingungen immer als reaktions- und handlungsfähig erwiesen habe.

Ein wichtiger letzter Baustein rechtsstaatlicher Sicherung grundrechtlicher Freiheit, so Herr Dr. Becker abschließend, sei die gerichtliche Kontrolle staatlicher Freiheitsbeschränkungen, die im Krisenfall typischerweise zunächst im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes gewährt werden könne. Es sei nachvollziehbar, dass die Gerichte in der Coronapandemie bei der dabei allein relevanten Folgenabwägung regelmäßig dem Gesundheitsschutz den Vorrang vor individueller Freiheitsausübung gewährt hätten. Zu kritisieren sei jedoch, dass im Lauf der Pandemie bei Vorliegen einer verbesserten Regeleinschätzung und nach der Etablierung einer Impfmöglichkeit die Gewichte nicht immer neu justiert worden seien. Ein drastisches Beispiel hierfür sei eine Entscheidung aus Mannheim aus dem März 2021, der zufolge die Wiedereröffnung der Cafeteria eines Altersheims verweigert wurde, obwohl alle Bewohner und

Pflegekräfte geimpft oder genesen gewesen seien. Derartige Entscheidungen hätten in der Rechtswissenschaft zu dem harschen Urteil geführt, die Grundrechte und insbesondere die wichtige Angemessenheitskontrolle seien materiellrechtlich auf Leerlauf gestellt worden. Andererseits habe die Verwaltungsgerichtsbarkeit Ungleichbehandlungen bei der Beschränkung von Freiheitsrechten deutlich intensiver untersucht und auch gerügt.

Abschließend, so Herr Dr. Becker, dürfe man feststellen: „Unser Staat kann Krise.“ Die Staatsgewalten verfügten über Ressourcen und Befugnisse, um Krisen zu bekämpfen. Allerdings müsse jede Krise einen Lernprozess anstoßen. Nicht nur während, sondern auch nach einer Krise seien staatliche Institutionen und ihre verfassungsadäquate Funktionalität zu hinterfragen und gegebenenfalls anzupassen, um sie auf die nächste Krise vorzubereiten. In diesem Lernprozess spiele das Parlament als Gesetzgeber, Partner und Widerpart der Regierung eine zentrale Rolle. Das heutige Symposium finde somit am richtigen Ort statt und könne für diesen notwendigen Prozess als Impulsgeber dienen.

(Beifall)

b. Podiumsgespräch

Auch **Lars Harms**, Vorsitzender der SSW-Fraktion des Landtages, stellt als wichtigste Schlussfolgerung aus der Coronapandemie fest: „Staat funktioniert.“ In dieser gigantischen Krise habe sich gezeigt, dass staatliche Institutionen auf allen Ebenen hervorragend funktioniert hätten. Dies sei eine beruhigende Feststellung. Im Landtag hätten sich alle Parteien der politischen Mitte schnell zu einem Bündnis über die Grenzen von Regierungsmehrheit und Opposition zusammengeschlossen, um ehrlich mit der Landesregierung zusammenzuarbeiten. Seiner Wahrneh-

mung nach sei dies ein schleswig-holsteinisches Spezifikum gewesen, während es in anderen Bundesländern massive Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern gegeben habe. In Schleswig-Holstein habe das dazu geführt, dass das Bundesland bei der Bekämpfung der Pandemie, insbesondere auch bei der Impfkampagne, sehr gut vorangekommen sei, weil die Einigkeit von Regierung und Opposition bei der Bevölkerung angekommen sei. Auch „Querdenker“-Demonstrationen habe es in Schleswig-Holstein in nur geringem Maß gegeben. Die Landesregierung sei aufgrund dieser Struktur in der Lage gewesen, auch schwere Entscheidungen vorzubereiten, die Ministerien hätten hierdurch etwas freier handeln können.

Er gebe jedoch Herrn Dr. Becker recht, dass das Parlament in dieser Zeit in einem gewissen Maß Souveränität abgegeben habe. Dies sei formalrechtlich zutreffend, jedoch sei es auch den Oppositionsfraktionen durchweg möglich gewesen, Anregungen zu geben. Es habe jedoch den breiten Konsens im Parlament, auch bei der Opposition, gegeben, zur Landesregierung zu sagen: „Macht ihr das schnell, wir kommen hier nicht so schnell zu Potte!“ – Parlamentarische Prozesse seien nun einmal lang.

In Bezug auf die Kritik an den Ministerpräsidentenkonferenzen stimme er Herrn Dr. Becker zu: Es sei in der Tat schwierig gewesen, die dort getroffenen Entscheidungen im Land mitzutragen und zu kommunizieren. Jedoch habe es hier mitunter eher eine Frontstellung Land gegen Bund als innerhalb des Landes gegeben, sodass man gemeinsam mit der Landesregierung teilweise sehr kreativ bei der Umsetzung der MPK-Beschlüsse gewesen sei.

Strukturell, so Herr Harms weiter, habe Schleswig-Holstein mit der Schaffung des Notausschusses eine Schlussfolgerung getroffen, die insbesondere die Kritik an der Informalität aufnehme. In der Tat seien es im

Lauf der Pandemie in der Regel die Fraktionsvorsitzenden gewesen, die in Gesprächsrunden mit der Landesregierung kommuniziert und verhandelt hätten. Eine Rückbindung in die eigenen Fraktionen sei aufgrund des Zeitdrucks nicht immer möglich gewesen.

Natürlich gebe es durchaus Entscheidungen, die im Rückblick inhaltlich falsch gewesen seien. Ein Beispiel hierfür seien die Grenzkontrollen zu Hamburg, die jedoch nach wenigen Tagen wieder aufgehoben worden seien. Bei der Kritik daran müsse man jedoch auch den Kenntnisstand beachten, den die politischen Akteure zum damaligen Zeitpunkt gehabt hätten: Man habe so gut wie nichts gewusst und dafür seiner Auffassung nach doch ganz klar gehandelt. – Auf eine Nachfrage von Moderator Dr. Siefken berichtet **Herr Harms**, die politische Kultur mit dem guten Miteinander zwischen den Fraktionen im Schleswig-Holsteinen Landtag sei über die ganze Pandemie erhalten geblieben. Insgesamt handle es sich um eine politische Kultur, die unabhängig von Pandemiezeiten anders als in anderen Bundesländern aussehe.

Zur Judikative in der Pandemie weist **Maren Thomsen**, Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Obergerichtes Schleswig, zunächst auf den großen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gerichten hin, um die Kontrolle staatlichen Handelns zu gewährleisten. Die Justiz sei durchweg, auch zu schwierigen Zeiten der Pandemie, handlungsfähig geblieben. Dies sei ein zentraler Baustein für die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung und die Wahrung des Rechtsfriedens gewesen. Häufig habe man aufgrund der kurzen Geltungsdauer der Verordnungen und der betroffenen Grundrechte schnell, am selben Tag, zu entscheiden gehabt. Nur in zwei Einzelfällen sei dabei eine reine Folgenabwägung, in der Regel sei eine Sachprüfung durchgeführt worden, wie es der Anspruch der Gerichtsbarkeit sei. Dies sei jedoch nur da-

durch möglich gewesen, dass andere Verfahren zurückgestellt worden seien, die zum Teil bis heute auf Bearbeitung und Entscheidung warteten.

Christian Frank, Leiter der Allgemeinen Abteilung im Sozialministerium und Mitglied des sogenannten „Verordnungsteams“, berichtet aus der Perspektive der Exekutive. In der Tat sei die Coronapandemie die Stunde der Exekutive im positivsten Sinn gewesen. Es sei auch für ihn persönlich absolut beeindruckend gewesen, wie der Staat und insbesondere die Exekutive in einer solchen Situation hervorragend funktioniert hätten. Die Arbeit im Verordnungsteam, in das innerhalb kürzester Zeit Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten Ministerialbürokratie abgeordnet worden seien, sei von einem ungeheuren Verantwortungsbewusstsein und Engagement geprägt gewesen.

In den ungefähr 110 Wochen von März 2020 bis Mai 2022 habe das Verordnungsteam knapp 100 Verordnungen erstellt. Normalerweise dauere der Erlass einer Landesverordnung in der Vorbereitung ungefähr ein halbes Jahr. Hier sei es mitunter erforderlich gewesen, innerhalb von Stunden die Vorgaben der Ministerpräsidentenkonferenz, der Landesregierung oder des Expertenrates umzusetzen. Gleichzeitig hätten die Verordnungen bekanntlich weitreichende Einschränkungen in Bezug auf die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zum Inhalt gehabt. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verordnungsteam hätten Panik und existenzielle Sorgen gehabt; trotzdem seien sie aufgefordert gewesen, schnell zu handeln.

Das dafür gefundene Verfahren sei aus seiner Sicht rechtlich nicht zu beanstanden. Er wolle den Ausführungen von Herrn Dr. Becker in Bezug auf Wesentlichkeitstheorie und parlamentarische Legitimation nicht widersprechen, es habe in diesem Fall jedoch das Bedürfnis gegeben, möglichst schnell in einem rechtsstaatlichen, grundgesetzlich vorgesehenen

Rahmen zu Verordnungstexten zu kommen. Genau aus diesem Grund sehe Artikel 80 Grundgesetz die Möglichkeit vor, die Verwaltung zum Erlass von Rechtsverordnungen zu ermächtigen. Zunächst habe es sich um eine Generalklausel gehandelt, im Laufe der fortschreitenden Pandemie sei auf Grundlage der besseren Erkenntnislage die Grundlage im Infektionsschutzgesetz spezifiziert worden. In der Tat habe man auch überlegt, Artikel 80 Absatz 4 Grundgesetz anzuwenden, jedoch sei dies seiner Einschätzung nach zum damaligen Zeitpunkt nicht sinnvoll gewesen. Der Landtag sei beteiligt gewesen, aber der Fokus auf der Exekutive sei notwendig und gut gewesen, um die Krise zu bewältigen.

Er wolle damit jedoch nicht sagen, dass es nicht richtig sei, die Struktur zu ändern. Die Schaffung eines Notausschusses sei durchaus überlegenswert, um eine stärkere Einbindung des Parlaments zu erreichen. In Bezug auf die Pandemie könne er jedoch feststellen: „Die Exekutive hat abgeliefert.“

Für die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände schildert **Marc Ziertmann**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, die Erfahrungen der kommunalen Ebene. Die kommunale Ebene habe zunächst mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst, der eine hervorragende Arbeit geleistet habe, die Aufgabe des Vollzugs übernommen. In der zeitlichen Taktung sei es immer so gewesen, dass die kommunale Ebene die Allgemeinverfügungen am Wochenende zu erlassen gehabt hätte. Staat und Verwaltung, insbesondere die Kommunen, hätten hier seiner Wahrnehmung nach durchweg funktioniert.

Zweitens sei die Verwaltung während der ganzen Pandemie auch als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger da gewesen, die Verwaltungsleistungen seien durchweg erbracht worden, auch wenn es hier zeitweise durchaus Defizite gegeben habe.

Drittens seien die Kommunen und Kreise Träger von Einrichtungen wie Schulen, Sportplätzen, Sporthallen und so weiter auch von dem Corona-Regelungssystem betroffen gewesen. Bei der Selbstverwaltung der Kommunen hätten sich viele Fragen ergeben. Analog zum Land sei auch hier wichtig gewesen, die Rechte der unmittelbar demokratisch legitimierten Volksvertretung nicht über Gebühr einzuschränken. So habe man bereits im Sommer 2020 über eine Gemeindeordnungs-Novelle Videokonferenzen ermöglicht.

Aus der Pandemie habe er für die kommunale Ebene gelernt, so Herr Ziertmann, dass Transparenz, Kommunikation und Kooperation entscheidend dafür seien, dass kommunale Selbstverwaltung weiter funktioniert habe. Personen, die die Regelungen kritisch sähen, wendeten sich häufig zuerst an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Dort müsse somit eine Multiplikationsleistung erbracht und das jeweilige Regelungssystem in nachvollziehbaren Worten erklärt werden.

Wichtig sei auch gewesen, in die Beschlussfassung der Landesregierung die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände mit einzubinden. Es habe sich gezeigt, dass der zweistufige Verwaltungsaufbau des Landes ohne Regierungspräsidien vorteilhaft sei. Es habe eine kleine Gruppe gegeben, in der man sich zwischen kommunalen Landesverbänden und Landesregierung über Missstände austauschen können, die dann regelmäßig auch schnell adressiert worden seien. Gleichzeitig seien natürlich auch die über 1.000 Gemeinden sowie die Kreise und kreisfreien Städte in Bezug auf ihre Interessen nicht homogen gewesen, hätten jedoch unter Hintanstellung der eigenen Beurteilung der Sachverhalte immer eine Kompromisslinie gefunden, um zu vertretbaren Lösungen zu kommen.

Moderator Dr. Siefken fasst zusammen: Offenbar habe der Staat im Bereich Legislative, Exekutive und auch Judikative durchweg funktioniert. Fraglich sei jedoch, ob auch die Kommunikationsfunktion immer angemessen erfüllt worden sei. Nach der ersten Welle der Pandemie im Frühjahr 2020 sei schnell die Kritik an einer Entmachtung des Parlaments, einer „Coronakratie“, laut und politisch aufgegriffen worden. Angesichts der inzwischen fast im Monatsrhythmus eintreffenden neuen Krisendiagnosen sei Kommunikation wichtiger denn je.

c. Diskussionsrunde

In der Diskussion meldet sich zunächst Birgit Voß-Güntge, Vizepräsidentin des schleswig-holsteinischen Oberverwaltungsgerichts, zu Wort. Sämtliche Entscheidungen des Gerichts im Bereich des Seuchenrechts seien unter ihrer Beteiligung getroffen worden. Sie stimme der Einschätzung von Frau Thomsen zu, dass die Justiz durchweg funktioniert habe. Der Abgeordnete Werner Kalinka, CDU-Fraktion, berichtet aus der Perspektive des Vorsitzenden des Sozialausschusses in der vergangenen Wahlperiode über die Coronazeit. Es habe seiner Wahrnehmung nach kein parlamentarisches Defizit gegeben. Der Sozialausschuss habe von Beginn der Pandemie an weiter getagt – zunächst per Telefon, später per Videokonferenz. Es habe durchweg eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Abgeordneten mit der Landesregierung gegeben. Er nehme es so wahr, dass die Abgeordneten häufig ein wertvoller Filter gewesen seien, um Kritik und Anregungen aufzunehmen und in die Politik und zur Regierung zu transportieren. Um diese Funktion zu erfüllen, sei es nicht erforderlich, dass Abgeordnete laut sein müssten, sondern es sei auch möglich, dass diese Einflussnahme geräuschlos erfolge. Er könne durchaus

nachvollziehen, dass es schwierig sei, Verordnungen innerhalb ganz kurzer Zeit auszuformulieren. Diese seien jedoch oft auch ein Ergebnis dessen gewesen, was an Inhalten zuvor in den Fraktionen diskutiert worden sei. Das Parlamentinformationsrecht sei durchweg eingehalten worden; die Fraktionen und somit das Parlament seien gut informiert gewesen, was zur Entscheidung angestanden habe. Schließlich wolle er auch darauf hinweisen, dass das Parlament Entscheidungen habe korrigieren können. Insgesamt sei das Parlament während der ganzen Pandemie stark beteiligt gewesen, aus seiner Sicht habe es kein parlamentarisches Kontrolldefizit gegeben.

Landespastor **Heiko Naß** weist auf die Perspektive der Menschen mit Behinderung hin, die von den entsprechenden rechtlichen Regelungen stark beeinträchtigt worden seien. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens, insbesondere die Tatsache, dass behinderte Menschen ihre Wohnung nicht mehr hätten verlassen können, seien nach seiner Wahrnehmung ein Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes gewesen. – **Moderator Dr. Siefken** weist darauf hin, dies habe wohl auch mit der kooperatistischen Herangehensweise bei Parlamentsanhörungen in Deutschland zu tun. In anderen Ländern, beispielsweise in Kanada, sei es üblich, die Betroffenen direkt einzubinden.

Uta Fölster, Mitglied im Expertenrat der Landesregierung, sieht ihre Arbeit während der Pandemie inzwischen kritisch: Man habe im Expertenrat vielleicht die Gewichtung der Grundrechte und die Abwägungsprozesse aus der damaligen Sicht richtig getroffen, aber aus der rückwirkenden Perspektive stelle sich dies nun anders da. Der Expertenrat habe nicht immer richtige Ratschläge gegeben, man hätte vielleicht manchmal etwas tiefer durchatmen sollen. Es sei erforderlich, nun nach der Pandemie daraus Lehren für die nächste Pandemie zu ziehen.

Frau Thomsen meint, die Landesregierung habe in der Pandemie durchweg hervorragend kommuniziert. Es sei für sie als Bürgerin immer klar gewesen, wie die epidemiologische Lage gewesen sei, wie die wissenschaftlichen Erkenntnisse gewesen seien und welche rechtlichen Regelungen gälten. Wichtig sei ihrer Auffassung nach, offen damit umzugehen, was man als Staat nicht wisse. Dies sei besser, als so zu tun, als ob man für alles eine einfache Lösung habe und allwissend sei. Im Nachhinein müsse man sich insgesamt fragen, ob nicht das soziale Miteinander sehr viel wichtiger sei als um jeden Preis niemanden krank zu machen.

Herr Harms wiederholt: Politische Einigkeit und weniger Zerstrittenheit führten zu einer höheren Akzeptanz auch drastischer Maßnahmen. Man habe zudem nie das Gefühl haben müssen, dass politisch Handelnden eine versteckte politische Agenda mit der Durchsetzung der Maßnahmen verträten. Die Ausführungen von Frau Fölster und Herrn Naß zeigten, dass die Grundrechte für die Demokratie konstitutiv seien. Es sei wichtig, dies den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder ins Bewusstsein zu bringen.

Herr Frank stimmt zu. Selbstverständlich würde man einige Dinge heute anders entscheiden. Alle hätten zum damaligen Zeitpunkt Angst und Panik gehabt, die Zukunft sei von großer Unwissenheit geprägt gewesen. In der Tat gebe es ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen der Feststellung, der Staat habe insgesamt auf allen Ebenen ganz gut funktioniert, und andererseits dem Fazit, dass eine zunehmende Zahl an Menschen mit diesem Staat nichts mehr zu tun haben wolle beziehungsweise ihn kritisch sehe. Er sehe für diese Entwicklung jedoch nicht die Coronapandemie oder ihre Bekämpfung durch die staatlichen Akteure als ursächlich an.

Herr Ziertmann legt den Fokus auf die Vorbereitung auf die nächste Krise. Es sei wichtig, hier auf allen Ebenen Resilienz zu schaffen und die Landesebene, aber eben auch die kommunale Ebene zu stärken.

Abschließend weist Moderator Dr. Siefken darauf hin, es gehe bei politischer Entscheidungsfindung häufig nicht um richtig oder falsch, sondern um wertgebundene Entscheidungen. Um entsprechende Entscheidungen zu finden, gebe es zum einen das Mehrheitsprinzip, zum anderen die Prinzipien von Verantwortlichkeit und Legitimation durch Verfahren, aber auch von Legitimation durch Kommunikation. In der Tat könne man aus der Pandemie nicht nur in Bezug auf die Entscheidungsstruktur lernen, sondern insbesondere auch auf die Möglichkeiten, die öffentliche Wahrnehmung zu verbessern. Dies sei entscheidend, um zu einem größeren Maß an Krisenresilienz zu kommen.

6. Panel – Wirtschaft

Moderation: Dr. Sebastian Wilckens

Serpil Midyatli,

Mitglied des Landtags und Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein

Ralf Stamer,

Präsident der Handwerkskammer Lübeck

Mareike Petersen,

Mitglied der Geschäftsführung des Handelsverbands Nord

Andreas Tedsen,

Vizepräsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands Schleswig-Holstein (DEHOGA)

Dr. Julia Körner,

stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der IHK zu Kiel

Lars-Michael Lanbin,

Präsident des Steuerberaterverbands und Präsident des Landesverbands der Freien Berufe

Moderator Dr. Wilckens begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Podiumsdiskussion. Er moderiert die Diskussion entlang dreier Fragestellungen und gibt zwischendurch auch Wortmeldungen aus dem Fachpublikum Raum. Es wird erstens nach dem beruflichen Wirken der geladenen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und besonders betroffenen Wirtschaftsbranchen – Gastronomie und Tourismus, Handwerk und Einzelhandel – gefragt sowie zweitens nach den retrospektiv größten Herausforderungen und den Lehren daraus. Drittens widmet sich die Podiumsdiskussion Hilfsprogrammen und der Frage, wie vergleichbare Unterstützungsmaßnahmen künftig besser zu organisieren wären.

a. Professionelles Handeln angesichts der Pandemie

Frau Midyatli stellt fest, sie habe weder als Politikerin noch während ihrer langjährigen selbständigen Tätigkeit in der Gastronomie etwas der Coronapandemie Vergleichbares erlebt. Das komplette wirtschaftliche und berufliche Leben habe darnieder gelegen. Es sei darauf angekommen, sich schnell etwas zu überlegen, um Sicherheit für die Menschen zu schaffen. Dafür habe es sozusagen kein Skript gegeben.

Daran anknüpfend bestätigt **Ralf Stamer**, Präsident der Handwerkskammer Lübeck: Die Pandemie habe eine Überraschung dargestellt. Das Handwerk habe darauf aber schnell und flexibel Lösungen gefunden, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten sich bei der Arbeit solidarisch gezeigt. Auch Handwerksberufe seien allerdings zum Teil stark beeinträchtigt gewesen, zum Beispiel das Friseurhandwerk, und hätten Unterstützung durch die Wirtschaftshilfen erfahren.

Frau Petersen äußert zum Einzelhandel, niemand habe sich zu Beginn der Pandemie vorstellen können, was dann eingetreten sei. Sie erwähnt die gespenstische Ruhe, die zum Beispiel in der menschenleeren Lübecker Innenstadt nach dem Lockdown geherrscht habe. Sowohl die Läden, die schließen mussten, als auch die, die noch öffnen durften, seien betroffen gewesen, weil die Kundschaft weggeblieben sei. Der Einzelhandel habe in der Zeit große logistische Leistungen erbracht.

Auch **Herr Tedsen** stellt rückblickend fest, nach den ersten Nachrichten über die Verbreitung des Coronavirus habe er noch nicht für möglich gehalten, dass alle Hotels schließen müssten. Die Eingangsphase der Pandemie sei insofern von Fassungslosigkeit und Zukunftsunsicherheit begleitet gewesen.

Frau Dr. Körner erinnert sich an schwierige Entscheidungsfindungen zu Pandemiebeginn. Die IHK zu Kiel habe in Anbetracht strenger

Quarantänevorschriften einen für den 3. März 2020 geplanten Jahresempfang abgesagt. Eine einzige Coronainfektion und alle über tausend Gäste der Großveranstaltung wären genau wie ihre Kontaktpersonen in den ersten beiden Wochen nach dem Event isolationspflichtig gewesen. Die Absage sei auf viel Kritik gestoßen, rückblickend aber richtig gewesen, weil der Schutz der Menschen über das Renommee gestellt worden sei. Zweitens führt sie das Beispiel der vorerst letzten Sachkundeprüfung vor dem Lockdown an. Eine Woche früher als geplant und begleitet von allherhand Schutzmaßnahmen, sei ein Kurs von 16 angehenden Berufskraftfahrern gerade noch rechtzeitig geprüft worden. Alle hätten bestanden und fortan in der Pandemie wichtige Güter wie Lebensmittel und Desinfektionsmittel ausliefern können.

Auch **Herr Lanbin** erklärt, die Gefährlichkeit des Virus und die Verkündung des ersten Lockdowns hätten ihn überrascht. Direkt danach habe die Arbeit im Steuerbüro umorganisiert werden müssen. Die große Frage sei gewesen, wie die Mandantschaft am besten durch die Zeit der Schließungen zu begleiten wäre. Die Steuerverbände und die Kammer seien gefragt gewesen wie selten zuvor, um den Kolleginnen und Kollegen bezüglich der komplexen Förderrichtlinien von Hilfsprogrammen auf Bundes- und Landesebene zu helfen. Angesichts immer neuer Überbrückungshilfen sei der Informationsbedarf groß und diese Zeit sehr mühsam gewesen.

b. Rückblickend aus Herausforderungen lernen

Frau Dr. Körner legt dar, für viele Unternehmen bilde es eine Normalität, Vorgaben zu erfüllen. Je konkreter die Vorgaben zur Zielerreichung seien, desto schwieriger werde es jedoch für die einzelnen, individuell aufge-

stellten Unternehmen. Wichtig sei, ein Ziel zu definieren, aber Freiräume bezüglich des Weges dahin zu gewähren. So wichtig eine starke politische Führung in der Pandemie gewesen sei, seien dadurch mutmaßlich auch kreative positive Lösungen unterbunden worden.

Herr Tedsen betont, es seien rückzahlungspflichtige Kredite gewährt worden, aber in der Branche seien die Coronahilfen auch heute noch nicht vollständig abgerechnet. Ohne die Steuerberatung ginge es nicht. Die Bürokratie sei in vielen Fällen katastrophal gewesen; bis jetzt kämpfe seine Branche mit den Auflagen. – **Frau Midyatli** entgegnet, die bürokratische Beantragung treffe wohl für die Überbrückungshilfen des Bundes zu, sie habe sich aber die Formulare für Soforthilfen des Landes schicken lassen: Diese seien nicht länger als eine Seite gewesen. Vonseiten des Bundes sei Schleswig-Holstein dafür kritisiert worden, zu freigiebig Geld zu verteilen. Verbände und Institutionen hätten jedoch „Trichter“ gebildet, über die die Bundeshilfen angekommen seien. Bei den Soloselbstständigen, Künstlerinnen und Künstlern hingegen habe der Staat einige Berufsgruppen nicht erreicht, weil er sie nicht registriert habe. Es gebe seither die Idee einer allgemeinen ID-Nummer, da es an einem Instrument gefehlt habe, um alle gleichzeitig zu erreichen. Dazu gelernt habe man auch beim Homeoffice; seit der Coronakrise sei plötzlich ganz viel mehr möglich. Alle hätten sich ehrlich um Lösungen bemüht.

Herr Stamer hebt hervor, durch die Pandemie sei erstens die Bedeutung des Kammerwesens für die Vermittlung zwischen der freien Wirtschaft und der Politik sichtbar geworden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten außergewöhnlichen Einsatz bewiesen, um kurzfristig über neue Verordnungen zu informieren. Zweitens hätten die Kammern sich mit der Forderung durchsetzen müssen, anderen Bildungsträgern gleichgestellt zu werden. Viele Kurse und Prüfungen seien abgesagt

worden, bis sie mit ihrem Angebot überbetrieblicher Lehrlingsunterweisungen (ÜLU) überhaupt als Bildungseinrichtungen wahrgenommen und in Verordnungen bedacht worden seien. Drittens kritisiert er es als Systemfehler, Unternehmerinnen und Unternehmer so zu behandeln, als neigten sie zum Betrug. Um sie zu überprüfen, würden Unsummen ausgegeben. Auch wenn auf die Art zwar ein kleiner Prozentsatz von Betrugsfällen nachgewiesen werde, so würden doch alle Unternehmen gleichermaßen an den Pranger gestellt. – Dem schließt sich **Herr Tedsen** an: 98 Prozent der Unternehmen seien „keine Verbrecher“. Nach der Pandemie sei diese Einsicht aber nicht geblieben und die Dokumentationspflichten stiegen ins Unermessliche.

Frau Petersen lobt, in Schleswig-Holstein sei vieles gut gelaufen, und es habe Mut zu Öffnungsstrategien bestanden. Die größte Herausforderung sei von den Lockdowns ausgegangen. Enttäuschend gewesen sei, dass mit dem zweiten Lockdown die Läden hätten geschlossen bleiben müssen, obwohl der Lebensmittelhandel zuvor bereits bewiesen hätte, dass mit Sicherheitsvorkehrungen Öffnungen möglich seien, ohne Ansteckungsherde zu schaffen. Am schwierigsten sei der Teillockdown gewesen. Der Einzelhandel habe öffnen dürfen, sei deshalb allerdings von Hilfen ausgeschlossen gewesen, und niemand sei einfach so shoppen gegangen. Gerade in den Innenstädten sei die Wechselwirkung mit den gastronomischen und kulturellen – damals unzulässigen – Angeboten enorm wichtig. Auch die geschlossenen Kitas und Schulen hätten, da Homeoffice in der Branche nicht funktioniere, für den Handel ein großes Problem dargestellt. Zudem seien die von Bundesland zu Bundesland und teilweise Kreis zu Kreis unterschiedlichen, sich häufig ändernden Regelungen für die Unternehmerinnen und Unternehmer nicht mehr umsetzbar gewesen.

c. Wortbeiträge aus dem Publikum

Frank Roselieb, geschäftsführender Direktor des Instituts für Krisenforschung, geht auf die Entscheidungsprozesse des Corona-Expertenrats der Landesregierung ein, in dem er als Betriebswirt für die Wirtschaft mitgewirkt habe. Das Land sei teilweise durch scharf formulierte Bundesregelungen ausgebremst worden, etwa hinsichtlich des Theorieunterrichts in Fahrschulen durch eine zeitweise Regelung in der Arbeitsstättenverordnung des Bundes „zehn Quadratmeter pro Person“. Bei den unterschiedlichen Regelungen der Kreise sei entscheidend gewesen, dass die Maßnahmen verhältnismäßig sein mussten.

Ein wichtiger Punkt sei, dass die Beratungen des Expertenrats in den ersten sechs Monaten dem Prinzip „Hammer & Dance“ gefolgt seien: dem Virus gleichzeitig starke Schläge zu versetzen und damit zu leben. Großveranstaltungen zu untersagen, habe der damalige Wissensstand geboten, zur Öffnung des Handels sei die Studienlage nicht eindeutig gewesen, sodass sicherheitshalber restriktiv entschieden worden sei. Beim Ostseetourismus sei ein weniger strenges Krisenmanagement des Landes zum Tragen gekommen, etwa dahin gehend im Sommer 2020 Tages-tourismus zuzulassen. Der Umsatz sei in Schleswig-Holstein zwar um 16 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern aber um 43 Prozent gesunken. Schleswig-Holstein und seiner Wirtschaft sei es auch im Hinblick auf die Coronahilfen relativ gesehen besser gegangen als anderen Bundesländern. Das sei auch daran abzulesen, dass im ersten Jahr nach der Pandemie die Hilfsgelder von vielen bereits zurückgezahlt worden seien.

Alexander Blažek, Vorsitzender des Grundeigentümergebietes Haus & Grund, lobt, dass eine Sorge der Politik, es könnte coronabedingt zu Mietausfällen und Kündigungen kommen, sich nicht bewahrheitet habe. Die üblichen sozialen Sicherungssysteme, insbesondere das Wohn-

geld, hätten sehr gut funktioniert. Auch habe die Digitalisierung einen großen Schub erfahren. Letztlich seien durch die Krise viele Dinge angestoßen worden, von denen das Land profitiere, und es gelte, den Schwung an der Stelle beizubehalten.

Laura Pooth, Vorsitzende des DGB Nord, unterstreicht in einem Vergleich zwischen Niedersachsen, wo sie während der Coronakrise gearbeitet habe, und Schleswig-Holstein den Gegensatz: „Team Vorsicht“ einerseits, „Team Öffnung“ andererseits. Sie habe die Erkenntnis gewonnen, dass Schleswig-Holstein gut durch die Krise gekommen sei, weil die Kommunikation mit Kammern, Verbänden und Gewerkschaften gut gelungen sei. Der Staat habe die Wirtschaft über Coronahilfen am Laufen gehalten. Zudem sei der Blick dafür geschärft und öffentlich diskutiert worden, dass Bereiche wie der Einzelhandel, besonders der Lebensmittelhandel, sowie Kita, Pflege und Gesundheit, systemrelevant seien. Das seien ausgerechnet Bereiche, in denen häufig schlecht bezahlt werde und der Frauenanteil bei den Beschäftigten sehr hoch sei.

Herr Tedsen betont, dass die Gastronomie und Hotellerie froh und stolz sei, die Krise in Schleswig-Holstein überstanden zu haben. Die Zusammenarbeit der Landesregierung mit der DEHOGA und den einzelnen Unternehmen sei sehr eng und darin vorbildlich gewesen. Auch das Engagement der Opposition sei deutlich wahrnehmbar gewesen. Von den Gewerkschaften hätte er sich zum Teil mehr Engagement gewünscht, so Herr Tedsen, als die gesamte Branche habe schließen müssen. Letztlich seien insgesamt zwar Teilzeitkräfte abgewandert, aber keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze verlorengegangen.

Herr Tedsen gibt Herrn Roselieb recht, viele Unternehmen hätten die Coronahilfen schnell an das Land zurückgezahlt. Jedoch seien die Regeln für den Bezug der Hilfen teils noch im Zuge der Beantragung geän-

dert worden. Für zunächst unkompliziert zugesagtes Geld habe auf einmal eine Rückzahlungspflicht bestanden, formuliert Herr Tedsen seine Kritik, die sich aber in erster Linie an den Bund richte. Viele hätten ihre private Altersvorsorge in der Krise aufgelöst. Dies sei eine Katastrophe.

Frau Midyatli, Mitglied der SPD-Fraktion des Schleswig-Holsteinischen Landtags, weist darauf hin, dass es das Kurzarbeitergeld gewesen sei, das die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze gerettet habe. Die Branchen hätten dieses Instrument aber zunächst kennenlernen müssen. Sie sei auch gegenüber der Bundesregierung dafür eingetreten, das Geld schnell und ohne Spitzfindigkeiten auszuzahlen. Hinterher müsse zumindest stichprobenartig kontrolliert und Betrug als Möglichkeit in Betracht gezogen werden.

Frau Petersen bestätigt, das Kurzarbeitergeld sei ein Erfolg gewesen. Auch weitere Maßnahmen wie die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen hätten einigen Unternehmen durch die Krise geholfen. In Schleswig-Holstein habe der „kurze Draht“, um neue Verordnungen erläutert zu bekommen, besser als in anderen Bundesländern funktioniert. Wenn es nicht direkt Antworten gegeben habe, seien sie zusammen erarbeitet worden.

Frau Dr. Körner unterstützt die Darstellung ihrer Vorrednerin, allerdings seien es nur einzelne Personen und Bereiche gewesen, die sich so zugänglich gezeigt hätten. Sie denke beispielsweise an die Taskforce Tourismus. Das Sozialministerium bilde ein gegenteiliges Beispiel. Die IHK hätten auf der einen Seite Informationen aus den verschiedenen Ministerien gesammelt und an ihre Ansprechpersonen weitergegeben. Auf der anderen Seite hätten sie Rückmeldungen zur Sinnhaftigkeit von Verordnungen anhand konkreter Fallbeispiele weitergegeben, die nicht als bekannt hätten vorausgesetzt werden können, aber in angepassten Verordnungen berücksichtigt gehörten.

Moderator Dr. Wilckens bittet um einen Wortbeitrag von Herrn Dr. Rohlfs, da dieser von 2017 bis 2022 Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein tätig war. – **Dr. Thilo Rohlfs**, ehemaliger Wirtschaftsstaatssekretär, derzeit Professor für Bau, Planungs- und Umweltrecht an der Fachhochschule Kiel, äußert im Rückblick auf die damalige Landesregierung, diese habe in der unsicheren Situation der Coronakrise statt „typisch deutsch“ zu agieren, den Mut gezeigt, nicht immer zu hundert Prozent auf Vorsicht zu setzen. Dies habe Schleswig-Holstein sich im Vergleich zu anderen Bundesländern aufgrund niedrigerer Inzidenzen leisten können.

Ein schleswig-holsteinisches Alleinstellungsmerkmal seien die Modellprojekte gewesen, zum einen das Modellprojekt Tourismus, das sehr gut mit allen Stakeholdern vorbereitet gewesen sei, den ökonomischen Einbruch etwas habe abfedern können, das aber auch hätte schiefgehen können. Das zweite Modellprojekt zum Thema Diskotheken sei rückblickend im Kontext des Pandemiegeschehens noch heikler gewesen. Auch die beteiligten Unternehmen hätten erst einmal zu dem Mut finden müssen mitzumachen, aber es sei gut gegangen. Für die Zukunft lasse sich daraus lernen: einerseits auch einmal etwas zu wagen, andererseits gesellschaftlich nicht immer direkt abzustrafen, wenn etwas nicht funktioniere. – Er übertrage die Erkenntnis auf seinen heutigen Fachbereich, so Herr Dr. Rohlfs, etwa das Thema Planungsbeschleunigung und profitiere auch insofern von Erfahrungswerten aus der Zeit der Pandemie.

d. Reflexion über Förderprogramme

Moderator Dr. Wilckens leitet zum Thema Förderprogramme und Abwicklung der Corona-Hilfsprogramme des Landes und des Bundes über.

Die Abrechnung werde voraussichtlich mindestens drei weitere Jahre benötigen. Es seien in Schleswig-Holstein über 100.000 Anträge gestellt und über 2 Milliarden Euro an Zuschüssen ausgezahlt worden, ohne dass direkt extra Personal und IT hätten bereitgestellt werden können. Auch sei wenig auf vorhandene Daten zurückgegriffen worden.

Auf Bundesebene habe es schnelle Entscheidungen gegeben, die teilweise hinterher korrigiert worden seien. Dies, mögliche Enttäuschungen ebenso wie der bürokratische Aufwand durch Schlussabrechnungen, sei in der Diskussion als Kritikpunkt schon angeklungen. Um für die Zukunft daraus lernen zu können, sei eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen Programme vonnöten, um zu beantworten, welche Ratschläge sich für eine etwaige nächste Krise ergäben, wenn wieder umfassende oder branchenspezifische Hilfsprogramme für Branchen aufgestellt werden müssten.

Herr Lanbin bestätigt, die Soforthilfen hätten „Geburtsfehler“ gehabt. Etwa sei zunächst erklärt worden, die Betroffenen könnten sich mit der Antragstellung Zeit lassen, die Förderung habe dann aber erst ab dem Zeitpunkt der Antragstellung gegolten. Dies sei Unsinn, da alle denselben Schaden erlitten hätten. Kritisch sei auch zu sehen, dass nur auf Liquidität abgestellt worden sei, ohne zu bedenken, dass Lücken bei den Geldeingängen mit etwas Verzögerung eingetreten seien.

Aufgrund des höheren Volumens seien die Überbrückungshilfen für den Mittelstand bedeutender gewesen als die Soforthilfen. Die Antworten auf Häufige Fragen (FAQ) seien oft unverständlich und unlogisch gewesen. Der Verband habe viel Arbeit auf kurzfristige Webinare für die Mitglieder verwandt, damit diese ihre Kundschaft dabei beraten konnten, die Anträge zu stellen. Positiv anzumerken seien die damals kurzen Wege zum Wirtschaftsministerium und der Investitionsbank Schleswig-Holstein, um Fragen gebündelt weitergeben zu können.

Es habe außerdem Unklarheiten hinsichtlich der Priorisierung für den Zugang zu Impfungen gegeben. Er rate dazu, hierzu rechtzeitig vor der nächsten Krise vorsorgliche Überlegungen zu treffen. Wegen der Wirtschaftshilfen und des Kurzarbeitergeldes sei der Beratungsbedarf in der Krise stark angestiegen. Die Beantragung sei so komplex gewesen, dass sie nur bedingt von Finanzbuchhalterinnen und -buchhaltern oder Steuerfachangestellten habe vorbereitet werden können. Ein Fehler sei es gewesen, den Berufsstand der Steuerberater erst spät für systemrelevant zu erklären. Außerdem hätten sie beim Bund als Bittsteller auftreten müssen, um vor dem Hintergrund der zusätzlichen Aufgaben Fristverlängerung für die normale Steuererklärung gewährt zu bekommen. Die Überlastung hätte der Politik in Berlin indessen bekannt sein müssen, beanstandet Herr Lanbin.

Moderator Dr. Wilckens wirft die Frage auf, wie sich Hilfsprogramme mithilfe von vorhandenen Daten massentauglicher gestalten ließen. – **Herr Lanbin** rekapituliert, die Entscheidung sei zunächst gewesen, wer die Prüfung und Kontrolle der Anträge zu übernehmen hätte. Die Aufgabe sei der Steuerberatung, nachdem die Finanzministerien auf Bundes- und Länderebene abgelehnt hätten, zugefallen, weil es sich um qualifizierte Anträge habe handeln müssen. Für die Zukunft müsse berücksichtigt werden, dass in den Finanzämter Vergangenheitsdaten sämtlich vorhanden seien; anhand von Steueridentifikationsnummern funktionierten darüber schon heute Prüfungen. Es müsse politisch durchgesetzt werden, künftige Programme so zu gestalten, dass Hilfen an Kriterien festgemacht würden, zu denen die Finanzverwaltung über Daten verfüge, und die Arbeit dort verortet werde, um die Steuerbüros zu entlasten.

Von Moderator Dr. Wilckens nach der praktischen Umsetzung und Vorzügen der Digitalisierung in diesem Zusammenhang gefragt, erläutert

Herr Lanbin, für circa 80 Prozent der Mittelständler lägen Vergangenheitsdaten bei den Finanzämtern dank der Monatsumsatzsteuervoranmeldungen, Quartals- oder Jahreszahlen vor. Auf Grundlage dieser Massendaten ließen sich vorläufige Hilfsprogramme gestalten. Rückwirkend könnten dann anhand aktueller Zahlen Überprüfungen vorgenommen, und es könne so auch über Rückzahlungen oder auch Nachzahlungen entschieden werden. Die Daten für diese Prüfung müsste das Steuerbüro liefern, räumt Herr Lanbin ein, indem er auf Details der Schlussabrechnung eingeht. Ihm gehe es um grundsätzliche Lösungen, wie die Programme umzustrukturieren wären, um den manuellen Umrechnungsaufwand gering zu halten.

Frau Midyatli bringt an, bei den Überbrückungshilfen des Bundes sei zumindest mit Blick auf die Umsatzentwicklung immer wieder nachgebessert worden. Allen Branchen mit einem Instrument zu helfen, der großen Vielfalt beizukommen, sei kaum möglich gewesen. In Schleswig-Holstein hätten eigene Hilfsprogramme dazu gedient, gegenüber der Bundesförderung sozusagen die Lücken zu füllen, so seien beispielsweise die Soforthilfen für Schausteller zustande gekommen. Sie wünsche sich als Lehre aus der Coronazeit, das direkte Lernen aus der Praxis und die schnelle Anpassungen von Programmen beizubehalten.

Frau Dr. Körner illustriert das Problem, indem sie über eine eigens eingerichtete Hotline der IHK berichtet. Sehr häufig sei darüber die Frage an sie herangetragen worden: Warum lassen sich die zur Beantragung der Überbrückungshilfen nötigen Angaben nicht einfach aus der Kostenrechnung herauslesen? – Es habe Unverständnis geherrscht, warum die Angaben nicht wie in einem Steuerrechner oder Standardprogramm zur Kostenrechnung strukturiert gewesen seien. Mit den Neuerungen habe sich an der Stelle nichts geändert, sondern es sei eher noch komplizierter

geworden. Ihr schwebte vor, dass die zukünftige Gestaltung von Programmen die Standards der Rechnungslegung in Deutschland berücksichtige, um eine bessere Datenverfügbarkeit zu erreichen.

Herr Lanbin mahnt an, dass das Finanzministerium für die letzten drei Monate besehen immer über die entsprechenden Daten der Betriebe verfüge. Es müsse für die nächste Krise politisch dazu verpflichtet werden zu liefern; historische Daten zu den Umsätzen eines Unternehmens für einen bestimmten Zeitpunkt müssten dort quasi auf Knopfdruck zur Verfügung stehen.

Herr Stamer fügt hinzu, er wünsche sich einen verlässlichen äußeren Rahmen, der den einzelnen Betrieben Freiräume lasse. Dieser Rahmen müsse vom Land abgesteckt werden oder besser noch vom Bund, sodass die Regelungen von Land zu Land gleich seien. Für die Handwerker gesprochen seien die meisten Erfolge auf eigene Lösungen, agiles Handeln und unternehmerische Tätigkeit zurückzuführen gewesen. Das Land Schleswig-Holstein habe den einzelnen Regionen und Betrieben in Abhängigkeit zu den Inzidenzzahlen ermöglicht, frei zu entscheiden. Es müsse eine Art Katastrophenschutzplan für die Wirtschaft als Grundlage geben, auf der dann weiter gearbeitet und die permanent verbessert werden könne.

Auch **Frau Petersen** hält es für wichtig, vorbereitet zu sein. Ihr sei allerdings der Aspekt noch zu kurz gekommen, dass die Wirtschaft bei den Abschlussrechnungen noch gar nicht vollständig durch die Krise gekommen sei. Das Problem bestehe hauptsächlich mit Blick auf den Bund und für die Unternehmen überraschend hohe Rückforderungen. Diese erschienen bei genauer Prüfung oftmals nicht nachvollziehbar. Unternehmen würden darüber schlimmstenfalls in die Insolvenz getrieben. Das Problem, dass die Hilfestellung aus der Pandemie auf diese Weise zurück-

genommen werde, trete nicht flächendeckend, aber doch vermehrt auf. – **Frau Dr. Körner** führt zur Illustration eine Sonderregelung der Überbrückungshilfen zu nicht verkaufter Saisonware an, wonach der Einzelhandel dafür entstandene Kosten trotzdem absetzen können sollte. Nachher sei an dem Punkt dann eine schwer zu vermittelnde Diskussion zur Spezifizierung von Saisonware aufgekommen. Auf die Art erodiere das Vertrauen der Unternehmen in das System.

Moderator Dr. Wilckens greift die Frage auf, wann die Krise tatsächlich als abgewickelt gelten werde. Die Rückforderungen fielen in eine Zeit, die konjunkturell nicht eben leicht sei. – Dazu betont **Herr Lanbin**, es müsse zwischen den Soforthilfen, bei denen die Rückforderungsquote sehr hoch sei, und den Wirtschaftshilfen unterschieden werden. Für letztere sei bis Ende März 2024 noch ein Großteil final abzurechnen. Die Bewilligungsstelle werde voraussichtlich noch Jahre benötigen, um die Schlussabrechnungen zu prüfen. Entsprechend werde die Aufgabe den Berufsstand der Steuerberater noch lange beschäftigen. Erschwert werde dies durch die verschiedenen Bedingungen, die nacheinander gegolten hätten, sodass es sich bei Rückfragen fallweise immer neu einzuarbeiten gelte. Als Beispiel für komplizierte Regelungen und Auslegungen, die mitunter ungerecht seien, lasse sich das Thema Verwandtschaftsverhältnisse und verbundene Unternehmen anführen. Im Übrigen sei systemimmanent, dass es zu Rückforderungen komme, weil sie zum Teil entstünden, da wegen des damals bestehenden akuten Handlungsdrucks mit Schätzzahlen gearbeitet worden sei; diese seien im Hinblick auf die Chance auf Förderung nicht zu Ungunsten der Mandantschaft ausgefallen.

e. Fazit: Gestärkt aus der Krise hervorgehen

Zum Abschluss bittet **Moderator Dr. Wilckens** die Runde um Statements, inwiefern den Beteiligten aus der Krise heraus Stärken erwachsen seien.

Frau Midyatli betont als beispielgebend die wichtige Rolle der engeren Kommunikation. Sie fügt hinzu, der Staat habe die Aufgabe gehabt, Kündigungen und Insolvenzen möglichst zu verhindern, nicht aber fortbleibende Umsätze vollständig zu kompensieren.

Herr Stamer streicht heraus, zu Beginn der Pandemie habe sich eine Solidargemeinschaft vor dem Hintergrund klarer politischer Ansagen herausgebildet und die Krise bewältigt. Ohne klare Ansagen – er denke an die Politik der vergangenen zwei Jahre – verliere die Bevölkerung das Vertrauen in die politische Führung. Unklare Entscheidungsprozesse führten zu Unmut.

Seitens des DEHOGA stellt **Herr Tedsen** fest, die Branche sei durch die Krise zusammengedrückt und daraus mit klaren Strukturen und guten Verbindungen in die Politik hervorgegangen. Er unterstütze die Forderung nach klaren politischen Ansagen.

Frau Petersen reflektiert für den Handel, Corona habe dazu geführt, dass viele, die kreative Ideen parat gehabt hätten, sich auch getraut hätten, diese umzusetzen.

Frau Dr. Körner erinnert sich an die Erleichterung, als es wieder möglich gewesen sei, Kolleginnen und Kollegen persönlich zu treffen. Es habe Arbeit dazu gehört, über die lange Zeit das Vertrauen in sich selbst zu behalten. Den IHK sei es gut gelungen, untereinander und zu den Unternehmen Kontakt zu halten.

Herr Lanbin stellt fest, dass Homeoffice im Bereich der Steuerbüros erst durch die Coronakrise Einzug gehalten habe. Denn für sie stehe der

Kontakt zur Mandantschaft im Mittelpunkt. Inzwischen hätten an dem Punkt alle Seiten dazugelernt, sodass Zeiten bloßer telefonischer Erreichbarkeit vertretbar seien und zu einem attraktiveren Arbeitsumfeld führten.

Moderator Dr. Wilckens konstatiert, nach der Krise legten die Menschen ab, was ihnen daran nicht gefallen habe, und bewahrten sich positive Einsichten. Sie wüssten viele scheinbar selbstverständliche Dinge neu zu schätzen.

Im Verlauf der Diskussion habe Herr Dr. Wilckens bereits verschiedentlich aus der zurückliegenden Krise zu beziehende Erkenntnisse zusammengefasst.

Herausgearbeitet worden seien die bedeutende Rolle gelungener Kommunikation und engen Austauschs. Es habe gute Beispiele für Bottom-up-Prozesse gegeben, da im Zuge der Umsetzung neuer Regelungen mit Betroffenen über deren Belange und Interpretationen gesprochen worden sei. Die Lehre könne lauten: Rückmeldungen zu politischen Entscheidungen zuzulassen und ansprechbar zu sein. Hier ließen sich in der Krise in Gang gesetzte Neuerungen, andere Modelle der Zusammenarbeit und die Kommunikation mithilfe digitaler Tools fortsetzen.

Einen wiederkehrenden Kritikpunkt habe zu viel Bürokratie im Zusammenhang mit komplizierten Hilfsprogrammen gebildet. Herausgehoben worden sei die Idee, Standards der Rechnungslegung und ohnehin von der Steuerverwaltung erfasste Daten zu nutzen, um die Digitalisierung voranzutreiben. Ziel müsse sein, die Wirtschaft in zukünftigen Notlagen schnell und effektiv unterstützen zu können.

Das Stichwort „Team Vorsicht“ diene zur Abgrenzung, demgegenüber Schleswig-Holstein Entscheidungsprozesse zwar faktenbasiert und an Inzidenzen orientiert gestaltet, aber auch Mut zu Öffnungsschritten gezeigt habe. Trotz möglicher Kritik im Falle des Scheiterns von Modell-

projekten sei die Einstellung gewesen, zu einer eigenen Einschätzung zu kommen und in kontrolliertem, begrenztem Umfang, etwas zu wagen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei Schleswig-Holstein so vergleichsweise gut durch die Krise gekommen.

III. Abschlusspodium

1. Berichte aus den Panels

Moderatorin Kluge-Paustian: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Bestandsaufnahme, zu den Fazits aus den Panels. Ich freue mich, dass Sie alle hier und auch online wieder dabei sind, zuschauen und sich hoffentlich fragen: Wie ist es in den einzelnen Panels gelaufen? Zum Fokus der Panels haben wir vorhin schon etwas gehört. Das Vorher/Nachher kann aber durchaus sehr unterschiedlich sein.

Ich habe in alle Panels einmal reingeschaut und Mäuschen gespielt. Bei Ihnen, Herr Himmelrath, war es sehr lebhaft. Was nehmen Sie mit?

Armin Himmelrath: Es war lebhaft, weil im Bildungspanel die beiden Bereiche Schule und Hochschule zwei sind, die sehr viele Familien betreffen. Auch im Publikum waren sehr viele Menschen, die eine Doppel- und Dreifachrollen haben und hatten, also Lehrerin und Lehrer, Menschen, die Kinder haben oder die pflegen. Es kamen also ganz viele verschiedene Perspektiven zusammen zu dem, was während der Coronapandemie erlebt wurde, und auch darauf, was als Schluss daraus gezogen wurde.

Ich mache es ganz kurz. Ich habe fünf Punkte:

Erster Punkt. Es herrschte eine große Einigkeit: Das Ding ist noch nicht vorbei; medizinisch möglicherweise, als Pandemie möglicherweise, aber in den Bildungssystemen erleben die dort Aktiven die Auswirkungen noch an allen Ecken und Enden. Das können in einer weiterführenden Schule Kinder sein, die in die 5. Klasse kommen und noch nicht richtig Lesen und Schreiben können. Es können Kinder sein, die in der

Grundschule das Sozialverhalten noch nicht erlernt haben. Es kann an der Hochschule sein, wo Diskussionen darüber geführt werden: Wie gehen wir mit solchen Situationen um? Machen wir hybriden Unterricht, ja oder nein?

Zweiter Punkt. Da es noch weitergeht, erfordert das natürlich, dass man auch weiter darüber redet. Das ist der zweite große Punkt: Reden und Kommunikation. Wir haben ganz viele Beispiele gehört, bei denen gut gelungene Kommunikation zwischen verschiedenen Akteursgruppen dazu beigetragen hat, dass man die Pandemie gemeinsam gut durchgegangen und kreativ bearbeitet, gewissermaßen vor Ort gelöst hat.

Dazu gehört der dritte Punkt, die Gemeinschaft, also miteinander ins Gespräch zu kommen und das als Gemeinschaft zu lösen und nicht per Order von oben oder dadurch, dass irgendjemand entscheidet. Es geht also darum, miteinander mit den Akteurinnen und Akteuren im Gespräch zu sein.

Der vierte Punkt: einen langen Atem haben. Das hat auch damit zu tun, dass es weitergeht. Dinge sind nicht in ein, zwei, drei Wochen mit einem kleinen Pilotprogramm mal eben erledigt.

Moderatorin Kluge-Paustian: Wobei wir wieder beim Punkt eins wären.

Armin Himmelrath: Ja, das hängt alles sehr eng zusammen.

Fünfter Punkt. Das Schönste war eine Schulleiterin, die sinngemäß – nicht wörtlich, das ist jetzt meine Überspitzung – sagte: Für uns war die Pandemie fast so etwas wie ein Glücksfall für die schulische Entwicklung; wir haben wahnsinnig viele Dinge angestoßen, die jetzt noch weiterlaufen, die wir immer noch spüren. Gemeinschaftsgefühl. Schulentwicklung. Wir reden darüber. Wir haben Kommunikationsschienen aufgebaut, die immer noch in Betrieb sind. Sie sagte: Uns hätte fast nichts

Besseres passieren können – bei allem, was an schlimmen Dingen damit verbunden ist.

Moderatorin Kluge-Paustian: Super. – Vielen Dank, Armin Himmelrath, vom Panel Bildung und Hochschulen. – Natürlich ist das ein Anstupser, ein Booster, ein Katalysator, wie auch immer.

Ich möchte gern Herrn Professor Siefken fragen: Wie sieht es bei Ihnen aus? Was sind die wichtigsten Learnings? Vielleicht können Sie die wichtigsten drei nennen.

Dr. Sven Siefken: Wir haben über Staat und Recht und die verschiedenen Dimensionen von Staatlichkeit diskutiert. Alle Akteure, die dabei waren, haben aus ihrer jeweiligen Perspektive berichtet. Sie seien teilweise sogar beeindruckt gewesen, wie gut der Staat unter den Bedingungen von begrenzten Informationen funktioniert habe. Durchaus selbstkritisch muss man im Rückblick auf einzelne Entscheidungen hinweisen, die man heute anders treffen würde. Aber in dem Moment hat der Staat inhaltlich und vom Verfahren her in der Koordination der verschiedenen Ebenen, in der Abwägung, in dem Treffen von Entscheidungen gut funktioniert.

Teilweise hat es Herausforderungen gegeben, was die Kommunikation betrifft. Die kommunikativen Herausforderungen haben möglicherweise durchaus Rückwirkungen auf die Legitimation von Staatlichkeit. Insoweit ist das eine sehr große Frage, die sich letztlich – das ist meine Sicht – anschließt an die Frage: Was lernen wir daraus? Was lernen wir für künftige Krisen? – Einerseits natürlich die Organisation und die Prozesse so aufzustellen, dass wir das handhaben können. Dafür bietet die Corona-Krise eine Reihe von Ansatzpunkten. Dafür ist dies hier auch ein ganz hervorragendes Forum. Es gibt auch andere Schritte, die hier im Land schon gegangen wurden. Dazu gehört, die kommunikativen Prozesse mitzu-

denken, denn Demokratie basiert auf dem Willen und dem Verständnis aller. Das muss man dabei in Rechnung stellen.

Moderatorin Kluge-Paustian: Was war für Sie persönlich die größte Überraschung in dem Panel?

Dr. Sven Siefken: Die größte Überraschung war tatsächlich die einhellige Perspektive: Uns alle hat überrascht, wie gut das alles unter dem Strich eigentlich funktioniert hat. Wir brauchen keine grundlegenden Veränderungen in den Strukturen, und – das widerspricht teilweise der öffentlichen Wahrnehmung und der Diskussion in der Wissenschaft – wir haben gar keine Ausnahmesituation, wir haben die etablierten Strukturen gehabt. Sie haben in einer anderen Situation weitergearbeitet, ohne dass sich grundsätzlich etwas verändert hat. Das ist eigentlich erst einmal bestärkend.

Moderatorin Kluge-Paustian: Was ja viel Sicherheit bedeutet für uns alle. – Danke schön.

Wir haben zwei Panels, in denen es zwei Moderatorinnen und Moderatoren gegeben hat. Fangen wir einmal mit Kita und Pflege an. Die Pflege hat uns – wie natürlich Kita und Familie – ganz besonders berührt. Wie war es im Pflegepanel, Frau Buddemeier?

Lisa Buddemeier: Sehr vielfältig, unter anderem sehr persönlich und sehr berührend. Wir hatten zwei Menschen auf dem Panel sitzen, die unter den Bedingungen der Pandemie einen sehr nahestehenden Menschen verloren haben.

Das, was wir eben gesagt haben, Kommunikation ist wichtig, Perspektiven einbeziehen ist wichtig, kann man für die Pflege auch sagen.

Ich habe gehört, dass auf Landesebene vieles durchaus gut funktioniert hat, auch die pflegewissenschaftliche Perspektive einzubeziehen gut funktioniert hat. Der Wunsch war, dass sie auch auf Bundesebene noch stärker einbezogen wird. – Das als Spezifisches aus dem Panel.

Für mich sind zwei Sachen hängengeblieben: „Nie wieder alleinlassen!“ Dazu gehört insbesondere bei sterbenden Menschen, den Infektionsschutz versus die Sterbebegleitung anders zu gewichten und anders zu bewerten, und eine andere Bewertung vorzunehmen insbesondere für die riesige Gruppe der pflegenden Angehörigen, für die unter den Bedingungen der Pandemie ganz viel Unterstützungsleistungen weggefallen sind und die sehr allein mit den Riesenherausforderungen waren. Es muss also für zukünftige Situationen sichergestellt werden, dass es auch unter Pandemiebedingungen bessere Unterstützungsleistungen für pflegende Angehörige gibt.

Moderatorin Kluge-Paustian: Das war wahrscheinlich präventiv gemeint?

Lisa Buddemeier: Ja. Man sollte sich jetzt überlegt: Wie kann das aussehen? Das hat nicht so gut funktioniert, wie es hätte funktionieren können. Jetzt weiß man, das ist eine Riesenherausforderung. Da muss anders vorgesorgt werden.

Moderatorin Kluge-Paustian: Danke schön. Gutes Learning.

Frau Sonneborn, ich war kurz bei Ihnen, als über Kita diskutiert wurde. Ich habe den Part zu fassen gehabt, als gerade die Relevanz und die Bedeutung für unsere kleinen Kinder hervorgehoben wurden. Was war das größte Learning in Ihrem Panel?

Melanie Sonneborn: Es ist eigentlich sittenwidrig, das zu beantworten, weil es so viele war. Wir sind nicht einmal wirklich zu Ende gekommen.

Rein subjektiv – ich entschuldige mich für alles, was ich nicht sage – war ein Learning: Es darf auf keinen Fall nur um Kita gehen, wir müssen das ganz groß denken. Wir haben Kindertagespflegepersonen. Es gibt Eltern, die möglicherweise gleichzeitig Angestellte in Kitas sind. Also: „Vergiss niemanden!“

Bei der Kommunikation gab es vieles, was gut geklappt hat, aber auch vieles, was nicht gut geklappt hat. Man kann Digitalisierung wunderbar nutzen. Da hat es einige Fortschritte gegeben, aber da muss noch mehr gemacht werden.

Der Begriff „systemrelevant“ war in diesem Zeitraum wichtig. Er ist trotzdem gruselig, weil es dann auch welche gibt, die nicht systemrelevant sind. Man sollte einmal schauen, was es gerade für die Kinder bedeutet, die besondere Unterstützungsbedarfe haben, Armut, sozial-ökonomisch benachteiligt, die vielleicht nicht systemrelevant sind, aber trotzdem im Fokus bleiben müssen.

Moderatorin Kluge-Paustian: Danke für diese Blitzlichter, die Sie uns gegeben haben. – Es ist möglich, die gesamte Diskussion online nachzuhören und nachzuschauen, wenn Sie das gern möchten. – Danke an Sie beide.

Ich habe in vielen Panels festgestellt, dass viel gekämpft wurde. Es sind sogar Tränen geflossen. Es gab sehr berührende Elemente, Benedikt Stubendorff, aber auch sehr viel Engagement für Kultur und für Sport. Was waren die Blitzlichter und die Take-Home-Messages aus Ihrem Panel?

Benedikt Stubendorff: Das ist gar nicht so einfach zu beantworten. Auch wenn Kultur und Sport auf den ersten Blick „der“ gesellschaftliche Kitt sind, ist unglaublich unterschiedlich, was die Sportvereine, die Kulturschaffenden, die Kultorausübenden an Bedürfnissen und Schwierigkeiten haben. Es gibt ganz viele unterschiedliche Positionen. Zum Teil sind alte Debatten aufgeploppt. Natürlich geht es um Geld, aber auch um Wertschätzung gerade in Richtung Politik.

Positiv habe ich mitgenommen, dass durch die Pandemie – das war auch ein bisschen das, worauf wir gucken wollten – Netzwerke entstanden sind. Die Menschen sind enger zusammengerückt, und zwar nicht nur die Kulturschaffenden unter sich, nicht nur die Sportschaffenden un-

ter sich, sondern auch Kultur- und Sportmenschen. Aber auch zu der Politik und der Verwaltung sind sozusagen kurze Dienstwege entstanden. Das ist etwas, was man weiter mitnehmen muss.

Einer der ganz großen Punkte – das war uns aber von vornherein klar – ist das Stichwort Ehrenamt. Es fehlen Menschen. Menschen sind bequem geworden. Sport geht auch vom Sofa aus: Sportschau. Ich kann mir das Konzert auch streamen lassen. Da muss ich nicht hin. – Das ist ein riesengroßes Problem. Das ist etwas, das unbedingt an die Politik weitergereicht werden muss: Die Menschen müssen wieder dafür begeistert werden, etwas für die Gesellschaft, für sich, für uns zu tun. Da ist Unterstützung aus der Politik gefordert.

Moderatorin Kluge-Paustian: Gab es auch Hinweise, wie das erfolgen könnte, nicht nur die Message an die Politik, sondern Konkretes?

Benedikt Stubendorff: Tatsächlich muss miteinander geredet werden. Das, was die Pandemie ein bisschen angeschoben hat, muss jetzt fortgeführt werden. Schön fand ich folgende Idee: Es gibt schon die Seite „*Sportland.sh*“. Sie sollte ergänzt werden hin zu „*Sport- und Kulturland.sh*“, um einfach zu zeigen: Wir sind die Gesellschaft.

Moderatorin Kluge-Paustian: Vielen Dank, Benedikt Stubendorff, aus dem Panel Kultur und Sport.

Herr Dr. Wilckens, wie sah es in Ihrem Panel Wirtschaft aus? Da ging es viel um die Coronahilfen. Ich habe mitbekommen, da wurde auch Tacheles geredet und offen kritisiert oder hinterfragt.

Dr. Sebastian Wilckens: Ich werde – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – einen Auszug von dem Schatten und dem Licht – in dieser Reihenfolge – geben.

Schatten fiel auf das Thema Hilfsprogramme, gar nicht einmal so bei der Auszahlung am Anfang, die relativ schnell gelaufen ist. Oftmals ist die

Komplexität kritisiert worden. Es ist auch kritisiert worden, dass zu wenig auf Daten abgestellt worden ist, die in der Verwaltung bereits vorhanden sind. Man sollte also darauf aufsetzen und eine Förderhöhe berechnen, statt neue beziehungsweise dieselben Daten zu erheben. Das hängt viel mit Datenhaushalt und Digitalisierung zusammen. Das waren Themen, die durchaus kritisch angesprochen worden sind, gerade von kleineren Betrieben und den Steuerberatern. Davon kann man vieles nach vorne mitnehmen.

Trotz aller Kritik hatten wir auch einige sonnige Bereiche. Das war vor allem die Kommunikation, insbesondere die Kommunikation mit der Landesregierung bei den Corona-Verordnungen, die fast im Wochentakt erfolgt sind, also dass es einen Feedbackmechanismus gab. Es gab ein starkes Petitem dafür, dass man diesen engen Kontakt auf jeden Fall mit in die Zukunft nehmen sollte, also die Betroffenen direkt zu fragen: Wie regele ich am besten etwas, damit ich folgendes Ziel erreiche? Es sollte nicht nur der Weg dorthin vorgegeben werden, sondern ein Bottom-up-Austausch stattfinden. Dazu gab es viel Zustimmung.

Es gab auch den einen oder anderen, der gesagt hat, sie seien ganz froh gewesen, bei uns im Land und nicht in den Nachbarländern gewesen zu sein.

Moderatorin Kluge-Paustian: Ja, wir haben hier im Land viel zu bieten. Vielen Dank. – Netzwerke und Kommunikation stechen immer wieder heraus.

Frau Bähre und Herr Dr. Garg, was waren die Highlights, die Take-Home-Messages im Panel Gesundheit und medizinische Forschung?

Dr. Heiner Garg: Für mich war zu Beginn unglaublich prägnant, dass Ärztinnen und Ärzte, die mit an Bord waren, frank und frei gesagt haben: Wir hatten richtig Angst, der Verantwortung, vor der wir stehen, nicht

gerecht zu werden. – Das im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung zuzugeben, ist bemerkenswert.

Nach vorn gerichtet ist vor allem der Appell, der Wunsch, aber auch die Erwartung insgesamt an die Politik, das Stichwort Resilienz des Gesundheitssystems, dafür zu sorgen, dass beim öffentlichen Gesundheitsdienst, also beim ÖGD, bei den Kliniken und bei den ambulanten Strukturen, dauerhaft in Gesundheitsinfrastruktur investiert wird, sich stark gemacht wird, sie zu verbessern, damit wir beim nächsten Ereignis besser dastehen und nicht wieder so improvisieren müssen, wie wir es am Anfang tun mussten.

Moderatorin Kluge-Paustian: Welcher Zeitraum wurde genannt?

Dr. Heiner Garg: Überhaupt nicht nachlassen. – Ich will ein Beispiel bringen. Das Schlimmste wäre, wenn ein begonnener Prozess, nämlich die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der über Jahrzehnte systematisch abgebaut wurde, nicht erfolgte. Der öffentliche Gesundheitsdienst ist der Schlüssel für ein gelingendes Pandemiemanagement. Wenn sich Bund und Länder weiter darüber streiten, wie es über 2026 hinaus weitergehen soll, ist das genau das Gegenteil dessen, was als Learning aus einem solchen Prozess erreicht werden muss. Hier muss es sehr schnell Klarheit für alle Verantwortlichen vor Ort geben. Davon hängt auch die Motivation ab, durch eventuelle weitere Krisen so zu führen, wie das in der Coronakrise der Fall gewesen ist.

(Beifall)

Moderatorin Kluge-Paustian: Frau Bähre, möchten Sie noch etwas hinzufügen?

Angelika Bähre: Das möchte ich ergänzen. Die Vernetzung wurde schon mehrfach angesprochen; dazu sage ich nichts. Gerade wenn wir auf Geld und Programme gucken, ist Digitalisierung sehr wichtig, auch in den

Gesundheitsämtern, um die Kommunikationswege aufrechtzuerhalten und schnell reagieren zu können.

Unsere Ministerin Frau Dr. von der Decken hat aus unserem Panel den Auftrag mitbekommen, doch bitte Herrn Lauterbach anzurufen. Insofern ist es sehr handfest gewesen, was wir als Fazit haben ziehen können.

Moderatorin Kluge-Paustian: Noch eine Minianmerkung aus der Pflege dazu; dann muss ich Sie leider abwürgen.

Lisa Buddemeier: Etwas aus Kita und Pflege. Das, was Sie gerade für den Gesundheitssektor angesprochen haben, gilt eins zu eins für Kita und Pflege. Das wurde deutlich. Wir haben heute Morgen schon von dem Brennglas gehört. Der Pflegenotstand ist durch die Coronakrise verstärkt worden. Der Personalnotstand in den Kitas ist auch verstärkt worden. Krankentage sind weiter gestiegen. Auch da bedarf es dringend weiterer Investitionen, einem Ausbau der Möglichkeiten des Managements, um in einer zukünftigen Pandemie diesen beiden Bereichen gerecht werden zu können.

Moderatorin Kluge-Paustian: #Weitermachen!

Armin Himmelrath: Die Bildung nickt.

Moderatorin Kluge-Paustian: Sehr schön. – #Weitermachen! Telefonaufträge sind auch vergeben.

Ich danke Ihnen allen, liebe Moderatorinnen und Moderatoren, für Ihr Engagement. Vielen Dank natürlich auch an alle, die in den Panels saßen, dass Sie sich geöffnet, vertrauensvoll Tacheles geredet und gesagt haben, wie es im Herzen aussieht, welche Gedanken es gibt. Das war hier ein Booster.

Ich danke Ihnen allen, dass Sie hier waren, einander zugehört haben, dass die Impulse weitergetragen und ausgearbeitet werden. Also #Dran-

bleiben!, #Weitermachen! – Genau das gilt jetzt auch für mich. Vielen Dank allen hier!

(Beifall)

Bevor ich zum Impulsvortrag komme, begrüße ich hier gern noch Landtagspräsidentin Kristina Herbst und unseren Ministerpräsidenten Daniel Günther. Wir freuen uns, dass Sie hier sind, es geschafft haben, bei dieser Wetterlage noch zu uns zu kommen. Schön, dass Sie jetzt da sind!

(Beifall)

2. Vortrag Professor Dr. Ulrich Reinhardt „German Mut statt German Angst“

Präsentation Anlage 3

Moderatorin Susanne Kluge-Paustian: Meine Damen und Herren, jetzt stelle ich Ihnen einen Mann vor, der uns Mut machen wird, der nicht nur Telefonaufträge vergibt und Impulse setzt, sondern wirklich Mut machen will, und zwar von Grund auf. Er hat allen Grund dazu. Er ist nämlich Zukunftsforscher. Ich denke, er weiß, was er uns mitzugeben hat. Er ist Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung für Zukunftsfragen in Hamburg, Professor für empirische Zukunftsforschung für den Fachbereich Wirtschaft an der Westküste, nämlich in der Fachhochschule Heide, und außerdem Autor zahlreicher Bücher. Er sagt – das gefällt mir sehr –: „Die Zukunft ist weiblich“, und: „Sie wird besser als die Vergangenheit“. Das finde ich als Frau superklasse.

Ich freue mich, dass er uns jetzt mit seinem Vortrag inspirieren wird. Heißen Sie mit einem Applaus Herrn Professor Dr. Ulrich Reinhardt herzlich willkommen.

(Beifall)

Dr. Ulrich Reinhardt, Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung für Zukunftsfragen in Hamburg, Professor für empirische Zukunftsforschung für den Fachbereich Wirtschaft an der Fachhochschule Heide: Vielen Dank, dass ich jetzt ein bisschen in die Zukunft schauen darf. Sie haben es schon gehört: Ich bin in der Tat Zukunftswissenschaftler. Ich setze mich also wissenschaftlich damit auseinander, wie die Zukunft aussehen wird. Als Titel für diesen Vortrag habe ich gewählt „German Mut statt German Angst“.

Man könnte ein bisschen ketzerisch sagen: Na ja, die Angst ist viel, viel größer. Schaut man sich die derzeitigen Schlagzeilen an, wird offensichtlich, dass viele Bürger mit Sorge in die Gegenwart, aber vor allem in die Zukunft schauen.

Ich habe mir die Frage gestellt: Gibt es nicht ein großes brachliegendes Potenzial innerhalb unserer Gesellschaft? Sind wir am Ende des Tages nicht alle doch ganz schön mutig? – Wenn wir eine repräsentative Umfrage bei den deutschen Bundesbürgern machen (Präsentation, Seite 2): „Du kannst frei wählen. Willst du lieber in der Vergangenheit oder lieber in der Zukunft leben?“, sehen Sie: Die Antwort ist relativ eindeutig. Die Mehrheit der Bundesbürger, zwei Drittel, würde sich für die Vergangenheit entscheiden. Schleswig-Holstein ist ein bisschen besser als der Bundesdurchschnitt. Das wollen wir an dieser Stelle festhalten, aber es ist nach wie vor nicht die Mehrheit.

Leider ist es auch so, dass die junge Generation mehrheitlich lieber in der Vergangenheit leben würde als in der Zukunft. Das ist ungewöhnlich. Das muss man wirklich sagen.

Nun lohnt sich schon, wissenschaftlich nachzufragen: Warum ist das eigentlich so? Warum blicken wir so verklärt auf die Vergangenheit? Schauen wir uns die Argumente an (Präsentation, Seite 3) – auch wenn wir nicht über jeden Punkt zu reden brauchen.

Sie sehen, dass der Zusammenhalt als positiver angesehen wird. Zwei Drittel betonen einen größeren Zusammenhalt bei Familien und Freunden, im Kollegium, in der Nachbarschaft. Die Vergangenheit wird mit Sicherheit assoziiert, mit Beständigkeit, finanzieller Sicherheit und sozialer Sicherheit.

Dann der Punkt: Früher war alles besser. – Da muss ich Sie leider enttäuschen. Früher war wissenschaftlich betrachtet nichts besser. Wir

könnten uns die Lebenserwartung, die Kindersterblichkeit oder die Emanzipation anschauen. Wir könnten uns die Mobilität und die Kommunikation anschauen. – Nichts war in der Vergangenheit besser.

Ich versprechen Ihnen – das meine ich wirklich ernst; Wissenschaftlerehrenwort; Sie wissen, Wissenschaftler sagen so etwas nicht leichtfertig –: In Zukunft wird alles besser sein als in der Vergangenheit! – Das ist historisch gesehen seit Adam und Eva immer so gewesen. Dass wir die erste Generation seit Adam und Eva sind, die das nicht hinkriegt, wäre historisch neu. Ich bin mir sehr sicher, dass das nicht passieren wird.

Wir könnten es auch an harten Fakten festmachen, wenn wir immer noch das Gefühl haben: Früher war alles besser. Wir gehen nur eine Generation zurück (Präsentation, Seite 4): Es gab weltweit extreme Armut. Die Hälfte der Menschheit, jeder zweite Bürger, hat zu Zeiten der Wiedervereinigung unter extremer Armut gelitten. Heute sind es nicht einmal mehr zehn Prozent. Das sind natürlich trotzdem viel zu viele, keine Frage, und wir müssen weiter daran arbeiten. Aber was für eine Verbesserung!

Die Kindersterblichkeit hat sich verringert. Die Zahl unterernährter Bürger hat sich halbiert. Kriegerische Konflikte haben sich verringert. Trotz des Krieges im Gazastreifen, trotz des Krieges in der Ukraine, trotz des Krieges in Syrien haben wir halb so viele kriegerische Konflikte wie zu Zeiten der Wiedervereinigung. Der Analphabetismus hat sich gedrittelt. Die Anzahl der Beschäftigten in Deutschland – es gab immer die Angst, wir kriegen die Leute nicht in Lohn und Brot –: Wir haben in Deutschland 7 Millionen mehr Jobs geschaffen. Die Arbeitslosigkeit hat sich halbiert. Der Nettoverdienst hat sich fast verdoppelt. – Es ist alles besser geworden. Wenn Sie mir immer noch nicht glauben, denken Sie an den Zahnarztbesuch in Ihrer Kindheit. Der war bestimmt nicht besser als Ihr letzter Zahnarztbesuch.

(Heiterkeit)

Dass Sie das Gefühl haben, früher war alles besser, ist einfach der Schutzmechanismus in Ihrem Gehirn. Sie erinnern sich an das Gute. Sie gucken Fotos an. Sie waren immer gut drauf. Die Urlaubsfotos waren prächtig. Die Sommer waren dadurch gekennzeichnet, dass Sie den ganzen Tag im Freibad barfuß gelaufen sind. – Das sind Sie nicht wirklich, aber das ist es, woran Sie sich erinnern. Das ist nichts Ungewöhnliches. Es ist okay, dass wir das machen.

Jetzt kann man natürlich sagen, na ja, Corona haben wir gerade hinter uns gelassen, im Ukraine-Krieg sind wir noch mittendrin, jetzt ist Gaza dazugekommen, solche Krisen sind doch nicht normal. – Krisen sind normal. Wenn ich mir – ich bin Jahrgang 1970 – mein Leben anschau: Ölenergiekrise in den 70er-Jahren; wir durften nicht mit dem Auto fahren. Die Autobahnen waren gesperrt. Wir könnten uns das Waldsterben in den 80er-Jahren angucken. Wir könnten uns Tschernobyl in Erinnerung rufen. Wir könnten uns den ersten Golfkrieg und den zweiten Golfkrieg in Erinnerung rufen. Es gab den 11. September 2001. Wir könnten uns SS-20 gegen Pershing-II in Erinnerung rufen. Wir könnten uns Fukushima in Erinnerung rufen. Wir könnten uns die Wirtschaftskrise, die Eurokrise, die Griechenlandkrise in Erinnerung rufen. – Das alles haben wir nur vergessen. Wir können auch an SARS, an Vogelgrippe, an all diese Sachen denken. Wir denken nur nicht mehr daran.

Ich fand interessant, als wir vorhin den kurzen Film gesehen haben, wie wir gestaunt haben, was es alles bei Corona gab. Das alles haben wir auch schon wieder vergessen. Wir haben vergessen, wie wir da gelebt haben.

Jetzt könnten wir sagen: Corona ist etwas Einmaliges. So etwas gab es wirklich noch nicht. – Das ist natürlich auch Quatsch. Gucken Sie sich die Spanische Grippe an, wie es damals aussah (Präsentation: Bilder zur Spanischen Grippe)

Das öffentliche Leben war durch Masken gekennzeichnet. In den Jobs, die damals noch ausgeübt wurden, wurden ganz klar Masken getragen. Selbst auf den Fußballplätzen gab es Maskenpflicht. Das hatten wir nicht. Wir haben gleich geräumt. Auch da sieht man es, dass es relativ normal war, wie man vor 100 Jahren damit umgegangen ist. Bei der Spanischen Grippe vor 100 Jahren sind übrigens vier Prozent der Weltbevölkerung gestorben, bei Corona – so dramatisch das ist; jeder Tote ist einer zu viel – waren es 0,003 Prozent, also schon deutlich besser als vor 100 Jahren.

Springen wir aus der Vergangenheit wieder in die Gegenwart. Welches sind die großen Herausforderungen unserer Zeit (Präsentation, Seite 5). Wenn wir die Bürger fragen: „Was macht dir Sorgen für die Zukunft?“, kann man das dreiteilen. Erstens sind es materielle Sorgen, Preissteigerungen, Angst um die eigene Rente. Zweitens ist es der gesellschaftliche Bereich. Ganz vorn ist der Klimawandel. Es folgt Politikverdrossenheit, Egoismus der anderen – nie der eigene. Drittens ist es das eigene Wohl: Kriminalität bis hin zu Corona.

Das sind die Ängste der Gegenwart. Nun kann man sagen: Die sind ernst zu nehmen. Die müssen wir ernst nehmen. Trotzdem ist es wichtig, sich anzuschauen, wie sich Ängste verändert haben.

Ich gehe einmal zehn Jahre in die Vergangenheit zurück und will nicht über jeden Punkt reden. Bei allem, was grün ist, sind die Ängste kleiner geworden. Da sind wir besser geworden. Da hat die Politik Antworten gefunden, um Ängste abzubauen. Das sehen Sie im materiellen Bereich, solche Ängste bezüglich Rentensicherheit, Pflegeversicherung und Arbeitslosigkeit. Zwei Drittel haben vor zehn Jahren Angst davor gehabt. Jetzt ist es nicht einmal mehr jeder Vierte. Bezüglich fehlender Ausbildungsplätzen unserer Kinder hatte vor zehn Jahren noch die Hälfte der Bevölkerung Angst; jetzt ist es jeder Achte. – Was alles haben wir hinbekommen! Das alles aber vergessen wir sehr schnell.

Unten sehen Sie das eigene Wohl. Kriminalitätsängste sind zurückgegangen, Angst vor Terrorismus ist zurückgegangen. Die Gesundheitsvorsorge hat sich verbessert. Das alles ist in die richtige Richtung gegangen.

Wir konzentrieren uns im Wesentlichen immer auf die Dinge, die nicht so gut sind. Oben sehen Sie den materiellen Bereich. Im letzten Jahr war das die Inflation. Es ist logisch, dass Leute heute mehr Angst vor Preissteigerungen haben. Unten, bei Corona, sieht man, die Angst vor einer Pandemieausbreitung hat sich gesteigert.

Der eigentliche Problembereich der Gegenwart ist aber ganz klar das Gesellschaftliche. Sie sehen, dass die Politikverdrossenheit deutlich gestiegen ist, sich der Egoismus deutlich erhöht hat und der Einfluss der Medien. Wir machen uns gerade über die junge Generation Sorgen, die alle von ihrem Devisen abhängig und nur auf Social Media unterwegs sind. Hinzu kommen noch Fake News. Das ist die große Angst, die wir haben.

Die Frage ist: Wie kriegen wir das wieder hin? Was müssen wir dafür tun? Ich mache es einmal relativ einfach und stelle Ihnen eine Frage: Wer von Ihnen würde von sich heute sagen, er ist ein Vorbild für andere?

(Zuruf: Wer sich traut, kriegt einen Preis! – Heiterkeit)

– Ich gebe einen Snickers aus. – Ich stelle die Frage anders: Wer von Ihnen hat Personalverantwortung? – Wer von Ihnen hat Kinder? – Sie wollen mir sagen, Sie sind weder für Ihre Kollegen noch für Ihre Kinder ein Vorbild? – Das halte ich fest.

(Heiterkeit)

Ich rede nachher einmal mit Ihren Kindern und mit Ihren Kollegen. Das ist ja Quatsch. Sie alle sind ein Vorbild, aber Sie stehen nicht dazu. Das ist die Grundproblematik. Wir schieben die Vorbildfunktion, den Mut gern anderen zu. Dabei sind wir gefordert. Das tun wir tagtäglich.

Nun kann man fragen (Präsentation, Seite 6): Was bedarf es denn, mu-

tig zu sein? Aus der Sichtweise der Bevölkerung sehen Sie: Das Feld von „selbstbewusst“ bis „risikobereit“ ist sehr breit.

Für mich sind drei Sachen sehr wichtig. Für wichtig halte ich – von unten weg – die Bereitschaft zu scheitern. Ich habe vorhin aus den Panels mitgenommen: Man wusste vieles nicht. Wenn wir ehrlich sind, stellen wir fest, das Leben ist Trial and Error. Wir können weder von Wirtschaftsträgern noch von Politikern erwarten, dass sie immer die richtige Entscheidung treffen, ohne dass sie wissen, was danach kommt. Sie handeln nach bestem Wissen und Gewissen, hat vorhin jemand so schön gesagt. Mehr kann man nicht verlangen. Man weiß doch nicht, wie die Zukunft in diesen Bereichen aussehen wird. Insofern muss es eine höhere Toleranz zum Scheitern geben.

Ich lebe einen Teil des Jahres in den USA. Da wird Scheitern ganz anders gesehen. Da bedeutet Scheitern: Du hast etwas gelernt; das machst du nicht noch einmal. – Bei uns ist es mehr so: Du hast etwas falsch gemacht, wirst abgesägt, medial verbrannt, und dann ist es vorbei. – Das ist kein kluger Ansatz.

Der zweite Punkt ist Optimismus. Vergessen wir an dieser Stelle nicht: Wir leben in einem der sichersten, der besten, der schönsten Länder der Welt. Unsere Meinungsfreiheit ist total groß, unsere Medienlandschaft divers, unsere Demokratie gefestigt. Um unser Sozialsystem beneidet uns der Rest der Welt. – Trotzdem konzentrieren wir uns fast durchgängig auf Herausforderungen und Probleme. Das ist nicht logisch.

Wissenschaftlich betrachtet ist entscheidend, dass man optimistisch denkt. Optimistisch zu denken bringt Veränderungen, die ein Land und eine Person nach vorn bringen. Schaut man immer nur zurück, kann man nichts verändern. Dann will man am Alten festhalten. Dann will man sich nicht weiterentwickeln. Das funktioniert natürlich nicht.

Optimismus kann man relativ einfach lernen. Sie können Ihr Gehirn darauf triggern, dass Sie optimistischer denken. Unser Gehirn ist da nicht anders als ein Muskel. Wie Sie einen Muskel trainieren können, können Sie Ihr Gehirn darauf trainieren, Sachen positiver zu sehen. Dabei sollten Sie natürlich nicht ins Naive abdriften.

Der dritte Bereich ist die Verantwortung, die wir übernehmen müssen. Ich haben Sie eben gefragt, wer ein Vorbild ist. Wir haben auch die Bundesbürger gefragt. Politiker sollen oftmals ein Vorbild sein. Wissenschaftler sollen Vorbild sein. Natürlich sollen auch wir alle einander ein Vorbild sein.

Das Problem ist, dass das immer die anderen machen sollen, weil ich gerade keine Zeit habe. Die anderen sollen Verantwortung übernehmen, sollen mutig agieren, aber ich bin davon nicht betroffen. Die anderen! – Das funktioniert nur sehr begrenzt. Also müssen wir anfangen, für viele Dinge wieder mehr Verantwortung zu übernehmen.

Ich fand die Forderung eben sehr sympathisch, dass das Ehrenamt wieder aufgewertet werden muss. Vielleicht müssen wir über den Begriff nachdenken. „Ehrenamt“ ist, glaube ich, nicht mehr ganz zeitgemäß. Wenn Sie an die Ehre appellieren, kriegen Sie die junge Generation nur sehr begrenzt. Aber natürlich ist das wichtig, weil das der Kitt ist, der eine Gesellschaft zusammenhält.

Am meisten Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, hat übrigens die junge Generation (Präsentation, Seite 7). Sie sehen, die Frage: „Wer will in den nächsten zwölf Monaten mehr Verantwortung übernehmen?“, bejahen drei Viertel der jungen Generation. Die junge Generation aber ist die, über die wir uns aufregen, die abhängig ist von ihren Devices, die damit verbunden sind, die nicht mehr richtig lesen und schreiben kann, die von Mama und Papa verwöhnt ist und die das alles nicht mehr

richtig hinkriegt. Wir können uns aber auf die junge Generation verlassen. Die mag anders sein, die mag pragmatischer sein, und die mag vielleicht weniger idealistisch sein. Aber sie wird die richtigen Schritte für die Zukunft einleiten.

Es ist völlig normal, dass wir uns über die junge Generation aufregen – genauso, wie Ihre Großeltern sich über Sie aufgeregt haben, was Sie alles nicht mehr konnten und wie Sie Ihr Leben leben. Es ist normal, dass sich die ältere Generation über die jüngere aufregt.

Wir müssen uns übrigens auch auf die junge Generation verlassen. Eine Alternative dazu gibt es nicht. Wir können nicht eine Generation aussetzen und sagen: Unsere Enkel und Urenkel sollen das machen. – Das funktioniert nicht.

Lassen Sie mich abschließen mit einem Zitat von Victor Hugo, der einmal gesagt hat:

„Die Zukunft hat viele Namen.

Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare.

Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte.

Für die Mutigen ist sie die Chance.“

Tun Sie mir den Gefallen, seien Sie mutig in Ihrem Leben! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Moderatorin Kluge-Paustian: Herr Professor Reinhardt, vielen Dank für diese Inspiration. – Ich finde, wir tun ihm den Gefallen, oder? Ich tue es gern. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist. Vorwärtsgehen, mutig sein, Verantwortung übernehmen – das sind tolle Stichworte.

Ich freue mich jetzt sehr, dass wir eine Rede von unserem Ministerpräsidenten hören. Ich freue mich, dass Sie jetzt zu uns sprechen werden.

(Beifall)

3. Abschlussworte und Dank durch Ministerpräsident Daniel Günther

Ministerpräsident Günther: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kristina Herbst! Verehrte Abgeordnete! Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Veranstaltung, dieses Symposiums zum Thema Corona! Ich bedanke mich zunächst herzlich dafür, dass Sie alle daran mitgewirkt haben.

Wenn man ein Schlusswort zu einer Veranstaltung spricht, zu der man selbst eingeladen hat und zu der man kurz vor Schluss begrüßt wird, ist das nicht ganz leicht. Ich bitte um Nachsicht, dass wir beide Einladenden, die Landtagspräsidentin und ich als Ministerpräsident, heute zumindest während der Panels nicht dabei sein konnten. Wir waren bei der Trauerfeier von Günther Fielmann, unserem verstorbenen Ehrenbürger, die parallel stattfand.

Ich weiß, dass die Diskussion in den Panels und das, was wir eben gehört haben, etwas ist, was wichtig für die Aufarbeitung der gesamten Zeit ist. Wir haben dank des Livestreams alle Möglichkeiten – hoffentlich haben uns heute viele Bürgerinnen und Bürger zugehört –, uns einen eigenen Eindruck zu verschaffen. Natürlich wird all das, was heute miteinander besprochen wurde, protokolliert. Es wird geguckt: Was können wir für die Zukunft aus diesen Zeiten lernen? Was können wir in Zukunft besser machen?

Ich bin dankbar, dass wir rechtzeitig zu dem Mut machenden Vortrag von Herrn Professor Dr. Reinhardt gekommen sind. – Wo ist er hingelaufen? Er hat sich ganz hinten in die Ecke gesetzt. Er traut sich auch nicht, als Vorbild zu dienen, sondern ist in den Hintergrund gegangen.

(Heiterkeit)

Ich bin froh über Ihren Vortrag, über den Glauben an die Zukunft und den Optimismus. Ich versuche, das überall zu sagen. Ich bin dankbar dafür, dass das, was ich sage, nach dem, was Sie uns eben gerade dargestellt haben, durchaus Substanz hat. Das sollte uns allen Mut machen. Seien wir ehrlich: In den Pandemiezeiten haben wir auch gemerkt, dass Optimismus und eine Perspektive für die Zukunft etwas waren, was uns ein Stück weit geleitet hat. Wir haben immer versucht, auch wenn wir in einigen Bereichen auf einer geringen wissenschaftlichen Grundlage Entscheidungen treffen mussten, an Perspektivplänen zu arbeiten, daran, welche positiven Konsequenzen ein Verhalten hat, wenn man sich an bestimmte Regeln hält. Obwohl wir hauptsächlich über Verordnungen gearbeitet und den Menschen aufgezeigt haben, was im Moment gerade nicht möglich ist, haben wir auch immer darüber nachgedacht: Wie können wir trotz unseres geringen Wissens Pläne aufstellen, um Hoffnung und Mut zu machen? Ich möchte nicht derjenige sein, der die Panels zusammenfasst, möchte aber von meiner Seite ein paar Dankesworte an Menschen sagen, die uns in diesen Zeiten geholfen haben, sodass wir verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen sind.

Heute Morgen waren nicht alle, aber doch viele beim ökumenischen Gottesdienst. Es ist wichtig, rückblickend an die Menschen zu denken, die durch die Coronapandemie gestorben sind, an Menschen, die in diesen Zeiten allein gestorben sind. Das will ich bei all den Entscheidungen, die wir getroffen haben, sagen. Das war eine der wichtigsten Abwägungsentscheidungen. Ich bin rückblickend immer noch nicht sicher, ob es richtig war, wie wir entschieden haben. Wichtig ist die Frage: Wie sind wir eigentlich mit Menschen umgegangen, die in dieser Zeit dem Tod geweiht waren, die in Einrichtungen waren und ihre Liebsten und Angehörigen in dieser Zeit nicht an ihrer Seite hatten?

Man muss dabei bedenken, dass wir in Schleswig-Holstein auch Pflegeeinrichtungen gehabt haben, in denen, als das Virus erst einmal drin war, plötzlich zehn, 15, 20 Menschen durch das Virus gestorben sind. Wir haben auch eine Schutzaufgabe für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehabt. Hört man im Nachhinein Erzählungen von Menschen, die davon betroffen waren – in den Panels ist das zum Teil getan worden –, von Menschen, die sich nicht verabschieden konnten, weiß man, das sind Dinge, die niemals zurückkommen. Die Menschen müssen heute damit leben.

Dafür die Verantwortung zu tragen, solche Entscheidungen getroffen zu haben, ist für uns alle unglaublich schwierig. Im Nachhinein hadert man in diesen Bereichen schon mit diesen Entscheidungen, im Übrigen allen Entscheidungen, mit denen man Menschen etwas vom Leben genommen hat, das man nicht zurückgeben kann. Es gibt Menschen, die in besonderen Lebensphasen gewesen sind. Eine Abiturfeier, die in die Coronazeit gefallen ist, kann man nicht nachholen. Ich habe letztens mein 30-jähriges Abitreffen gefeiert und die Leute wiedergesehen, aber ich kann sagen: Das ist nicht das Gleiche wie eine Abifeier. Wir alle sind älter geworden. Das alles sind Dinge, die kommen nicht zurück.

Es waren wahnsinnig schwierige Abwägungsentscheidungen, welche Einschränkungen gemacht werden müssen. Insbesondere der Bereich Schule ist einer, zu dem man im Nachhinein feststellen muss, dass man über Schließungen rückblickend anders entscheiden würde.

Wir alle hoffen nicht, dass wir wieder einmal in eine solche Lage kommen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns heute damit auseinandersetzen, welche Entscheidungen damals getroffen worden sind und was wir für die Zukunft gut vorbereiten müssen. Eines sollten wir immer beherzigen, und dafür sage ich heute Dank: Es hilft in solchen Krisen unheimlich, wenn man zusammenhält, wenn man Menschen hat, die hel-

fen, dass die Gesellschaft beieinanderbleibt. Ich habe das in Schleswig-Holstein als extrem wohltuend erlebt, auch im politischen Bereich. Da haben wir immer gemeinsam gesagt: Es geht nicht nur um Regierung und Opposition. In dieser Krisenzeit haben wir SPD und SSW, also die Opposition, zum Teil mit am Regierungstisch gehabt. Wir haben gesagt: Entscheidungen in einer solchen Krisenzeit schaffen auch Vertrauen, wenn sie möglichst breit getragen werden, wenn es keinen Riesenstreit darüber gibt, sondern man versucht, gemeinsam die besten Lösungen zu erreichen.

Ich will meinen Dank ausdrücklich auch an viele Institutionen außerhalb der Politik adressieren. Natürlich haben Kirchen, haben Industrie- und Handelskammern, haben Menschen, die Verantwortung in den unterschiedlichsten Bereichen haben, mit ihren Leuten Gespräche führen müssen. Wenn es Schließungen gibt, gibt es in der Wirtschaft die Frage: Werden genügend Gelder ausgezahlt? Läuft an dieser Stelle alles richtig?

Menschen, die ihren eigenen Leuten Regeln erklärt und mit uns darüber kommuniziert haben, welche Wege die besten sind, haben mitgeholfen und einen stabilisierenden Faktor gehabt. Das hat Schleswig-Holstein in diesen Zeiten geprägt.

Ich bin dafür dankbar, dass Sie alle – Sie tragen eine wichtige Funktion – in diesen Zeiten geholfen haben, dass wir einigermaßen vernünftig durch diese Zeit gekommen sind. Das sind auch die Gründe dafür, aus denen manche Auswirkungen in Schleswig-Holstein geringer gewesen sind als an anderen Orten, dieses Zusammentun, dieses „Wat mutt, dat mutt“, wie man in Schleswig-Holstein sagt. Ein bisschen spöttisch sagen einige rückblickend: „Nach dem Abstand von 1,50 Meter, der in Schleswig-Holstein während der Pandemie eingehalten werden musste, waren alle froh, als sie endlich wieder den normalen schleswig-holsteinischen Abstand von drei Metern einhalten konnten“.

(Heiterkeit)

Das hat uns in Schleswig-Holstein ein Stück weit geholfen.

Heute sei allen gedankt, die hier mitdiskutiert haben, die wertvolle Impulse gegeben haben, die Moderation gemacht haben, die diese Veranstaltung organisiert und möglich gemacht haben. Ich weiß, es ist nicht immer leicht, allen Bedürfnissen gerecht zu werden, wenn man in einem Panel eine Stunde 45 Minuten diskutiert. Über bestimmte Themen kann man auch einen ganzen Tag diskutieren.

Nach den Rückmeldungen, die ich bisher bekommen habe, habe ich den Eindruck, dass man den Themen auch in diesem Zeitfenster ein Stück weit auf den Grund gehen konnte und dass ausgesprochen gut moderiert worden ist. Deswegen sage ich namentlich in Richtung Gesundheitsministerium – dort ist ganz viel Vorarbeit für dieses Symposium geleistet worden – ein großes Dankeschön. – Für alle, die diese Veranstaltung möglich gemacht haben, bitte ich um einen Applaus. Es ist richtig gut, was hier auf die Beine gestellt worden ist.

(Beifall)

Mein Wunsch ist nicht nur, dass wir draußen gleich die Gelegenheit nutzen, uns ein bisschen auszutauschen, sondern dass wir das, was gewesen ist, nicht so schnell vergessen. Das ist immer so, man passt sich schnell an Situationen an und denkt gar nicht mehr über die Vergangenheit nach. Manchmal hat das positive Effekte, oft hat es negative Effekte.

Nach drei Monaten Pandemie hatte man sich gefühlt mit der Situation arrangiert: Man trug eben eine Maske. Drei Monate, nachdem die Pandemie vorbei war, hat man Leute, die eine Maske getragen haben, schon komisch angeguckt, weil man plötzlich wieder in einem völlig anderen Modus gewesen ist. Ich habe die Hoffnung, dass wir diese Zeit nicht genauso schnell ausblenden und aus den Dingen lernen, die uns aufgefallen sind. Vieles ist eben genannt worden. Was wir alle in dieser Zeit gemerkt ha-

ben, ist, wie schlimm es ist, keine persönlichen Begegnungen und Kontakte zu haben. Für mich – deswegen bin ich ein wenig aufgeregt – ist es das erste Mal, dass ich, wenn ich über Corona rede, in Gesichter gucke. In der ganzen Zeit habe ich meine Botschaften an die Bevölkerung immer in Kameras gerichtet. Wir sind uns in diesen Zeiten überhaupt nicht begegnet. Ich glaube, die größten Auswirkungen – Schaden ist ein blödes Wort – sind die fehlenden Begegnungen. Das habe ich gestern bei einem Besuch einer Schule erlebt. Das gilt auch für viele andere Bereiche.

Viele von uns, die hier sitzen, denen es einigermaßen gut geht, die vielleicht in Einfamilienhäusern leben, können vielleicht gar nicht so sehr nachvollziehen, was es mit Menschen gemacht hat, die in kleinen Wohnungen gelebt haben, zwei Wochen in Isolation zu sein. Das ist schon eine ganz andere Hausnummer. Das hat erhebliche Auswirkungen gehabt.

Schaue ich mir die jetzige Situation an, frage ich: Wie schnell sind wir wieder zurückgekehrt, und leben wir die persönlichen Begegnungen nicht viel stärker, nachdem wir sie wieder haben können? Ich habe das Gefühl, dass es immer noch so ist, dass man kaum ein persönliches Wort miteinander wechselt, dass wir immer noch in unseren Echokammern unterwegs sind, dass wir immer noch eher über soziale Netzwerke miteinander sprechen, über irgendwelche Telegram-Gruppen. – Jetzt können wir doch wieder das persönliche Gespräch miteinander suchen und feststellen, dass man zu Lösungen von großen Herausforderungen eigentlich erst dann kommt, wenn man einen Diskurs führt, wenn man unterschiedliche Meinungen hört.

Warum war unser Expertinnen- und Expertenrat so erfolgreich? Weil wir unterschiedlichste Professionen an einem Tisch hatten. Virologen sind in dieser Zeit wichtig. Aber auch Rechtswissenschaftler und Psychologen zu hören, einen Austausch darüber zu führen: „Welche Ent-

scheidung, die man trifft, hat eigentlich welche Auswirkung?“ , war ein Erfolgsrezept.

All die Herausforderungen, vor denen wir im Moment stehen, die wir für unser Glück – wie wir jetzt wissen – nicht alle bewerkstelligen müssen, werden wir nicht lösen können, wenn wir immer nur übereinander reden, sondern nur, wenn wir uns persönlich begegnen, miteinander sprechen, gemeinsam an einem Strang ziehen. Wenn wir diese Lehre aus Corona in unserem Herzen tragen, bin ich mir persönlich sicher, dass wir nächste Krisen und Herausforderungen in Schleswig-Holstein, in Deutschland, aber auch weltweit bewerkstelligen können. Wenn auch das das Ergebnis dieser tollen Veranstaltung ist, würde ich mich sehr darüber freuen.

Danke an alle, die heute mitgewirkt haben. Wir werden das auswerten. Wir werden eine Menge daraus machen. Von daher war das eine sehr sinnvolle und gute Veranstaltung. Herzlichen Dank an alle, die dabei waren!

(Beifall)

Moderatorin Kluge-Paustian: Herr Ministerpräsident, vielen Dank für diese persönlichen offenen Worte und das Mut machen.

Heute Morgen im Gottesdienst – das habe ich vorhin einmal kurz gesagt – hat die Bischöfin gesagt, die Grundwährung sei Gemeinschaft. – Das fand ich ganz toll. Gemeinschaft ist unsere Grundwährung. Um sie nicht zu verspielen, müssen wir aufeinander zugehen, miteinander sprechen, also eine neue Kultur entwickeln und uns erinnern, wie es war, und wie gut es uns geht!

Danke Ihnen allen, jeder Einzelnen und jedem Einzelnen hier im Plenarsaal, in den Panels, wenn Sie noch zuschauen, natürlich auch online, auf YouTube, für Ihre Aufmerksamkeit, für Ihre Zeit, für Ihr Interesse an dem heutigen Symposium, an den Learnings, wie wir neudeutsch so schön sagen, und an dem, was wir mitnehmen können.

Ich hoffe, Sie alle haben auch persönlich von dem einen oder anderen Wort, von dem einen oder anderen Austausch profitieren können. Ich spreche einen Dank an das ganze Team aus – Herr Ministerpräsident, Sie haben das gerade auch schon gemacht –, das hinter den Kulissen wirbelt, das für das Essen sorgt, das für die Technik sorgt, das das Ganze hier organisiert hat, sei es aus dem Ministerium für Gesundheit, sei es die Landtagsverwaltung, sei es die Staatskanzlei. Dank an all die Helferinnen und Helfer, die fleißig gearbeitet haben, um das Symposium heute zu ermöglichen.

(Beifall)

Mir bleibt nur, Ihnen zu sagen: Alles Gute! Bleiben Sie gesund! – Ich finde, das kann man wieder einführen. Das war eine übliche Verabschiedung, als wir in der Pandemie steckten. Jetzt ist das wieder ein bisschen versickert. Ich lade ein zum Get-together hier im Landeshaus, zu Hause oder wo auch immer Sie zuschauen.

Bleiben Sie gesund, alles Gute und auf Wiedersehen!

Schluss: 15:58 Uhr

Anhang

Anlage 1

SYMPOSIUM: AUS DER CORONA-KRISE LERNEN – GEMEINSAM BESSER WERDEN



Prof. Dr. Thomas Bahmer
Christian-Albrechts Universität zu Kiel

Airway Research Center North (ARCN)
Deutsches Zentrum für Lungenforschung (DZL)
Precision Medicine in Chronic Inflammation (PMI)
Netzwerk der Universitätsmedizin (NUM)



Panel 1: Gesundheit und medizinische Forschung
Freitag 19. Januar 2024
Landtag Schleswig-Holstein



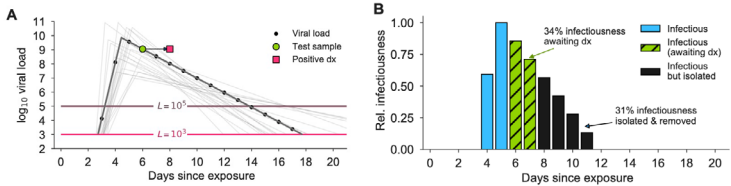
Prof. Dr. Jan Heyckendorf
Direktor Klinik für Innere Medizin I
Leiter Pneumologie, Infektiologie und
Intensivmedizin



CORONAVIRUS

Test sensitivity is secondary to frequency and turnaround time for COVID-19 screening

Daniel B. Larremore^{1,2*}, Bryan Wilder³, Evan Lester^{4,5}, Soraya Shehata^{3,6}, James M. Burke⁴, James A. Hay^{7,8}, Milind Tambe⁹, Michael J. Mina^{7,8,9,10}, Roy Parker^{2,4,6,10,11}



Welche Teststrategie ist die Richtige?

Larremore et al., Sci. Adv. 2021; 7 : eabd5393 1 January 2021



	Erkrankt	Gesund		
Test positiv	a <small>Richtig positiv</small>	b <small>Falsch positiv</small>	a + b <small>Alle Patienten mit positivem Testergebnis</small>	$\frac{a}{a+b}$ Positiver Vorhersagewert
Test negativ	c <small>Falsch negativ</small>	d <small>Richtig negativ</small>	c + d <small>Alle Patienten mit negativem Testergebnis</small>	$\frac{d}{c+d}$ Negative Vorhersagewert
	a + c <small>Alle Erkrankten</small>	b + d <small>Alle Gesunden</small>	a + b + c + d <small>Alle Patienten</small>	
	$\frac{a}{a+c}$ <small>Richtig-positiv-Rate</small> Sensitivität	$\frac{b}{b+d}$ <small>Falsch-positiv-Rate</small>	<small>Bundesinstitut für Arzneimittel und Verbraucherschutz Bundesagentur für Wirtschaft und Energie</small>	<small>Paul-Ehrlich-Institut</small>
	$\frac{c}{a+c}$ <small>Falsch-negativ-Rate</small>	$\frac{d}{b+d}$ <small>Richtig-negativ-Rate</small> Spezifität	Mindestkriterien für SARS-CoV-2 Antigentests im Sinne von § 1 Abs. 1 Satz 1 TestVO: Antigenschnelltests	<ul style="list-style-type: none"> • Sensitivität > 80% • Spezifität > 97%

ZUSAMMEN GEGEN CORONA

AHA + A + L



ABSTAND



HYGIENE



ALLTAGS-
MASKE



APP



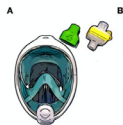
LÜFTEN



Leopoldina
Nationale Akademie
der Wissenschaften

4. Adhäsionskolloquium – 21. Mai 2020

Coronavirus-Pandemie: Medizinische Versorgung und
patientennahe Forschung in einem adaptiven Gesundheitssystem



Anaesthesia, Volume: 75, Issue: 7, Pages: 970-971, First
published: 10 April 2020, DOI: (10.1111/anae.15085)



Begleiterscheinungen

- Digitalisierung
- Kreativität
- Solidarität
- Pragmatismus
- Entscheidungsfreudigkeit
- Fehlerkultur
- Gemeinwohlorientierung



- 02/2020 Erste Fälle in Deutschland
- 03/2020 Entscheidung zur Gründung von NaFoUniMed-COVID-19
 - **150 Mio€**
 - Koordination durch Charité Berlin
 - Steuerung durch Nationale TF (BMBF, BMG, DLR, 4x VVUK, KSt, +2)
 - Nationaler Beteiligungsprozess aller Universitätskliniken
- 04/2020 Beginn der ersten Förderperiode von mit Laufzeit bis 12/2020



- **Bundesweiter Studien- und Datenraum für die klinische Forschung** (Routineversorgung + prospektive klinische Studien)
- **Pandemic Preparedness**
- **Zentraler Ansprechpartner** für klinische Forschung in der Universitätsmedizin auf **nationaler Ebene**

NAPKON Studienplattformen

Gesundheitsversorgung:

- Ambulante Versorgung, Allgemeinmedizin
- Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung
- Universitätskliniken und Krankenhäuser der Maximalversorgung

Registrierung aller Infektionen:

Gesundheitsämter

- Alle PCR-bestätigten SARS-CoV-2 Infektionen

HAP: M Witznarth
 SÜP: J Janne Vehreschild
 POP: S Schreiber/ T Bahmer

Aktueller Stand
 NAPKON-Gesamt: 7.092
 - HAP: 710
 - SÜP: 2.748
 - POP/COVIDOM: 3.634
 - Kiel: 2.556
 - Würzburg: 608
 - Berlin: 470



Epidemiologisch ausgerichtete Studienzentren

↔
 Patientenkontakt in einem Behandlungszusammenhang an den jeweiligen Universitätskliniken (u.a. Befunddokumentation/ Arztbrief)

Populationsbasierte Kohortenplattform (POP)

→ COVIDOM-Studie an 3 Standorten:

- Kiel
- Berlin
- Würzburg



Severity, predictors and clinical correlates of Post-COVID syndrome (PCS) in Germany: A prospective, multi-centre, population-based cohort study

Articles



Rhodes-Barlowe^{1,2*}, Christoph Beckenkow¹, Wolfgang Lieb¹, Anne Plonk¹, Ulrike Fuchs¹, Carsten Schelenberg³, Alina J. Bahr⁴, Anne Blotzer⁵, Corina Bräuer⁶, Alina Lauterbach⁷, Dirk Frank⁸, Sabine Hoffmann⁹, Anna Hees¹⁰, Olga Hübner¹¹, Kai-Ingo Inacker¹², Nico Kölsch¹³, Martin Kretschmer¹⁴, Jörg Janina Kretschmer¹⁵, Dagmar Kießling¹⁶, Daniel Fige¹⁷, Felix A. Kretschmer¹⁸, Mirjam Kuhn¹⁹, Caroline Kretschmer²⁰, Stefan Jank²¹, Jens Peter Bente²², Thomas Hoff²³, Anne Hübner²⁴, Armin Hübner²⁵, and Stefan Schaefer²⁶, on behalf of the KVIDO study group



Post-COVID-Syndrom (PCS) Score

Nachname _____
 Vorname _____
 Datum _____

No.	Leiden Sie derzeit unter einer der folgenden gesundheitlichen Einschränkungen?	Nein	Ja
1	Geschwäche oder Erschöpfungszustände	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2	Signifikante „Fatigue“/Bewältigung (z.B. Erschöpfung, Müdigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3	Mangelnde körperliche Belastbarkeit (z.B. Kurzarbeitigkeit bei Belastung, volle Leistungsfähigkeit nicht wieder erreicht)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4	Gelenk- oder Muskelschmerzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5	Beschwerden im Hals-, Nasen- oder Ohrenbereich (z.B. Heiserkeit, Schimmeln oder Kratzen im Hals, laufende Nase)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6	Lungen- oder Atembeschwerden (z.B. Husten, pfeifende oder kreischende Atmung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7	Herzbeschwerden (z.B. Extrasystolen, Herzrasen, Brustschmerzen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8	Magen-Darmbeschwerden (z.B. Bauchschmerzen, Durchfall, Erbrechen, Übelkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9	Beschwerden oder Auffälligkeiten des Nervensystems oder Gedächtnis (z.B. Verwirrtheit, Schwindel, Kopfschmerzen, Konzentrationsstörung, Schläfrigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10	Hautbeschwerden (z.B. Hautrötung, Ausschlag, Juckreiz)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11	Infektionszeichen (z.B. Schüttelfrost, Fieber, grippeähnliches Gefühl)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12	Schlafstörungen (z.B. Einschlaf- oder Durchschlafstörungen, Schlaf nicht erholtend)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ergebnis:

No.	Nein	Ja	Punkte
1	0	1	+0,5
2	0	1	+0,7
3	0	1	+0,4
4	0	1	+0,5
5	0	1	+0,5
6	0	1	+0,7
7	0	1	+0,5
8	0	1	+0,5
9	0	1	+0,5
10	0	1	+0,2
11	0	1	+0,5
12	0	1	+0,5
Summe =			

Grenzwerte:
 • Mildes PCS < 10,75
 • Mäßiges PCS > 10,75 und < 16,25
 • Schweres PCS > 16,25

Implementation →
 → Klinische Versorgung



- PCS-Score durch hypothesenfreies Machine-Learning (k-means Clustering) entwickelt
- 12 einfache Ja/Nein Fragen
- Korrelation mit Lebensqualität (EQ-5D-5L) als Benchmark
- Korrelation mit klinischen Variablen: Alter, Geschlecht, Herzfrequenz, Lungenfunktion, Entzündungsparameter, D-Dimere
- Validierung in Kontrollkohorten
- Nur 5-10% der Patienten mit hohem PCS-Score zeigen haben ein positives Screening-Ergebnis bezgl. ME/CFS (entspr. Kanadische Kriterien)
 - Ca. 1,5% der Studienpopulation

www.covidom.de

Bahmer T et al, eClinicalMedicine, June 2022
 Ballhausen S et al, DGP Kongress, Mar 2023



Medien-Information

05. September 2023

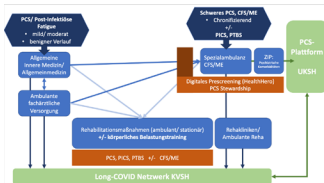
Landesregierung stärkt Long-COVID-Versorgung in Schleswig-Holstein –

PCS Ambulanz:

- UKSH Kiel: Erwachsene (Prof. J. Heyckendorf)
- UKSH Lübeck: Kinder (Prof. F. Brinkmann)

Follow-Up of Respiratory Infections in Schleswig-Holstein (FRISH)

- Adulter Arm
- Pädiatrischer Arm





Anlage 2



Kindertagesbetreuung in der Pandemie: Herausforderungen, Erfahrungen, Lektionen

Prof. Dr. Bernhard Kalicki

Symposium „Aus der Corona-Krise lernen – gemeinsam besser werden“, Kiel, 19. Januar 2024



Herr Borsig hatte in seinem Leben
viele falsch gemacht. Er beschloß daher,
noch einmal ganz von vorn anzufangen



2

Funktionen der Kindertagesbetreuung

„Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege sollen...

1. die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern,
2. die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen,
3. den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können.“

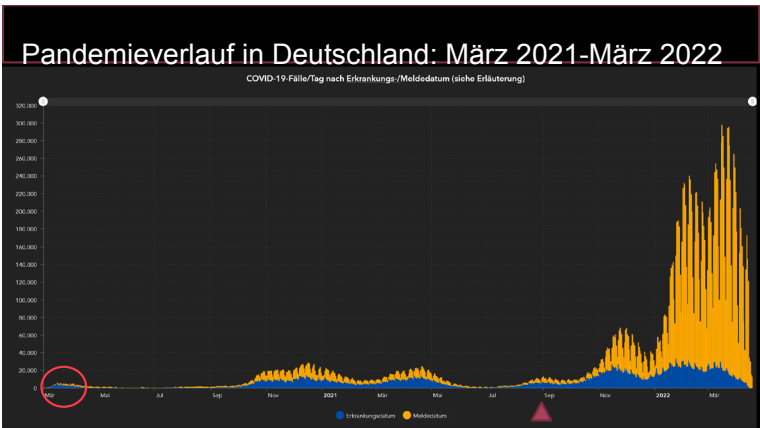
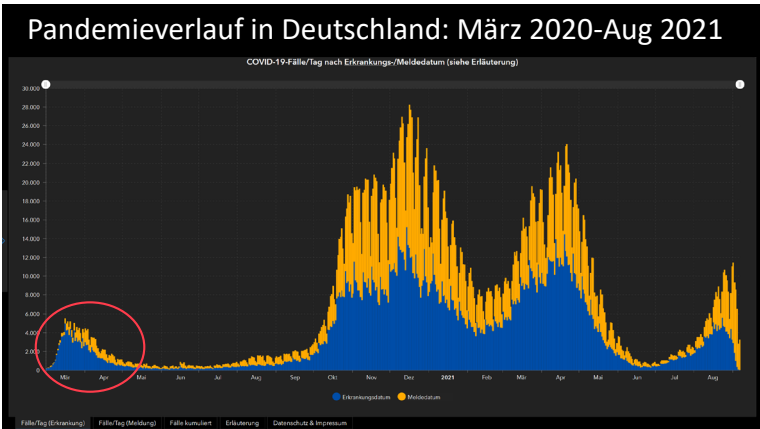
Sozialgesetzbuch VIII

Prinzipien der Elementardidaktik

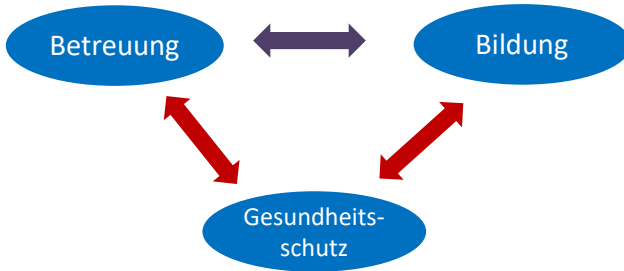
- Lernpotenziale von Alltagswelten (informelles Lernen)
- intrinsisch motiviertes, eigenaktives Lernen
- Autonomieunterstützung ('Scaffolding')
- Bedeutung von Spiel und von Peer-Interaktionen

Spannungsverhältnisse





Spannungsverhältnisse



Schutz- und Hygienemaßnahmen in der Corona-Pandemie

Reduktion von Kontakten

- Zugangsbeschränkungen
- Abstandhalten
- Separierung von Gruppen (“pädagogische Settings”)

Reduktion der Viren-Exposition

- Regelmäßiges Lüften
- Desinfizieren von Oberflächen
- Mund-Nasen-Schutz



Pharmakologische Maßnahmen

- Testen
- Impfen von Erwachsenen
- Impfen von Kindern

Anwendung von Hygiene- und Schutzmaßnahmen

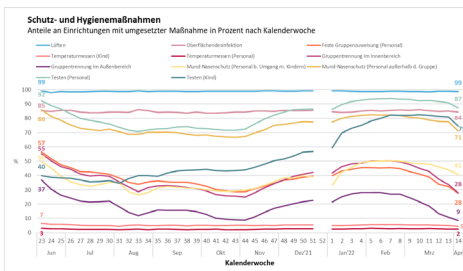
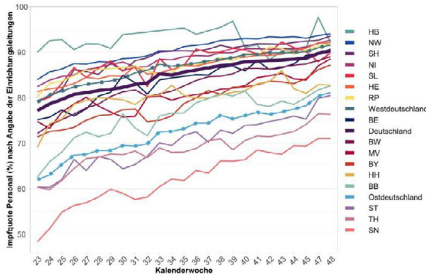


Abbildung 8: Von den Kitas im KiTo-Register gemeldete Schutzmaßnahmen im Zeitverlauf (Datenstand: KiW 14 [konsolidiert])

- Häufig durchgeführte Maßnahmen: Lüften, Testungen, Desinfektionen, Masken außerhalb der Gruppen
- Sehr seltene Maßnahme: Temperatur messen
- Saisonale Schwankungen (Jahreszeit, Pandemieverlauf)

Erstimpfungs-Quoten des pädagogischen Personals in Kitas (2021)



Legende: Angaben der Einrichtungsleitungen (KW23/07-13.06. bis KW 49/29.11-05.12.2021)

- Die Impfquoten des pädagogischen Kita-Personals waren höher als die der altersgleichen Bevölkerung.
- In der zweiten Jahreshälfte 2021 stiegen die Erstimpfungsquoten deutlich an.
- Durchweg bestanden erhebliche regionale Unterschiede: Die West-Ost-Differenz betrug recht stabil 10 Prozentpunkte. Hohe Impfquoten in Bremen und in Schleswig-Holstein.



Infektions- und Verdachtsfälle in Kitas

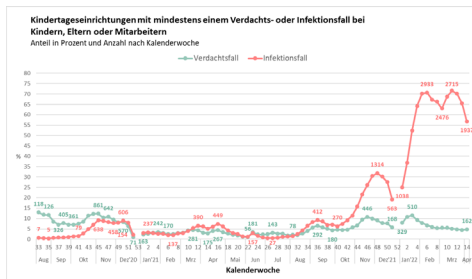
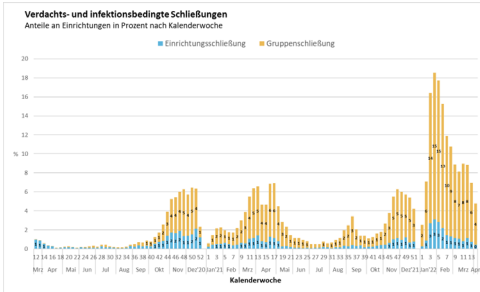


Abbildung 2: Kindertageseinrichtungen mit gemeldeten Infektions- und darüber hinausgehenden Verdachtsfällen (Datenstand: KW 24 (aktualisiert))

- Anteil an Einrichtungen mit bestätigtem Infektionsfall stieg nach Jahresbeginn rapide auf ein neues Allzeithoch: 70 % aller Kitas meldeten in KW 5 und 6 mind. einen Infektionsfall
- Zusätzlich gab es in ca. 5 % der Kitas mindestens einen Verdachtsfall



Kita-Schließungen



- Die hohen Infektionsraten spiegeln sich nicht in den Schließungen wieder
- Nur mehr 4% der Kindertageseinrichtungen melden in KW 14 eine (zumindest teilweise) Schließung
- Schließungen der gesamten Einrichtung werden kaum mehr vorgenommen (0,4%)

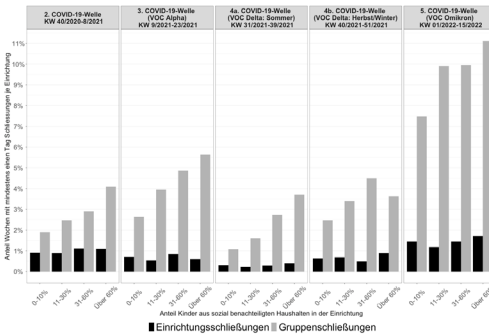
Abbildung 4. Von den Kindertageseinrichtungen gemeldete Gruppen- und Einrichtungsschließungen (Datenstand: KW 14 (konsolidiert))



Gefördert durch:



Kitas in sozialen Brennpunkten stärker betroffen



Gefördert durch:



Erfahrungen aus der Pandemie

- Die Hygiene- und Schutzmaßnahmen waren wirksam.
- Die Maßnahmen hatten neben ihrem “Nutzen” auch “Kosten”.
- Benachteiligte Kinder waren besonders betroffen.
- Insbesondere der Kita-Leitungen, aber auch Teams und die Familien waren hohen Belastungen ausgesetzt.
- Die Resilienz des Systems der Kindertagesbetreuung (Personalausstattung, Steuerung) ist zu verbessern.

16

Direkte Auswirkungen der Schutzmaßnahmen

(1 = sehr schlecht, 5 = sehr gut)

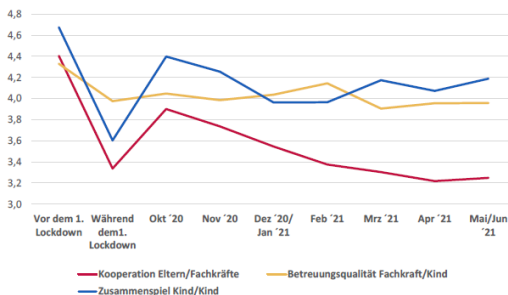


Abbildung 4: Einschätzung der Qualität verschiedener Interaktionen durch die Leitung, Datenquelle: DJI, CoKiSS-Leitungsbefragung, ungewichtete Daten, Welle 1 und 2, Datenstand: 17.08.2021, n = 4.366

17

Langfristige Folgen der Pandemie?

- **Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU-Studie 2021):**

Die Leseleistungen der Viertklässlerinnen und Viertklässler in Deutschland sind seit 2016 gesunken. Ein Viertel der Kinder erreicht nicht den international festgelegten Mindeststandard, der für das weitere erfolgreiche Lernen nötig wäre.

Langfristige Folgen der Pandemie?

- **IQB-Bildungstrend 2021:**

Die Kompetenzen in Deutsch und Mathematik haben sich bei Kindern in der vierten Klasse dramatisch verschlechtert. Je nach Kompetenzbereich verfehlen im Schnitt 18 bis 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Mindeststandards. Dabei zeigt der aktuelle Bildungstrend, dass die Leistungen in fast allen Bundesländern nachgelassen haben, allerdings in deutlich unterschiedlichem Umfang. Zugleich ist die Schere zwischen sozial benachteiligten und Kindern mit Zuwanderungshintergrund gegenüber Kindern aus privilegierteren Familien weiter aufgegangen.

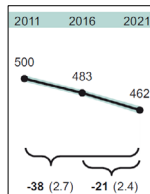
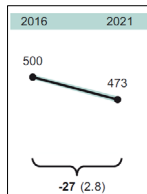
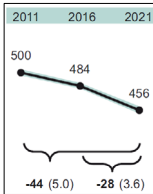
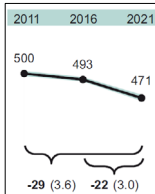
Mittelwerte der erreichten Kompetenzen von Schüler:innen der 4. Jahrgangsstufe im Trend (IQS-Bildungstrend, bundesweit)

Lesen

Zuhören

Recht-
schreibung

Mathematik



20

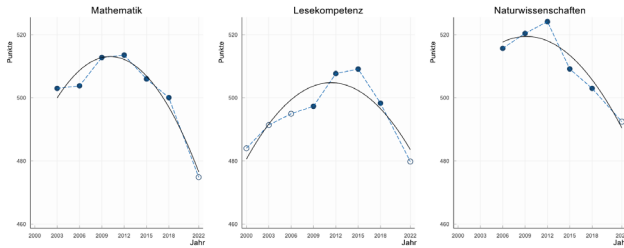
Langfristige Folgen der Pandemie?

Kompetenzen von 15jährigen Schülerinnen und Schülern in Deutschland (PISA-Studie 2022):

2022 fielen die Durchschnittsergebnisse in Mathematik, Lesekompetenz und Naturwissenschaften schwächer aus als 2018. Insgesamt handelt es sich bei den Ergebnissen von 2022 in allen drei Kompetenzbereichen um die niedrigsten Werte, die jemals im Rahmen von PISA gemessen wurden. Die Differenz zwischen den Durchschnittsergebnissen von 2018 und 2022 in Mathematik und Lesekompetenz entspricht in etwa dem typischen Lernfortschritt, den Schüler*innen im Alter von ca. 15 Jahren während eines ganzen Schuljahrs erzielen.

21

Abbildung 1. Leistungstrends in Mathematik, Lesekompetenz und Naturwissenschaften



Anmerkung: Die weißen Punkte stehen für Schätzungen der Durchschnittsergebnisse, die statistisch nicht signifikant über bzw. unter den Schätzungen von PISA 2022 liegen. Die schwarzen Linien bilden den Trend am besten ab.

Quelle: OECD, PISA-2022-Datenbank, Tabelle I.B1.5.4, I.B1.5.5 und I.B1.5.6.

Kindertagesbetreuung in der Pandemie: Herausforderungen, Erfahrungen, Lektionen

Prof. Dr. Bernhard Kalicki

Symposium „Aus der Corona-Krise lernen – gemeinsam besser werden“, Kiel, 19. Januar 2024

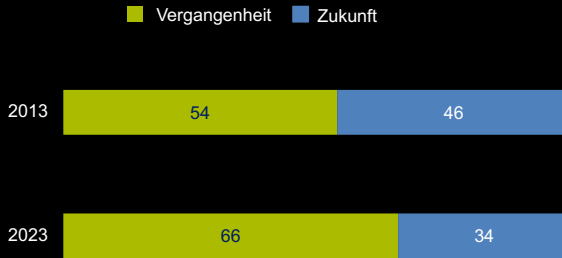
Anlage 3

German Mut statt German Angst

Vortrag im Rahmen des Corona-Symposium 2024
der Landesregierung und des Landtags
am 19. Januar 2024 in Kiel

Schwindendes Vertrauen in die Zukunft

Von je 100 Befragten sagen, sie würden lieber in der ... leben:



Schleswig-Holstein: 62

Warum die Vergangenheit glorifiziert wird...

Von je 100 Befragten, die lieber in Vergangenheit leben würden, nennen als Gründe:



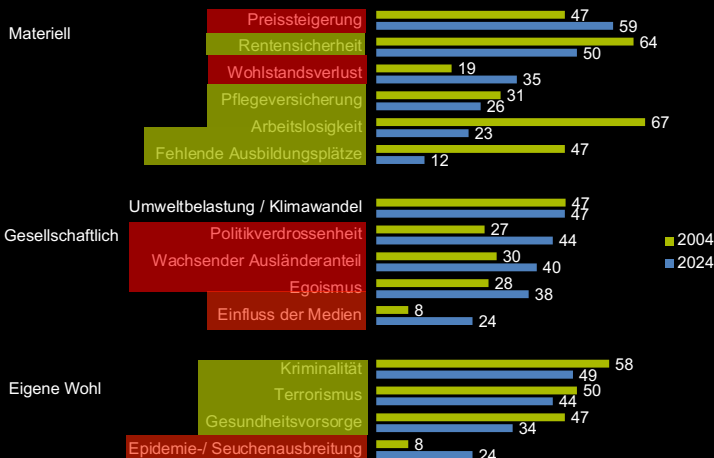
In Zukunft wird alles besser

Weltweit extreme Armut in %	1990: 47%	2022: 9%
Kindersterblichkeit weltweit	1990: 90 von 1.000	2021: 37 von 1.000
Anteil unterernährte Bürger	1990: 19%	2022: 9%
Weltweit kriegerische Konflikte	1990: 63	2022: 29
Analphabetismus der Weltbevölkerung	1990: 32%	2021: 9%
Anzahl Beschäftigter in Deutschland	1991: 38,7 Mio.	2022: 45,6 Mio.
Arbeitslosigkeit Deutschland	1996: 11,4%	2022: 5,4%
Nettoverdienst in Deutschland (Single)	1991: 13.932€	2022: 25.538€

Quellen: OECD, Eurostat, AKUT, Statistisches Bundesamt

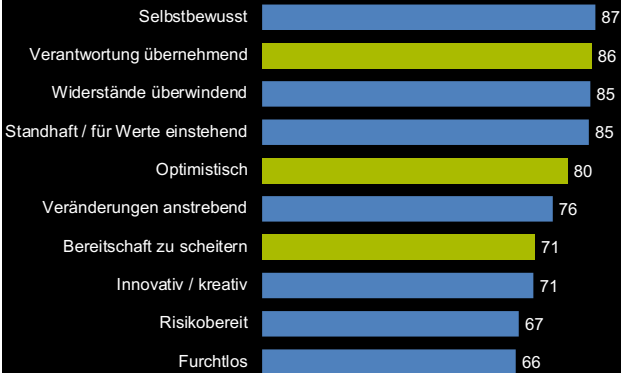
Zukunftssorgen und Zukunftshoffnungen

Von je 100 Befragten sagen, dass bereitet ihnen große Sorgen für die Zukunft :



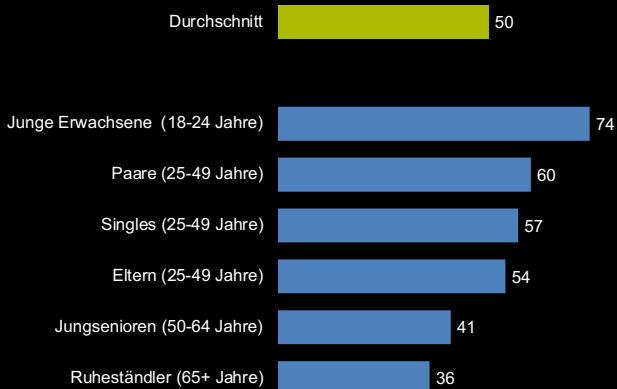
Was es bedeutet, mutig zu sein

Von je 100 Befragten sagen, dass sie einen mutigen Menschen durch folgende Eigenschaften charakterisieren:



Insbesondere junge Erwachsene wollen Verantwortung übernehmen

Von je 100 Befragten sind bereit in den kommenden zwölf Monaten mehr Verantwortung zu übernehmen:



*„Die Zukunft hat viele Namen.
Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare.
Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte.
Für die Mutigen ist sie die Chance“*

Victor Hugo



Impressum

Herausgeber

Die Präsidentin des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Der Ministerpräsident des
Landes Schleswig-Holstein
- Staatskanzlei -
Düsternbrooker Weg 104, 24105 Kiel

Ministerium für Justiz und Gesundheit
des Landes Schleswig-Holstein
Lorentzendammm 35, 24103 Kiel

Gestaltung und Satz

amatik Designagentur, Kiel

Stand

Dezember 2024

